Donnerstag, 13. Dezember 1984 - D * * *

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 292 - 50.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Axel Springer Verlag AG. Postf. 10 08 64. 4300 Essen 1. Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 100 Dr, Großbritannien 85 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 140,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 100 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 125 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

„Antisemitismus": Israels Botschafter in Bonn, Itzhak Ben Ari, hat im Vorfeld einer Grünen-Reise nach Nahost Teilen der Partei Antisemitismus und eine „Juden-raus-Politik" vorgeworfen. (S. 4)

Demonstrations-Strafrecht: Überwiegend kritisch äußerten sich Fachleute während eines Hearings des Bundestags-Rechtsausschusses über die geplante Verschärfung des Demonstrations-Strafrechts. (S.4)

Ostblock-Reformen: Zum Abschluß der Parteikonferenz in Moskau sprach sich Politbüromitglied Gorbatschow für tiefgreifende Veränderungen des Wirtschatssystems aus. (S. 4)

Ausländerpolitik: Baden-Württemberg will an der Begrenzung eines weiteren Ausländerzustroms, der Integration bleibewilliger Ausländer sowie der Reintegration von Ausländern in ihre Heimat festhalten, betonte Ministerpräsident Späth nach einem Gespräch mit den Kirchen.

Hilfe-Gesuch: In einem Brief bittet der wegen Kriegsverbrechen einsitzende 70jährige Österreicher Walter Reder den Papst, sich für seine Freilassung schon vor Weihnachten einzusetzen. Er soll erst im Sommer 1985 freikommen.

Christen in der UdSSR: Der ökumenische Rat der Kirchen verrät nach Meinung des Direktors des Religionsinstituts „Keston College", Bourdeaux, die Christen in der UdSSR. (S. 5)

Mongolei: Neuer Ministerpräsident der Mongolei wurde das Politbüromitglied Dumaagiyn Sodnom. Sein Vorgänger, Parteichef Dschambyn Batmunch, wurde zum Staatsoberhaupt gewählt.

Verschwörung: In Hanoi soll eine Verschwörung gegen die Regierung aufgedeckt worden sein, meldet die japanische Nachrichtenagentur Kyodo unter Berufung auf das Außenministerium in Tokio. 120 Vietnamesen seien verhaftet worden.

USA/Teheran: Nach den Worten Präsident Reagans untersucht Washington zur Zeit, inwieweit die Vorwürfe einer Zusammenarbeit zwischen Iran und den Geiselnehmern auf dem Teheraner Flughafen berechtigt sind. (S. 8)

Umsturz: Der mauretanische Staatschef, Oberstleutnant Mohammed Uld Haidalla, ist gestürzt worden. Die Macht hat der ehemalige Ministerpräsident Mauya Sid Achmed Taya übernommen.

Heute: Beginn der NATO-Außenministerkonferenz in Brüssel.

ZITAT DES TAGES



»Es ist schädlich, wenn Verpflichtungen nicht eingehalten werden. Sicher ist auch: Wenn die Sowjets ihren Willen auch ohne Gegenleistungen bekommen, dann ermuntert das nicht zu Verhandlungen«

US-Außenminister George Shultz über die Haltung Belgiens und der Niederlande zur Nachrüstung FOTO: DPA

WIRTSCHAFT

Thyssen: Mit einem Jahresüberschuß von 93 Millionen DM bei einem Konzernumsatz von 9,2 Milliarden DM schloß die Thyssen Stahl AG das Geschäftsjahr 1983/84 mit einem unerwartet positiven Ergebnis ab. (S. 12)

M.A.N.: Nach Verlusten von jeweils 148 und 112 Millionen Mark in den beiden vergangenen Jahren rechnet M.A.N. im Geschäftsjahr 1984/85 mit einem „etwa ausgeglichenen Ergebnis". (S. 13)

EG-Lastzug: Die EG-Verkehrsminister einigten sich auf die Einführung des 40-Tonnen-Lastzuges mit einheitlichen Maßen und Gewichten. (S. 11)

USA-EG Gespräche: Angesichts des riesigen Etat-Defizits bleibt Washington bei den traditionellen handelspolitischen Gesprächen zwischen den USA und der EG am Rande der NATO-Konferenz nur wenig Spielraum, auf Vorstellungen der EG einzugehen. (S. 12)

Börse: Unter dem Einfluß der Wall Street setzte sich bei geringen Umsätzen an den deutschen Aktienmärkten eine freundliche Tendenz durch. WELT-Aktienindex 159,3 (158,8). BHF-Index 102,860 (102,850). BHF-Performance-Index 112,229 (112,186). Dollarmittelkurs 3,0895 (3,0863) Mark. Goldpreis pro Feinunze 324,50 (326,75) Dollar.

KULTUR

Ausstellung: Einen Fauxpas der deutschen Kunstszene versucht die Darmstädter Saalbau-Galerie zu korrigieren. Da kein Museum anläßlich des 100sten Geburtstages des Malers Ludwig Meidner mit einer Ausstellung an den Künstler erinnerte, präsentiert die Galerie Arbeiten des gebürtigen Schlesiers. (S. 23)

Filmkomödie: Mit seinem neuesten Werk, dem Schelmenstück „Crackers", unterstreicht der französische Filmemacher Louis Malle erneut sein Talent, Thema und Tempo radikal zu verändern. Doch trotz der Wechsel – in der Parodie auf die Gangsterwelt San Franciscos bleibt er seiner kühlen Handschrift treu. (S. 23)

SPORT

Fußball: Der 55 Jahre alte jugoslawische Sport-Professor Branko Elsner ist als Teamchef der österreichischen Fußball-Nationalmannschaft Nachfolger von Erich Hof geworden. (S. 9)

Sportpolitik: 1985 wird es zu 73 deutsch-deutschen Sportbegegnungen kommen. Da die meisten Veranstaltungen internationalen Charakter haben, finden nur 19 direkte Vergleiche statt. (S. 9)

AUS ALLER WELT

Zukunftstechnik: Ein neues universales Kommunikationssystem, das über eine Telefonnummer und eine Leitung gleichzeitig Gespräche, Texte, Bilder sowie Daten übermitteln kann, stellte Siemens in München vor. Das sogenannte „HICOM"-System ist das erste seiner Art in der Welt. (S. 3)

Mafia: Bei ihrem dritten Schlag gegen die Mafia verhaftete die Polizei Italiens mindestens 150 mutmaßliche Mafiosi, unter ihnen namhafte Vertreter der sizilianischen Justiz. (S. 24)

Wetter: Heiter bis wolkig. Zwischen 4 und 7 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Sonderopfer ist vom Tisch. Steuerreform in zwei Zügen

CDU-Forderungen an der Kritik von CSU und FDP gescheitert

HEINZ HECK/DW. Bonn

Für die vom Bundesverfassungsgericht aufgehobene Zwangsanleihe für Besserverdienende wird es keine Ersatzlösung geben. Die Koalition hat solche Überlegungen in einem letzten Gespräch aufgegeben, nachdem sich die CDU gestern gegenüber CSU und FDP nicht durchsetzen konnte. Bundeskanzler Helmut Kohl erklärte vor der CDU/CSU-Fraktion, Nachkarten nütze nichts, man müsse aus der Situation das Beste machen. Finanzminister Gerhard Stoltenberg „bedauerte", daß es nicht möglich gewesen sei, „zu einer gemeinsamen Auffassung zu kommen", und CDU-Generalsekretär Heiner Geißler sprach von einer negativen Entscheidung.

CSU und FDP verzichteten in dem Koalitionsgespräch auf die bisher von ihnen geforderte Steuerentlastung in einem Schritt. Die Koalition ist sich damit jetzt ohne Vorbehalt einig, die Lohn- und Einkommensteuer im Rahmen eines Gesetzes in zwei Stufen 1986 und 1988 um insgesamt rund 20,2 Milliarden Mark zu senken.

In der nach dem Koalitionsgespräch angesetzten Sondersitzung der Unionsfraktion, in der Fraktionschef Alfred Dregger die Ergebnisse bekanntgab, war nach Mitteilung von Beobachtern die Enttäuschung bei der CDU spürbar. Auch habe der Bundeskanzler keinen Versuch gemacht, das Ergebnis zu beschönigen. Zwar sei es zu keiner Erörterung gekommen. Doch habe Otto Zink vom Arbeitnehmerflügel bedauert, daß an den Sparaktionen eine Gruppe der Bevölkerung, die der Besserverdienenden, nicht beteiligt worden sei. Kohl habe dem Arbeitnehmerflügel der CDU zu erkennen gegeben, daß dieser bei anderer Gelegenheit mit seinen Forderungen zum Zuge kommen solle.

Die von CSU und FDP vorgeschlagene stärkere Entlastung der Bezieher geringer Einkommen stieß auf den Widerstand der CDU. „Solche zusätzlichen Entlastungsmaßnahmen ohne einen finanziellen Solidarbeitrag hielt die CDU nicht für einen Ersatz für das mit der Investitionshilfeabgabe verfolgte Ziel", heißt es in der Erklärung über das Koalitionsgespräch unter Vorsitz Kohls.

Einig waren sich die Koalitionspartner in der Ablehnung der von der SPD vorgeschlagenen Ergänzungsabgabe. Der Kurs der finanzpolitischen Konsolidierung müsse fortgesetzt werden. Der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, Hans Apel, sprach in einer ersten Stellungnahme von einem „Betrugsmanöver der Koalition". Die Operation Zwangsanleihe sei von Anfang an darauf angelegt gewesen, im Bundestagswahlkampf 1983 „zumindest den Anschein sozialer Ausgewogenheit zu erwecken". Die Unionspolitiker „von Biedenkopf über Albrecht, Dregger und Blüm bis hin zu den Sozialausschüssen haben erneut, wie schon nach der Bundestagswahl 1983, ihr Wort gebrochen".

Von der Gesamtentlastung 1986 im Zuge der Steuerreform mit 10,8 Milliarden Mark entfallen laut Stoltenberg rund 80 Prozent auf Steuerpflichtige mit einem zu versteuernden Einkommen bis zu 50 000/100 000 Mark (Ledige/Verheiratete), also der Einkommensgrenze der Investitionshilfeabgabe, rund 70 Prozent auf Familien mit Kindern, die nur 39 Prozent der Steuerzahler stellen.

FDP-Generalsekretär Haussmann sagte zur „Bild"-Zeitung: „Wir haben immer gesagt, mit uns gibt es keine Neidsteuer. Die unnötige wochenlange Diskussion hat nicht nur der Koalition, sondern auch dem wirtschaftlichen Aufschwung schwer geschadet."

Steuert Ost-Berlin die Saboteure?

Kommunistische Zellen offenbar im Besitz von Geheimplänen der NATO-Streitkräfte

W. KAHL/DW. Bonn

Die „Kämpfenden kommunistischen Zellen" haben nach den Anschlägen gegen NATO-Treibstoffleitungen in Belgien das Nordatlantische Bündnis als „Todesmaschine" bezeichnet. Unter Hinweis auf die Sprengungen am Dienstag an mehreren Stellen der Pipeline kündigten die anonymen Absender eines Schreibens an die französische Nachrichtenagentur AFP in Brüssel an, das Versorgungsnetz zu „sabotieren". Aus spezifizierten Angaben entnehmen die Sicherheitsbehörden, daß die unbekannten Täter offenbar im Besitz militärischer Geheimnisse über Versorgungsanlagen der NATO-Streitkräfte sind.

An verschiedenen Stellen der NATO-Pipeline in Belgien waren Dienstag morgen, wie berichtet, fünf Sprengsätze detoniert. An zwei Punkten brachen Brände aus, die nach kurzer Zeit gelöscht werden konnten. Menschen kamen jedoch nicht zu Schaden. Bei der wallonischen Zeitung „La Cité" traf ein Schreiben ein, in dem sich die linksextreme Organisation „Kämpfende kommunistische Zellen" zu den Anschlägen bekannte. Der „Krieg gegen die NATO" sei ihre Lebensaufgabe, hieß es darin. Ziel der Sabotageakte, die im Oktober begonnen hatten, waren Regulieranlagen an der Pipeline auf offenem Feld. Die Rohrleitungen transportieren entweder von Le Havre oder von Antwerpen Treibstoff in die Bundesrepublik. Das NATO-Hauptquartier im belgischen Casteau wird ebenfalls aus diesem Netz versorgt.

Die Sicherheitsbehörden schließen unterdessen Verbindungen zwischen Mitgliedern der linksterroristischen RAF in der Bundesrepublik Deutschland und den belgischen kommunistischen Zellen nicht aus. Bei der Verhaftung von sechs RAF-Angehörigen im Sommer in Frankfurt waren Hinweise mit detaillierten Angaben über das Pipelinenetz in Belgien sichergestellt worden. Bei den Überlegungen, wie die Attentäter in den Besitz genauester Kenntnisse über die Rohrleitungen gelangten, spielt auch der „DDR"-Geheimdienst eine Rolle. Denn Ost-Berlin ist nach Feststellungen militärischer Beobachter über das Versorgungsnetz von NATO und Bundeswehr informiert.

Die Pläne der Anlagen verriet der ehemalige Mitarbeiter des Bundesverteidigungsministeriums in Bonn, Lothar Erwin Lutze. Wegen schweren *Landesverrats wurde Lutze 1979 zu* einer Freiheitsstrafe von zwölf Jahren verurteilt. Mit Rücksicht auf die Schwere des Verrats lehnte die Bundesregierung bisher Austauschangebote aus der „DDR" ab. Ost-Berlin hat jetzt erneut den Namen des Spions auf die Austauschliste gesetzt.

Experten halten es für denkbar, daß die Lagepläne für die Pipeline aus Ost-Berlin lanciert wurden. Die roten Zellen kündigten gestern an, sie wollten Belgien „zu einem der Gräber des Imperialismus" machen.

Seite 2: Die Handlanger

Börner bittet Grüne um Zustimmung

DW. Wiesbaden

Der hessische Ministerpräsident Holger Börner hat gestern im Wiesbadener Landtag die sieben Abgeordneten der Grünen aufgefordert, zu den Vereinbarungen mit der SPD über eine gemeinsame Landespolitik zurückzukehren und dem Etat 1985 zuzustimmen. Zu Beginn der abschließenden Beratungen des Haushalts hob Börner in einer Regierungserklärung hervor, er stehe zu der mit den Grünen vereinbarten Politik und wolle sie fortsetzen. Gleichzeitig erteilte der Regierungschef einer Großen Koalition eine Absage. Eine Große Koalition würde „nicht nur die Flügel des parlamentarischen Spektrums stärken", sondern sich wegen der unüberwindlichen Gegensätze zwischen den großen Parteien „auch an ständigen inneren Widersprüchen aufreiben", sagte Börner. Dem Hessischen Landtag liegt eine Beschlußempfehlung des Haushaltsausschusses vor, den Etatentwurf der Landesregierung abzulehnen.

Seite 2: Wir verurteilen

Glemp soll den Klerus säubern

DW. Warschau

Der stellvertretende Ministerpräsident Polens, Mieczyslaw Rakowski, hat Ungehorsam und mangelnde Subordination des polnischen Klerus beklagt. Vor den Vorsitzenden der polnischen Künstlervereine wies er darauf hin, daß der ständige Widerstand innerhalb der Gesellschaft gegen die Regierung von General Jaruzelski wachsenden Staatsterror zur Folge haben müsse. Die Vorsitzende des Schriftstellerverbandes, Halina Auderska, schlug in diesem Zusammenhang vor, eine Säuberungsaktion unter den polnischen Priestern durchzuführen. Die Leitung solle – nach staatlichen Direktiven – Primas Glemp übernehmen.

Im Mordfall Popieluszko ist nach Mitteilung des polnischen Regierungssprechers Jerzy Urban am Dienstag in Thorn Anklage erhoben worden. Der Prozeß gegen die vier angeklagten Sicherheitsoffiziere, denen die Todesstrafe droht, werde möglicherweise noch in diesem Monat beginnen, kündigte Urban an.

Lehrstellen: Neuer Rekord

DW. Bonn

Einen neuen Nachkriegsrekord bei der Bereitstellung von Lehrstellen haben die Unternehmen im Bereich der Industrie- und Handelskammer in 1984 erzielt. Das Rekordergebnis des Jahres 1983 wurde nochmals um 7,1 Prozent übertroffen. Die Unternehmen haben 1984 22 600 zusätzliche Lehrstellen geschaffen und insgesamt 343 000 neue Lehrverträge abgeschlossen. Dies geht aus der Umfrage des Deutschen Industrie- und Handelstages (DIHT) bei den 69 Industrie- und Handelskammern hervor. Drei Viertel aller im Jahr 1984 zusätzlich geschaffenen Lehrstellen wurden somit von den Unternehmen aus Industrie, Handel, Banken, Versicherungen sowie im Gast- und Verkehrsgewerbe bereitgestellt. Mit diesem Rekord haben die Ausbildungsunternehmen im IHK-Bereich nach Ansicht des DIHT erneut bewiesen, daß sie sich ihrer Verantwortung gegenüber der jungen Generation bewußt seien und alle Anstrengungen unternähmen, ihr gerecht zu werden.

„Im Streit um Unesco Farbe bekennen"

JÜRGEN LIMINSKI, Bonn

„Was hat die Bundesregierung unternommen und was gedenkt sie zu tun, um die Haltung Großbritanniens, der Niederlande und der USA mit dem Ziel zu unterstützen, zu dringenden und notwendigen Reformen in der Unesco zu kommen, wie dies insbesondere von der britischen Regierung in einem an die Bundesregierung gerichteten Schreiben erbeten worden ist?" Auf diese Anfrage des CSU-Politikers Graf Huyn hat das Auswärtige Amt bisher nur vage Äußerungen abgegeben. Sie reichen von „kontinuierlicher Abstimmung mit der Regierung der USA" über „ausführliche Stellungnahmen" bis hin zu „dauerndem Kontakt mit unseren Alliierten".

Nun treten die USA aus, Großbritannien hat den Austritt angekündigt *und die Niederlande drohen damit.* Übrigbleiben werden, so ironisieren diplomatische Beobachter in Paris und Bonn, mit Sicherheit Frankreich und die Bundesrepublik. Frankreich, weil die Franzosen die spesenfreudigen Beamten aus der Dritten Welt nicht verlieren wollen, und die Bundesrepublik, weil die Deutschen als Zahlmeister gebraucht werden.

Rund 40 Millionen Mark soll Bonn für das kommende Jahr an die Unesco zahlen. Diese Gelder, meinte der CSU-Abgeordnete Klaus Rose jüngst im Bundestag, „bringt der Steuerzahler zu mühsam auf, als daß sie in der Nähe des Eiffelturms und in rüder Polithetze gegen den Westen verpulvert werden dürfen". Es könne auf Dauer nicht angehen, „daß der Westen die Kasse füllt und der Osten die Richtung bestimmt". Wenn die schwergewichtigen Beitragszahler USA und Großbritannien jedoch fehlten, dann dürfe die Bundesrepublik die entstandene Haushaltslücke nicht durch zusätzliche Millionen stopfen.

Die CSU-Parlamentarier fordern: „Entweder es kommt eine echte Reform der Unesco, oder die Bundesrepublik wird der Dritte im Bunde der Aussteiger." Dabei müsse es soweit nicht kommen, meint Graf Huyn. Er plädiert für den Vorschlag einer Art Minderheitenschutz. Mittels der Einführung qualifizierter Mehrheiten könnte einer Zweckentfremdung der Unesco-Mittel vorgebeugt werden. Wenn zum Beispiel der Haushalt der Organisation von wenigstens 85 Prozent der Mitglieder des Exekutivrats abzusegnen wäre, würden die westlichen Länder über eine Sperrminorität verfügen.

Von so konkreten Ansätzen ist bei den „dauernden Kontakten mit unseren Alliierten" jedoch offenbar nicht die Rede. Bei den Briten und Amerikanern ist deswegen der mühsam verhaltene Unmut kaum noch zu übersehen. Niemand, sagt Graf Huyn, könne den Untergang der Unesco ernstlich wünschen. Ohne Reformen aber werde die Bundesrepublik früher oder *später vor die Alternative gestellt,* den Weg der Alliierten zu beschreiten oder in einer Art Dritte-Welt-Blindheit den jetzigen Kurs der Unesco zu tolerieren und zu finanzieren.

DER KOMMENTAR

Die Einsicht

HERBERT KREMP

Die Würfel sind gefallen: Für die Zwangsanleihe wird es keinen Ersatz geben. Die CDU konnte sich mit ihrer Forderung, die sogenannten Besserverdienenden alternativ zur Kasse zu bitten, nicht durchsetzen. Sie fand keine Mehrheit in der Koalition. Sie hätte die Alternative mit Hilfe der SPD durchsetzen müssen, nachdem die bayerische CSU und die FDP definitiv nein gesagt hatten. Mit der Raison des Regierungsbündnisses wäre das nicht vereinbar gewesen. Wechselnde Mehrheiten, die nichts anderes sind als eine politische Form der Schizophrenie, bedeuten den Anfang vom Ende jeder Regierung.

Der Bundeskanzler blies schweren Herzens Halali. Er hatte als CDU-Vorsitzender Stoltenbergs Standpunkt vertreten, einen Ersatz für die Zwangsanleihe zu finden, um in letzter Minute als Chef der Regierungskoalition zu *erklären, daß das Unternehmen* gescheitert sei. Er handelte gestern aus Einsicht, nicht aus Kanzler-Entschlossenheit. Das ehrt ihn; denn Politik ist nach normalem Verständnis nicht eine Sache, die man über das Knie bricht. Aber der doch recht quälende Vorgang des Biegens über das Knie erinnert an den guten Rat, den Generalsekretär Geißler Helmut Kohl noch vor kurzem gegeben hat: Zuerst Kanzler zu sein und dann Parteivorsitzender. Und als Kanzler hätte Kohl erkennen müssen, daß die CDU den süffigen Verteilungsplan zu Lasten „Besserverdienender" nicht würde in die Tat umsetzen können.

Genscher hatte in dem wochenlang in der Öffentlichkeit ausgetragenen Streit mit dem gegenüber seiner gerupften Klientel höchst werbewirksamen Wort von der „Neidsteuer" gefochten. Strauß hatte Stoltenberg in München abblitzen lassen, dabei aber ohne jeden Polemik-Donner auf die Tatsache hingewiesen, daß mit Verteilungs-Schein, dem die Linke Realitätswert beimißt, ohne damit je Erfolg erzielt zu haben, weder eine Wirtschaft belebt, noch Arbeitslose von der Straße gebracht werden können. Die einzige Definition der „sozialen Symmetrie", die Sinn mache, bestehe in der Belebung der Konjunktur und des Investitionswillens. Es fragt sich, ob die Sache so große Worte überhaupt verdiente. Aber mit dem Wort „Besserverdienende" hatte die CDU zweifellos die Semantik der Opposition übernommen und damit ihr Denken verknäult.

Zu guter Letzt können Kohl und sein Finanzminister wenigstens einen Kompensationserfolg vorweisen. Sie bewogen CSU und FDP im Gegenzug dazu, der Steuerreform in zwei Stufen (1. Januar 1986 und 1. Januar 1988) zuzustimmen. Gesamtvolumen 20 Milliarden Mark. Das wird sich am Ende sehen lassen können.

Genscher ohne Journalisten nach Prag

ms. Bonn

Staatsminister Möllemann vom Auswärtigen Amt hat sich gestern vor dem Auswärtigen Ausschuß des Bundestages zu der in der nächsten Woche geplanten Reise von Außenminister Genscher nach Prag geäußert. Danach haben Abgeordnete Fragen nach dem Sinn dieser Reise gestellt. Möllemann sagte nämlich, Genscher werde das Schicksal der „DDR"-Bewohner, die schon vor Monaten Zuflucht in dem deutschen Botschaftsgebäude gesucht haben, „nicht in den Mittelpunkt der Gespräche stellen". Ursprünglich waren nach seiner Darstellung 347 Deutsche in die Botschaft geflohen. Jetzt hielten sich dort noch 68 von ihnen auf. Möllemann beantwortete die Frage, ob die Bundesregierung das Verhalten der tschechoslowakischen Behörden gegenüber den Flüchtlingen, also die Verweigerung der Ausreise in die Bundesrepublik Deutschland, als Menschenrechtsverletzung bei der UN-Menschenrechtskommission anzeigen werde, mit Ja. Er bekräftigte vor dem Ausschuß die Absicht Genschers, auf diese Reise keine Journalisten mitzunehmen. Seine Polen-Reise hatte der Außenminister unter anderem auch deshalb kurzfristig abgesagt, weil Warschau dem WELT-Korrespondenten Ströhm die Einreise verweigerte. Damals hatte Bundeskanzler Kohl erklärt, die Bundesregierung lasse sich nicht vorschreiben, wer zu ihrer Reisebegleitung gehöre. Diese Position unterläuft nun Genscher, indem er keine Journalisten einlädt.

Seite 2: Ein Kanzler-Wort

Stuttgart will Schulgottesdienst wieder beleben

xhk. Stuttgart

An den Schulen Baden-Württembergs sollen wieder Gottesdienste während der Unterrichtszeit eingeführt werden. Kultusminister Gerhard Mayer-Vorfelder (CDU) teilte mit, seine Behörde habe jetzt den Entwurf einer entsprechenden Verwaltungsvorschrift in die Anhörung an den Landeselternbeirat und den Landesschulbeirat gegeben. Danach sollen in den allgemeinbildenden und beruflichen Vollzeitschulen des Landes öfter Gottesdienste für Schüler abgehalten werden.

Mayer-Vorfelder betonte, daß dieser Entwurf sich auf Grundgesetz, Landesverfassung und Schulgesetz stütze. Es gehöre zum „Erziehungsauftrag der Schule, die Schüler in Ehrfurcht vor Gott zu erziehen". Es sei deshalb eigentlich „selbstverständlich, daß Schulgottesdienste während der Unterrichtszeit" durchgeführt wurden. Frühere Regelungen seien inzwischen „weitgehend in Vergessenheit geraten". Dieser neue Entwurf ist nach Mitteilung des Ministers im übrigen auch „auf Anregung der evangelischen und katholischen Kirche" entstanden. Die Teilnahme an den Schulgottesdiensten soll für Lehrer und Schüler freiwillig sein. Gleichzeitig unterstrich Mayer-Vorfelder, daß der Charakter dieser Gottesdienste als „Schulveranstaltung deutlich werden muß".

Zu Beginn und Ende eines Schuljahres, vor und nach größeren Ferien (Weihnachten, Ostern) wird den Schulen empfohlen, in Absprache mit den örtlichen kirchlichen Stellen solche Gottesdienste anzubieten.

Duarte prüft Angebot der Rebellen für Waffenruhe

Guerrilla übergab Rotem Kreuz 43 Regierungssoldaten

DW. San Salvador

Die Regierung von El Salvador hat zugesagt, sie werde die Ankündigung der gegen sie kämpfenden Rebellen prüfen, über Weihnachten und Neujahr einen „völligen Waffenstillstand" einzuhalten. Präsident José Napoleon Duarte werde zu der Ankündigung Stellung nehmen, sagte Pressesprecher Oscar Reyes.

In einer Erklärung der Rebellen hatte es geheißen, die Waffenruhe solle zur Schaffung der Bedingungen beitragen, unter denen der Konflikt mit der Regierung durch „Dialog und Verhandlungen" beigelegt werden kann. Der Waffenstillstand soll vom 23. bis 26. Dezember sowie vom 30. Dezember bis zum 2. Januar jeweils bis Mitternacht dauern.

Unterdessen ließen die Guerrilleros 43 Soldaten frei, die am 1. Dezember in einer Bergregion rund 55 Kilo*meter südöstlich der Hauptstadt San* Salvador in die Hände der Rebellen gefallen waren. Die Regierungssoldaten wurden in dem Dorf La Joya in der Provinz San Vicente Vertretern des Internationalen Roten Kreuzes und der katholischen Kirche übergeben.

Der Zustand der Freigelassenen wurde als gut bezeichnet. Sie seien während ihrer Gefangenschaft nicht mißhandelt worden. In den Händen der Rebellen befinden sich noch zwei Offiziere, die gegen gefangene Guerrilleros ausgetauscht werden sollen.

Der römisch-katholische Erzbischof von El Salvador, Monsignore Arturo Rivera y Damas, war nach La Joya gekommen, um die Übergabe der 43 Soldaten an die Rot-Kreuz-Vertreter zu beobachten. Er erklärte vor Journalisten, die Freilassung der Gefangenen sei eine direkte Konsequenz der zwischen der Guerrilla und der Regierung am 30. November geführten zweiten Runde von Friedensgesprächen.

Bei den Gesprächen hatten sich die beiden Seiten lediglich auf freie Bewegung für Zivilisten und Fahrzeuge in dem umkämpften mittelamerikanischen Staat in der Zeit vom 22. Dezember bis zum 3. Januar verständigt.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Ein Kanzler-Wort

Von Herbert Kremp

Der Bundesaußenminister ist dafür bekannt, daß er bei seinen zahlreichen Reisen, die er im transkontinentalen oder kontinentalen Schmetterlingsstil zurücklegt, auf publizitätsstarke journalistische Begleitung großen Wert legt. Das ist nicht nur seine persönliche Eigenheit, sondern war eigentlich Gewohnheit aller Außenminister, die sich mit dem jeweils verfolgten Zweck wunderbar ins Bild und in die Zeitungen bringen konnten. Daraus ergibt sich Nutzen für Sache und Person – oder für Person und Sache, je nachdem, welchen Akzent der Minister des Äußeren setzt. Hans-Dietrich Genscher hat in seiner langen Amtszeit auf diesem Gebiet eine unbestrittene Meisterschaft entwickelt.

Die Reise nach Polen hatte der Minister aus verschiedenen Gründen abgesagt, die allesamt bei der polnischen Seite zu suchen sind. Er sollte die Gräber der deutschen Soldaten und das Grab des ermordeten Priesters Popieluszko nicht besuchen, war ihm bedeutet worden, und er sollte auch auf die Begleitung eines Journalisten verzichten, der der WELT-Redaktion angehört – Warschau verweigerte das Visum. Genscher fuhr also nicht, und Bundeskanzler Kohl, bei einem Besuch in Wien nach den Umständen befragt, erklärte, Bonn sei nicht bereit hinzunehmen, daß das Gastgeberland Journalisten aussuche, die mit der deutschen Delegation mitreisen dürften. Zu einem freien Land gehöre eine freie Presse. Das war ein Kanzler-Wort.

Nun steht seit gestern fest, daß Genscher für seine Reise nach Prag, bei der hinsichtlich der Entourage ähnliche Probleme aufzutauchen drohen, ein kleines Flugzeug benutzen und (folglich?) keine Journalisten mitnehmen werde. Daraus ergibt sich zunächst eine merkwürdig unterschiedliche amtliche Bewertung der Reisen nach Warschau und Prag. Haben sich für die Begleitung nach Prag wirklich so viel weniger Journalisten angemeldet als vor dem geplanten Besuch in Warschau? Oder ist es vielleicht doch so, daß Genscher sich von den Journalisten abkoppeln will, nachdem deutlich geworden ist, daß der besagte WELT-Korrespondent sein Interesse an der Begleitung des Ministers auch in diesem Fall angemeldet hat? Was ist mit dem Kanzler-Wort? Sollte es nur einmal gelten? Soll in Zukunft das Gastgeberland doch die Journalisten aussuchen können, die mit dem Minister auftreten? So trickreich sollte kein Außenminister seinen Kanzler ausmanövrieren dürfen.

Wir verurteilen

Von Enno v. Loewenstern

Bekanntlich sind die Grünen was Besseres, weil „eine betroffene, informierte und dadurch qualifizierte Minderheit eigentlich die Mehrheit darstellt" (Grünen-MdL Brückner, Hessen). Deshalb hat, „gerade wenn es um Existenzfragen geht, ... vielleicht sogar diese qualitative Minderheit ein stärkeres Gewicht als die quantitative Mehrheit" (Otto Schily). Wie sieht diese Informiertheit in der Praxis aus?

Da wird eine Grünen-Expedition in den Nahen Osten vorbereitet, um „Eindrücke und Informationen ... zu sammeln". Was will man erfahren – wie es dort wirklich aussieht? Nicht doch. Man ist informiert, man weiß die Wahrheit längst:

„In Beirut wird es eine Pressekonferenz geben, auf der wir den Terror der Israelis im Süden des Landes verurteilen." „Die israelische Führung ist nicht nur verantwortlich für die Vertreibung von Palästinensern, Unterdrückung und Terror in den besetzten Gebieten, Verewigung undemokratischer Verhältnisse in den israelischen Gebieten, sondern trägt auch die volle Verantwortung für das sich abzeichnende Blutbad im Nahen Osten, wenn sie ihre Politik nicht entscheidend ändert."

Dies erläutert ein Papier der Reisegruppe. Sie steht unter Führung von Brigitte Heinrich, die wegen Waffentransportes für Terroristen 1980 zu einundzwanzig Monaten Freiheitsstrafe verurteilt worden ist. Wo diese Terroristen ihr blutiges Handwerk einübten, ist bekannt. Aber damals erschienen diese deutschen Gäste in den PLO-Lagern den Juden als Außenseiter. Jetzt kommt Frau Heinrich mit Freunden als Vertreter einer in Deutschland zugelassenen Partei zur PLO.

Das Papier „sollte aus taktischen Gründen nicht weiter verbreitet werden". Als dann doch Kritik daran laut wurde, erklärten die Bundestags-Grünen (zu der Aussage, daß keine Kontakte mit der israelischen Regierung gesucht werden sollten), das Papier werde „als Programm der Reise" abgelehnt. Zum Inhalt äußerten sie kein Wort der Ablehnung.

Die Handlanger

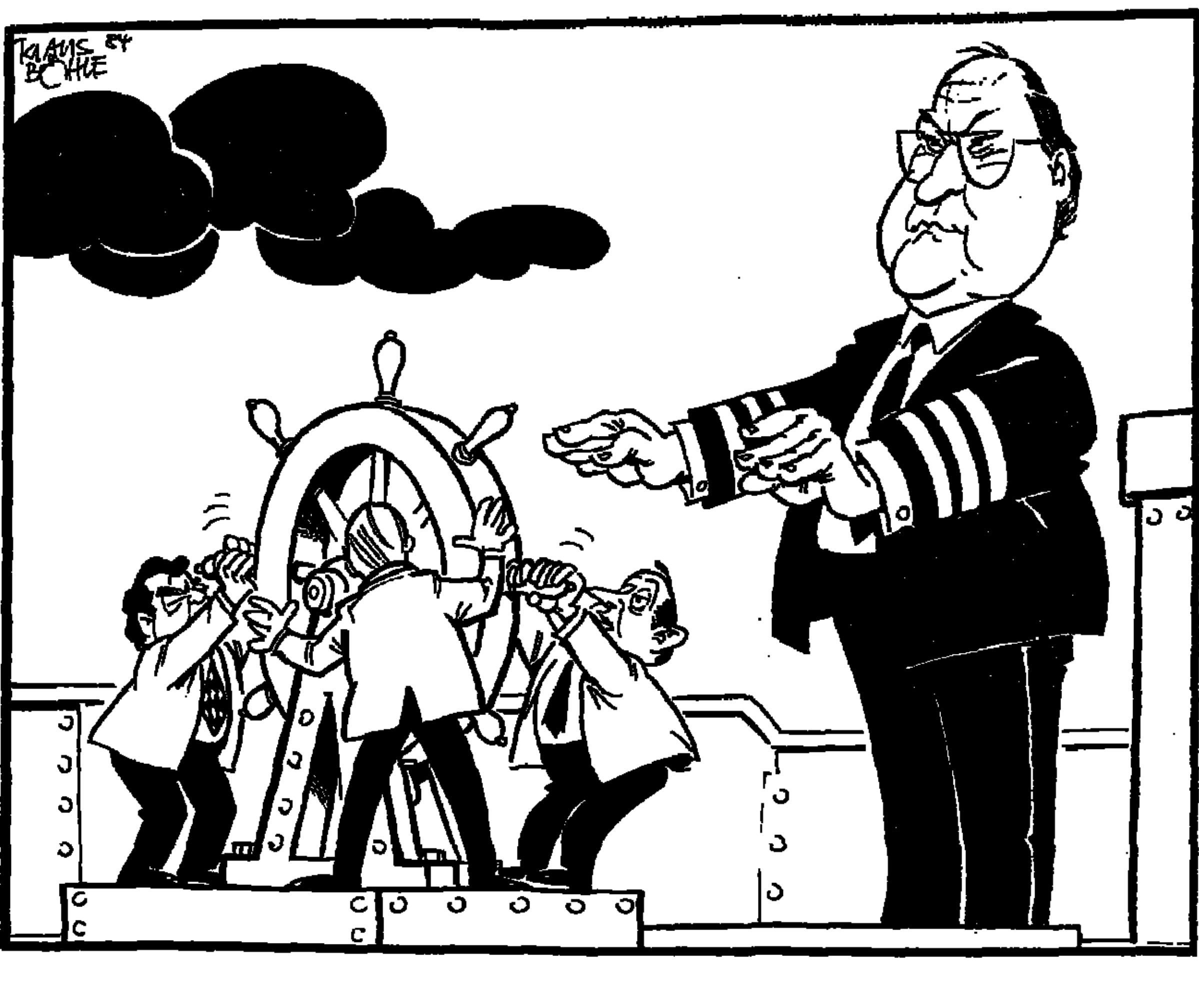
Von Rüdiger Moniac

Krieg gegen die NATO zu führen, nennen sie ihre Lebensaufgabe. Was mit den Sprenganschlägen jetzt in Belgien gegen die Pipelines der NATO geschah, illustriert, was geschähe, wenn wirklich gegen das Bündnis Krieg geführt würde. Die Sowjetunion würde ihre getarnt unter uns lebenden Handlanger einsetzen und bereits vor Ausbruch von Kampfhandlungen dafür sorgen, daß die Verteidigung der NATO schwersten Störungen ausgesetzt wäre.

Die Anschläge in Belgien hat eine „Zelle kommunistischer Kämpfer" verübt (Cellule des Combattants Communistes – CCC); sie hat sich selbst gerühmt, die letzten fünf Sprengsätze in die Schächte von Pumpstationen des Röhrensystems gelegt zu haben. Aus diesem beziehen die Streitkräfte der NATO den Treibstoff, von dem sie im Verteidigungsfall abhängig wären. Kein Panzer würde fahren, kein Flugzeug fliegen, wenn die Pipelines außer Betrieb gesetzt würden. Daran läßt sich ablesen, wie verwundbar die „Vorneverteidigung" dadurch ist, daß ihr eigenes Hinterland von Sabotage und Terror durch Kampfgruppen bedroht ist, die bereits im Frieden von ihrer Existenz künden – und ihre Aufgabe einüben.

Es läßt sich noch etwas anderes ablesen. Die Pipeline-Infrastruktur hat der Spion Lutze den Sowjets verraten – Lutze, über dessen „Austausch" passenderweise gerade jetzt verhandelt wird. Woher also die Saboteure ihre Ortskenntnis haben, ist wohl klar. Hier erübrigen sich Klagen, man möge doch bitte nicht die tapferen Rüstungsgegner als sowjetisch gesteuert hinstellen. Jene Sowjetmanöver, die heute schon Kampfhandlungen auf dem Boden der Bundesrepublik üben mit offenen Funksprüchen, finden solcherart ihre Ergänzung.

Die Phantasie der Bürger reicht nicht aus für ein Bild davon, was heute schon an „schlafenden" Einsatztrupps für den Fall X unter ihnen lebt. Die Sicherheitsbehörden hingegen haben recht präzise Vorstellungen, aber wer hört schon gern auf sie? Das mindeste, was getan werden kann, ist ein besserer Schutz dieser Anlagen. Und niemand möge behaupten, das Personal dafür sei nicht zu haben. Es ist da. Auch ältere Reservisten der Bundeswehr lassen sich dafür heranziehen.



Steuerungsbedarf KLAUS BÖHLE

Das Gedenken des 8. Mai

Von Günter Zehm

Er sehe keinen Grund zu besonderen Feiern, sagt Bundeskanzler Kohl in Hinblick auf den 8. Mai 1985, den vierzigsten Jahrestag der deutschen Kapitulation im Zweiten Weltkrieg. Dementsprechend soll auf deutscher Seite das Gedenken an diesen Tag still ausfallen. Angestrebt wird ein ökumenischer Gottesdienst im Kölner Dom, bei dem für die Toten des Krieges, für die Opfer der Diktatur und für den Frieden gebetet wird.

Das Vorhaben verrät Weisheit, Augenmaß, Würde. Man kann nur hoffen, daß es auch dabei bleibt und daß die Regierung dem Druck von innen und außen widersteht. Denn zu feiern gibt es nichts am 8. Mai 1945. Allzu teuer wurde die Überwindung der Diktatur erkauft, allzu schrecklich sind die Dimensionen der Opfer. Millionen gefallener Soldaten, Millionen ruchlos umgebrachter KZ- und Lagerhäftlinge, Millionen verhungerter und erschlagener Flüchtlinge, zertrümmerte Städte, geistige Verstörungen über Jahrzehnte hinweg – wer möchte da wirklich „feiern", vielleicht gar mit militärischem Gepränge und Tschingtarassabum?

Der Preis der Freiheit schmeckt ja auch zusätzlich bitter, da er nur der einen Hälfte der Nation zugute kam. Die andere wurde gezwungen zum Abmarsch in neuerliche Diktatur, und mit ihr die Hälfte der europäischen Nationen. Seitdem ist der alte Kontinent gespalten und kann keinen Frieden finden. Die politische Entwicklung in der östlichen Hemisphäre war geprägt von Aufständen, Kriegen, militärischen Besetzungen: 1953 der Volksaufstand in der „DDR", 1956 die ungarische Revolution und die Panzerschlacht in Budapest sowie die Arbeitermassaker in Posen und Danzig, 1968 der Einmarsch des Warschauer Pakts in die Tschechoslowakei. Sind das die Bestandteile einer europäischen „Friedensordnung", die man mit gutem Gewissen feiern könnte?

Dennoch wird am kommenden 8. Mai kräftig „gefeiert" werden, und zwar in der lautesten, äußerlichsten Form, die sich denken läßt. Moskau nämlich zeigt sich entschlossen, den Tag als Tag der Machtentfaltung zu begehen, mit Raketen-Paraden und dem Aufmarsch „mechanisierter Einheiten", mit markigen Reden sowie unzähligen unbezahlten Sonderschichten und „Solidaritäts-Aktionen". Und es wird seine Satelliten zu ähnlichen Veranstaltungen drängen. Denn solche Feiern gehören zum System, sie dienen der Produktionssteigerung ebenso wie der ideologischen Schulung, der Ablenkung von der Wirtschaftsmisere ebenso wie der Erzeugung künstlicher Feindbilder.

Schon hat sich die sowjetische Nachrichtenagentur Tass in einschlägiger Weise über den Plan von Bundeskanzler Kohl geäußert. Die „deutschen Revanchisten", so verlautbarte sie, wollten im Kölner Dom „für SS-Henker beten, deren Hände vom Blut europäischer Völker gerötet sind". Solche Texte, hochoffiziell wie alles, was Tass veröffentlicht, lassen vermuten, daß die Feindbild-Produktion diesmal im Mittelpunkt des Moskauer Festarrangements stehen wird.

Während der jetzt zu Ende gehenden Periode der Abrüstungsstille versuchte Moskau immer wieder, die Bundesrepublik Deutschland von den USA zu trennen. Im Zeichen der neu beginnenden Abrüstungsgespräche sollen nun offenbar die Amerikaner von den Deutschen getrennt werden. Zu diesem Zweck werden sogar gemeinsame Erinnerungen an die „siegreiche Waffenbrüderschaft" von 1945 beschworen. Moskau möchte sich als „Schutzmacht" auch für Westeuropa aufspielen, deren mitteleuropäische Dauerpräsenz die „Niederhaltung des Faschismus" garantiere.



Ort des gemeinsamen Gebets: Kölner Dom FOTO: MANFRED GROHE

Die Tass-Verlautbarung macht also sichtbar, in welch hochpolitische Dimensionen die Auseinandersetzung um das Gedenken des 8. Mai 1945 bereits gerückt ist. Nicht nur Bonn ist gefordert, sondern auch seine westlichen Verbündeten sind es und vor allem die USA. Diese können das „Feiern" im Interesse internationaler Optik verständlicherweise nicht vollständig den Moskowitern überlassen, und auch innenpolitisch sieht sich Präsident Reagan einer gewissen öffentlichen Erwartung ausgesetzt. Schließlich war der Sieg über Deutschland und Japan der letzte vollständige militärische Sieg, den die Amerikaner errungen haben; Korea ging allenfalls remis aus, und in Vietnam und Kambodscha nahm man sogar eine Niederlage hin, mit entsetzlichen Folgen für das kambodschanische Volk, wie bekannt. So etwas hinterläßt psychologische Folgen und drängt nach Kompensation.

Andererseits käme der Reaganschen Politik im Augenblick nichts weniger gelegen als eine optische Bestätigung des von der europäischen Linken zielbewußt genährten Verdachts, die USA seien genauso wie die Sowjetunion an der Verewigung der Spaltung Europas interessiert. Der Präsident hat sich in vielen seiner Wahlkampfreden energisch von „Jalta" distanziert und immer wieder der Überzeugung Ausdruck gegeben, daß auch den osteuropäischen Staaten Freiheit und Selbstbestimmung zustehen. Das ist ein „Essential" der Reagan-Regierung, das von den kommenden Abrüstungsverhandlungen keineswegs außer Kraft gesetzt werden soll.

So käme Kohls Vorschlag eines stillen Gedenkens im Gebet wohl auch den Intentionen Reagans entgegen. In einem solchen Gebet wäre Raum sowohl für den Ausdruck der Dankbarkeit, daß man seinerzeit dem Inferno entronnen ist und seitdem in Freiheit leben darf, wie auch für die Bekräftigung der Entschlossenheit, so etwas sich niemals wiederholen zu lassen. Und selbstverständlich – Tass wird es nie begreifen – würde auch für jene gebetet, die Sünde auf sich geladen haben und die der Vergebung bedürftiger sind als die Guten.

IM GESPRÄCH Cronenberg

Abdichten kann er auch

Von Stefan Heydeck

Politische Enthaltsamkeit will der FDP-Politiker Dieter-Julius Cronenberg nicht üben, wenn er acht Jahre nach seinem Einzug ins Bonner Parlament morgen Bundestagsvizepräsident wird. Denn für den 54jährigen, der 1979 den stellvertretenden Vorsitz der FDP-Bundestagsfraktion übernahm, bedeutet das neue Amt lediglich eine „Umschichtung der Arbeit". Auch um seinen 75 Mitarbeiter zählenden, 1711 als „Sensenfabrik" gegründeten Familienbetrieb im sauerländischen Neheim-Hüsten will er sich weiter kümmern. Cronenberg wird sich also ähnlich wie seine Vorgänger Richard Wurbs und Liselotte Funcke verhalten: Wurbs war parallel FDP-Schatzmeister und ist Vizepräsident des Zentralverbands des Deutschen Handwerks, die Unternehmerin Funcke leitete neben ihrer Tätigkeit als Vizepräsidentin den Finanzausschuß des Bundestags.

Für Wurbs, der sich aus persönlichen Gründen nach Bekanntwerden der Sechs-Millionen-Spende ins Privatleben zurückzieht, nominierte die Fraktion in einer geheimen Kampfabstimmung mit 20 Stimmen Cronenberg als Nachfolger. Seine Gegenkandidatin, Hildegard Hamm-Brücher, die schon nach der „Wende" 1982 ihr Interesse für dieses Amt bekundet hatte, erhielt nur acht Stimmen.

Der bärtige Vater von drei Kindern, der meist heiter und mit blitzenden Augen um Ausgleich und Geschlossenheit in der auf 35 Abgeordnete zusammengeschmolzenen Fraktion bemüht ist, ging 1961 nach seinem Eintritt in die FDP zunächst in die Kommunalpolitik. 1973 kam er in den nordrhein-westfälischen FDP-Vorstand, 1974 wurde er Bezirksvorsitzender. Für die Landtagswahlen im Mai 1985 hatte er seine – jetzt endgültig hinfällig gewordene – Bereitschaft bekundet, auf einem der Spitzenplätze anzutreten. Cronenberg, der in Lausanne, Aix-en-Provence und Münster studierte und die Vereinigten Deutschen Studentenschaften führte, als diese noch eher moderat waren, hat als Sozialexperte die Schwerpunkte Beschäftigungs- und Rentenpolitik. Insbesondere kümmert er sich um die langfristigen Strukturprobleme der Rentenversicherung.



Keine Enthaltsamkeit im neuen Amt: Cronenberg FOTO: JUPP DARCHINGER

Mit Blick auf seine morgige Wahl wartet er mit einer gewissen Erheiterung auf den nächsten „Spiegel". Das Magazin, sagte er der WELT, „versucht, mir gelegentlich was am Zeug zu flicken und der FDP zu schaden, indem es schreibt, ich hätte dreimal je fünftausend Mark vom verstorbenen Schatzmeister Hans-Herbert Karry erhalten. Und diese Beträge sollen angeblich von Flick stammen." Dabei hat Cronenberg nie einen Hehl daraus gemacht, 1977 und 1979 für Wahlkämpfe diese Summen von Karry bekommen zu haben. Er hat der Staatsanwaltschaft erklärt, er wisse nicht, ob Karry diese Beträge von Flick erhalten hatte, und könne es deshalb auch nicht ausschließen. Für ihn sei es „selbstverständlich", so Cronenberg zur WELT, weiter auflagenfreie Spenden für die FDP zu sammeln.

Schon vor seinem Wechsel in die große Politik hat der Mittelständler und begeisterte Krimi-Leser in den Schaltzentralen der Macht Spuren hinterlassen: Aus seiner Produktion stammen die automatischen Türabdichtungen im Bonner Bundeskanzleramt und im Ost-Berliner „Palast der Republik".

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Westfälische Nachrichten

In dem Münsteraner Blatt lautet der Kommentar zur Bundeswehr:

Die schwierigste Hürde ist die der öffentlichen Meinung. Hier gilt es, eine komplizierte Thematik durchschaubar zu machen und gleichzeitig für eine Maßnahme Verständnis zu wecken, die nicht nur den Staatssäkkel, sondern auch den Arbeitsmarkt belastet ... Die Einsatzbereitschaft der Bundeswehr ist beeinträchtigt. Hierin liegt das Hauptargument, zum Kabinettsbeschluß vom Dienstag ja zu sagen. Denn was nutzt teure Technik zur Erfüllung des Verteidigungsauftrages, wenn das Personal nicht stimmt. Die Bundeswehr ist keine Privatfirma ... Ihr Personal ist mit keinem anderen Bereich des öffentlichen Dienstes vergleichbar. Eine 38,5-Stunden-Woche beispielsweise ist Illusion. Und eine Illusion ist auch Sicherheit zum Nulltarif.

WESTFALENPOST

Zu Cronenberg bemerkt das Hagener Blatt:

Daß die Freien Demokraten trotz mancher Ausblutungen immer noch über ein stattliches Personalreservoir verfügen, zeigt die Nominierung von Julius Cronenberg zum Vizepräsidenten des Bundestags. Cronenbergs Charaker wie Leistung ist diesem Anspruch angemessen. Daß er nicht von den Diäten abhängt, sondern zu jenen Selbständigen zählt, die das eigene Risiko im eigenen Unternehmen zu tragen haben, widerspricht jener Abschätzigkeit, mit der in jüngster Zeit über die Qualität der Parlamentspräsidenten geurteilt wurde.

BRAUNSCHWEIGER ZEITUNG

Zur UNO-Konvention gegen die Folter:

Als Friedrich der Große die Regierung antrat, schaffte er als erstes die Folter ab. Preußens König verwirklichte damit eine Forderung der Aufklärung. Das war vor mehr als 200 Jahren. Und heute? ... Auf Betreiben der Sowjets, dem die Mehrheit der Dritte-Welt-Diktaturen keine ernstlichen Einwände entgegenstellte, ist sie so verwässert worden, daß das Befolgen der Konvention im Belieben der Anwenderstaaten steht. Es wird also in der Praxis wenig erreicht werden.

AUGSBURGER ALLGEMEINE

Zur Steuerlösung meint die Zeitung:

Statt einen Überzeugungsfeldzug zu führen, daß mehr Leistung, mehr Eigenverantwortung, mehr Eigenvorsorge, einzelner wie Unternehmer, steuertariflich belohnt werden sollten, hält es die Bundesregierung mit dem Weg des geringsten Widerstandes ... Trotz Reformversuchen, die inflationsbedingten Lohn- und Steuerzuwächse zurückzugeben, ist es bei Ansätzen geblieben. Und auch steuerliche Sondervergünstigungen können nicht kaschieren: Der Staat kassiert zuviel, von wem auch immer.

Große Koalitionen? Börner schafft endgültig Klarheit

Ende der Glotz-Spekulationen über „Krisenbewältigung" / Von Dankwart Guratzsch

Es war am 18. November in der Frankfurter Jugendherberge. Oben auf dem Podium saß SPD-Bundesgeschäftsführer Peter Glotz und beantwortete Fragen der Parteijugend. Die jungen Leute waren aus der ganzen Bundesrepublik angereist, um über „sozialistische Perspektiven" zu diskutieren. Die Spannung knisterte im Saal, denn die einzige Zukunft, an die die angereisten Jusos glauben mochten, ein Zusammengehen der SPD mit den Grünen, stand gerade in Hessen auf dem Spiel. Das rot-grüne Bündnis von Wiesbaden, das einzige in der Bundesrepublik, war wegen des Streits über die Hanauer Nuklearfabriken Alkem und Nukem hoffnungslos verkracht. Die Jusos bekundeten offene Sympathie für die Grünen. Den hessischen Wirtschaftsminister und Parteigenossen Ulrich Steger nannten sie einen „Atomfreak".

Da stellte ein junger Mann die Frage, die den obersten Parteistrategen der SPD aus der Reserve lockte: „Was ist eigentlich dran an den Gerüchten, daß die SPD-Parteiführung schon an Modellen für eine große Koalition mit der CDU bastelt?" Glotz schob den Oberkörper vor, als wenn er zu einem Hechtsprung ansetzen wollte. Dann lehnte er sich zurück und versuchte entspannt auszusehen.

In den achtziger Jahren, so sagte er, komme mit Sicherheit noch eine zyklische Wirtschaftskrise auf die Bundesrepublik zu. Dann stünden Aufgaben eines großen Gesellschaftsumbaus bevor. Die Sozialdemokraten müßten alles dransetzen, daß sie daran mitwirken könnten. Die Jusos sollten sich doch einmal überlegen, ob das mit „so knappen Mehrheiten" überhaupt gelingen könne.

Das klang wie eine kaum verhüllte Absage an jenes Modell einer „Mehrheit links von der CDU" unter Einschluß von Grünen, Bürgerinitiativen, Friedens- und Frauenbewegung, das der noch amtierende Parteivorsitzende Willy Brandt vertritt. Aber Glotz hatte seine Worte an die Parteijugend in die Form einer Frage gekleidet. Das paßt zu der seit den Hessischen Landtagswahlen von 1983 bewährten taktischen Linie der SPD, vor Wahlentscheidungen die Karte nicht offenzulegen, um so auch Wähler der Mitte für die SPD gewinnen zu können, die ihr bei der definitiven Ankündigung von Bündnissen mit den Grünen keine Stimme geben würden.

Wohin steuert die SPD denn nun wirklich? Aufschlüsse darüber kann nach den hessischen Erfahrungen mit Holger Börner, der vor den Landtagswahlen 1983 nicht nur eine Koalition, sondern auch eine Zusammenarbeit mit den Grünen kategorisch ausgeschlossen hatte, nur die praktische Politik geben. Deshalb war die gestrige Landtagsdebatte in Wiesbaden ein erster verläßlicher Test für die tatsächliche Strategie der SPD für die kommenden Landtags- und Gemeindewahlen.

Dieser Test ging eindeutig aus. Börner erteilte allen Angeboten des hessischen CDU-Vorsitzenden Walter Wallmann, eine große Koalition zur Bewältigung der dringenden Probleme des Landes zu gründen, eine Absage. Eine Kooperation mit den Bonner Koalitionsparteien würde die „Neuorientierung der Politik" zunichte machen. Er stehe stattdessen zu der mit den Grünen vereinbarten Politik und wolle sie „zielstrebig und konsequent fortsetzen".

Ausdrücklich ging Börner auch noch auf jene „gesellschaftlichen Grundsatzfragen" ein, die in den kommenden Jahren auf uns zukämen und die, wie doch die Frage von Peter Glotz nahegelegt hatte, nur von einer breiten, also schwarz-roten, nicht von einer knappen rot-grünen Mehrheit bewältigt werden könnten. Börner gab dazu die entgegengesetzte Antwort. Allein der „fruchtbare Dialog von Regierung und Opposition" werde weiterführen. Eine Große Koalition dagegen würde nur die Flügel des parlamentarischen Spektrums stärken und sich an inneren Widersprüchen aufreiben.

Damit ist der Vorhang vor den Strategiedebatten in der SPD weggezogen. Börner hält an seiner Zusammenarbeit mit den Grünen fest – trotz der Brüskierung in der Frage der Hanauer Nuklearfabriken. Und das ist kein Alleingang; er hat sich darüber ausführlich mit dem Bundesvorstand der Partei beraten. In den bevorstehenden Landtags- und Gemeindewahlen wird die Partei zwar die Taktik des Getrenntmarschierens mit den Grünen verfolgen, danach aber schleunigst wie in Hessen das Bündnis mit ihnen suchen. Das Konzept möglicher großer Koalitionen ist nichts anderes als ein „Denkmodell" für die Öffentlichkeitsarbeit.



Das Telefon hat nun Schreiben und Lesen gelernt

Mit einer Weltpremiere wurde gestern in München der Schritt in die Zukunft der Kommunikation gefeiert. Das „denkende" Telefon, Kernstück der künftigen Informationssysteme, wird 1500 Mark kosten und in einem Jahr auf dem Markt sein.

Von PETER SCHMALZ

Da kam selbst der Regierungschef ins Schwärmen. „Heute", so sagte Franz Josef Strauß gestern als Festredner in der fahnengeschmückten Münchner Messehalle, „heute wird keine Idee für ein Produkt von morgen vergeudet. Nein, heute wird ab sofort neue Zukunftstechnik verkauft."

Der Elektronik-Konzern Siemens hatte zu einem Ereignis in die bayerische Landeshauptstadt geladen, das als Weltpremiere deklariert wurde und über das der Laudator mit einem Hauch von Euphorie meinte: „Visionen und Wunschträume werden zur Wirklichkeit." Was da konkret geschehen ist, beschrieb Siemens-Vorstandsmitglied Claus Kessler knapp und plastisch: „Wir haben dem Telefon auch noch das Schreiben, Lesen und Computern beigebracht."

Das klingt recht einfach, hat aber ohne Grundlagenforschung eine halbe Milliarde Mark Entwicklungskosten verschlungen und gilt als bisher größter Innovationsschritt in diesem Bereich. „Ab sofort", so sagte Strauß, „ist mit dieser Technik die totale unmittelbare wechselseitige Verständigung in Schrift, Bild und Ton möglich."

Das neue Kommunikationswunder verbirgt sich hinter dem Kürzel „Hicom" und verdankt seine Geburt der Erkenntnis, daß erstens die Information künftig mindestens so bedeutend sein wird wie die klassischen Produktionsfaktoren Arbeit und Kapital – was Bundespostminister Schwarz-Schilling in die Ankündigung kleidet, wir stünden „heute an der Schwelle eines neuen Zeitalters, des Kommunikations-Zeitalters" – und zweitens die vielfältigen Informationen noch immer auf einer Vielzahl von Wegen über eine Vielzahl von Geräten an den Benutzer gelangen. Zudem haben viele dieser Apparate keine Verbindungen miteinander, die Informationen müssen umgesetzt oder neugeschrieben werden. Kommt etwa eine Warenbestellung über den Fernschreiber ins Haus, muß sie Buchstabe für Buchstabe nochmals ins firmeneigene Datensystem übertragen werden. Die Fachleute sprechen vom „Medienbruch", der deshalb unproduktiv ist, weil seine Behebung Kosten verursacht, ohne den Wert der Arbeitsleistung zu erhöhen. „Diese Medienbrüche zu vermeiden", so Siemens-Marketingleiter Peter Pribilla, „ist ein wesentlicher Ansatzpunkt für die Effizienzsteigerung im Büro."

Die Münchner Elektronik-Tüftler haben dazu das Telefon als Informationsterminal der Zukunft ausgewählt, aber es wird sich zu einem Gerät entwickeln, das dem grauen Wählscheiben-Apparat nur noch darin ähnelt, daß es wie dieser weiterhin einen Telefonhörer haben wird. 1861 wurde der Fernsprecher erfunden, 600 Millionen Telefone sind heute weltweit miteinander verbunden, sein technisches Prinzip aber ist bis heute unverändert.

Bis gestern. Denn jetzt kann mit „Hicom" das Telefon mit der Datenbank „sprechen", kann den Fernschreiber ebenso „verstehen" wie den Fernkopierer. Mehr noch: Alle diese unterschiedlichen Kommunikationsformen können jetzt in ein Netz, auf eine Leitung und unter eine Rufnummer und schließlich auch noch in ein Gerät, dem Multiterminal, integriert werden.

Wie das geschieht, ist nach der Meinung des Festredners Strauß „für den Nichttechniker voller Geheimnisse und vorerst genauso unfaßbar wie die vierte Dimension". Tatsächlich aber basiert die Kommunikations-Revolution auf einer seit geraumer Zeit bekannten und angewandten Technik. Bisher werden Schallwellen, die Liebesgeflüster ebenso wie Befehlsgebrüll dem Adressaten erst verständlich machen, beim Telefonieren als elektronische Schwingungen durchs Netz gejagt und am anderen Ende wieder in hörbare Töne verwandelt. Man spricht vom Analog-System.

Doch die Kommunikations-Zukunft hört auf das Wörtchen „digital". Hierbei zerlegt ein kleiner, aber höchst leistungsfähiger Mikro-Chip im Telefon die Schallwellen blitzschnell in nur zwei Impulse, wie sie in der Computersprache verwendet werden: in Ja oder Nein. Ein Chip am anderen Ende der Leitung verwandelt sie in Sekundenbruchteilen wieder in verstehbare Sprache.

Das digitale System hat zahlreiche Vorteile: Impulse lassen sich leichter, schneller und damit weit wirtschaftlicher auch über große Entfernungen transportieren als die bisher üblichen Schwingungen. Zudem leidet die Qualität auch bei extremen Entfernungen kaum. So soll es später einmal egal sein, ob der Ruf nur zur Nachbarin über die Straße oder bis zum Geschäftspartner nach Sydney geht, das Gespräch wird zumindest akustisch von einer gleichbleibenden Qualität sein, die dem heute üblichen hohen Standard des Rundfunktons gleichen soll.

Einziger und kostspieliger Nachteil: Die vorhandenen Kupferkabel eignen sich kaum zur digitalen Übertragung, dafür sind Glasfaserkabel erforderlich, die weit mehr Informationen gleichzeitig transportieren können. Neue Informations-Bahnen müssen quer durch die Republik verlegt werden, um das zu schaffen, was weltweit den Namen „Integrated Services Digital Network" (ISDN) trägt, also das digitale Netz der integrierten Systeme.

ISDN ist auch das Rückgrat des gestern präsentierten Büro-Wunders – weshalb seine Einsatzmöglichkeit vorerst noch beschränkt ist: Nachdem im öffentlichen Bereich die notwendigen Kabel noch fehlen, bleiben die meisten Vorteile der Siemens-Multi-Kommunikation auf den innerbetrieblichen Verkehr beschränkt.

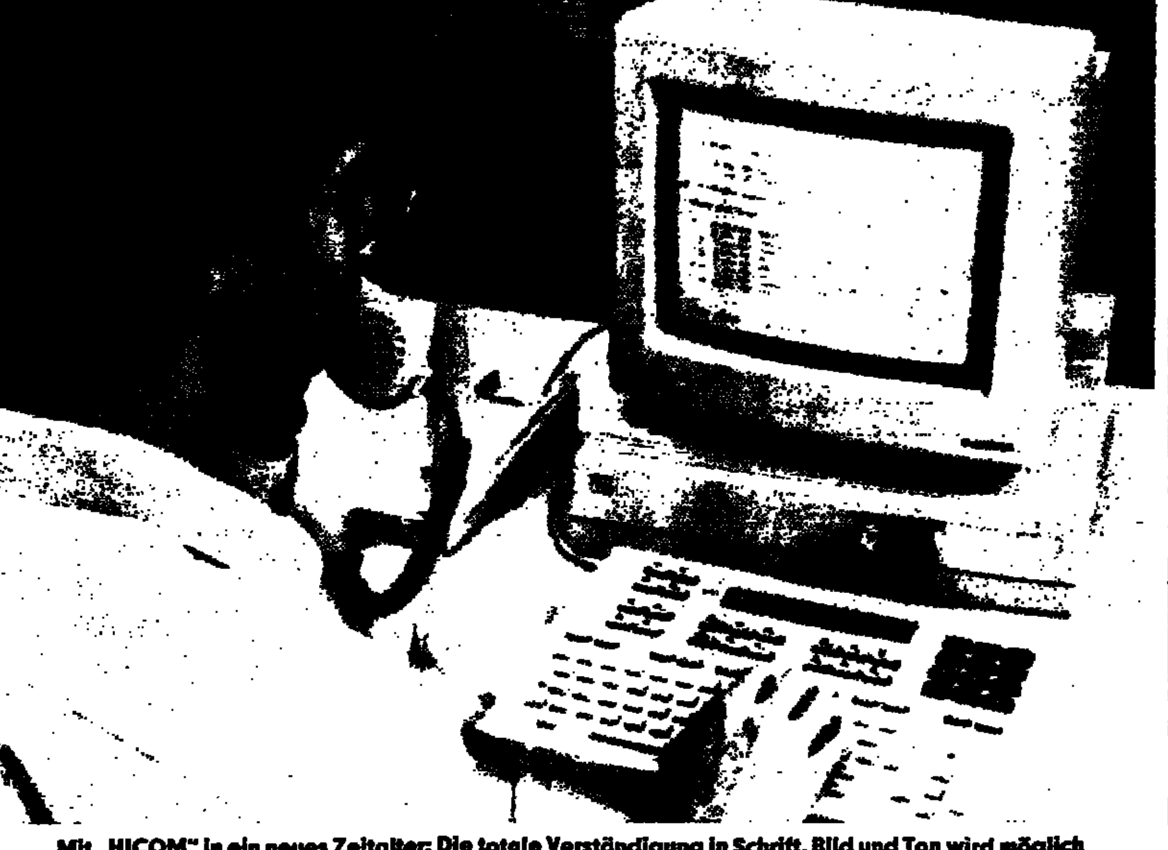
Nach ihrem Grundsatzbeschluß von 1979 wird die Post jedoch das Fernsprechnetz schrittweise digitalisieren und dabei mit der größten Zukunftsinvestition, die dieses Unternehmen jemals wagte, die weltweit leistungsstärkste Kommunikationsverbindung schaffen. Auf der zweiadrigen Leitung können in jeder Sekunde gleichzeitig zweimal 64 000 Signale übertragen werden. Dann braucht ein Fernkopierer anstelle von Minuten nur noch Sekunden für jede Seite, der Teletext wird eine DIN-A4-Seite nicht mehr in acht, sondern in weniger als einer Sekunde übermitteln.

Fotos können ebenso auf die Digital-Reise geschickt werden wie bewegte Bilder. Letztere aber noch mit Einschränkungen: Der Aufbau eines Farbbildes dauert vier Sekunden und damit viel zu lange zur Übertragung eines Fernsehbildes. Dies soll aber in der zweiten Stufe möglich werden, wenn das sogenannte Breitband verlegt ist. Denn für ein gestochen scharfes digitales TV-Bild sind in jeder Sekunde 140 000 Impulse erforderlich. Siemens hat mit diesem Breitband bereits seinen weltverzweigten Münchner Firmenkomplex verkabelt und 50 Bildschirm-Telefone in Betrieb. „Damit können wir außerordentlich effizient arbeiten", meint ein Mitarbeiter. „Wir können Kollegen in anderen Häusern Skizzen und Unterlagen zeigen, ohne zu ihnen hinüberzulaufen."

Der Münchner Konzern hat auch schon das Design für das Multi-Telefon des nächsten Jahrtausends entworfen: Der Hörer liegt auf einem Bildschirmgerät, das neben der Wähltastatur auch Texttasten besitzt.

Das Digital-Telefon, das gestern aus der Taufe gehoben wurde, ist noch nicht ganz so weit. Aber auch in ihm sind Neuerungen, die den Enkeln wohl selbstverständlich sein werden, heute aber noch zu ungläubigem Staunen verleiten. Eine 24stellige Anzeige informiert nicht nur über Zeit und Datum, erinnert an Termine oder gibt Bedienungshinweise, nein, die Lesezeile läßt beim Klingeln Nummer oder Name des Anrufers aufleuchten, bevor noch der Hörer abgenommen ist.

Siemens-Mitarbeiter Josef Frensch: „So kann man sehen, wann die Schwiegermutter anruft und sich überlegen, ob man abheben will." Ganz entgeht man aber auch einem unliebsamen Anrufer nicht: Der kann nämlich im „elektronischen Briefkasten" jederzeit abrufbare gesprochene Nachrichten hinterlassen.



Mit „HICOM" in ein neues Zeitalter: Die totale Verständigung in Schrift, Bild und Ton wird möglich FOTO: DIE WELT

Politiker, Beamter, Gelehrter – ein Herr

Von GEORG SCHRÖDER

Die Christdemokraten feiern am Freitag den 70. Geburtstag von Karl Carstens. Sie haben allen Grund, an diesem Tag frohgemut zu sein. Denn in diesen Zeiten des wachsenden Unbehagens an den Parteien darf sich die CDU in einem Mann verkörpert sehen, den inneres Gleichgewicht, die Suche nach dem Maß der Dinge und zugleich hohe Intelligenz und geistige Unabhängigkeit kennzeichnen.

Karl Carstens hat sich nie nach vorn gedrängt, er wurde immer gerufen. Er hat sich nie die Attribute des Wirtschaftswunders anheften wollen, sondern das Leben eines in seinem Vaterland, in dessen Kultur und Wissenschaft verwurzelten und der Nation verpflichteten Mannes geführt. Er war und ist ein Herr.

Vierundzwanzig Jahre sind schon vergangen, seit am 8. Juli 1960 zum erstenmal versucht wurde, in der WELT ein Porträt zu zeichnen, überschrieben: „Karl Carstens' kometenhafte Karriere". Möglich, ja gewiß, daß mehr als einer solchen Ausruf damals für übertrieben hielt. Gewiß, die Insider Bonns kannten den Ministerialdirektor des Auswärtigen Amtes. Aber wer sonst?

Damals wurde Carstens von Bundesaußenminister von Brentano zum Staatssekretär befördert. Daß mit ihm ein Fünfundvierzigjähriger in die Spitze des Auswärtigen Amtes rückte, war schon deshalb wertvoll, weil das biblische Alter Konrad Adenauers in Bonn die Maßstäbe dafür verzerrt hatte, wann Männer reif sind für verantwortliche Spitzenpositionen.

„Doppelt zu begrüßen ist Karl Carstens wegen seiner politischen und persönlichen Qualitäten", schrieb damals der Verfasser.

Über die Jahrzehnte hinweg hat sich das Bild nicht verändert: Schlank, groß, schmalgesichtig – der Geist hat den Körper dieses Bremers geprägt, so daß man ihm heute die 70 Jahre nicht ansieht. Die angeborene Zurückhaltung des Hanseaten ist fern von jeder gewollten oder ungewollten Kühle. Carstens' Augen blitzen oft humorvoll auf. Sein herzhaftes Lachen und seine Verbindlichkeit, sei es bei der Formulierung sehr klarer, dezidierter Meinungen oder sei es im persönlichen Verkehr, ließen ihn viele Freunde gewinnen.

Nicht geändert hat sich durch die kometenhafte Karriere, die ihn bis in die Villa Hammerschmidt führte, eine gar nicht so oft zu findende Eigenschaft: Carstens ist und war allezeit frei von Eitelkeit. Der Professor Carstens gab sich immer ganz unprofessoral.

So war es denn auch für viele auf der politischen Bühne Bonns 1960, als Carstens Staatssekretär wurde, überraschend zu hören, daß der Berufsdiplomat kurz zuvor auf der gleichzeitig verfolgten wissenschaftlichen Laufbahn an der Kölner Universität bereits zum Ordinarius für Europarecht aufgestiegen war.

Bei einer Geburtstagsfeier, die nun auch schon lange zurückliegt, sagte Carstens einmal mit fröhlicher Stimme, er habe nun fünf Berufe ausgeübt – Rechtsanwalt, Beamter, Diplomat, Wissenschaftler –, aber der letzte, der des Fraktionsvorsitzenden, sei für ihn am schwersten zu lernen gewesen. Damals hat sich mancher gefragt, was Carstens nun eigentlich sei: Ein Beamter vom Scheitel bis zur Sohle, wie man früher oft hörte? Oder war er im Grunde seines Herzens ein Wissenschaftler? Oder ist er wirklich ein Politiker? Nicht nur der Lebenslauf, der Mann in seiner ganzen Fülle beweist uns bis zum heutigen Tag durch seine Haltung und durch seinen Einsatz, daß er dies alles in einem war und ist.

Eines kann man mit großer Gewißheit sagen: An Carstens war und ist alles echt. Er hat nie Schaum geschlagen. Er hat nie eine Rolle gespielt oder spielen wollen. Aber er hat sich auch aus politischem Verantwortungsgefühl Aufgaben nicht entzogen, auch wenn sein Herz dabei nicht vor Begeisterung schlug.

Zu sprechen ist jetzt von dem Jahr 1973, in dem Carstens anstelle des zurückgetretenen Rainer Barzel von der CDU/CSU-Fraktion an ihre Spitze gewählt wurde. Der Staatssekretär Carstens, der 1966 mit seinem Chef Gerhard Schröder als Staatssekretär in das Bundesverteidigungs-Ministerium einzog, den Bundeskanzler Kiesinger dann ein Jahr danach für die Leitung des Kanzleramtes abwarb, als er mit seinem Staatssekretär Werner Knieper einen Fehlschlag erlitten hatte, wurde von der SPD-Regierung 1969 in den einstweiligen Ruhestand versetzt.

Später erzählte Carstens einmal: „1969 begannen drei angenehme Jahre. Ich war als Staatssekretär im einstweiligen Ruhestand, hielt Vorlesungen an der Universität Köln und war Leiter des Forschungsinstituts der Deutschen Gesellschaft für auswärtige Politik. Dabei wäre ich gern geblieben: finanziell gesichert, aus der politischen Schußlinie heraus und viel Spaß an der Arbeit."

Karl Carstens wird 70

Aber 1972 kam Kai-Uwe von Hassel mit der Aufforderung, Carstens solle in Schleswig-Holstein für den Bundestag kandidieren. Es kamen die Wahlniederlage der CDU und die Abwendung einer breiten Mehrheit in der Fraktion von Barzel. Und damit begann auch ein neuer Abschnitt im Leben des Karl Carstens.

Als führende Männer in der Fraktion nach einer Kontrastfigur zu Barzel suchten, fiel ihr Blick auf den Mann aus dem Norden. Die ihn trotz einiger Bedenken ob seiner parlamentarischen Unerfahrenheit als kommenden Fraktionsvorsitzenden sahen, schwiegen absprachegemäß sehr lange, praktisch bis zum Tag vor der Wahl in der Fraktion.

Es ist kein Geheimnis, daß Carstens sehr zögerte, ob er diese Aufgabe auf sich nehmen sollte. Es ist auch kein Geheimnis, daß er sich 1976, als Helmut Kohl in den Bundestag einzog, nicht gedrängt hat, Bundestagspräsident zu werden, sondern Richard Stücklen, dem ein anderer dann die Tür zuschlug, den Vortritt lassen wollte.

So war es denn schon fast selbstverständlich, daß Carstens, als die CDU/CSU die Mehrheit in der Bundesversammlung errungen hatte, zum Staatsoberhaupt gewählt wurde.

Das deutsche Volk wird den frohgemuten Wanderer im Gedächtnis behalten, der Freude an der Heimat, an der Natur, an Deutschland nicht vorredete, sondern vorlebte.

Ein Kraftwerk wird zum Sprungbrett der Grünen

Eine Gretchenfrage bringt die politischen Fronten in Österreich durcheinander: Wie hältst du's mit der Hainburger Au? Dort ist es mit der hellen Welt vorbei.

Von CARL G. STRÖHM

Die Hainburger Au, jener Urwald östlich von Wien, den Naturschützer als letztes unberührtes Paradies, „Beton-Anhänger" dagegen als „Gestrüpp" bezeichnen, ist zum Schlachtfeld zwischen einigen tausend Demonstranten und der Gendarmerie geworden. Kaum hatten der niederösterreichische Naturschutz-Landesrat Brezovsky (SPÖ) und der Wiener Landwirtschaftsminister Haiden (SPÖ) die noch ausstehenden rechtlichen Genehmigungen erteilt, rollten bereits die Bagger und Planierraupen. An der Donau, nahe der Grenze zur Tschechoslowakei, soll ein großes Wasserkraftwerk entstehen.

Naturschützer und Grüne aus allen politischen Lagern hatten vergeblich vor den ökologischen Folgen gewarnt: vor der Zerstörung einer unberührten Aulandschaft, der letzten in Europa, vor der Verschandelung des Ufers durch riesige Dämme, hinter denen die Donau aufgestaut werden muß, vor der Gefährdung des Wiener Trinkwassers und ähnlichem. Sowohl der Gewerkschaftsflügel der regierenden Sozialisten als auch der Wirtschaftsflügel der oppositionellen Volkspartei waren sich dagegen schon lange einig, daß Hainburg gebaut werden müsse. Über die Frage, ob das Kraftwerk zur Stromversorgung wirklich benötigt wird, streiten sich die Geister. Eine gewisse Rolle spielt hier auch die österreichische Bauindustrie, die eine Beschäftigung ihrer Maschinen und ihrer Arbeiter verlangt. Schließlich scheint auch die Wiener Bundesregierung einem schnellen Baubeginn deshalb zuzustimmen, weil sie damit demonstriert, was ihr Kritiker gelegentlich absprechen: Energie und Durchsetzungsfähigkeit.

Dennoch hat der Widerstand, der sich gegen dieses Projekt bewegt, bei nachdenklichen Genossen zu einem gewissen Unbehagen geführt. Zum ersten Mal seit vielen Jahren ist Österreich Schauplatz von Auseinandersetzungen, wie man sie hierzulande sonst nur aus Fernsehberichten über die Bundesrepublik – von der Frankfurter Startbahn oder vom Atomkraftwerk Brokdorf – gewohnt war.

Gewiß, einstweilen vollzieht sich die Auseinandersetzung mit den jungen Leuten, die in der Au die Baumaschinen blockieren, relativ gemäßigt. Bis zur Stunde gab es einen gebrochenen Arm eines Gendarmen zu beklagen. Auch zweifelt kaum jemand daran, daß bei dieser Jahreszeit auch die mutigsten Verteidiger der Au demnächst vor Kälte und Nässe kapitulieren dürften. Die Bagger und Bulldozer werden also rollen und den Auwald roden. Sogar der weltberühmte Nobelpreisträger Konrad Lorenz, an der Donau zu Hause und ein nachdrücklicher Gegner des Hainburg-Projekts, meinte resignierend, das Volksbegehren, dem er seinen Namen gab und das den Bau verhindern sollte, werde keinen Erfolg haben. Erst müsse eine furchtbare Katastrophe geschehen, bevor die Menschen sich der Umweltsituation bewußt würden, meinte der 82jährige Verhaltensforscher.

Aber die politischen Wirkungen der Affäre Hainburg lassen sich schon jetzt abschätzen. Zum ersten Mal geht der Riß in einer so entscheidenden und gewichtigen Umwelt-Frage mitten durch die beiden großen Parteien. Weder die Sozialisten noch die christlich-demokratische Volkspartei konnten sich auf eine geschlossene Linie einigen.

In der SPÖ sind es vor allem die jungen Linken, aber auch die „Grün-Roten", die sich dem Bau widersetzen – während der etablierte Apparat ebenso vehement wie taktisch geschickt den Bau vorantreibt. Zwei streitbare sozialistische Intellektuelle nannten den verantwortlichen niederösterreichischen Landesrat Brezovsky sogar einen „Rechtsbrecher" und „Umweltverbrecher", obwohl oder weil er ihr Genosse in der SPÖ ist. Jetzt droht beiden das Parteischiedsgericht und damit der Ausschluß aus der SPÖ.

In der Volkspartei geht der Riß womöglich noch tiefer. Während sich der ÖVP-Vorsitzende und Oppositionsführer Alois Mock prinzipiell für den Bau ausgesprochen hat, tritt sein Stellvertreter im Parteivorsitz, der Wiener Vizebürgermeister Erhard Busek scharf gegen das Kraftwerk auf und bezeichnet die Genehmigung durch Brezovsky als gesetzwidrig.

Die beiden großen Parteien sind also offenbar nicht in der Lage, einen Konsens über eine wichtige Frage in ihren eigenen Reihen herzustellen. Schon wird darüber spekuliert, ob Hainburg nicht letztlich zu einem „Ausflippen" gewisser Gruppen (manche der Etablierten sprechen herablassend von „Randgruppen") aus den bisherigen Parteien führen könnte. Dann wäre – was Pessimisten befürchten – der Kraftwerksbau an der Donau zwar nicht Ursache, aber doch Anlaß zu einer Umstrukturierung des österreichischen Parteiensystems und der politischen Landschaft.

Die Grünen stehen somit auch vor der Tür des Wiener Parlaments. Allerdings werden sie sich ihr Stimmenpotential hier nicht nur von links, sondern auch von der christlich-demokratischen Opposition holen. Schon gibt es in der ÖVP die Schreckensvision, die Grünen könnten bei den nächsten Parlamentswahlen Protestwähler von beiden Seiten gleichzeitig absorbieren.

Damit werden zwar SPÖ und ÖVP im gleichen Maße geschwächt – aber die Sozialisten blieben immer noch stärker als die Volkspartei. Sinowatz würde seine rot-blaue Koalition mit der FPÖ wenn auch weniger gut gepolstert fortsetzen – und die ÖVP würde irgendwann das Jubiläum von 20 Jahren Opposition feiern können.

Grüne und Umweltschützer haben inzwischen eine Reihe von Anzeigen bei Gericht erstattet. Sollte doch noch gerichtlich festgestellt werden, daß die Baubewilligung von Hainburg rechtlich nicht auf festen Füßen steht, und sollte das Konrad-Lorenz-Volksbegehren doch noch Erfolg haben, so könnte man die inzwischen gerodeten Bäume aber nicht wieder einpflanzen und die Betonwälle und Dämme würden auch kaum beseitigt werden.

Bis zur nächsten Wahl sei alles wieder vergessen, meinen die einen. Aber andere sind der Auffassung, daß Hainburg einen tiefen Einschnitt in der Geschichte der österreichischen Demokratie seit 1945 darstellen könnte.

„Vorschläge Zeidlers fern von der Realität"

Lambsdorff: Zu späte Reformen legitimieren keine Gewalt

HEINZ HECK, **Bonn**

Otto Graf Lambsdorff hat einige der vom Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts, Wolfgang Zeidler, in einem „Spiegel"-Gespräch vorgeschlagenen Steuer- und Sozialrechts-Änderungen als unrealistisch und fern der Realität bezeichnet (WELT v. 10. u.12. 12. 84). Der wirtschaftspolitische Sprecher der FDP-Fraktion und frühere Bundeswirtschaftsminister befürwortet in einem WELT-Gespräch – wie Zeidler – den Abbau von Subventionen. Lambsdorff plädiert allerdings für einen massiven Subventionsabbau bei gleichzeitiger Senkung der Steuersätze, während sich Zeidler für eine weitere Erhöhung des Spitzensteuersatzes bei der Einkommen- und Körperschaftsteuer (derzeit 56 Prozent) ausspricht. Aus der Sicht Lambsdorff ist es wünschenswert, die Staatsquote zu senken, während Zeidler ganz offensichtlich für eine weitere Ausdehnung plädiere. Diese Frage könne allerdings nur politisch und nicht rechtlich entschieden werden.

Überrascht hat Lambsdorff auch die Kritik Zeidlers am Ehegatten-Splitting. Der Präsident des Verfassungsgerichts vertrete damit eine Meinung, die sich mit der bisherigen Karlsruher Rechtsprechung nicht decke. Lambsdorff will ihm dieses Recht selbstverständlich nicht bestreiten, läßt aber offen, ob man daraus für die Zukunft auf eine andere Haltung der Karlsruher Richter schließen muß.

Zeidler hat auch die Familienfeindlichkeit des deutschen Steuerrechts kritisiert, da es die Unterhaltskosten für Kinder und Familie nicht ausreichend berücksichtige. Lambsdorff sieht darin eine Kritik an der in der Vergangenheit verfolgten Politik sehr niedriger Freibeträge.

Zeidler habe offenbar noch nicht „so recht zur Kenntnis genommen", daß im Zuge der neuen Politik eine deutliche Aufstockung der Grund- und Kinderfreibeträge geplant (aber noch nicht Gesetz) sei. Die von Zeidler hierfür vorgeschlagenen Größenordnungen bewegten sich allerdings weit von den Möglichkeiten eines geordnet finanzierten Staatswesens.

Ebenso unrealistisch erscheint Lambsdorff die Forderung nach Anrechnung von fünf bis sieben Erziehungsjahren für jedes Kind bei der Rentenversicherung. Das derzeit geplante eine Erziehungsjahr je Kind werde den Bundeshaushalt bereits in wenigen Jahren mit 2,2 Milliarden Mark jährlich belasten. So wünschenswert diese Reform auch sei: Nach Meinung Lambsdorffs ist sie in der augenblicklichen Haushaltssituation nicht bezahlbar.

So sehr manches in der kritischen Analyse Zeidlers auch von Lambsdorff akzeptiert wird, so wenig kann er diesem bei seinen Therapievorschlägen folgen, vor allem auch mit seiner Schlußfolgerung: „Wo die Möglichkeit zur Reform fehlt, wird Revolution legitim." Zum einen bestreitet Lambsdorff fehlende Reformfähigkeit in der Bundesrepublik. Zum anderen aber widerspricht er Zeidler, daß unterbliebene oder zu späte Reformen Revolutionen, also Gewaltanwendung legitimierten.

Kontroverse über eine Reise der Grünen in den Nahen Osten

Vertraulicher „Reiseplan": Gespräche mit israelischen Stellen nicht „erstrebenswert"

WERNER KAHL, **Bonn**

Unter den Grünen im Bundestag ist es zu Meinungsverschiedenheiten über die geplante Reise einer Delegation nach Libanon sowie nach Syrien, *Jordanien* und Israel gekommen. An der vom 16. bis 28. Dezember beabsichtigten Nahost-Inspektion will auch die in den siebziger Jahren im internationalen Terrorismus in Erscheinung getretene Europa-Abgeordnete der Grünen, Brigitte Heinrich, teilnehmen. In einem vertraulichen „Reiseplan", der gestern bekannt wurde, waren schwere propagandistische Angriffe gegen Israel programmiert. Informationsgespräche wie sie mit Palästinenser-Kommandeuren und syrischen Staatsfunktionären über „Terrorpolitik" Israels geführt werden sollen, wurden dagegen mit der israelischen Regierung nicht für „erstrebenswert" erachtet.

Falls die grüne Sechser-Gruppe mit ihren Ansichten und Absichten repräsentativ für die Grünen im Bundestag sein sollte, könnte dies durchaus die Beziehungen zwischen seinem Land und der Bundesrepublik Deutschland belasten, erklärte ein Sprecher der israelischen Botschaft gestern vormittag der *WELT*. *Hier* würden nicht nur einseitige Kontakte mit der PLO und Syrien angestrebt, sondern es werde auch zugleich – ohne sich über die tatsächliche Lage zu informieren – Israel schon vor Reiseantritt „Terrorpolitik" vorgeworfen.

Der im Wortlaut der WELT vorliegende „Reiseplan" ist vom 30. November datiert. Eine Sprecherin der Grünen im Bundestag sagte jedoch gestern nach Bekanntwerden dieser politischen Tour d'horizon, der Plan sei „überholt" und von der Fraktion zurückgewiesen worden. Die Grünen wollen über das Auswärtige Amt Verbindung zur Regierung in Israel aufnehmen. Damit soll die in dem Strategiepapier nicht für zweckmäßig erachtete Information durch israelische Stellen gewährleistet werden. In dem Strategiepapier wurde die bevorstehende Nahost-Reise unter anderem mit der Absicht begründet, in Libanon „Beispiele der Terrorpolitik der israelischen Armee, des israelischen Geheimdienstes und der von Israel aufgebauten Armee des Südens zu demonstrieren".

Die Gruppe will auch mit dem stellvertretenden Militärchef der PLO, Abu Jihad (Chalid el Wezir), zusammentreffen, der seine Arbeit dem „bewaffneten Kampf" verschrieben hat. Bei der Al Fatah, seit 1969 mit der späteren terroristischen „Roten Armee Fraktion" (RAF) in Verbindung, ist als Kontakter zu der Bonner Grünen-Gruppe an Hani Al Hassan gedacht. In der Bonner Delegation werden Ali Schmeissner vom Bundesvorstand sowie Gaby Gottwald und Jürgen Reents für die Bundestagsfraktion der *Grünen vertreten sein*. Das bekanntgewordene Strategiepapier bezeichnete Grüne-Pressesprecher Heinz Suhr als eines von mehreren Vorbereitungspapieren. Als „Programm der Reise" sei es jedoch abgelehnt worden. Aus dem Bulletin der Grünen im Bundestag ging gestern jedoch nicht hervor, daß das Strategiepapier auch *inhaltlich* von der Fraktion zurückgewiesen wurde.

Die Grünen nahmen auch nicht zu der Teilnahme Brigitte Heinrichs Stellung. Die 43jährige Europa-Abgeordnete aus Frankfurt am Main war 1980 wegen Einfuhr von Waffen und Sprengstoff vom Landgericht Karlsruhe zu einer Freiheitsstrafe von 21 Monaten verurteilt worden. Der Revisionsantrag wurde vom Bundesgerichtshof als unbegründet zurückgewiesen. Vom Petitionsausschuß des baden-württembergischen Landtags wurde es abgelehnt, die in der Terrorismus-Szene in Erscheinung getretene frühere Lehrbeauftragte für Gesellschaftswissenschaften an der Frankfurter Universität zu begnadigen. Unter dem Decknamen „Märchentante" hatte sie unter anderem laut gerichtlichen Zeugenaussagen eine Vermittlertätigkeit für die vormilitärische Ausbildung junger Deutscher in Nahost. Zu ihrem engeren Kontaktkreis gehörte auch die jetzt in Berlin wegen der Ermordung des Studenten Ulrich Schmücker angeklagte ehemalige Wolfsburger Kommunardin Ilse Jandt.

Zur Europa-Wahl nominierten die Grünen Brigitte Heinrich demonstrativ für das Parlament in Straßburg. Zur Person sagte die ergrünte *43jährige bei der Kandidatenkür:* „Bis zum 27. Februar 1984 im offenen Strafvollzug nach Verurteilung im politischen Prozeß." Nach den Gründen wurde sie nicht gefragt. In Straßburg registrieren jetzt die französischen Sicherheitsbehörden im Umfeld der „Regenbogenfraktion" eine Häufung ehemals wegen terroristischer Verbrechen verurteilter Linksextremisten aus Deutschland.

Sozialdemokraten demonstrieren gegen Grüne

dpa. **Köln**

Mitglieder der SPD-Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA) wollen zusammen mit Belegschaftsangehörigen von „Rheinbraun" und „Rheinisch-westfälische Elektrizitätswerke" (RWE) am kommenden Samstag vor dem Landesparteitag der Grünen in Bergheim bei Köln demonstrieren. Damit wenden sie sich gegen die Forderung der Grünen, den Braunkohle-Tagebau im Städtedreieck Köln–Aachen–Düsseldorf stillzulegen. Der AfA-Vorsitzende des Bezirks Mittelrhein, Wilfried Kuckelkorn, sagte dazu gestern: „So einfach, wie die Grünen sich das denken, kann man es sich nicht machen. Eine verantwortliche Politik muß Umweltschutz und Arbeitsplätze im Auge haben. Wer Umweltschutz gegen Arbeitsplätze ausspielt, peilt die falsche Lösung an."

Glos Nachfolger von Althammer?

HH. **Bonn**

Der CSU-Bundestagsabgeordnete Michael Glos wird voraussichtlich im Januar zum Nachfolger des stellvertretenden Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Walter Althammer, gewählt werden. Dieser ist seit November Vorstandsmitglied der Lastenausgleichsbank und wird voraussichtlich im März sein Mandat niederlegen. Glos, der dem Haushaltsausschuß angehört und Berichterstatter für den Einzelplan des Wirtschaftsministeriums ist, übernimmt damit das Aufgabengebiet Haushalt und Finanzen.

Mit dieser Personalentscheidung will die CSU-Landesgruppe offenbar deutlich machen, daß sie bei den im März turnusmäßig anstehenden Neuwahlen der stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden die jetzige Ressortverteilung beibehalten will. Glos ist bisher nicht einziger Kandidat für die Althammer-Nachfolge. Doch ist zu hören, daß zum Beispiel der stellvertretende Vorsitzende des Haushaltsausschusses, Erich Riedl (CSU), zugunsten von Glos verzichten will. Für Althammer rückt auf der Landesliste Ernst Josef Poeppl nach.

Wirtschaft im Osten

DIW-Tagung in Berlin: Haben Reformen eine Chance?

AXEL SCHÜTZSACK, **Berlin**

Michael Gorbatschow, sowjetisches Politbüromitglied und als die Nummer 2 in der Kreml-Hierarchie eingestuft, hat auf einer Parteikonferenz in Moskau für tiefgreifende Veränderungen in der Wirtschaft des Riesenreiches plädiert und sich für revolutionäre Lösungen in Wissenschaft und Technik ausgesprochen. Es wäre sicher reizvoll gewesen, wenn man auf einem vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) in Berlin veranstalteten Symposium über „Wirtschaftsreformen in Osteuropa", bei einem sowjetischen Wirtschaftsexperten hätte nachfragen können, *was eigentlich von den Worten Gorbatschows* zu halten sei? Zusagen von Wirtschaftsexperten zur Teilnahme an dem Symposium lagen vor. Doch dann wurden in den letzten Tagen überraschend so viele Zusagen wieder zurückgezogen, daß DIW-Präsident Hans-Jürgen Krupp die Vermutung äußerte, dies könne wohl nicht zufällig sein. In den Absagen könne man auch ein gehöriges Stück Unsicherheit sehen.

Unsicherheit hinsichtlich der Grenzen von Wirtschaftsreformen im Ostblock gab es freilich auf der Berliner Veranstaltung nicht. Hans-Hermann Höhmann vom Bundesinstitut *für ostwissenschaftliche und internationale* Studien in Köln konstatierte nüchtern: Umfassende systemverändernde Wirtschaftsreformen stehen in der Sowjetunion nicht zur Diskussion. Auch die derzeitigen Experimente seien als „Reformen innerhalb des Systems" ausgewiesen, dessen Grundinstitutionen und Grundprinzi*pien nicht verändert würden. Die von* Andropow konzipierte und von Tschernenko mit Modifikationen fortgesetzte wirtschaftliche Reformpolitik sehe ein Bündel von Maßnahmen vor. In einem Versuch werde gegenwärtig die Erweiterung des betrieblichen Entscheidungsspielraums, die Vergrößerung des betrieblichen Finanzspielraumes und eine Verbesserung des Prämiensystems erprobt.

Auf dem Berliner Symposium herrschte Einigkeit darüber, daß es in überschaubarer Zukunft aller Wahrscheinlichkeit nach zu systemverändernden Reformen aus einer ganzen *Reihe von Gründen nicht kommen* wird. Die Machteliten hätten schon Angst vor einem anwachsenden Leistungsdruck. Das System der administrativen Wirtschaftsplanung sei das effektivste und geräuschloseste Instrument zur Sicherung der sowjetischen Vorherrschaft auch gegenüber anderen Nationalitäten und zur Erhaltung der derzeitigen Machtstruktur im Inneren. Innen- und außenpolitisch drohten Kontrollverluste, wenn die Sowjetunion daran gehe, an dem gegenwärtige System der zentralgesteuerten administrativen Wirtschaftsplanung zu rütteln.

Da dieses Wirtschaftssystem ein *politisches Herrschaftsinstrument* der Sowjetunion ist, sind damit auch die Grenzen wirtschaftlicher Reformen in den osteuropäischen RGW-Ländern abgesteckt. Auch das ungarische Reformmodell, das sich am weitesten von der zentralgeplanten Wirtschaft entfernt hat, sprengt nicht den Rahmen des Systems.

Wie Moskau Deserteure „heimholt"

Stalins Verräter-Prinzip ist nach wie vor gültig / Die Fälle Didenko, Rykow, Chlan

WALTER H. RUEB, ***Bonn***

Das Verwaltungsgericht Karlsruhe befaßt sich heute mit dem Asylbegehren des 20jährigen ehemaligen Unteroffiziers Jurij Iwanowitsch Waschtschenko von der Roten Armee. Der Sowjetrusse war Soldat in Afghanistan, Gefangener der Freiheitskämpfer, schließlich Internierter in der Schweiz. Von dort floh er im Sommer 1983 in die Bundesrepublik Deutschland, wo sein Asylbegehren vom Ausländeramt Zirndorf jedoch mit der Begründung abgelehnt wurde, er habe bereits in der Schweiz Schutz vor politischer Verfolgung genossen.

Die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) in Frankfurt nahm sich Waschtschenkos nach der Ankunft in unserem Lande an und legte Widerspruch gegen die Zirndorfer Entscheidung ein. Waschtschenkos Anwalt sagte, nach der üblichen Gerichtspraxis sei frühestens Mitte Januar 1985 mit einer schriftlichen Entscheidung des Gerichts zu rechnen. Über seinen Mandanten verweigerte er aus Sicherheitsgründen jegliche Auskunft.

Tatsächlich sind Vorsicht und Mißtrauen angesichts der Allgegenwart von sowjetischem Geheimdienst KGB und militärischem Nachrich*tendienst GRU in der Bundesrepu*blik geboten. Die Angehörigen der beiden Dienste sind eifrig bemüht, sich jener zu bemächtigen und sie wieder der Heimat zuzuführen, der sie eigentlich den Rücken kehren wollen. Aus verschiedenen Gründen: erstens um des Propaganda-Effekts willen, vor allem aber zur Abschrek*kung anderer Flüchtlinge – nach dem* Motto „Versucht es nicht, wir bekommen euch doch".

Beispiele aus jüngster Zeit gibt es genügend. Im Sommer kehrte der Sowjetarmist Valerij Didenko aus der Internierung in der Schweiz angeblich freiwillig in die Heimat zurück. Lange herrschte um ihn Stille. Jetzt sickerte durch, daß er in Taschkent wegen Landesverrats zu langjährigem Freiheitsentzug verurteilt wurde. Dabei war Didenko kein Deserteur und kein Überläufer. Und er hatte weder Aussagen über den Krieg in Afghanistan gemacht, noch sich öffentlich kritisch über Vorgesetzte, *Rote Armee* oder gar die Politik seiner Regierung geäußert. Doch sein Fall beweist, daß Stalins Prinzip, wonach jeder ein Landesverräter ist, der dem Feind lebend in die Hände fällt, auch heute noch Gültigkeit besitzt.

Der Fall der beiden Sowjetarmisten Igor Fedorowitsch Rykow und Oleg Grigorewitsch Chlan ist noch aktueller. Sie waren im Sommer 1983 in Afghanistan zum Widerstand übergelaufen, Mitte 1984 durch Vermittlung des britischen Europa-Abgeordneten Lord Bethell nach London gebracht worden, doch im November 1984 angeblich freiwillig in die Sowjetunion zurückgekehrt.

Die WELT erfuhr von einem Mitarbeiter des von Graf Nicolai Tolstoi präsidierten englischen „Komitees für sowjetische Kriegsgefangene in Afghanistan" Einzelheiten, welche die Annahme stützen, daß die beiden Sowjets das Flugzeug in die Heimat keineswegs freiwillig bestiegen. Danach haßte Rykow seine Frau, bezichtigte sie der Untreue und lehnte die von ihr geborene Tochter mit der Behauptung ab, sie sei das Kind seines Nebenbuhlers. Die sowjetischen Botschaftsangehörigen in London aber hatten behauptet, daß die Familienzusammenführung das Hauptmotiv der Heimkehr der ehemaligen Rotarmisten sei.

Die beiden Sowjets wollten in Wirklichkeit in Manchester Stellungen antreten und ein Asylgesuch bei den USA stellen, nachdem ein solches von Kanada abgelehnt worden war. Nach weiteren Angaben wurden die beiden Sowjets innerhalb von sechs Monaten viermal in einem normalerweise ruhigen Londoner Viertel von Unbekannten zusammengeschlagen, in einem Klub ukrainischer Emigranten von regimetreuen Sowjetrussen kontaktiert und dort mit LSD behandelt, das sie vorher nicht kannten und offenbar auch nicht vertrugen.

Wenige Tage nach der mysteriösen Heimkehr der beiden Deserteure Rykow und Chlan in die Sowjetunion, wo ihnen mit Sicherheit Zwangspsychiatrisierung, Freiheitsentzug bis zu 15 Jahren oder gar die Todesstrafe drohen, machte die Repatriierung von zwei weiteren sowjetischen Soldaten aus der Internierung in der Schweiz neue Schlagzeilen. Von elf in der Schweiz internierten Sowjetarmisten sind inzwischen nur mehr drei im eidgenössischen Militärstraflager auf dem Zugerberg. Waschtschenko floh in die Bundesrepublik, zwei Sowjets baten in der Schweiz um Asyl – aber fünf kehrten in die UdSSR zurück.

Kanzler kommt zum Schlesier-Treffen

dos, **Hannover**

Helmut Kohl wird als erster Bundeskanzler seit 1965 im kommenden Jahr wieder an einem Deutschlandtreffen der Schlesier teilnehmen. Darauf wies jetzt der Bundesvorsitzende der Landsmannschaft Schlesien, Herbert Hupka, hin.

Wie die Landsmannschaft mitteilte, wird das alle zwei Jahre veranstaltete Treffen der Schlesier vom 14. bis zum 16. Juni 1985 in Hannover unter dem Motto „40 Jahre Vertreibung – Schlesien bleibt unser" stehen. Der Bundesvorstand erklärte, die Schlesier machten keine Ansprüche auf fremdes Territorium geltend. Sie betrachteten es aber als ihre Pflicht, mit friedlichen Mitteln gegen die Teilung Deutschlands zu wirken. Hupka: „In dieser Frage gibt es keinen Schlußstrich."

„Stern"-Finanzchef zahlte unbesehen

rtr, **Hamburg**

Der Finanzchef des Hamburger Verlages Gruner + Jahr, Peter Ulrich Kühsel, hat die Zahlung von 9,34 Millionen Mark für die gefälschten „Hitler-Tagebücher" gegengezeichnet, ohne über die näheren Umstände des Geschäfts unterrichtet zu sein. „Ich sah die Angelegenheit bei der ‚Stern'-Redaktion in guten Händen", erklärte er gestern vor dem Hamburger Landgericht, wo sich seit August der ehemalige „Stern"-Reporter Gerd Heidemann und der Militariahändler Konrad Kujau wegen fortgesetzten Betruges zu verantworten haben. Kujau, der die Anfertigung der Tagebücher gestanden hat, will aber nur einen kleinen Teil der 9,34 Millionen von Heidemann erhalten haben.

„Abwiegler" umstritten

Skepsis über Änderung des Demonstrations-Strafrechts

PETER PHILIPPS, **Bonn**

Überwiegend kritisch haben sich gestern Fachleute während eines Hearings des Bundestags-Rechtsausschusses über die geplante Verschärfung des Demonstrations-Strafrechts geäußert. Zwar werteten einige Polizei-Praktiker den Änderungsentwurf des Paragraphen 125 StGB (Landfriedensbruch) als eine „Verbesserung", die „unsere Arbeit leichter und effektiver macht", doch Kollegen, vor allem aber Juristen sprachen von erheblichen Mängeln des von der Regierungskoalition nach langem Ringen vorgelegten Gesetzentwurfs.

Der vorliegende Novellierungs-Entwurf sieht vor, daß sich künftig jeder Teilnehmer einer Demonstration strafbar macht, der nach verfügter Auflösung des Umzugs durch die Polizei nicht umgehend die Veranstaltung verläßt; auf diese Weise soll den Gewalttätern der schützende Ring friedlicher Demonstranten entzogen werden. Zum anderen sollen aber „Abwiegler" straffrei bleiben.

Der Präsident des Bundesgerichtshofs, Gerd Pfeiffer, formulierte das, was sich gestern unter den Experten als Mehrheitsmeinung herauskristallisierte: Es sei eindeutig, „daß auch ohne Ausdehnung des Tatbestands des Landfriedensbruchs auf bisher nicht erfaßte Gruppen" die Straftäter „strafrechtlich zu erfassen sind und für die Ahndung durchaus vergleichbare Strafrahmen zur Verfügung stehen". Der für eine Erweiterung der Strafbarkeit in Betracht kommende Personenkreis bestehe ausschließlich „aus friedlichen Demonstranten und solchen, denen man das Gegenteil nicht nachweisen kann". Während Pfeiffer das Legalitätsprinzip mit dem Hinweis einbrachte, daß danach „die Strafverfolgungsorgane verpflichtet" wären, „alle in dem genannten Sinne ungehorsamen Demonstrationsteilnehmer einer Bestrafung zuzuführen", wurde der Tübinger Strafrechts-Ordinarius und ehemalige Berliner Justizsenator Jürgen Baumann (FDP) sehr viel drastischer:

Um dem Legalitätsprinzip zu genügen, müßten „unter Umständen riesige Menschenmengen nach lateinamerikanischem Muster in Stadien abtransportiert" werden. Anderenfalls drohten den Polizisten, die dadurch „zwischen Scylla und Charybdis sitzen", Verfahren wegen Strafvereitelung im Amt. Nicht festgenommene, möglicherweise sogar gerade die „gemeinten" Gewalttäter, könnten diese Anzeigen erstatten. Baumann: „Wollen Sie diesen Feinden unserer Rechtsordnung die Chance einräumen, unsere Rechtsordnung in dieser Weise verächtlich zu machen?"

Während in der generellen Frage, ob der Schutz gegen Landfriedensbruch ausgeweitet werden müsse, oder die bestehenden gesetzlichen Regelungen ausreichen, die Meinungen unterschiedlich waren, gab es über die „Erfindung des Abwieglers" weitgehende Ablehnung. Vom „dogmatischen Zwitter" war die Rede, und der Bayreuther Jura-Ordinarius Harro Otto sagte kurz: Wenn der Gesetzgeber auf diese Regelung nicht verzichten wolle, „so sollte er von der ganzen Novellierung absehen".

Annäherung bei der Rentenreform

DW. **Bonn**

Zwischen Bundesregierung und Opposition zeichnet sich teilweise Übereinstimmung über die Bewältigung der Rentenprobleme ab. Die SPD legte gestern in Bonn Vorschläge für eine Rentenreform vor, die erforderlich wird, da es künftig immer mehr Rentner und immer weniger Beitragszahler geben wird. Das SPD-Modell sieht vor, alle Beteiligten zur Kasse zu bitten. So sollen einerseits die Beiträge zur Rentenversicherung erhöht werden und andererseits die Rentensteigerungen entsprechend niedriger ausfallen.

Dazu meinte gestern das Bundesarbeitsministerium, der SPD-Vorschlag, wonach sich Renten und Einkommen künftig gleichgewichtig entwickeln sollten, entspreche den Überlegungen der Bundesregierung. Auch verdiene das Ziel Unterstützung, den Bundeszuschuß zur Rentenversicherung verläßlich zu machen. Auch der SPD-Vorschlag zur Neuregelung der Anrechnung der beitragslosen Zeiten stimme mit den Absichten der Bundesregierung überein.

Dagegen lehnt das Arbeitsministerium das von der SPD befürwortete Teilhabemodell zur Neuordnung der Hinterbliebenenversorgung vor allem aus finanziellen Gründen ab. Dies gelte auch für den SPD-Vorschlag, ein Kindererziehungsjahr für alle Mütter einzuführen. Zurückgewiesen wird die Anregung der SPD, die Beitragszahlung für die Lohnersatzleistungen der Bundesanstalt für Arbeit wieder auf der Basis der letzten Bruttoarbeitsverdienste vorzunehmen.

Auch die SPD für Diäten-Erhöhung

dpa, **Bonn**

Die Diäten für die 520 Bundestagsabgeordneten werden voraussichtlich rückwirkend zum 1. Juli dieses Jahres erhöht. Die SPD-Fraktion faßte nach Angaben ihres Parlamentarischen Geschäftsführers Helmut Bekker einen entsprechenden Beschluß mit sechs Gegenstimmen und fünf Enthaltungen bei annähernd 200 anwesenden Abgeordneten.

Zugleich rückte die FDP von ihrer bisherigen Haltung ab, eine Diätenerhöhung erst zum 1. Januar 1985 wirksam werden zu lassen und sprach sich ebenfalls für die rückwirkende Anpassung aus.

Die CDU/CSU-Fraktion hatte bereits im Mai dem Diätenbericht und dem Erhöhungsvorschlag des damaligen Bundestagspräsidenten Rainer Barzel (CDU) zugestimmt. Danach sollen die zu versteuernden Diäten um 2,3 Prozent auf 8000 Mark und die steuerfreie Kostenpauschale um 2,1 Prozent auf 4800 Mark angehoben werden.

Mit der Einigung dieser drei Fraktionen dürften die Würfel gefallen sein. Die entsprechende Änderung des Abgeordnetengesetzes könnte noch in dieser Woche, spätestens aber unmittelbar nach der Weihnachtspause im Januar 1985 in erster Lesung vom Parlament behandelt werden.

Die Grünen hatten schon im Mai eine Diätenerhöhung abgelehnt. Ihr Fraktionssprecher Heinz Suhr bekräftigte diese Haltung und verwies auf eine „anhaltende Massenarbeitslosigkeit" und „Beschneidungen im sozialpolitischen Bereich".

Streit um Mitbestimmung

dpa, **Düsseldorf**

„Große rechtliche Zweifel" an der von SPD-Landesregierung und SPD-Fraktion vorgelegten Novelle zum Personalvertretungsgesetz des Landes haben die nordrhein-westfälische CDU-Landtagsopposition gestern im Landtag veranlaßt, eine dritte Lesung des Gesetzentwurfs zu verlangen. Die Beratungen sollen heute im Parlament fortgesetzt und abgeschlossen werden.

Der Widerstand der Unionsabgeordneten richtet sich gegen die in der Novelle verankerten, erheblich erweiterten Mitbestimmungsrechte der Arbeitnehmer des öffentlichen Dienstes. Insbesondere kritisierten sie, daß die Privatisierung öffentlicher Einrichtungen – etwa Müllabfuhr oder Freizeitbetriebe – nur noch unter Mitbestimmung der Personalräte durchgesetzt werden könnte. Damit werde die „Innovationsfähigkeit" der Kommunen eingeschränkt, den Stadt- und Gemeinderäten werde die gesetzlich geforderte Pflicht zum Handeln beschnitten.

Der CDU-Abgeordnete Rolf Klein wies darauf hin, daß die SPD „die Bedenken großer Verbände" gegen die Novelle nicht habe „zerstreuen" können. Es gehe der Union keineswegs darum, „dem öffentlichen Dienst das Recht auf Mitbestimmung streitig zu machen". Diese müsse sich aber „im rechtlichen Rahmen vollziehen" und dürfe nicht die Gestaltungsrechte der Parlamente und kommunalen Gebietskörperschaften beeinträchtigen.

„Bhopal-Katastrophe hier nicht denkbar"

dl. **Hannover**

Eine Giftkatastrophe, wie sie sich in Indien ereignet hat, sei unter den Bedingungen in der Bundesrepublik Deutschland nicht denkbar. Dies versicherte der niedersächsische Ministerpräsident Ernst Albrecht in Beantwortung einer Anfrage der CDU-Fraktion vor dem Hannoverschen Landtag. Methylisocyanat werde in der Bundesrepublik ausschließlich von der Firma Bayer in Dormagen produziert. Es werde aber nicht weiterverkauft, sondern ausschließlich im dortigen Werk weiterverarbeitet.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

Den Haag steht vor dem Nachrüstungsdilemma

Blick auf Wahlen lähmt Entscheidung / Folgen für Belgien

HELMUT HETZEL, Den Haag

Als der niederländische Verteidigungsminister de Ruiter während der alljährlichen NATO-Herbsttagung in Brüssel von seinem amerikanischen Kollegen Weinberger erfuhr, daß die Sowjetunion im letzten Monat weitere SS-20-Raketen in Stellung gebracht hat, wodurch sich das russische Raketenpotential bei dieser Waffe von 378 auf wenigstens 387 erhöhte, stand ihm nicht gerade Freude ins Gesicht geschrieben. De Ruiter war es nämlich, der maßgeblich an dem von der Haager Regierung im Frühjahr dieses Jahres verkündeten „Nachrüstungs-Orakel" mitgewirkt hatte, einer Entscheidung, die vorsieht, daß die Niederlande die von der NATO für dieses Land vorgesehenen 48 Cruise Missiles auf jeden Fall stationieren werden, falls die Sowjets bis November 1985 auch nur noch eine einzige SS 20 plazieren.

Genau das aber ist jetzt geschehen. Und genau darüber wird auch US-Außenminister Shultz bei seinem Aufenthalt in Brüssel heute so wie gestern mit der niederländischen Führung sprechen. Shultz' Anregung: nicht länger warten, stationieren.

Denn es ist jetzt offenkundig, daß *sich die Machthaber im Kreml um* den niederländischen Stationierungsaufschub überhaupt nicht gekümmert haben. Dieser Aufschub jedoch, so Premier Lubbers, „sollte den Abrüstungswillen der Sowjets testen". *So gesehen hat sich die vom* niederländischen Kabinett häufig geäußerte und gehegte Hoffnung, einen gewissen Druck auf Moskau ausüben zu können, als Illusion entpuppt und den Abrüstungswillen der Sowjets als nicht vorhanden decouvriert.

Drohendes Fiasko

Nach der Logik des Haager „Nachrüstungs-Orakels" müßten nun spätestens ab November 1985 die 48 NATO-Raketen auf dem Militärstützpunkt Woensdrecht, im Süden des Landes, stationiert werden. Dennoch ist es heute zweifelhaft, ob sich Den Haag tatsächlich daran wird halten können.

Der von der Regierung Lubbers festgesetzte Stationierungszeitpunkt könnte sich nämlich als viel zu spät erweisen. 1986 stehen in den Niederlanden Wahlen an, und die könnten, so fanden drei große Meinungsforschungsinstitute in ihren neuesten Umfragen jetzt heraus, zu einem großen Fiasko für die derzeit regierenden Christdemokraten (CDA) und die Liberalen (VVD) werden. Die nach wie vor bei der Mehrheit der Bevölkerung unbeliebte Nachrüstung ließe zu diesem Zeitpunkt sich dann kaum mehr realisieren, meinen politische Beobachter in Den Haag.

Wende bei Sozialisten?

Sollten sich die Ergebnisse der neuesten Umfragen bei den Wahlen 1986 in Form des tatsächlichen Stimmverhaltens wirklich bewahrheiten, dann sähe es für die jetzige Regierungskoalition wirklich düster aus. Die Prognose: 43 Prozent, also 65 der 150 Parlamentssitze für die derzeit oppositionelle „Partei der Arbeit" (PVDA). Nur knapp 45 Prozent und rund 70 Sitze für beide Regierungsparteien, also CDA und VVD zusammen. Zum Vergleich: 1982 bekam die PVDA 30,4 Prozent, die CDA 29,3 Prozent, die VVD 23,1 Prozent. Eine Regierungsbildung ohne Beteiligung der Sozialisten wäre dann so gut wie unmöglich.

Das aber hieße: Stationierungsstopp. Denn, das bekräftigte der Vorsitzende der PVDA, van den Berg, jetzt noch einmal öffentlich: „Mit uns kann man über alles reden, nur nicht über Raketen."

Ob sich dieses dogmatische Nein zur Nachrüstung parteiintern noch verändern ließe, ist mehr als fraglich. Zwar gibt es Anzeichen dafür, daß einflußreiche Sozialisten, zu denen auch Fraktionschef den Uyl gehört, *an einer Wende in dieser Frage* arbeiten, doch sie konnten sich bisher nicht durchsetzen.

Wie denn auch die niederländische Entscheidung in Sachen Nachrüstung letztendlich ausfallen mag, eins scheint jetzt schon festzustehen: Diese Entscheidung wird eine erhebliche Sogkraft auf den südlichen Nachbarn Belgien ausüben, und zwar gerade deshalb, weil die belgische Mitte-Rechts-Regierungskoalition eben erst beschlossen hat, die Stationierung neuer NATO-Mittelstreckenraketen aufzuschieben. Es ist also durchaus denkbar, daß Brüssel erst abwarten will, wie Den Haag entscheiden wird.

EG-Budget: Straßburg lehnt ab

Die Mehrheit der Europa-Abgeordneten will vom „Rumpfhaushalt" nichts wissen

FLORIAN NEHM, Straßburg

Das Europäischen Parlament in Straßburg wird sich nach der Ablehnung am ersten Tag der zweiten Lesung des EG-Haushaltes 1985 voraussichtlich auch heute mit deutlicher Mehrheit gegen den vom Rat der Europäischen Finanzminister vorgelegten Entwurf aussprechen. Der Etat hat ein Gesamtvolumen von 26,1 Milliarden ECU (1 ECU= 2,25 Mark).

Die Parlamentarier beschuldigen den *Ministerrat, ein* Budget vorgelegt zu haben, das mangels Einnahmen unmöglich die Ausgaben für ein ganzes Jahr decken könne. Der französische sozialistische Abgeordnete Jean-Pierre Cot unterstrich, daß kein Parlament über einen *Etat-Entwurf* debattieren könne, „der sich auf 10 statt auf 12 Monate erstreckt". „Jedes Parlament würde eine Regierung, die einen solchen Rumpfhaushalt vorlegt, kurzerhand verjagen", sagte Gero Pfennig, Haushaltssprecher der Christdemokratischen Fraktion im Europa Parlament zur WELT. Der vorgelegte Entwurf verstoße gegen die Grundsätze der Finanzordnung, der Haushaltsvollständigkeit und der Haushaltsdisziplin. Ausserdem könne man nicht akzeptieren, daß die Rückzahlungen an Großbritannien im Haushalt nicht enthalten seien. Pfennig: „Es darf nicht am Parlament vorbeibezahlt werden." Nach den möglichen Hintergründen befragt, die im Ministerrat zu dem vorliegenden Entwurf geführt haben könnten, äußerte der Berliner Abgeordnete die Vermutung, daß, „obwohl die Minister nichts an die Außenwelt dringen lassen, der Ursprung vieler Ungereimtheiten beim britischen Finanzminister gefunden werden könne".

Das Versprechen der zehn Finanzminister, nächstes Jahr für genügend Zusatzmittel aus den Mitgliedsländern zu sorgen, sei ohne Verankerung im vorgelegten Haushaltsplan nicht bindend. „Das Wort des Rates gilt in diesem Parlament *sehr wenig*", kommentierte der Haushaltsexperte der Christdemokraten, Horst Langes. Es werde sich bei der heutigen Abstimmung in Straßburg eine überzeugende Mehrheit gegen die Vorlage des *Ministerrates* aussprechen.

Eine Ablehnung des Haushaltes hätte den Einsatz eines „Notfinazierungssystems" zur Folge. Hierbei zahlen die Mitgliedsstaaten jeden Monat ein Zwölftel ihrer Leistungen des letzten Haushaltsjahres. Der irische Außenminister und derzeitige Europäische Ratsvorsitzende Jim O'Keeffee warnte vor „schwerwiegenden Folgen". Die Ablehnung des Entwurfes durch das Plenum am heutigen Donnerstag würde seiner Ansicht nach bedeuten, daß in den ersten Monaten des neuen Jahres weniger Geld für die wichtigsten Programme der Gemeinschaft zur Verfügung stünden.

Da im nächsten Jahr die verpflichteten Ausgaben zum Beispiel im Agrar- und Technologiebereich wesentlich höher als 1984 ausfallen werden, wird es nach Ansicht des Abgeordneten Pfennig „sehr bald Druck auf die nationalen Regierungen geben, sich mit dem Parlament zu einigen". „Wir *wollen* durch die Ablehnung keine Machtdemonstration, sondern die Aufstellung eines neuen Haushaltsentwurfs erwirken", sagte in diesem Zusammenhang die Abgeordnete Magdalene Hoff von der Sozialistischen Fraktion zur WELT. „Die zehn Finanzminister werden sich sehr bald mit dem Parlament auseinanderzusetzen haben, da die Mittel der Notstandsfinanzierung nicht einmal für die Bezahlung der einklagbaren Programme ausreichen." Außerdem stecke die EG zu viele Gelder in den Agrarhaushalt.

Spaltung im Bergarbeiterstreik

SAD, London

Im britischen Bergarbeiterstreik zeichnet sich eine Spaltung ab. Rund *30 000 Kumpel in den Kohlegruben* der Grafschaft Nottinghamshire, die den Streik von Bergarbeiterführer Scargill nicht mitmachen, beginnen sich von diesem zu lösen. Sie wollen die Verfassung der Bergarbeitergewerkschaft *NUM (National Union of* Mineworkers) ändern, um von den Anordnungen Scargills unabhängig zu werden. Fast 70 000 Bergarbeiter haben den Streik inzwischen abgebrochen. Noch rund 120 000 Kumpel, vor allem in Yorkshire, sind weiter im Ausstand. Niemand rechnet mehr damit, daß der Streik in diesem Jahr zu Ende geht. Die Zwangsverwalter, die das gesamte Vermögen der NUM eingefroren haben, besitzen inzwischen eine Regierungsgarantie für die Übernahme von Kosten. Weil die NUM ihr Vermögen ins Ausland überwiesen hat, wird befürchtet, daß keine Mittel zur Verfügung stehen.

Reagan erwägt Superministerium

AFP, Washington

US-Präsident Ronald Reagan beabsichtigt, im Rahmen der geplanten Ausgabenkürzungen das Handelsministerium abzuschaffen. Wie aus Washingtoner Regierungskreisen verlautete, erwägt er ebenfalls die Möglichkeit, das Energie-Ministerium abzuschaffen. Es sei geplant, statt des Handelsministeriums ein neues Ministerium für Internationalen Handel und Industrie zu schaffen, das die verschiedenen Sonderabteilungen zusammenfassen soll, die sich in der Regierung um den Außenhandel kümmern.

Diese strukturelle Veränderung werde vom gegenwärtigen Handelsminister Malcolm Baldrige unterstützt. Überlegungen darüber würden schon seit zwei Jahren angestellt.

Schließlich plane Reagan auch, den Wirtschaftsrat des Weißen Hauses abzuschaffen, dessen Aufgabenbereich vom Schatzministerium übernommen werden könne.

„Christen in der UdSSR verraten"

epd, Washington

„Verrat" an den Christen in der Sowjetunion hat der Direktor des Religionsinstituts „Keston College", Pfarrer Michael Bourdeaux, verschiedenen kirchlichen Organisationen im Westen vorgeworfen. Bei einer Veranstaltung des Instituts für Religion und Demokratie in Washington griff Bourdeaux vor allem den Ökumenischen Rat der Kirchen (Genf) an sowie den Nationalen Kirchenrat in den USA. Dem Ökumenischen Rat warf er vor, diesem sei mehr daran gelegen, seine russisch-orthodoxen Mitglieder zu behalten, als über die Verletzung von Religionsfreiheit und Menschenrechten in der Sowjetunion zu informieren.

Der US-Kirchenrat wurde kritisiert, weil er mehrere Reisen in die Sowjetunion veranstaltet hat. Das Institut für Religion und Demokratie hat den US-Kirchenrat wiederholt als marxistisch unterwandert bezeichnet.

Isolationistische Trends gefährden Anzus-Pakt

Starke neutralistische Versuchungen in Neuseeland

Von MANFRED NEUBER

Für die Sailors der US-Flotte im Pazifik ist ein Landgang in Neuseeland vorläufig tabu. Wieder eimal hat eine *Labour*-Regierung in Wellington die neuseeländischen Häfen für amerikanische Kriegsschiffe gesperrt und dadurch das Dreier-Bündnis mit Australien und den Vereinigten Staaten in Frage gestellt. Um die Allianz vor einer Zerreißprobe zu bewahren, sagten die Amerikaner alle noch für dieses Jahr geplanten Flottenbesuche in Neuseeland ab.

Auf einer neutralistischen Woge ins Amt getragen, erließ Premier David Lange nach seinem Wahlsieg im vergangenen Juni ein Anlaufverbot für atomar getriebene und mit Kernwaffen bestückte Kriegsschiffe. Ebenso hatten Neuseelands sozialistische Regierungen zu Anfang der siebziger Jahre gehandelt, ohne daß der Sicherheitspakt gescheitert wäre.

Jetzt verlangt jedoch der linke Labour-Flügel den Austritt aus der Allianz und die Schaffung einer atomwaffenfreien Zone im Südpazifik. Zwar versichert Lange, die Neuseeländer seien nicht anti-amerikanisch eingestellt, und seine Regierung stehe zum Anzus-Pakt, aber die isolationistische Tendenz in der „pazifischen Schweiz" wird stärker. „Neuseeland sollte sich nicht länger in regionalen und weltweiten Allianzen verstrikken", meint sein Verteidigungsminister Frank O'Flynn. „Es besteht vor allem überhaupt keine Notwendigkeit, die Feinde Großbritanniens und der Vereinigten *Staaten* auch *künftig* als unsere potentiellen Gegner anzusehen."

Alle müssen zustimmen

Ursprünglich aus Vorsorge gegen ein Wiedererstarken Japans gegründet, soll der Anzus-Pakt nunmehr eine kommunistische Expansion im Pazifik verhindern. Er verfügt über kein gemeinsames Oberkommando und über kein multinationales Hauptquartier. Alljährlich werden allerdings gemeinsame Manöver der drei Partner abgehalten, was in Neuseeland politisch sehr umstritten ist. Deshalb mußte US-Außenminister George Shultz bei der letzten Jahrestagung des Anzus-Paktes in Wellington daran erinnern, daß eine „gegenseitige Hilfe" gemäß dem Sicherheitsvertrag nur möglich ist, wenn alle Mitglieder an der militärischen Zusammenarbeit teilnehmen und die Operationsfähigkeit anderer nicht behindern.

Aus verständlichen Gründen kann die US-Navy keine öffentliche Auskunft darüber geben, welche ihrer Einheiten im südlichen Pazifik nukleare Waffen an Bord haben. Mit einer Lockerung des Landeverbotes für US-Kriegsschiffe, die nur atomar angetrieben sind, wäre also nichts gewonnen, obwohl Premier Lange einen solchen Kompromiß erwägt.

Australien gibt Beispiel

Der Regierungschef, dessen Vorfahren aus Bremen kamen, muß schon das Steuer ganz herumreißen. Sein australischer Kollege Bob Hawke hat es ihm vorgemacht: Das *nach seinem ersten Wahlsieg 1983* verfügte Besuchsverbot für „Atom-Schiffe" des amerikanischen Verbündeten wurde inzwischen aufgehoben. Die US-Sailors sind wieder gern gesehene Gäste in Australien.

Bei dem Vordringen der *Roten* Flotte auf den Weltmeeren kreuzen die Sowjets jetzt auch immer häufiger in den blauen Gewässern der südlichen Halbkugel auf. Auch die mit Abhöranlagen ausgerüsteten Fischerei-Fahrzeuge werden von den Amerikanern als ein „Sicherheitsproblem" angesehen.

Nach Angaben des Oberkommandierenden der amerikanischen Streitkräfte im Pazifik, Admiral William Crowe, haben die Sowjets derzeit in ihrer Marinebasis Cam Ranh, die vor Jahren von den Amerikanern angelegt wurde, sechs bis zehn Kriegsschiffe, fünf bis sechs U-Boote sowie zehn bis zwölf Versorgungsschiffe stationiert. Von dort aus operieren neun Kampfflugzeuge und acht Langstrecken-Aufklärer.

Sollte der Anzus-Pakt durch die bündnisschädliche Haltung Neuseelands unwirksam werden, wollen Australien und die USA eine Festigung ihrer zweiseitigen Sicherheitsabkommen in Betracht ziehen. Auf Grund einer bilateralen Übereinkunft unterhalten die Amerikaner „Down Under" drei Funkstationen für die Kommunikation mit ihren Flotten-Verbänden im Indischen Ozean und Satelliten mit Umlaufbahn über Australien.

Kunstsinn, Forscherdrang und Sammelleidenschaft der Habsburger Dynastie

Napoleons Räubereien schmerzten

Die Habsburger wären kein altes Geschlecht, wenn sich bei ihnen nicht immanente Spannungen in künstlerischen Impulsen, vorweg in kreativer Sammelleidenschaft und im Forschungsdrang, niedergeschlagen hätten. Die Kompositionen Leopolds I. werden noch heute gespielt, Josef II. war ein vorzüglicher Geiger, Maximilian I. betätigte sich literarisch, der Sohn von Kaiser Franz Joseph, Kronprinz Rudolf, schrieb treffende Schilderungen von der Jagd und gab das Prachtwerk „Die österreichisch-ungarische Monarchie in Wort und Bild" heraus. Was aber die Sammlertätigkeit der Habsburger betrifft, so geben die beiden gewaltigen Bauten des

Herrscher als Forscher und Sammler – 3SAT, 20.30 Uhr

„Kunsthistorischen" und des „Naturhistorischen Museums" an der Wiener Ringstraße davon Zeugnis. Sie haben in der Welt nicht ihresgleichen.

Stammvater der Kunstsammlung war Ferdinand I., der Bruder Karls V. Er sammelte weniger Gemälde als kostbare Gegenstände, Skulpturen und Münzen. Nach der von ihm erlassenen Bestimmung sollten die Sammelobjekte jeweils auf den Erstgeborenen übergehen, im gegebenen Fall *also auf Maximilian II., der aber in* diesem Betracht weniger hervortrat als seine Brüder Ferdinand und Karl. Zumal Ferdinand bewies bedeutenden Kunstsinn, der sich in der Ambraser Sammlung (nahe Innsbruck) auch jetzt noch ausspricht, obwohl der Großteil nach Wien verfrachtet wurde. Ferdinand wäre vielleicht wegen dieser Sammlung noch berühmter geworden, hätte nicht die viel publikumswirksamere morganatische Ehe mit der Bürgerstochter Philippine Welser seinen verdienten Ruf überschattet. Karl, der dritte Bruder, baute inzwischen in Graz eine Sammlung auf, die vielfach auf Porträtgemälden basierte und später auch nach Wien gebracht wurde.

Der Nachfolger Maximilians II. war dann Rudolf II., der im Prager Hradschin residierte, ein versponnener, eingezogener Mann, der sein Glück einzig in der Forschung und in der Kunst suchte. Er liebte Kuriositäten, wie sie in der „Kunst- und Kuriositätensammlung" zusammengefaßt wurden, schätzte gegen die herrschende Meinung Brueghel und brachte die heute größte geschlossene Schau des *Meisters zusammen. Seine Vorliebe* für die Natur in ihrer schönsten Menschengestalt, im Weibe, offenbart sich in der Bevorzugung des klassischen Götterlebens, das er sich weitgehend von Hans von Aachen und Heinz von Spranger, appetitlich abgemalt, vorführen ließ.

Auch diese Sammlung kam nach Wien und wurde, wie alle anderen Objekte, von Josef II. in pädagogi*scher Absicht für den allgemeinen* Besuch freigegeben. Einen Zweifel, wie weit die Läuterung gelungen ist, erlaubt eine Notiz im Sachregister, das die Beamten aufnahmen. Über „Leda mit dem Schwan" schrieben sie: „Nackertes Weibsbild, von Gans gebissen". Maria Theresia, Josefs Mutter, übereignete in souveräner Geste die gesamten Habsburger Sammlungen dem Staat. Vorher hatten sie noch ganz wesentliche Zuflüsse durch den kunstsinnigen Erzherzog Leopold Wilhelm erhalten, einen kriegerischen Bischof. Seiner Neigung für Malschulen der Zeit verdankt das „Kunsthistorische" u. a. van Eycks, Memlings, van der Weydens.

Einen schmerzhaften Aderlaß erfuhren die Bestände durch Napoleon. Der Krieg ist eben der Rabenvater aller Dinge. Weniger interessiert zeigte sich der Usurpator an den Stücken, die heute im „Naturhistorischen Museum", dem zweiten Prachtbau an der Ringstraße, ausgestellt werden. Diese Sammlung gilt als „die älteste und größte naturgeschichtliche Sammlung der Welt", hier bewährte *sich weitgehend* der Forschungsdrang des Erzhauses.

Josef II. zog nicht nur bedeutende Gelehrte, wie Jacquin, nach Wien, er kümmerte sich auch um die Organisation. Den Grundstock zur naturhistorischen Sammlung hatte schon der Gemahl Maria Theresias, Franz von Lothringen, gelegt. Der letzte, der sich besonders interessierte, war dann Kronprinz Rudolf, der auch überlange die Rolle eines Kronprinzen hatte ausfüllen müssen. Sie alle suchten offenbar nach einem fruchtbaren Betätigungsfeld: Wenn sie schon nicht regieren durften, so wollten sie doch wirken.

ERIK G. WICKENBURG

STUDIO

Das Erste Private Fernsehen (EPF) findet ein positives Echo. Wie der Geschäftsführer des EPF, Lothar Jettenberger (Ludwigshafen), in einem Interview des Informationsdienstes der Evangelischen Allianz (IDEA) sagte, werde das – wie es in der Werbung heißt – „vollkommen neue" Fernsehprogramm von der Bevölkerung angenommen. Das EPF arbeite nicht mit der „typischen Distanz" einer Fernsehanstalt, sondern mit der „Liebenswürdigkeit eines lokalen Senders". Es biete ein Programm zum „Anfassen", bei dem die Zuschauer mitmachen könnten und mit Themen konfrontiert würden, die sonst im Rundfunk oft am Rande stünden: Heimat, Geschichte, christlicher Glaube. Inzwischen könne das EPF – das nur über Kabel zu empfangen ist – jeden Abend von etwa 20 000 Menschen gesehen werden. *Täglich kämen durch* neue Anschlüsse weitere Zuschauer hinzu. Der Anschluß an das Kabelnetz muß bei der Bundespost beantragt werden. Mit dem EPF und anderen Mitanbietern begann Anfang dieses Jahres im Kabelpilotprojekt Ludwigshafen zum ersten Mal die Ausstrahlung privaten Rundfunks von deutschem Boden aus. Wie Jettenberger sagte, komme das Angebot *des EPF, vor allem die „christliche* Talkshow", sehr gut an. Mit diesem Programm erreiche man Menschen, die „nie in Kirchen gehen und deshalb Hoffnungsvolles viel nötiger haben".





ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

10.00 Tagesschau und Tagesthemen
10.23 Fußball-UEFA-Pokal
Achtelfinale – Rückspiele
11.15 Entscheidung am Kap Horn
12.10 ZDF Magazin
Moderation: Gerhard Löwenthal
12.55 Presseschau
13.00 Tagesschau

ARD

16.00 Tagesschau

16.10 Patchworkshop
Späße zur Zeit und zur Unzeit
Der kleine alltägliche Ärger steht im Mittelpunkt dieser Ulksendung. So werden beispielsweise die Schwierigkeiten einer Hausfrau mit der Gebrauchsanweisung eines neuen Toasters und die „freundlichen" Verkaufstricks der Kaufhäuser schmunzelnd untersucht. Mit von der Partie sind unter anderen „Tagesschau"-Sprecher Werner Veigel, Daniela Strietzel, Wolfgang Spier und Gunter Strack.

16.55 Wir Kinder
Vom Radlerzirkus
Wenn in Bremen oder Umgebung höchst merkwürdige Vehikel auftauchen, beispielsweise zwei Meter hohe Einräder, dann ist wieder der „Radlerzirkus" unterwegs.

17.50 Tagesschau
Dazw. Regionalprogramme

20.00 Tagesschau
Anschl. Der 7. Sinn

20.18 Die Fernseh-Diskussion
Thema. Wirtschaftsprognose '85
Leitung Rudolf Mühlfenz

21.00 Goldene Europa
Erfolge '84
Für besondere Leistungen im Bereich des Showgeschäfts verleiht der Saarländische Rundfunk alljährlich die „Goldene Europa". In einer 90minütigen Livesendung zeigt die ARD nun die freudestrahlenden Gesichter der Preisträger Nena, Howard Carpendale, Peter Maffay, „Alphaville", Ulla Meinecke, Peter Weck, André Bauer, Jack White und Elke Heidenreich.

22.30 Tagesthemen

23.00 Tatort
Trimmel und Isolde
Krimi von Friedhelm Werremeier
Isolde Bothüter ist umgebracht worden. Für Kommissar Trimmel besteht kein Zweifel, daß ihr Ex-Mann Klaus für die Tat verantwortlich ist. Doch diesen muß er wegen mangelnder Beweise auf freien Fuß setzen …

0.35 Tagesschau

ZDF

16.00 heute

16.04 Un-Ruhestand
Der in einem Altersheim wohnende Herr Gramatzki hat zu seiner Umwelt kaum Kontakt. Lediglich zu der im Sterben liegenden Frau Marwedel findet er Vertrauen. Dafür zeigt die Oberschwester jedoch kein Verständnis, denn „man läßt einen sterbenden Menschen allein". Herr Gramatzki will das nicht einsehen …
Anschl. heute-Schlagzeilen

16.35 Enid Blyton:
Fünf Freunde … im Nebel

17.00 heute / Aus den Ländern

17.15 Tele-Illustrierte
17.50 Tom und Jerry
Anschl. heute-Schlagzeilen
18.20 Ein himmlisches Vergnügen
Eine reizende Familie
Die Brause-Schwestern laden ihre vermeintlich einsame Mutter (Vater ist auf Dienstreise) zum gemeinsamen Abendessen ein. Schon bald entstehen erste Meinungsverschiedenheiten, die in äußerst turbulente Ereignisse ausarten …

19.00 heute
19.30 Der große Preis
Ein heiteres Spiel für gescheite Leute mit Wim Thoelke in Verbin*dung mit der „Aktion Sorgenkind"*
20.50 Die große Hilfe
Eine Bilanz der Aktion Sorgenkind
21.00 Telemotor
Mit Harry Valérien
Mit Sinn, Unsinn und technischen Schwierigkeiten in der Einführung des Tempolimits auf bundesdeutschen Autobahnen beschäftigt sich die heutige Ausgabe des Autofahrermagazins.

21.45 heute-journal
22.05 Fragen an …
Hans-Dietrich Genscher
Journalisten im Studio:
Reinhard Appel, Wolfgang Herles und Gustav Trampe
23.05 Herman van Veen: Signale
Tour '84 – live!
Öffentliche Veranstaltung aus dem Kurfürstlichen Schloß zu Mainz
0.20 heute

3SAT

18.00 Bilder aus Deutschland
Stadtgeschichten: München
Film von Robert Lembke
19.00 heute
19.30 Derrick
Johanna
Von Herbert Reinecker
20.30 Herrscher als Forscher und Sammler
Am Beispiel der Habsburger
21.15 Zeit im Bild 2
21.45 Rundschau
22.30 Schauplätze der Weltliteratur
Ruf der Wildnis
Jack London und sein Alaska
23.15 3SAT-Nachrichten

III.

WEST
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Peter Ibbetson
Amerikanischer Spielfilm (1953)
Mit Gary Cooper, Ann Harding u. a.
Regie: Henry Hathaway
21.35 Filmbuchtip
21.45 Nicht nur am Sonntagmorgen
Porträt
22.15 Kulturszene
23.00 Subway
Jazz mit dem Richie-Cole-Quartett
0.00 Letzte Nachrichten

NORD
18.30 Seitensprünge
19.15 Dörfer in der Dritten Welt
20.00 Tagesschau
20.15 Die Bienenkönigin
Ital.-franz. Spielfilm (1963)
Mit Marina Vlady u. a.
21.40 Kultur aktuell
Neue Musik
22.25 Jazzfest Berlin 1984
Hamiet Bluiett and The Clarinet Family
23.25 Nachrichten

HESSEN
18.30 Streifzüge durch die Natur
18.55 Die Hexe Lakritze
19.00 Safari zur Hölle
Amerikanischer Spielfilm (1963)
20.30 Bücher-Report
21.20 Das Bild der Woche
21.30 Drei aktuell
21.45 Verloren hinter Virginias Bergen
22.30 Shackleton – Der Mann im Schatten des Pols (3)
23.30 Schach-WM

SÜDWEST
18.30 Telekolleg II
Nur für Baden-Württemberg:
19.00 Abendschau
Nur für Rheinland-Pfalz:
19.00 Abendschau
Nur für das Saarland:
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm:
19.25 Nachrichten
19.30 Der arme Bitos oder Das Diner der Köpfe
Von Jean Anouilh
Mit Joachim Teege u. a.
21.40 Sport
Nur für Baden-Württemberg:
22.25 Singet dem Herrn
J. S. Bach
23.10 Nachrichten
Nur für Rheinland-Pfalz:
22.25 Der Kopflohn
23.10 Landtag aktuell
Nur für das Saarland:
22.25 Neue Wege zur Information

BAYERN
18.15 Wegweiser Erziehung
18.45 Rundschau
19.00 Damals Tagesgespräch
Bel Ami (1)
20.55 Wo Häßlichkeit zur Sünde wird
21.40 Rundschau
21.55 Spiegelbilder
22.10 Z. E. N.
22.15 Wo, bitte, geht's zur Front?
Amerikanischer Spielfilm (1970)
23.45 Rundschau
23.50 Actualités

KRITIK

Von den Pariser Kanälen hinauf zur Hochzeitsgesellschaft

André Gide hat zwar in erster Linie an den Lyriker Victor Hugo gedacht, als er ihn als den – leider! – größten Dichter Frankreichs bezeichnete. Aber auch der dickleibige Roman „Les Misérables" ist ein Zeichen für Hugos Größe und zugleich Anlaß für einen ähnlichen Stoßseufzer.

Du meine Güte, was für einfältige Kontraste von Gut und Böse oder Arm und Reich, was für unglaubliche Zufälle bei den Begegnungen der Hauptpersonen! Wenn man als Leser alle kritischen Bedenken abstreift, dann allerdings kann man sich in das fulminante Pathos dieser Geschichte eines Ex-Bagno-Sträflings wie in einen bilderreichen Traum hineintragen lassen.

Robert Hossein, der diese soundsovielte Fassung des klassischen Stoffes als 200 Minuten langen Zweiteiler **„Die Legion der Verdammten"** (ZDF) gedreht hat, ist gegen Ende offenbar in einen tranceartigen Zustand geraten und hat das grausige Gemetzel auf der Barrikade der Revolutionäre spukhaft verlangsamt und ihm den Ton abgedreht.

Lino Ventura (als Valjean) schreitet als der immer wieder verfolgte und verleumdete Wohltäter durch das Gewimmel der zahlreichen Romanfiguren. Den im Freiheitskampf verwundeten Liebhaber seiner Pflegetochter schleppt er auf dem Buckel durch die unterirdischen Abwässer von Paris, um ihn bei seinem aristokratischen Großvater abzuliefern. Einer ehelichen Verbindung steht dann nichts mehr im Wege.

Der Regisseur hat sich ein köstliches Bild einfallen lassen, eines der wenigen heiteren in der langen Szenenfolge: Die Hochzeitsgesellschaft hat sich pyramidenförmig im Park aufgebaut, und ein offenbar sehr begabter Schnellmaler pinselt die ganze Gruppe auf die Leinwand.

Sonst aber herrschen düstere Bilder vor, wenn auch keineswegs weniger malerische. Überhaupt nimmt das *Ganze manchmal bilderbuchartige* Züge an trotz der überreichen Dramatik des Geschehens, was damit zusammenhängen mag, daß einem französischen Publikum die Handlung dieses klassischen Werkes geläufig ist wie eine biblische Geschichte.

HELLMUT JAESRICH

Amerikas Geduld mit dem Terrorismus ist am Ende

Washington zeigt Entschlossenheit / Warnung an Iran

FRITZ WIRTH, Washington

Der Zorn und die Hilflosigkeit, mit denen die Amerikaner in den letzten Tagen der Flugzeugentführung nach Teheran und der Ermordung von zwei amerikanischen Staatsbürgern zusehen mußten, haben sich in einer neu entbrannten Debatte über die Bekämpfung des Terrorismus Luft verschafft. Grundtenor der Debatte: Sollen die USA, wie soeben in Iran geschehen, sich schicksalergeben als Ausgelieferte solcher Anschläge betrachten oder soll man durch Präventivschläge gegen diese Terroristen dafür sorgen, daß der Terrorismus im Keim erstickt wird, noch bevor er zuschlagen kann?

Die Debatte geht bis in höchste Regierungskreise hinein. Sie hat vor allen Dingen die lang anhaltenden Spannungen zwischen Außenminister George Shultz und Verteidigungsminister Caspar Weinberger akzentuiert und aufs neue in die Öffentlichkeit getragen.

Diese Debatte verläuft auf eigenartige Weise wider die bisherige Rollenverteilung. Der sonst als gemäßigter Pragmatist geltende amerikanische Außenminister hat sich in der Terroristenfrage in die Rolle eines unnachgiebigen „Falken" manövriert, während der in vielen anderen Fragen als „Falke" geltende Weinberger zur Vorsicht und Zurückhaltung mahnt.

Shultz für Präventivschläge

Shultz hatte bereits Wochen vor dem jüngsten Terroranschlag in Iran in einer Rede am 25. Oktober eine Strategie der „Präventivschläge, der Vergeltung und der Überraschung" im Umgang mit Terroristen gefordert, selbst wenn bei derartigen Präventivschlägen unschuldige Menschen in Gefahr gebracht würden und selbst wenn es an hinreichenden Beweisen mangeln sollte, die in einem amerikanischen Gerichtshof aufrechterhalten werden könnten.

Weinberger dagegen möchte derartige Einsätze nur unter bestimmten Bedingungen anordnen. Es müßten vor allem essentielle nationale Interessen auf dem Spiel stehen. Während der Diplomat Shultz sich durch den Terrorismus mit seinen diplomatischen Mitteln ausgeschaltet sieht und den Rundumschlag gegen diese Terroristen fordert, wird die vorsichtigere Haltung Weinbergers ganz offensichtlich durch den Schock der Erfahrungen beim letzten Libanon-Einsatz amerikanischer Soldaten bestimmt. Weinberger wird in seiner Haltung, wie es heißt, weitgehend von der Mehrzahl seiner Generäle gestützt.

Shultz nahm die Flugzeugentführung nach Iran und die nach Meinung vieler amerikanischer Politiker dubiose Verhaltensweise iranischer Behörden in dieser Affäre zum Anlaß, seinen Standpunkt in der Terroristenfrage zu klären. Er sei für Aktionen gegen Terroristen, erklärte er, wenn ermittelt werden könne, wer für die Bedrohung von US-Interessen verantwortlich sei. „Wir meinen damit Selbstverteidigung. Und zwar nicht Vergeltung aus einem Rachegefühl heraus, sondern aktive Verteidigung."

Deutliche Worte Reagans

Shultz wurde dabei von seinem ehemaligen Mitarbeiter Lawrence Eagleburger in einer Fernsehdiskussion unterstützt. „Ich habe Sympathien für die Haltung von Shultz", meinte Eagleburger, „doch ich zweifle, ob die Öffentlichkeit auf die Dauer bereit sein wird, solche Präventivschläge zu billigen und zu unterstützen." Der ehemalige Verteidigungsminister James Schlesinger schränkte ein: „Wir müssen nicht bei jeder Gelegenheit reagieren, doch die andere Seite muß wissen, daß wir nicht in jedem Falle stillhalten werden." Schlesinger kritisierte jedoch scharf, daß das Thema zum öffentlichen Streitpunkt zwischen Außen- und Verteidigungsministerium geworden ist. „Diese Debatte *hilft* nicht, Terroristen abzuschrecken", erklärte er und forderte Präsident Ronald Reagan auf, ein Machtwort zu sprechen und Klarheit zu schaffen.

Der Präsident selbst hat seine Zurückhaltung aufgegeben, mit der er während der Entführung die Vorgänge auf dem Flugplatz von Teheran kommentierte, und ließ durch seinen Sprecher Larry Speakes die iranischen Behörden scharf kritisieren. „Wir haben genug gesehen", erklärte Speakes gestern, „um zu dem Schluß zu kommen, daß Iran in dieser Affäre weder schnell genug noch human handelte. Unsere Haltung und weitere Aktionen gegen Iran werden davon abhängen, in welchem Maße Teheran seine Verpflichtungen erfüllt, die sich aus dem Anti-Hijacking-Vertrag ergeben, der auch vom Iran unterschrieben worden ist." Die USA untersuchten zur Zeit, ob und inwieweit die Führung in Teheran mit den Luftpiraten gemeinsame Sache machte.

Im übrigen bereitet man sich im Regierungsviertel in Washington weiter auf mögliche Terroranschläge vor. Nachdem bereits die Sicherheitsmaßnahmen vor dem Weißen Haus, auf dem Capitol und vor dem Außenministerium verschärft worden sind, wurde gestern bekannt, daß die beiden Haupteingänge des Pentagon so ausgebaut werden, daß die Zufahrt von Kamikaze-Terroristen in Lastwagen mit Sprengladungen an Bord unmöglich ist.

Briefe an DIE ● WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Die Sicht des Kunden

„Leserbrief: Sicht des Einzelhandels"; WELT vom 8. Dezember

Sehr geehrte Redaktion,

ob der Befürchtungen hinsichtlich des unvermeidbaren Chaos für den deutschen Einzelhandel im Falle einer Änderung der Ladenschlußzeiten können einem wirklich die Tränen kommen. Wann wird der Handel endlich wieder begreifen, daß er der Bevölkerung gegenüber Dienstleistungen zu erbringen hat, wie sie auch von den Eisenbahnen, Wasserwerken, Busunternehmen, Gaststätten und Elektrizitätsbetrieben, von den Volkshochschulen und Abendgymnasien und noch vielen anderen Institutionen selbstverständlich auch in den Abendstunden, zu beträchtlichen Teilen ja auch am Wochenende und sogar an Weihnachts- und anderen Feiertagen klaglos geleistet werden?

Das Argument, es gebe dafür nicht genug Personal, fällt schon bei der ersten Beobachtung durch Millionen deutscher Touristen in ihren Ferienländern in sich zusammen. In den Vereinigten Staaten haben Hunderttausende von Läden bis zehn Uhr abends oder sogar rund um die Uhr geöffnet, und siehe da – sie alle haben Personal! Man muß nur wollen.

Auch werden die kleinen und mittleren Betriebe keineswegs in eine schlechtere Lage gegenüber den großen geraten: eher das Gegenteil ist zu erwarten. Wenn nämlich die Läden der Innenstadt abends länger geöffnet haben, wird man dort seinen (Einkaufs-)Bummel machen, aber nicht zum Supermarkt auf der grünen Wiese fahren! Wenn der kleine und mittlere Einzelhandel über „schon lange rückläufige Umsätze" klagt, so sollte er gerade den Versuch machen, durch verlängerte Öffnungszeiten diesem Mißstand abzuhelfen. Sicher wird sich manch ein Gaststätten- oder Kinobesucher verleiten lassen, auch abends beim Gang durch die Stadt noch dies oder jenes einzukaufen.

Es verlangt ja niemand, daß man abends um 23 Uhr oder sonntags bis 16 Uhr noch einkaufen kann. Aber an einem einzigen Abend in der Woche bis 22 Uhr sollten die Einzelhändler ihren Kunden doch eine Kaufmöglichkeit bieten. Falls sie genügend Bürgersinn dazu aufbringen, nicht nur an ihre eigene Bequemlichkeit, sondern auch an die Bedürfnisse ihrer Mitmenschen zu denken.

Mit freundlichen Grüßen
Dr. E. Köster,
Bonn 3

*

Hiermit beenden wir die Diskussion. Die Redaktion.

Hessische Liberalität

In Ihrer Ausgabe vom 30. November hatte Die WELT die Entgegnung der Staatssekretärin, Frau Dr. Chr. Czempiel, auf die Darlegungen des Herrn Professor Scholz bezüglich der Pflicht der Länder zur Bundestreue abgedruckt.

Besonders am Beispiel „atomwaffenfreie Zone" wäre es der Sache dienlicher, zunächst einmal die Informationen über die Praxis der Liberalität und des Respekts vor den Willensbekundungen kommunaler Parlamente hier im Lande Hessen zu sammeln, bevor man damit hausieren geht. Entweder scheint die eine Linke nicht zu wissen, was die andere tut, oder der Respekt wird nur derjenigen Willenskundgebung gezollt, die ohnehin die stille Meinung der Landesregierung wiedergibt.

Ein kleines Beispiel möge diese von Frau Dr. Czempiel beschworene Liberalität verdeutlichen: Anfang 1983 lehnte das Parlament der Stadt Ulrichstein im Hohen Vogelsberg einen „großzügigen" Landeszuschuß von DM 400 000 für ein noch nicht geplantes Kläranlageprojekt über 1,6 Mill. DM ab, da die Finanzierung des eigenen Anteils von 1,2 Mill. DM über die Finanzkraft der 790 Einwohner zählenden Gemeinde (Ortskern) ging. Die Schuldenlast hätte über Jahrzehnte hinaus die Stadt gebunden. Das Verhältnis der Abstimmung ergab ein eindeutiges Votum quer durch die Parteien von 18 gegen 5 Stimmen wider eine dubiose Darlehensaufnahme unter den vorliegenden Bedingungen.

Diese Entscheidung des Kommunalparlaments, das ja von den Bürgern in freier Wahl unter demokratischen Gesichtspunkten bestimmt wurde, veranlaßte nunmehr die obere Wasserbehörde, in der Person des Regierungspräsidenten von Gießen, zur großen Parlamentsschelte überzugehen und die Weigerung des Schuldenmachens als mangelnden ernsten Willen zu bezeichnen. Darüber hinaus holte die zuständige Wasserbehörde den Büttel und verkürzte (zur Strafe?) sogar das Planungsziel von 1989 auf 1983.

Eine persönliche Bitte an den Regierungschef auf Rücknahme der Fristverkürzung hatte nur das Ergebnis, daß der zuständige Minister das „kommunalfreundliche" Verhalten der Behörde gegen die finanzschwache Gemeinde billigte.

So steht es im kommunalfreundlichen Hessen mit der Liberalität und dem Respekt der Landesregierung vor den Willenskundgebungen der Gemeindeparlamente.

E. Grandt,
Ulrichstein

Eingebunden

„Kielmanseggs Vorstoß kommt Wörner gelegen"; WELT vom 4. Dezember

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Bericht Ihres Mitarbeiters Rüdiger Moniac über einen Aufsatz aus der Feder des ehemaligen Generals Graf Kielmannsegg bedarf, glaube ich, einer Korrektur.

Da ich selbst 1950 – übrigens unter anderem zusammen mit Kielmannsegg, Baudissin und dem späteren MdB Rommerskirchen – in die ersten Überlegungen zur „Wiederbewaffnung" einbezogen war, weiß ich, daß es uns nicht so sehr um den mißverständlichen Begriff der „civil control" als vielmehr um den „Primat der Politik" im Verteidigungsbereich ging. Es galt, gegenüber einer skeptischen und ablehnenden Öffentlichkeit klarzumachen, daß die neuen deutschen Streitkräfte weder eine „Reichswehr" noch eine „Wehrmacht" alten Stils, sondern ein integraler Bestandteil unseres demokratischen Gemeinwesens mit „Staatsbürgern in Uniform" sein werden.

Wenn, wie Graf Kielmannsegg sich zu erinnern meint, damals ein „harter Kampf um die interne Macht" geführt worden sei, dann möchte ich diese Erinnerung aus meiner Sicht folgendermaßen korrigieren: Es galt in jenen Jahren, überzeugend darzulegen, daß die „Bundeswehr", wie sie später genannt wurde, nicht zum „Staat im Staate" denaturieren, sondern in die Verantwortung der Politik eingebunden sein würde.

Mit freundlichen Grüßen
Willi Weiskirch, MdB

Wort des Tages

„Die Problematik unserer Gesellschaft ist nicht das Außenseitertum einiger vom Haß manisch Besessenen, sondern viel eher die Frage, wie für unzählige Gutwillige der schleichende Nihilismus zu überwinden ist, der uns einreden will, die Welt sei ein Chaos und profiliere sich nur in Extremen. Es wird notwendig, sich der Faszination eben des Extremen durch einen Akt des freien Willens zu entziehen. Die Unordnung wird uns nicht aufgezwungen werden können, wenn wir uns ihr nicht freiwillig ausliefern."

Gertrud Fussenegger; österr. Autorin (geb. 1912)

Überlieferung

„Leserbrief: Im Widerspruch"; WELT vom 5. Dezember

Sehr geehrte Herren,

die Briefzuschrift unter der Überschrift „Im Widerspruch" veranlaßt mich, der Redaktion der Geistigen WELT ein Kompliment zu machen. Die Gestaltung dieser Seiten berücksichtigt in hervorragender Weise die vielseitigen geistigen Interessen der Leser.

Ein Philosoph Platon ist gewiß ethisch genauso hoch einzuschätzen wie die Verfasser der einzelnen Teile der Bibel, und die Gedankenwelt der Menschheit geht nun einmal bis weit vor das Erscheinen des Christentums zurück. Ihre Überlieferung ist daher von unschätzbarem Wert.

Mit freundlichem Gruß
A. Klepp,
Hamburg 90

*

Hiermit beenden wir die Diskussion. Die Redaktion

Schauprozeß

„Budapester Tagträume"; WELT vom 5. Dezember

Sehr geehrte Damen und Herren,

der im Herbst 1949 nach einem stalinistischen Schauprozeß hingerichtete ungarische KP-Führer László Rajk sr. war zum Zeitpunkt seiner Verhaftung Mitte Mai 1949 tatsächlich Außenminister. Er verlor dieses Amt offiziell erst bei der Regierungsumbildung im Juni 1949.

László Rajk sr. war – als Nachfolger von Imre Nagy – von März 1946 bis August 1948 Innenminister. Seine Ablösung durch János Kádár war der Anfang von Rajks politischem Ende. Innenminister Kádár wurde seinerseits im Juni 1950 verhaftet. Kádárs Nachfolger als Innenminister, der Arzt Dr. Sándor Zöld, seit dem Juni 1949 Staatssekretär im Innenministerium, kam – ein knappes Jahr später – seiner Verhaftung zuvor, indem er am 20. April 1951 seine Familie umbrachte und anschließend sich selbst tötete.

Shakespeare lebte – möglicherweise – zu früh.

Mit freundlichen Grüßen
Edmund Trugly jr.,
Berlin 39

Schlechtes Bild

Bei der Übertragung von Bundestags-Debatten zeigt uns das Deutsche Fernsehen fast leere Abgeordneten- und Bundesministersitze. Eine Bundestagssitzung mußte sogar unterbrochen werden, weil kein Bundesminister anwesend war.

Könnte hier nicht dadurch Abhilfe geschaffen werden, daß unsere Mandatsträger erst nach der Bundestagssitzung sich in die Anwesenheitsliste eintragen müssen?

Mit freundlichen Grüßen
W. Rundholz,
Bonn 2

Personalien

EHRUNGEN

Wegen seiner besonderen Verdienste um Bremen hat der Senat dem in Bremen geborenen früheren Bundespräsidenten, Professor Dr. **Karl Carstens**, die höchste bremische Auszeichnung verliehen: die Ehrenmedaille in Gold. Professor Carstens ist der 19. Träger dieser Auszeichnung, die im Jahre 1842 vom Senat der Freien Hansestadt Bremen gestiftet worden ist.

*

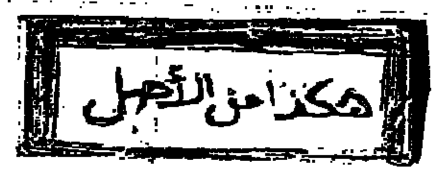
Der Hamburger Kultursenator Frau **Helga Schuchardt** hat dem Schriftsteller und Forscher Professor **Rolf Italiaander** (71) das Bundesverdienstkreuz Erster Klasse überreicht. Italiaander, Mitarbeiter der WELT, hat sich als Völkerkundler, Religionswissenschaftler, Kunstsammler und Lyriker (insgesamt über 700 Veröffentlichungen, darunter zahlreiche Bücher) einen Namen gemacht.

*

Der Gießener Genetiker Professor **Fritz Anders** ist mit dem Gottron-Just-Preis ausgezeichnet worden. Anders erhielt den mit insgesamt 10 000 Mark dotierten Preis in Würdigung „seiner zukunftsweisenden Arbeiten über die genetische Regulation der Tumorentstehung". Der Preis, der nach den beiden früheren Lehrstuhlinhabern für Dermatologie und für Genetik an der Tübinger Universität, den Professoren Gottron und Just benannt ist, wird im Turnus von zwei Jahren an Wissenschaftler verliehen, die sich durch herausragende wissenschaftliche Leistungen auf dem Gebiet der vorwiegend genetisch bedingten Hauterkrankungen ausgezeichnet haben.

VERANSTALTUNG

Die Saarländer fühlen sich den Lothringern besonders eng verbunden. Denn „die Geschichte Lothringens ist teilweise auch saarländische Geschichte", erinnerte Staatssekretär Dr. **Diethardt von Preuschen**, Bevollmächtigter des Saarlandes in Bonn. In seiner Bonner Landesvertretung stellte er deshalb das jüngste umfassende Werk über „Lothringen" vor, „Geschichte eines Grenzlandes", eine Darstellung von der Altsteinzeit bis zur Gegenwart. Dieses Buch wurde seinerzeit von einer Gruppe jüngerer lothringischer Historiker unter Leitung von Michel Parisse, Professor an der Universität Nancy, geschrieben und erschien zunächst 1977 in Französisch. Die Bearbeitung der jetzt vorliegenden deutschen Fassung brachte die Saarbrücker Druckerei und Verlag GmbH auf den Markt.





NACHRICHTEN

Sperre für Fruck

Frankfurt (sid) – Für vier Wochen gesperrt wurde Fußball-Bundesligaspieler Norbert Fruck (26) von Eintracht Frankfurt. Er war im Meisterschaftsspiel gegen Schalke 04 wegen unsportlichen Verhaltens vom Platz gestellt worden.

Etat wurde aufgestockt

Duisburg (sid) – Der Hauptausschuß des Landessportbundes (LSB) Nordrhein-Westfalen hat den Etat zur Förderung der Übungsarbeit in den Vereinen um eine auf 19 Millionen Mark erhöht. Davon werden sechs Millionen Mark für die Lehrarbeit und 1,5 Millionen Mark für den Spitzensport bereitgestellt.

UdSSR siegte in Prag

Prag (sid) – Nach einem 4:4-Unentschieden in der ersten Begegnung errang Eishockey-Weltmeister UdSSR jetzt in Prag einen 6:2-Sieg gegen die CSSR.

Wilson in Schwenningen

Schwenningen (sid) – Der Kanadier Randy Wilson spielt künftig für den Eishockey-Bundesligaklub ERC Schwenningen. Wilson spielte zuletzt für die Schweizer Klubs HC Davos und SC Bern.

Schalke: Mehr Karten

Gelsenkirchen (sid) – Schalke 04 hat sich beim Deutschen Fußball-Bund (DFB) offiziell über die mangelnde Kartenzuteilung für das Pokalspiel bei Hannover 96 beschwert. Laut Spielordnung stehen den Gästen eines Pokalspiels mindestens zehn Prozent des Karten-Kontingents von 60 000 in Hannover zu. Schalke hatte 7000 Karten bestellt, aber nur 4700 erhalten, darunter 3000 Stehplätze.

Kohde auf Rang acht

New York (sid) – In der neuen Weltrangliste der Tennisspielerinnen wird die Saarbrückenerin Klaudia Kohde als beste deutsche Spielerin auf Rang acht geführt. Platz eins belegt weiterhin Martina Navratilova (USA).

Kiew lehnte ab

Leverkusen (sid) – Ohne Angabe von Gründen hat der sowjetische Frauen-Handballmeister Spartak Kiew den Vorschlag von Bayer Leverkusen abgelehnt, beide Viertelfinal-Spiele im Europapokal in Leverkusen auszutragen. Die Spiele finden nun am 12. Januar in Leverkusen und am 26. Januar in Kiew statt.

Sechs Boxer in Rangliste

Hannover (dpa) – Sechs deutsche Boxer wurden in der neuen Weltrangliste auf vorderen Plätzen eingestuft: Zielonka ist Sechster im Halbmittelgewicht, Künzler (Welter) und Bott (Halbschwer) plazierten sich auf Rang acht und als zehnte wurden Gies (Leicht), Gertel (Halbwelter) sowie Hussing (Superschwer) eingestuft.

ZAHLEN

FUSSBALL

Bundesliga: Borussia Mönchengladbach – Bayern München 3:2 (3:1).

EISHOCKEY

Bundesliga, 23. Spieltag: Rosenheim – Essen-West 9:1, Kaufbeuren – Mannheim 8:6, Iserlohn – Rießersee 5:2, vorgezogenes Spiel vom 25. Spieltag: Landshut – Schwenningen 4:2. – Europacup: Bozen – Kölner EC 6:1. – Länderspiel: CSSR – UdSSR 2:6.

CURLING

EM in Morzine, Herren, zehnte Runde: Deutschland – Italien 7:6, Norwegen – Luxemburg 14:6, Schweiz – England 9:10, Dänemark – Frankreich 8:4, Schottland – Wales 8:2, Schweden – Österreich 7:5. – Damen, zehnte Runde: Deutschland – Schweiz 10:6, Österreich – Luxemburg 9:6, Dänemark – Schottland 8:6, Schweden – Italien 8:2, Norwegen – Wales 12:3, Finnland – England 6:8.

FUSSBALL / Deutschland spielt im WM-Qualifikationsspiel auf Malta erstmals auf Rasen

In Herford wie die Profis trainiert

sid/dpa/DW. La Valletta

„Die Moral ist gut. Wir sehen der großen Aufgabe gelassen entgegen." Obwohl Maltas Fußball-Nationaltrainer Genscho Dobrev (38) Optimismus verbreitet, glaubt er keineswegs an einen Sieg im Weltmeisterschafts-Qualifikationsspiel gegen Deutschland (Sonntag, 13.30 Uhr). Denn Siege sind in Maltas Fußball-Geschichte selten, ja sogar einzigartig. Ein einziger Sieg ist in den Annalen des Verbandes festgehalten: Er gelang mit 2:1 gegen Island, dessen internationales Fußball-Niveau mit dem maltesischen vergleichbar ist.

Deshalb werden in Malta schon Unentschieden oder knappe Niederlagen wie Siege gefeiert. Wie das 0:0 gegen die deutsche Nationalmannschaft bei deren bislang letztem Gastspiel auf der Mittelmeerinsel. Das war am 25. Februar *1979*, einem *Karnevalssonntag*. Seitdem aber bezog Malta ausschließlich Niederlagen, oft genug mit deklassierenden Ergebnissen wie beim 0:8 1980 in Bremen oder 1983 beim 1:12 in Sevilla gegen Spanien.

Der Skandal, den diese Niederlage verursachte, hatte Folgen. Weil Spanien das Spiel damals mit eben jener Differenz von elf Toren gewinnen mußte, um sich für die Europameisterschaft noch qualifizieren zu können, geriet der kleine, finanzschwache Verband Maltas in den Verdacht der Bestechlichkeit. Eine Untersuchungskomission mit einem pensionierten Richter und dem Präsidenten des Nationalen Olympischen Komitees an der Spitze fand zwar keine Beweise, doch Verbandspräsident George Abela forderte Konsequenzen. Trainer Victor Scerri mußte zurücktreten. Nachfolger wurde sein bulgarischer Assistent Genscho Dobrev (38), den der Präsident beschwor: „Sevilla darf sich nie mehr wiederholen."

Dobrev handelte sofort. Er löste die Nationalmannschaft komplett auf und ließ nur noch drei Spieler im neuen Kader: Torwart John Bonello, der 1980 eine Saison lang beim damaligen deutschen Zweitligaklub SC Herford spielte, Kapitän John Holland und Stürmer Michael Degiorgio.

Vollste Unterstützung für seinen harten Kurs fand der neue Trainer in Präsident Abela, der selbst erst im Herbst 1982 die Führung des maltesischen Fußball-Verbandes übernommen hatte. Abela verschaffte seinem neuen Trainer Dobrev optimale Arbeitsbedingungen: Dreimal pro Woche kann er mit dem 20köpfigen Kader der Nationalmannschaft trainieren. Trainingslager im Ausland wurden finanziert, und auf Verbandskosten wurde ein neuer Rasenplatz im staatlichen Stadion Ta'Qali angelegt. Dieses Stadion, das bereits 1980 von der Regierung gebaut wurde, durfte zuvor zwei Jahre lang vom Fußball-Verband nicht genutzt werden, weil sich die Linksregierung unter Dom Mintoff mit der konservativen Fußballführung nicht über die Nutzungsrechte einigen konnte. Erst der unabhängige Rechtsanwalt Abela verhalf den Kickern zum langersehnten Rasenplatz.

Die äußeren Verhältnisse haben sich also gebessert, doch im Vergleich zum internationalen Niveau bleibt Maltas Fußball amateurhaft. Die Nationalspieler gelten zwar als Profis, doch verdienen sie nur rund 400 Mark monatlich durch Fußball und müssen noch in bürgerlichen Berufen arbeiten, um ihren Lebensunterhalt bestreiten zu können. Unter solchen Umständen muß die Arbeit des Nationaltrainers Stückwerk bleiben, selbst wenn die relativ knappen Niederlagen aus den beiden jüngsten WM-Qualifikationsspielen gegen Schweden *und die CSSR (je 0:4) von* ihm als Erfolg bewertet werden.

Doch Dobrevs Arbeit ist umstritten. „Seitdem ich in Herford unter Hannes Baldauf gespielt habe, weiß ich, was echtes Profitraining ist. Dem Dobrev fehlt die Erfahrung", kritisiert Torwart John Bonello, der auch die Ergebnisse gegen Schweden und die CSSR anders bewertet: „Das waren Spiele gegen Mannschaften, die derzeit selbst nur zweitklassig sind." Kritik, die störend wirkt inmitten des angestrebten Fußball-Aufschwung und der Hoffnung auf eine bessere sportliche Zukunft. Torwart John Bonello hatte sich den Unmut des Trainers bereits vor den Spielen gegen Schweden und die CSSR zugezogen, als er kurzfristig absagte. Diesmal wurde er erst gar nicht eingeladen. Für ihn wird Charlie Scibberas das Tor hüten.



Populär sind sie bei ihren Fans, die Fußballstars von Malta: Torwart Charlie Scibberas und Mannschaftskapitän John Holland (rechts). FOTO HORSTMÜLLER

Die österreichische Lösung: Ein Professor wird Fußball-Teamchef

OLAF BROCKMANN, Wien

Im ehrwürdigen Wiener Tabakmuseum löste sich der Nebelschleier um den österreichischen Fußball-Teamchef. *Als der weiße Rauch zur Wahl* des Nachfolgers vom zurückgetretenen Erich Hof aufstieg, war die Überraschung perfekt. Alle Spekulationen der letzten Wochen lösten sich im Nichts auf. Fußball-Präsident Beppo Mauhart, gleichzeitig Generaldirektor des österreichischen Tabakmonopols, präsentierte den 55 Jahre alten Professor Branko Elsner als Bundestrainer und Gustl Starek als dessen Assistenten.

Für Mauhart ist dies eine „ideale Mischung aus Erfahrenheit und Erneuerung". Die Reife bringt Elsner mit, der zur Zeit noch Dekan für Sport und Leibeserziehung an der Universität Laibach in Jugoslawien ist. Für den Posten des Teamchefs ließ er Forschung und Lehre links liegen und kehrt nach Österreich zurück. Schon 1975 hatte der Slowene nach dem Rücktritt von Leopold Stastny kurzzeitig das Team betreut.

Bestens bekannt ist Starek in deutschen Landen. Er spielte beim 1. FC Nürnberg, und mit dem FC Bayern München war er sogar deutscher Meister. Zuletzt trainierte Starek den Grazer AK. „Ich nehme meine Rolle im zweiten Glied gerne an, um weiter Erfahrungen zu sammeln", meinte Starek. Bei Elsner könne er sehr viel lernen. „Er ist eine unumstrittene Persönlichkeit. Deshalb sagte ich spontan zu."

Der weißhaarige Branko Elsner sieht seine erste Aufgabe, wie könnte es anders sein, in einer erfolgreichen WM-Qualifikation für Mexiko. Elsner, der als Trainer von Innsbruck insgesamt sieben Jahre Erfahrung in Österreich sammelte, sprühte vor Optimismus. Vor Ungarn und Holland könne sich Österreich als Gruppenerster direkt für die WM durchsetzen. Die Ausgangsposition nach dem 1:0 über Holland sei sehr gut.

Elsner bekennt sich als ein Fußballbesessener. „Seit meinem siebten Lebensjahr besteht mein Leben aus Fußball. Es war schon eine innere Notwendigkeit, diesen Posten anzunehmen." Auch seine Dissertation schrieb er zum Thema Fußball, über die sportmotorische Entwicklung bei 16- bis 18jährigen.

Ein handschriftliches Konzept legte er bereits vor. „Meine alleinige Aufgabe ist nicht nur das A-Team." Auch die Trainerausbildung und der Nachwuchs liege – im Gegensatz zu Erich Hof – dem Professor sehr am Herzen. Und dann, ungewöhnlich genug für einen Teamchef, wolle er auch „sehr viel Rücksicht nehmen auf die Vereinsmannschaften". Die Planung müsse daher immer gemeinsam mit den Vereinen durchgeführt werden.

Allein auf graue Theorie ließ sich Elsner nicht drängen. „Ich werde das Training schon leiten. Schließlich bin ich immer noch in Form." Seine Studenten wissen in Laibach davon ein Lied zu singen. „Doch den Kontakt zum österreichischen Fußball habe ich nie verloren."

BUNDESLIGA

„Judas", brüllte das Publikum

B. WEBER, M'gladbach

Der FC Bayern München hat sein Nachholspiel bei Borussia Mönchengladbach mit 2:3 verloren. Bayern-Trainer Udo Lattek wertete es gewiß richtig, als er später in der Pressekonferenz, ein wenig süß-sauer lächelnd, resümierte: „Die ganze Bundesliga wird aufatmen, weil die Spannung erhalten bleibt." So gesehen war es ein schöner Abend. Er war es aber auch in anderer Hinsicht: Die 36 000 Zuschauer im ausverkauften Bökelbergstadion und die Millionen, die die Live-Übertragung der ARD an den Fernsehgeräten mitverfolgten, bekamen eine Begegnung geboten, die über weite Strecken absolut erstklassig war, die Tempo hatte und in der alle fünf Tore wirklich sehenswert waren.

So weit, so gut – leider gibt es aber auch noch andere Aspekte, und die dürfen auf keinen Fall so einfach unter den Tisch gekehrt werden. Im Klartext: Es muß die Frage gestellt werden, ob es seine sportliche Art hat, wenn ein Spieler 90 Minuten lang bei jeder(!) Ballberührung gnadenlos ausgepfiffen wird, wenn die Zuschauer nahezu pausenlos „Judas, raus" brüllen. Gemeint haben sie natürlich Lothar Matthäus, der fünf Jahre lang für Mönchengladbach gespielt hat und der zu Saisonbeginn zu den Münchnern wechselte. Die Attacken, das war deutlich zu spüren, haben den Nationalspieler dermaßen verunsichert, daß er nicht einmal in Ansätzen seine gewohnte Leistung brachte.

Seine früheren Mitspieler aus Mönchengladbach sprangen für ihn in die Bresche. Libero Hans-Günter Bruns zum Beispiel meinte: „Eine solche Behandlung hat der Lothar einfach nicht verdient." Matthäus selbst schimpfte nach dem Abpfiff: „Gladbachs Manager Helmut Grashoff hat die Menge durch gezielt negative Äußerungen vor dem Spiel gegen mich aufgehetzt." Bayern-Manager Uli Hoeneß fügte an: „Hier hat eine Art Volksaufhetzung stattgefunden, die einfach unverantwortlich war." Wohl nach dem Motto, daß auf einen groben Klotz ein grober Keil gehöre, schlug Grashoff so zurück: „Daß Hoeneß und Matthäus zu laute Marktschreier sind, weiß doch inzwischen die ganze Branche. Die beiden sollen sich doch erst einmal an die eigene Nase fassen. Oder ist es etwa eine feine Methode, daß Matthäus mich gar als ‚Idiot' bezeichnet hat? Nein, die Schärfe ist durch die Münchner herbeigeführt worden. Ich jedenfalls habe niemanden aufgebetzt."

Die Wahrheit liegt wahrscheinlich – wie so oft – in der Mitte. In der Tat haben Hoeneß und Matthäus durch allzu kecke Sprüche in der Vergangenheit manchmal Öl ins Feuer gegossen. Andererseits hat sich auch Grashoff nicht immer nur diplomatisch geäußert. Es wird wohl höchste Zeit, daß sich alle Beteiligten einmal an einen Tisch setzen, um wieder eine vernünftige Gesprächsbasis zu finden. Denn eines ist klar: Wenn sich schon die Hauptbeteiligten verbal *derart undiszipliniert anrempeln*, muß das auch Einfluß auf das Verhalten der Zuschauer haben. Das Spiel *in Mönchengladbach*, dies sei allen zur Warnung vor Augen gehalten, hätte auch mit einem Riesenskandal oder sogar mit einem Drama enden können. Ein Zuschauer, den die Polizei leider nicht ermitteln konnte, hat während des Spiels ein offenes Klappmesser in Richtung Uli Sude geschleudert. Es hat den Mönchengladbacher Torwart allenfalls um einen halben Meter verfehlt...

EISHOCKEY / Viele Absagen für Xaver Unsinn vor dem Iswestija-Turnier

Spieler aus allen Himmelsrichtungen – sie fliegen weg und müssen gleich aufs Eis

sid/dpa, Füssen

Die Eishockey-Bundesliga hat ihr Programm zwar nach dem 23. Spieltag erst einmal unterbrochen, doch für die besten Spieler der Liga gibt es keine ruhige Vorweihnachtszeit. Zum zweiten Mal nach 1982 reist die deutsche Nationalmannschaft am Freitag zum 19. Turnier um den Iswestija-Pokal (16. bis 21. 12.) nach Moskau.

„Das endgültige Aufgebot kann ich erst bekanntgeben, wenn ich weiß, *wer verletzt ist und deshalb ausfällt*", vertröstet Xaver Unsinn auf heute. Und wie sich gestern bereits abzeichnete, ist die Zahl der Absagen beträchtlich. Der Bundestrainer *muß* ohne seinen Weltklassetorwart Karl Friesen, ohne Ignaz Berndaner, Helmut Steiger, Holger Meitinger, Roy Roedger und auch ohne Harold Kreis und Andreas Niederberger auskommen. Nach einem ersten Überblick staunte Unsinn nicht schlecht: „Es kommt wirklich ein bißchen happig."

Erfreulich für den Bundestrainer aus Augsburg ist dagegen die Rückkehr von Kapitän Erich Kühnhackl, der wegen einer Knieverletzung beim Canada-Cup im September nicht dabei war, und die herausragende Form von Dieter Hegen. Der Kaufbeurener erzielte am Dienstag beim 8:6-Erfolg gegen den zuletzt sechsmal hintereinander erfolgreichen ERC Mannheim die zwei entscheidenden Tore.

Die Breitenwirkung, die sich Unsinn von der Teilnahme an so bedeutenden Turnieren wie in Moskau und Kanada für das deutsche Eishockey erhofft hatte, ist nicht ausgeblieben. Die Bundesliga-Vorrunde ist spannend wie selten zuvor, und die Klubs verzeichnen neue Zuschauer-Rekorde. Dieser erfreulichen Entwicklung steht allerdings das undisziplinierte und rüpelhafte Verhalten einiger Spieler gegenüber, das immer wieder zu Skandalspielen führt, wie zuletzt am 25. November beim 7:2-Sieg der Rosenheimer in Landshut.

Mit einem eindringlichen Appell an beide Klubs vor dem Rückspiel sorgte Xaver Unsinn am letzten Sonntag in Rosenheim (2:2) für einen friedlichen Verlauf. Doch nur zwei Tage später bewies Peter Schiller vom Deutschen Meister Kölner EC, wie es um den Verstand mancher Spieler steht. Kurz vor Schluß beim 6:1-Europapokalsieg in Bozen fuhr der Kölner Nationalspieler hinter das eigene Tor und machte in der ausverkauften Halle vor 3500 Zuschauern sechs Liegestütze. Eine zehnminütige Disziplinarstrafe war die Folge.

Xaver Unsinn will in Moskau zwar Prügeleien vermeiden, fordert aber von seinen Spielern gegen die UdSSR, Schweden, die CSSR und Finnland viel Körpereinsatz. „Wir müssen vom körperlichen Spiel leben. Die anderen können sich ganz anders im spielerischen Bereich vorbereiten. Wir treffen uns aus allen Himmelsrichtungen, fliegen weg und müssen gleich aufs Eis", beklagt Unsinn die ungenügende Vorbereitungszeit für dieses Turnier.

STAND PUNKT / *Mängelrüge*

Der ASV Forth, beheimatet in einer Marktgemeinde im Bayerischen Wald, bemüht sich seit zehn Jahren um Aufnahme in den deutsch-deutschen Sportkalender. Für 1985 bot er im grenznahen Bereich Begegnungen in vier Sportarten an. Aber auch diesmal muß ihm der Deutsche Sportbund (DSB) mitteilen: vergeblich. Denn bei den letzten deutsch-deutschen Sportgesprächen in Ost-Berlin waren keinerlei Anzeichen zu erkennen, daß die „DDR" den deutsch-deutschen Sportverkehr im mittleren Leistungsbereich und im grenznahen Sportverkehr intensivieren möchte.

285 deutsch-deutsche Sportbegegnungen hatte der DSB vorgeschlagen, der Deutsche Turn- und Sportbund der „DDR" (DTSB) hielt diesem Angebot die Zahl von 51 entgegen. Herausgekommen sind 73 Termine für 1985. Für DSB-Generalsekretär Karlheinz Gieseler ist dies „eine Bilanz des Mangels, nicht die des Erfolges". Wer da glaube, dennoch langfristig Optimismus hegen zu können, dem sei entgegenzuhalten, daß es sich damit im deutsch-deutschen Sport der Gegenwart sehr schlecht leben läßt. Das ist die Sachlage, denn dem DTSB geht es darum, auf der Schiene Sport keine besonderen Beziehungen zwischen den beiden Teilen Deutschlands zu schaffen. So verweist man in Ost-Berlin auf das Entgegenkommen seitens der „DDR", denn schließlich gäbe es mit keiner anderen westlichen Sportorganisation mehr Verbindungen als mit dem DSB.

Nun gibt es Überlegungen, mit Hilfe von Devisen den deutsch-deutschen Sportkalender zu erweitern. Überlegungen, die übrigens nicht aus dem Hause des DSB in Frankfurt stammen. Das Thema ist heikel, und so sagt Gieseler dazu: „Wer in dieser Richtung anfängt laut zu spekulieren, der tötet die Möglichkeiten, die darin liegen." Auch das gehört zu den Besonderheiten deutsch-deutscher Sportbeziehungen. Nur: Jene notwendig gewordene stille Sachlichkeit ist zugleich auch ein Beleg des Abnormen im Sportverkehr zwischen Deutschland-Ost und Deutschland-West.

KLAUS BLUME

Weizsäcker: Bürokratie darf Arbeit für unser aller Wohl nicht behindern

25 Jahre „Aktion Gemeinsinn“ / Biedenkopf lobt Bereitschaft zur Hilfe für Minderheiten

EBERHARD NITSCHKE, Bonn

„Zusammen leben – man muß es lernen, es wird einem ein bißchen zu wenig beigebracht.“ Mit diesen Worten charakterisierte Bundespräsident Richard von Weizsäcker gestern in Bonn die „Aktion Gemeinsinn e. V.“, die vor 25 Jahren gegründet wurde.

Ziel der „Aktion“, deren Kuratoriumsvorsitzender von Weizsäcker einst war, ist es laut Satzung, „mit den Mitteln der Werbung und Publizistik die Bürger unseres Staatswesens auf solche Aufgaben hinzuweisen, die im Interesse aller gelöst werden müssen, die aber Staat, Länder, Gemeinden nicht oder nicht allein lösen können“.

Zu den Werbekampagnen, die von der „Aktion Gemeinsinn“ im Verlauf von 25 Jahren durchgeführt wurden, gehörten solche für Mithilfe in Heimen und Krankenhäusern, für bessere Ausbildung, für gute Nachbarschaft oder für bessere Haftbedingungen. Schon 1972, als in der Politik davon wenig zu hören war, machte die „Aktion“ Werbung für Umweltschutz, startete lange vor der allgemeinen Diskussion eine Kampagne zur Erhaltung alter Häuser und setzte sich vehement für die eine Million Gastarbeiterkinder in der Bundesrepublik ein. Ein Ergebnis der Bemühungen um bejahrte Mitbürger war die Einrichtung „Essen auf Rädern“, die 1967 in Bonn erstmals erprobt wurde.

Die gesamte Mitarbeit ist ehrenamtlich: Werbeagenturen erarbeiten gratis Konzeptionen, Texte werden gratis verfaßt, Verlage veröffentlichen die Anzeigen ohne Bezahlung.

Bundespräsident von Weizsäcker nahm den Titel der Veranstaltung „Gemeinsinn in einer dynamischen Gesellschaft“, mit der die „Aktion“ ihr Jubiläum beging, zum Anlaß, das dynamische Verhalten der Deutschen in der Bundesrepublik in Zweifel zu ziehen. Wenn es wie heute ganz neue Gruppen von Menschen mit ganz neuen Notständen gebe, dann könne sich die Gesellschaft nicht darin erschöpfen, im Anspruchsdenken zu verharren, sonst laufe sie Gefahr, „in eine „Status-quo-Gesellschaft abzusinken“.

In der Diskussion zwischen dem Vorsitzenden des SPD-Landesverbandes Saar und Oberbürgermeister von Saarbrücken, Oskar Lafontaine, und dem Vorsitzenden der CDU-Landesgruppe Westfalen-Lippe, Kurt Biedenkopf, zum Thema „Mechanismen der Freiheit“ nahm von Weizsäcker nochmals das Wort und kritisierte die bürokratischen Hindernisse, die sich in der Bundesrepublik Deutschland häufig den für das Gemeinwohl arbeitenden Bürgern entgegenstellen. Der Bundespräsident sagte: „Ich kann nicht verstehen, warum Lehrern, die arbeitslosen Kollegen durch Abtreten von Stunden entgegenkommen wollen, von Justizministern entgegengetreten wird.“

Kurt Biedenkopf meinte, daß „Gemeinsinn“ nicht etwa ein Ausweg des Staates bei leeren Kassen sei, abgesehen davon, daß von leeren Kassen keine Rede sein könne. Als „revolutionäre Veränderung“ würdigte er die Erscheinung, daß „die Mehrheit heute ganz anders als früher bereit und in der Lage ist, Minderheiten zu helfen“ als zur Gründungszeit der „Aktion“ in der Regierungszeit von Bundeskanzler Ludwig Erhard. Es sei die Aufgabe des Staates, dem Bürger die „Vorfahrt“ zu lassen und selbst erst durchzustarten, wenn dieser sich nicht rühre.

Oskar Lafontaine steuerte unter anderem die Erkenntnis bei: „Die Solidarität nimmt zu, wenn die Leute ärmer werden. Deswegen bin ich auch für Arbeitszeitverkürzung zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.“

Hearing zur Diskriminierung

AP, Bonn

Ob neue gesetzliche Regelungen nötig sind, um die Diskriminierung von Frauen im Berufsleben abzubauen, bleibt umstritten. In einer Anhörung der Bundestagsausschüsse für Arbeit und Sozialordnung sowie für Jugend, Familie und Gesundheit vertraten Sprecher der Arbeitgeber gestern die Auffassung, daß Gesetze nicht nötig seien. Demgegenüber erklärten Sachverständige und Vertreter der Gewerkschaften Gesetzesänderungen unter Hinweis auf die Erfahrungen mit dem geltenden Recht für erforderlich. Sie setzten sich dafür ein, daß gegen Arbeitgeber, die Frauen nur des Geschlechts wegen nicht einstellen, Sanktionen verhängt werden können. Die betroffenen Frauen sollten eine Entschädigung erhalten. Von seiten der Arbeitgeber wurde dem widersprochen.

Höffner stützt Bischof von Huë

dpa, Bonn

Seine „brüderliche Verbundenheit“ mit dem katholischen Erzbischof von Huë in Vietnam, Philippe Nguyen Kim Dien, hat der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Joseph Kardinal Höffner, bekundet. In einem Telegramm schrieb Höffner, mit großer Betroffenheit habe er erfahren, daß der Erzbischof sich längere Zeit unwürdigen Polizeiverhören habe unterziehen müssen. Nach der Deutschen Bischofskonferenz vorliegenden Informationen wurde der Erzbischof von Huë rund 120 Tage von vietnamesischen Sicherheitsorganen verhört. Dies wird als Teil einer Kampagne der kommunistischen Regierung gegen die katholische Kirche des Landes gesehen. Höffner würdigte den Mut des Bischofs, auch in einer schwierigen Lage unerschrocken der Kirche zu dienen.

Häftling bittet Papst um Hilfe

AP, Vatikanstadt

Der letzte NS-Kriegsverbrecher in italienischer Haft, der 75jährige Walter Reder aus Österreich, hat Papst Johannes Paul II. in einem Schreiben ersucht, ihm bei der Erlangung der Freiheit behilflich zu sein. Dies teilte Vatikansprecher Joaquin Navarro gestern mit. Reder habe darauf verwiesen, daß er nun sein 40. Weihnachtsfest im Militärgefängnis von Gaeta bei Neapel verbringen müsse. Er war 1951 zu lebenslanger Haft verurteilt worden, weil er im September 1944 als SS-Offizier eine Vergeltungsaktion in dem Bergdorf Marzabotto nahe Bologna befehligt hatte, bei der 1834 Menschen erschossen wurden. Im Juli 1980 hatte ein Militärgericht in Bari die noch zu verbüßende Strafe Reders auch höchstens fünf Jahre begrenzt. Er könne schon früher entlassen werden.

Kreml fordert von „DDR“ Produkte besserer Qualität

hrk. Berlin

Die Sowjetunion fordert jetzt von der „DDR“, ihre bis ins Jahr 2000 reichenden Exportverpflichtungen sehr zügig zu erfüllen. Moskau will nicht auf die Dauer mit ansehen, wie der Lebensstandard bei der Siegermacht hinter dem im zweiten Staat in Deutschland zurückbleibt. Die Russen verlangen vor allem die Lieferung hochwertiger Konsumgüter. Moskau kritisierte in den vergangenen Jahren häufig die Qualität dieser Produkte und ihr mangelndes Weltniveau.

Im Juni hatten Konstantin Tschernenko und Erich Honecker während des RGW-Gipfels in Moskau den Grundstein für diese „neue Ebene“ der Beziehungen gelegt. Anfang Oktober unterzeichneten Andrej Gromyko und Honecker in Ost-Berlin die detaillierten Verträge. Jetzt tagte die paritätisch besetzte Regierungskommission „DDR“–UdSSR in Ost-Berlin. An der Spitze der sowjetischen Fachleute stand Vizepremier Alexej Antonow. Er reist Anfang kommenden Jahres auch nach Bonn, wo die deutsch-sowjetische Wirtschaftskommission tagt.

Welche grundsätzliche Bedeutung diese neuen, der „DDR“-Wirtschaft noch mehr zumutenden Verträge für das Verhältnis der SED zur sowjetischen Führungsmacht besitzen, unterstrich eine Unterredung zwischen Honecker und Antonow. Dabei machte der SED-Chef zugleich deutlich, *daß die deutsche Seite die Vereinbarungen nicht als „Einbahnstraße“* betrachtet. Dem „stabilen, langfristig vereinbarten Export“ in die UdSSR stellte Honecker die „perspektivische Sicherung der Bezüge an Rohstoffen, Energieträgern und wichtigen Ausrüstungen“ aus der UdSSR entgegen. Dies sei eine „Grundbedingung“, um die „inneren Quellen“ des eigenen Wirtschaftswachstums zu nutzen.

Dabei geht es vor allem um die gestiegenen Erdölpreise und gekürzte Liefermengen. Für die „DDR“ war es in den vergangenen Monaten häufig billiger, über den innerdeutschen Handel zwar teures, aber nicht kurzfristig zu bezahlendes Erdöl zu kaufen. An die zahlreichen Klippen der Zusammenarbeit zwischen Ost-Berlin und Moskau hatte kurz vor seinem Tode noch Antonows Vorgänger Kostandow mit einem Grundsatzartikel im „Neuen Deutschland“ erinnert und auf „Schwierigkeiten und Unzulänglichkeiten“ hingewiesen.

Belgrader Zeitschrift attackiert Spitzenpolitiker

Rückendeckung für Reformer in Serbiens Parteiführung

CARL GUSTAF STRÖHM, Wien

Mit einer scharfen, für ein kommunistisches System ungewöhnlichen Kritik an einem der höchsten KP-Spitzenpolitiker Jugoslawiens ist eine weitverbreitete Belgrader Zeitschrift an die Öffentlichkeit getreten. Das serbische Nachrichtenmagazin „Nin“ wirft in seiner jüngsten Ausgabe dem Mitglied des jugoslawischen Staatspräsidiums, Stane Dolanc, vor, Beschlüsse des Zentralkomitees der KP Serbiens zu „mißachten“.

Dolanc – bis vor kurzem Innenminister, unter Tito langjähriger Parteisekretär – hatte wenige Tage nach der jüngsten serbischen ZK-Sitzung erklärt, „Diskussionen über Veränderungen im System schaffen ein politisches Klima, das wir in diesem Augenblick nicht brauchen können“.

Nun hatte aber das serbische ZK gerade erst einstimmig solche von Dolanc abgelehnten „Veränderungen im System“ gefordert. So zeigte sich das Belgrader Nachrichtenmagazin, das der serbischen Parteiführung nahesteht, besonders erbost, daß Dolanc es gewagt habe, diesen Angriff gegen die serbische Partei auf dem Boden Serbiens zu starten – nämlich während einer Rede, die er in der autonomen Provinz Vojvodina hielt, die einen Teil Serbiens bildet. Die Erklärung von *Dolanc, man solle sich in Jugoslawien, statt über System-Änderungen zu debattieren, vielmehr* auf „Produktion, Arbeit und Verantwortung“ besinnen, kontert „Nin“ mit der Feststellung, solche „verbale Aufrufe“ zu mehr Arbeitsdisziplin könnten keine Früchte tragen, solange nicht die „etatistischen Barrieren“ beseitigt würden.

Demokratische Diskussion

Offenbar im Auftrag und mit Rükkendeckung der serbischen Partei richtet die Zeitschrift Attacken gegen, wie es wörtlich heißt, „verantwortliche Vertreter höchster Parteigremien“, welche bestrebt seien, die Bedeutung der jüngsten serbischen ZK-Beschlüsse „herabzumindern“ oder gar deren Sinn zu verdrehen. Die jüngste serbische ZK-Sitzung habe mit der bisherigen Praxis Schluß gemacht, bei der nur die „politischen Spitzen“ im engsten Kreise eine Frage solange debattieren, bis eine Übereinstimmung erzielt wurde. Statt dessen habe es eine demokratische Diskussion in aller Öffentlichkeit gegeben. Alle ZK-Mitglieder Serbiens hätten schließlich für Veränderungen im System gestimmt, weil – wie „Nin“ schreibt – ein weiteres Abwarten „die Wirtschaftskrise vertiefen und zu neuen gesellschaftlichen Erschütterungen führen müßte“.

Das serbische ZK hat damit zumindest indirekt ausgesprochen, daß eine erfolgreiche Wirtschaftsreform in Jugoslawien ohne entsprechende politische Reformen nicht möglich ist. Auf der Belgrader ZK-Sitzung hatten sich zahlreiche serbische Sprecher gegen den Vorwurf zur Wehr gesetzt, Serbien – das ohnedies als „liberal“ gilt – versuche, Tito und den Titoismus abzuwerten. „Unter der Maske des Kampfes gegen die angebliche Ent-Titoisierung wird jedes kritische Denken in der Partei verhindert“, erklärte ein serbisches ZK-Mitglied.

Scharfe Kritik aus Moskau

Vor allem kam es zum offenen Zusammenstoß zwischen den Vertretern des „engeren“ Serbiens und den autonomen Provinzen, Kosovo und Vojvodina, die zwar auch zu Serbien gehören, aber gewisse Sonderrechte genießen. Während die „serbischen Serben“ im ZK die Tatsache kritisierten, daß Verfassung und Gesetze in den autonomen Provinzen ganz anders ausgelegt würden als in Belgrad, beklagten sich sowohl die Vertreter des *Kosovo wie der Vojvodina* über Tendenzen der Teilrepublik, sie zu „majorisieren“. Politische Beobachter meinen, daß es kein Zufall war, wenn Dolanc seine Thesen gegen das serbische ZK gerade in einer der „unfolgsamen“ autonomen Provinzen vom Stapel ließ.

AFP, Moskau

Scharfe Kritik an der angeblich mangelnden Entschlossenheit der jugoslawischen KP hat die sowjetische Parteizeitung „Prawda“ gestern geübt. Das Blatt wirft den Jugoslawen vor, das Prinzip des demokratischen Zentralismus nur „unzureichend“ zur Geltung zu bringen. Die „anti-sozialistischen Kräfte“ in Jugoslawien hätten ihre Aktivitäten verstärkt. Besonders harsch vermerkt die „Prawda“, daß sich „Meinungen, die dem Sozialismus fremd sind“ in den Zeitungen und Zeitschriften und sogar in Rundfunk und Fernsehen Jugoslawiens Gehör verschaffen könnten.

Interesse Bonns an Absprachen USA–Europa

BERNT CONRAD, Bonn

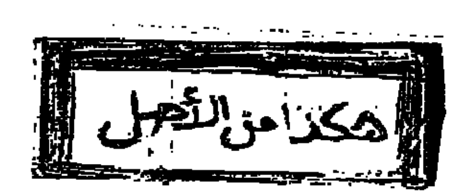
Die NATO-Außenminister, so erwartet man in Bonn, werden auf ihrer heute beginnenden Brüsseler Ratstagung die gegen die Bundesrepublik Deutschland gerichteten Revanchismus-Vorwürfe Moskaus zurückweisen. Die Revanchismus-Kampagne, die auch im Kommuniqué des Ostberliner Außenministertreffens der Warschauer Paktstaaten vom 4. 12. 1984 ihren Niederschlag gefunden hat, grenzt zwar nach Auffassung von Bonner Diplomaten „inzwischen ans Lächerliche“. Dennoch müsse der Westen aufpassen, daß sich hier keine Lücken öffnen, in die Keile getrieben werden könnten.

Im Mittelpunkt der NATO-Tagung wird die bevorstehende Wiederaufnahme des amerikanisch-sowjetischen Abrüstungsdialogs stehen. Dabei wird Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher das besondere Interesse der Bundesregierung an umfassenden Konsultationen und Absprachen zwischen Amerikanern und Europäern hervorheben.

Offenbar ist noch nicht geklärt, ob es künftig ein gemeinsames Konsultationsgremium der NATO für das breite Spektrum der geplanten „Umbrella Talks“ über alle Abrüstungsthemen oder einen aufgefächerten Konsultationsmechanismus geben wird.

Die Brüsseler Beratungen wurden gestern abend mit dem traditionellen Vierer-Essen der Außenminister der USA, *Frankreichs, Großbritanniens* und der *Bundesrepublik über Berlin* und Deutschland eingeleitet. Heute morgen wird Genscher mit seinem amerikanischen Amtskollegen George Shultz frühstücken und anschließend mit NATO-Generalsekretär Lord Peter Carrington zusammentreffen. Vor dem eigentlichen Konferenzbeginn werden die drei Oberbefehlshaber der NATO die beteiligten Außenminister über die militärische Lage unterrichten.

Als diesjähriger Ehrenvorsitzender wird der Bundesaußenminister dann die NATO-Ratstagung mit einer Rede eröffnen. Darin wird er die von den Ostblock-Außenministern betonte Verhandlungsbereitschaft begrüßen, gleichzeitig aber vor der Erwartung schneller Erfolge warnen. In dem schon vorbereiteten Abschlußkommuniqué soll in ausgewogener Weise der Wille zum Dialog und zur Verteidigung betont werden.



Auch eigene Schuld

adh. – Der Einzelhandel lebt weiter vom Prinzip Hoffnung: Die allseits ersehnte Belebung der privaten Verbrauchskonjunktur, die die Einzelhandelsumsätze wieder in Schwung bringen soll, wird nach dem recht mäßigen Jahr 1984 auf das kommende Jahr vertagt. Es sei daran erinnert, daß es auch zu Beginn dieses Jahres für den Handel ganz freundlich aussah. Daß der Schwung vom Jahresbeginn nicht gehalten hat, ist sicher nicht allein mit dem langen Streik im Frühsommer zu begründen, obwohl er den potentiellen Käufern die Verbrauchslaune gründlich verdarb.

Seine zuversichtlicheren Erwartungen für das kommende Jahr kann der Einzelhandel in der Tat mit guten Gründen untermauern. Das wirtschaftliche Umfeld ist freundlicher, dafür sorgt mit einem gewichtigen Anteil auch die erreichte hohe Preisstabilität. Es ist freilich eine erzwungene Leistung. Denn der Wettbewerb im Einzelhandel ist so hart, daß Umsatzzuwächse fast nur noch über Preiszugeständnisse erreicht werden können. Da jeder am kaum mehr wachsenden Umsatzkuchen partizipieren möchte, wird bei den Preisen munter gekürzt: Das Billig-Super-Sonderangebot ist fast zur Regel geworden, die Renditen sind entsprechend mager. Die lauten Klagen um den Verkauf unter Einstandspreis, das für freiwilliges Wohlverhalten sorgen sollte, haben bisher keine Abhilfe geschaffen. Wer zu billig verkauft, muß Rendite lassen. An dieser Wahrheit kann auch der Handel nicht vorbei.

Lohn der Mühe

JB. – Dieser Tage haben die Hamburger Hauni-Werke für ihre Schleifmaschinen-Firmen Blohm und Schaudt zwei Großaufträge im Gesamtwert von 130 Millionen Mark erhalten. Beide Firmen sind damit für die nächsten zwei bis drei Jahre ausgelastet und müssen zusätzliche Arbeitskräfte nachfragen. Einen Auftrag dieser Größenordnung gegen stärkste internationale Konkurrenz an Land zu ziehen, ist schon bemerkenswert genug. Wenn man die Geschichte vor allem von Blohm kennt, wird die Sache noch bemerkenswerter. Immerhin war dieser traditionsreiche Schleifmaschinenspezialist 1976 konkursreif und blieb es, obwohl die Stadt Hamburg mehr als acht Millionen Mark zur Sanierung in den Betrieb pumpte. Dann nahm sich Kurt Körber, Spiritus rector der Hauni-Gruppe, des Betriebs an. Blohm und Schaudt, ebenfalls von Körber vor dem Ruin gerettet, zählen heute zu den weltweit führenden Unternehmen dieser Branche. Der Fall belegt die feinen Unterschiede zwischen einer staatlichen und privatwirtschaftlichen Sanierung. Während Hamburgs Politiker stritten, machten sich Körber und seine Mannen an die Arbeit.

EINZELHANDEL / Für 1985 um lediglich zwei bis drei Prozent teurer eingekauft

Harter Wettbewerb um Verbraucher begünstigt die Preisstabilität

INGE ADHAM, Frankfurt

Für das kommende Jahr kündigt sich bei den Preisen für die Güter des privaten Verbrauchs vorerst keine schnellere Gangart an. Bei den Einkäufen der Ware für das erste Halbjahr 1985 mußten die Einzelhändler im Schnitt zwei bis drei Prozent mehr bezahlen als zum letzten Bestelltermin. Das ist die gleiche Steigerungsrate wie im ersten und zweiten Halbjahr dieses Jahres.

Als Ausreißer bei dieser moderaten Preisentwicklung, die sich aus einem Plus von 2,5 bis 3,5 Prozent bei Nicht-Lebensmitteln und von 1,5 bis 2,5 Prozent bei Nahrungs- und Genußmitteln zusammensetzt, zeigen sich Bekleidung aus Leder (plus zehn Prozent), Schuhe (plus acht Prozent) und Tee (zehn Prozent) sowie Bohnenkaffee (plus fünf Prozent). Unverändert im Preis blieben Elektrogroßgeräte beim Einkauf, während die Preise für Kleincomputer, hochwertige Taschenrechner und Elektronikspiele wie im vorangegangenen Halbjahr weiter nach unten zeigen.

Daß die allgemein moderate Preisentwicklung auf der Einkaufsseite auch auf die Verbraucherpreise durchschlägt, dafür sorgt der unverändert harte Wettbewerb im Einzelhandel, der es den einzelnen Unternehmen nicht erlaubt, bei ihrer Verkaufspreisgestaltung etwas stärker „zuzulangen". Steigende Kosten im Handel, die eigentlich in den Marktpreis eingehen müßten, lassen sich kaum weitergeben, hält die Bundesarbeitsgemeinschaft der Mittel- und Großbetriebe des Einzelhandels (BAG), fest.

Ihr Präsident Heinrich W. Heyer lobt den Stabilitätsbeitrag der 350 000 Einzelhandelsunternehmen, räumt aber ein, daß die vom Wettbewerb erzwungene Preisstabilität Sorgen bereitet: „Unsere Spannen sind zu knapp, um eine auf Dauer notwendige Rendite erwirtschaften zu können." Der Wettbewerb habe dazu gezwungen, die „Berührungstendenz auf der Beschaffungsseite mehr als voll an die Verbraucher weiterzugeben". Allgemein werde über sinkende Erträge geklagt, da Mehrumsatz nur mit steigendem Werbeaufwand und Preisnachlässen erzielt werden konnte. Trotz dieser Bemühungen wird der Umsatz des gesamten Einzelhandels nach Schätzungen der BAG in diesem Jahr mit plus drei Prozent auf etwa 470 Mill. DM nur sehr moderat wachsen. Das würde ein reales Umsatzplus von knapp einem Prozent bedeuten.

Die Erwartungen nach dem guten Jahresbeginn sind überwiegend enttäuscht worden, unterstreicht Heyer; der Einzelhandel habe an der wirtschaftlichen Erholung noch nicht voll teilgenommen. Dokumentiert wird dies auch in einer Umfrage bei den 1800 BAG-Mitgliedsfirmen, die etwa zehn Prozent des gesamten Einzelhandelsumsatzes auf sich vereinen: Während nur 15 Prozent der Unternehmen für das zweite Halbjahr mit Umsatzrückgängen gerechnet hatten, fielen tatsächlich bei 30 Prozent der Unternehmen die Umsätze zurück; 70 Prozent der Unternehmen meldeten Ertragsrückgänge.

Auch das Weihnachtsgeschäft wird diese schwache Tendenz nicht ändern. Zwar sei man mit der Entwicklung bisher recht zufrieden, doch nach dem scharfen Einbruch im November (Umsätze minus acht Prozent) haben die beiden ersten Samstage noch keinen Ausgleich gebracht.

Für das kommende Jahr rechnet aber fast die Hälfte der Unternehmen mit einer Umsatzbelebung; die BAG prognostiziert für das ganze Jahr ein Wachstum von drei bis 3,5 Prozent (real wären das ein bis 1,5 Prozent). Als Gründe für die Zuversicht nennt Heyer die Preisstabilität, die für reale Einkommenszuwächse sorgt, die sinkenden Zinsen, die die Aufnahme von Verbraucherkrediten erleichtern, eine mindestens im ersten Halbjahr noch hohe Zahl von Wohnungsfertigstellungen und die sich ankündigende positivere Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt.

Im Handel selbst stehen hinsichtlich der Personalentwicklung die Signale eher noch auf Minus. Auch im vergangenen Jahr gab es in der Zahl der Beschäftigten eine sinkende Tendenz; dabei wurden vor allem Vollzeitarbeitskräfte eingespart.

STROM-NACHRÜSTUNG

Im Februar Entscheidung über Wiederaufbereitung

HANS BAUMANN, Essen

Die ursprünglich für den 18. Dezember 1984 vorgesehene Entscheidung über den Bau einer Wiederaufbereitungsanlage für abgebrannte Kernbrennstäbe soll nun endgültig am 4. Februar 1985 fallen. Wie F. J. Spalthoff, Mitglied des Vorstandes der Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerk AG, Essen, vor der Presse erklärte, bestehe die deutsche Stromwirtschaft auf dieser Anlage, die den Brennstoffkreislauf der Kernenergienutzung in der Bundesrepublik schließen werde.

Spalthoff ging mit dieser Auskunft auf die Fragen von Journalisten ein, die wissen wollten, ob die im Laufe der Jahre angesammelten hohen Rückstellungen der Stromerzeuger zum Bau einer Wiederaufbereitungsanlage nicht genutzt werden könnten, nun die Kohlekraftwerke von Schwefel- und Stickoxid-Emissionen weitgehend zu befreien, vorausgesetzt, die Mittel würden frei, weil man auf den Bau einer Wiederaufbereitungsanlage verzichte. Nach Spalthoff blieben diese Mittel unberührt für ihren ursprünglichen Zweck erhalten.

Das RWE legte eine Umwelt-Bilanz vor, die das größte Investitionsvorhaben in der Geschichte des Unternehmens vorstellt. 33 Stromerzeugungsanlagen muß das RWE umrüsten, allein auf der Braunkohle 9300 Megawatt. Dies wird bis 1988 über vier Milliarden Mark verschlingen. Angewendet wird ein Kalknaßverfahren, mit dem lediglich bei der Steinkohle Erfahrungen vorliegen. Zur Zeit werden Verhandlungen mit der Gipsindustrie und mit den Behörden geführt, um die anfallenden 1,2 bis 1,4 Mill. Tonnen Gips im Jahr entweder zu verkaufen, oder aber zu deponieren. Bereits Mitte 1988 sollen sämtliche Braunkohlenkraftwerke mit Entschwefelung in Betrieb gehen, 1990, wenn 2000 MW Altanlagen stillgelegt und dafür vier 600-MW-Ersatzblöcke für rund fünf Milliarden Mark gebaut sind, wird der Schwefelausstoß bei der Braunkohle nur noch ein Viertel der heutigen Werte ausmachen.

Spalthoff warnt ausdrücklich davor, die Großfeuerungsanlagen-Verordnung, die 400 Milligramm Schwefel im Kubikmeter Rauchgas zuläßt, erneut zu verschärfen. Die laufenden Genehmigungsverfahren, die erteilten Konstruktions- und Bauaufträge müßten gestoppt werden. Eine Verschärfung der Auflagen würde dem Zweck des Umweltschutzes widersprechen, da die Nachrüstung um Jahre hinausgeschoben würde. Die Kosten der Braunkohleentschwefelung würden den Strompreis zwischen 1,5 und 2,5 Pfennig je Kilowattstunde belasten, sagte Spalthoff.

Ablehnend steht das RWE dem Gedanken des NRW-Ministerpräsidenten Rau gegenüber, die Entschwefelung aus Bonner Mitteln zu subventionieren. Er hält die Verantwortung nach dem Verursacherprinzip für die sauberere Lösung.

Endspurt beim Bausparen

Von WERNER NEITZEL

Nun trommeln sie wieder. Alljährlich steigern sich die Werbeanstrengungen der Bausparkassen hierzulande gegen Jahresschluß in besonders auffälliger Weise. Daß man drei Jahre früher an sein Baugeld herankomme, lautet da in großen Lettern eine vielversprechende Aussage. Erst bei genauer Betrachtung wird klar, daß es sich bei dieser großzügig anmutenden Offerte um die Kunde von der Verkürzung der prämienrechtlichen Sperrfrist handelt. Erst unlängst hatte sich bekanntlich der Gesetzgeber zu dieser von den Bausparkassen schon lange und hartnäckig geforderten terminlichen Lockerung durchgerungen.

Während die Bausparinstitute in diesem Falle nur allzu gern wieder von Fristen reden und ihre Werbeaussage damit in recht freier Auslegung garnieren, ist ihnen eine Fristendiskussion in einem eigentlich viel näherliegenden Punkte geradezu zuwider. Gemeint sind die Zuteilungsfristen, also die Wartezeiten der Bausparer, bis zur Zuteilung.

Diese Wartezeiten, ein keineswegs unwichtiger Faktor in Planung und Kostenrechnung des potentiellen Bauherren, Wohnungskäufers oder -modernisierers, wurden in den letzten Jahren in der Branche zumindest bei den Standardtarifen ständig länger. Die Bausparkassen, die sich über diese Entwicklung am liebsten ausschweigen würden, flüchten sich allzu schnell in die These, daß hiervon lediglich der sogenannte Schnellsparer betroffen sei, nämlich derjenige, der sofort oder alsbald seinen Vertrag auffüllt.

Dagegen merke der Regelsparer nichts oder kaum etwas von Wartezeitverlängerungen. Bei der Definition und der quantitativen Eingrenzung dieses Kundenkreises tun sich die Institute freilich schwer. Denn Sonderzahlungen (über die vertraglich festgelegten monatlichen Sparraten hinaus) sind in breitem Umfang an der Tagesordnung und werden auch regelrecht herausgefordert. Damit relativiert sich auch das oft angesprochene Bild vom Regelsparer sehr schnell. Die Tatsache, daß der Unmut über die Fristenverlängerungen viel weiter verbreitet ist, als die Bausparkassen glauben machen möchten, ist hierfür ein Beleg.

Mit den Wartefristen ist zweifellos die Frage steigender oder schwindender Attraktivität des Bausparens eng verknüpft. Jene Fristen aber sind – dies resultiert aus dem System kollektiven Bausparens – abhängig vom Geldeingang, der wiederum zu einem großen Teil eine Funktion des Neugeschäfts darstellt. Aufschwung oder Schrumpfung nähren sich selbst.

Sorgten die Boomzeiten des Bauens und Bausparens dafür, daß über das florierende Neugeschäft der Kassen hinaus auch die Spargelder üppig hereinkamen und eine merkliche Verkürzung der Zuteilungsfristen bewirkten, so hat sich inzwischen der Wind gedreht. Zumindest sind Ermüdungserscheinungen in dieser auf Wachstumsdynamik angewiesenen Sparform aufgetreten. Die Heftigkeit, mit der die gut 30 deutschen Bausparkassen um Neuverträge und Marktanteile kämpfen, mag die Situation kennzeichnen.

Im Monat Dezember gilt es für die Bausparkassen, da er mit großem Abstand der abschlußträchtigste Monat eines Jahres ist, die Qualität des Bausparjahrgangs insgesamt zu sichern. Aus dieser Sicht kommt ihnen die Lockerung in der Fristenregelung der staatlichen Bausparförderung sehr gelegen. Dies kann jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß die ursprünglich an die Geschäftsentwicklung geknüpften Wachstumserwartungen da und dort doch einen kleinen Dämpfer erhalten haben. Dies gilt nicht so sehr für das Neugeschäft, als für den weiterhin mit Minuszeichen versehenen und nachhinkenden Spargeldeingang. Ernüchtert muß die Branche festellen, daß auch eine relativ große Geldwertstabilität, fallende Immobilienpreise und günstigere Hypothekenzinsen es nicht vermögen, Bau- und Kaufinteressenten in großen Scharen aus der Reserve zu locken.

Bei aller Ähnlichkeit des „Produkts" Bausparvertrag von Institut zu Institut richtet sich die Branche ganz augenscheinlich auf rauhere Zeiten eines zunehmenden Verdrängungswettbewerbs ein. Die Zusammenarbeit von Wüstenrot mit der Hamburg-Mannheimer deutet darauf hin, daß man dabei ist, die Reihen zu schließen und sich eine möglichst gute Ausgangsposition vor allem im „Vertrieb" von Bausparverträgen zu verschaffen.

AUF EIN WORT



„Kommunen können ihre Zukunft nur dann meistern, wenn alle Kräfte – von Politik bis Wirtschaft, von Kunst bis Wissenschaft – gemeinsam an einem Ziel arbeiten."

Heinrich Jürgens, Präses der Kaufmannschaft zu Lübeck FOTO: DIE WELT

Bleifreies Benzin im Vormarsch

HH., Bonn

In der Bundesrepublik gibt es bereits über 400 Tankstellen mit Zapfsäulen für bleifreies Normalbenzin, davon rund 70 an Autobahnen. Wie der Parlamentarische Staatssekretär im Wirtschaftsministerium, Rudolf Sprung, gestern im Wirtschaftsausschuß des Bundestages erklärte, komme der Netzausbau „zügig voran". Bis zum Jahresende sei mit 500 bis 600 Tankstellen zu rechnen. Angesichts des intensiven Wettbewerbs sei damit zu rechnen, daß die Autofahrer schon in den nächsten Monaten „in allen Regionen in zumutbarem Umkreis bleifreies Normalbenzin tanken können". Auch im Ausland seien Fortschritte in der Markteinführung zu verzeichnen.

KONJUNKTURPROGNOSE

Das Platow-Team glaubt weiter an den Aufschwung

K. S./sas./Stw. Bonn

„Der Aufschwung läuft" ist die zentrale Aussage der Platow-Konjunkturprognose für 1985. Ungeachtet aller Risiken werde sich die in diesem Frühjahr mehrmals totgesagte Aufwärtsbewegung weiter fortsetzen, schreibt das Platowteam, das sich von den „Bangemachern" vor allem in den Konjunkturforschungsinstituten ausdrücklich distanziert.

Die Wachstumsprognose liegt mit realen 2,9 Prozent nur knapp unter den optimistischen Erwartungen des Sachverständigenrates. Der Exportboom werde sich aufgrund der verlangsamten Weltkonjunktur zwar abschwächen, mit einem realen Zuwachs von fünf Prozent blieben die Ausfuhren aber weiterhin ein wesentlicher Konjunkturmotor.

Allerdings sei damit zu rechnen, daß die Anlageinvestitionen, die bislang unter Verzögerungseffekten litten, im Laufe des nächsten Jahres mit einem Anstieg von etwa 3,5 Prozent (Konjunkturinstitute: plus zwei Prozent) die Rolle des wichtigsten Konjunkturträgers übernehmen werden. Dabei verweisen die Konjunkturanalytiker auf die zunehmende Kapazitätsauslastung in wichtigen Industriebranchen und die verbesserten wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen für die Unternehmen.

Mit Blick auf diese Voraussetzungen vergeben die Platow-Experten auch für die Kapitalmarktentwicklung gute Noten. Der Zins – gemessen an den Renditen zehnjähriger öffentlicher Anleihen, die jetzt bei 7,3 Prozent liegt – werde unter die Sieben-Prozent-Marke rutschen. Schwierigkeiten könnten allerdings auftreten, wenn Mißtrauen gegenüber der US-Wirtschaft aufkeimte.

EG–VERKEHRSMINISTER

Der 40-Tonnen-Lastzug kann jetzt eingeführt werden

WILHELM HADLER, Brüssel

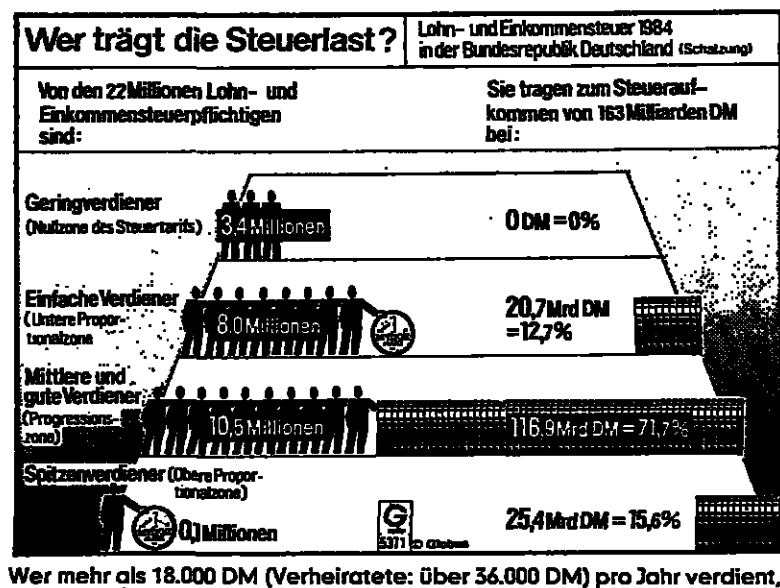
Auf die Einführung des 40-Tonnen-Lastzuges haben sich die Verkehrsminister der EG gestern in Brüssel geeinigt. Damit ist es nach 22 Jahren gelungen, einen ersten Erfolg bei der Harmonisierung der Lkw-Maße und -Gewichte zu erzielen. Bis zur Schaffung eines „Europa-Lastwagens" werden voraussichtlich allerdings noch viele Jahre ins Land gehen: Einmal muß die vom Rat verabschiedete Richtlinie erst 1990 in nationales Recht umgesetzt sein, zum anderen gilt sie nur für die kontinentalen EG-Staaten.

Großbritannien hat den Beschluß zwar nicht blockiert, aber durchgesetzt, daß über eine Änderung des gegenwärtig im Vereinigten Königreich gültigen zulässigen Gesamtgewichts von 38 Tonnen erst 1987 befunden wird. Entsprechendes wurde auch für Irland beschlossen.

Die EG-Entscheidung, die für fünf- bis sechsachsige Fahrzeuge gilt, ermöglicht den deutschen Spediteuren, von 38 auf 40 Tonnen Gesamtgewicht heraufzugehen. Damit wird ein Rationalisierungseffekt erreicht und in gewissem Ausmaß Wettbewerbsverzerrungen in der Gemeinschaft entgegengewirkt. Die erheblich wichtigeren Bestimmungen über die zulässige Motorachslast konnten jedoch trotz immer neuer Harmonisierungsversuche noch nicht angeglichen werden. Frankreich, Luxemburg und Belgien, die gegenwärtig noch die 13-Tonnen-Achse haben, wollen höchstens auf 11,5 heruntergehen, die Bundesrepublik und andere höchstens von 10 auf 11 Tonnen herauf.

Die Einigung über das Gesamtgewicht macht den Weg unter anderem für die Aufstockung der sogenannten Gemeinschaftskontingente im Güterfernverkehr frei.

WIRTSCHAFTS JOURNAL



Wer mehr als 18.000 DM (Verheiratete: über 36.000 DM) pro Jahr verdient, gerät mit den darüber hinausgehenden Einkommensteilen in die Progressionszone, wo die Steuer fortschreitend von 22 auf 56 Prozent ansteigt. Jede über 130 000 DM (260 000 DM) erworbene Mark wird gleichmäßg mit 56 Prozent besteuert. Am ergiebigsten ist die Progressionszone, durch die 10,5 Millionen Erwerbstätigen 116,9 Mrd. DM aus der Tasche gezogen werden.

QUELLE: GLOBUS

Banken erwarten weiteren Aufschwung

Bonn (dpa/VWD) – Die Wirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland ist nach Einschätzung der Banken weiterhin auf Wachstumskurs. Die Wachstumsvoraussagen für 1985 liegen zwischen real 2,5 und drei Prozent. Wie es im jüngsten Konjunkturbericht des Bundesverbandes deutscher Banken, Köln, heißt, läuft das Schwungrad Export auf vollen Touren. Der Außenhandelsüberschuß bewege sich 1984 auf eine neue Rekordmarke zu. Auch der Bundesverband der Deutschen Volks- und Raiffeisenbanken (BVR) erwartet 1985 eine positive konjunkturelle Entwicklung. Anders als in früheren Aufschwungphasen sei diesmal mit einem hohen Grad an Preisstabilität zu rechnen.

Pleitewelle hält an

Wiesbaden (dpa/VWD) – Die Pleitewelle in der Bundesrepublik hielt auch im Oktober an. Im Berichtsmonat wurden den Amtsgerichten 1346 Insolvenzfälle gemeldet, womit der Vorjahresstand um 1,6 Prozent überschritten wurde. Dies teilte das Statistische Bundesamt in Wiesbaden mit. Konkurse und Vergleiche von Unternehmen gingen im Jahresvergleich um 2,3 Prozent zurück, dagegen ist die Zahl der Insolvenzen von natürlichen Personen und von Nachlaßkonkursen im Oktober 1984 um 12,3 Prozent auf 394 Fälle gestiegen. Hinter den Insolvenzen von natürlichen Personen verbergen sich in der Mehrzahl zahlungsunfähig gewordene Einzelhändler.

Preisanstieg verhalten

Paris (J.Sch.) – Im Durchschnitt der westlichen Industriestaaten (OECD) sind die Konsumentenpreise im Oktober nicht saisonbereinigt um 0,5 Prozent gestiegen nach 0,6 Prozent im September und je 0,3 Przent in den drei vorangegangenen Monaten. Die Jahresinflation blieb mit 5,1 Prozent praktisch unverändert. Das günstigste Ergebnis hatte wieder die Bundesrepublik vorzuweisen, obwohl sich ihre Inflationsrate gegenüber der von September auf 2,1 (1,5) Prozent erhöhte. Es folgten Japan mit 2,2 (2,3) Prozent und die Schweiz mit 2,7 (2,7) Prozent. Die USA brachten es auf 4,4 (4,2), Großbritannien auf 5,0 (4,7), Frankreich auf 7,0 (7,1) und Italien auf 9,4 (9,9) Prozent. Auch sonst verengte sich der Inflationsabstand zwischen den Mitgliedsstaaten.

BASF–Optionsanleihe

Frankfurt (cd.) – Die BASF bergibt eine dreiprozentige Optionsanleihe über 500 Mill. DM zum Kurs von 115 Prozent. Zu jeder Teilschuldverschreibung über 500 DM gehören vier Optionsscheine, die zum Bezug von zusammen vier BASF-Aktien zum Kurs von je 145 DM berechtigen. Gestern wurde die Aktie mit 177,60 DM notiert. Anleihe und Optionsrechte haben eine Laufzeit von zehn Jahren. Die Optionsanleihe wird den Aktionären vom 3. bis zum 16. Januar angeboten. Je 45 Aktien berechtigen zum Bezug von 500 DM Schuldverschreibungen mit vier Optionsrechten.

Förderung unverändert

Bonn (HH.) – Die Bundesrepublik verfügt nach Angaben des Niedersächsischen Landesamtes für Bodenforschung über sichere und wahrscheinlich gewinnbare Erdgasreserven von 274 Mrd. Kubikmetern sowie weitere 250 Mrd. Kubikmeter an geologisch möglichen Reserven. Wie der Parlamentarische Staatssekretär im Wirtschaftsministerium, Sprung, auf Fragen des SPD-Abgeordneten Stockleben ferner erklärte, rechnen die deutschen Erdgasproduzenten mit einer Förderung auf jetzigem Niveau über die Mitte der neunziger Jahre hinaus. Die deutsche Förderung deckt derzeit ein Drittel des gesamten Erdgasverbrauchs.

Belebung beabsichtigt

Tokio (dpa/VWD) – Außenminister Shintaro Abe und japanische Geschäftsleute haben sich für eine Belebung des schrumpfenden Handels zwischen Japan und der Sowjetunion ausgesprochen. Wie Abe gestern zur Eröffnung der 9. Sitzung des gemischten sowjetisch-japanischen Komitees für wirtschaftliche Zusammenarbeit vor rund 200 Delegierten in Tokio erklärte, könnte eine erweiterte Wirtschaftskooperation auch zur besseren Verständigung zwischen beiden Ländern beitragen. Der Handel zwischen beiden Ländern wird im laufenden Jahr erstmals seit 1978 voraussichtlich auf ein Gesamtvolumen von weniger als vier Mrd. Dollar fallen.

UMWELTSCHUTZ

Mittelständische Wirtschaft klagt über Beratungsmangel

E.N. Bonn

Klagen über einen mangels gezielter Organisation der Anbieter unübersichtlichen Markt für Umweltschutzanlagen brachten Vertreter der mittelständischen Wirtschaft vor, die der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesinnenminister, Carl-Dieter Spranger, gestern nach Bonn eingeladen hatte.

Der „Arbeitskreis Umweltschutz und Mittelstand", dem die Spitzenverbände und Institutionen von Industrie und Handwerk, Verbände und Vereinigungen der mittelständischen Wirtschaft sowie Bundesländer-Repräsentanten und Bankenvertreter angehören, ist von Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann eingerichtet worden, um eine „gezielte Verbesserung" der technischen Beratung sicherzustellen.

Vor allem machten die nach Bonn eingeladenen Firmen hier deutlich, daß umwelttechnische Investitionen kleinerer Industriebetriebe wegen fehlender Beratung und mangels der bei der Großindustrie vorhandenen Stabsabteilungen „ökologisch und ökonomisch ineffizient" seien.

Zur Abhilfe wurde vom Bundesinnenministerium vorgeschlagen, regionale „Umwelt-Sachverständigen-Stellen" zu bilden, an die sich Mittelständler vor Ort zu vertraulicher Bewertung der jeweiligen Situation wenden können.

Staatssekretär Spranger stellte in der Besprechung klar, daß es nicht um die Schaffung umwelt- und wirtschaftspolitischer Oasen gehe, sondern „um Hilfe zur Selbsthilfe in einem Kernbereich unserer marktwirtschaftlichen Ordnung".

KONKURSRECHT / Sachverständigenkommission legte ihren Abschlußbericht vor

Für einheitliches Insolvenzverfahren

HEINZ STÜWE, Bonn

Konkurs- und Vergleichsverfahren sollen künftig zusammengefaßt werden. Erst nach einer eingehenden Prüfung hat das Insolvenzgericht darüber zu entscheiden, ob ein Reorganisationsverfahren zur Sanierung eingeleitet oder ob das Unternehmen liquidiert wird. Das hat die Kommission zur Reform des Insolvenzrechts vorgeschlagen, die gestern den Abschlußbericht ihrer sechsjährigen Arbeit Bundesjustizminister Engelhard übergeben hat.

Mit dem neuen Reorganisationsverfahren wollen die Sachverständigen erreichen, daß Unternehmen, deren Ertragskraft wiederhergestellt werden kann, mit ihren Arbeitsplätzen erhalten bleiben. Der vom Insolvenzverwalter auszuarbeitende Reorganisationsplan soll sich nicht nur auf einen möglichen Forderungsverzicht der Gläubiger beschränken. Daneben sollen Eingriffe in die Kapitalstruktur, in die gesellschaftsrechtlichen Verhältnisse sowie organisatorische Maßnahmen möglich sein.

Die Inhaber von Mobiliarsicherheiten müssen Einschränkungen ihrer Rechte hinnehmen, wenn dies per Mehrheitsentscheidung beschlossen wird. Mindestens 50 Prozent des Wertes der gesicherten Forderungen sollen ihnen jedoch auf jeden Fall verbleiben. Davon betroffen wären Eigentumsvorbehalt, Sicherungsübereignung, Sicherungsabtretung sowie das Vermieter- und Verpächterpfandrecht.

Um die Massearmut der heutigen Konkursverfahren zu überwinden, sollen die Mobiliarsicherheiten nach den Vorstellungen der Kommission auch beim Liquidationsverfahren eingeschränkt werden. Der Insolvenzverwalter ist danach zur Verwertung der gesicherten Vermögensgegenstände berechtigt. Der Gläubiger soll aber in eine beabsichtigte Veräußerung eintreten können. Der Verwertungserlös wird dem Gläubiger mit einem Abschlag von 25 Prozent ausgezahlt. Allerdings soll zusätzlich noch die Quote für die ungesicherten Gläubiger ausgeschüttet werden, so daß der Abzug letztlich unter 25 Prozent liegt. Inhaber von Grundpfandrechten, Besitzpfandrechten an beweglichen Sachen und Pfandrechten an Forderungen bleiben auch künfig zur gesonderten Befriedigung berechtigt.

Gegen die Eingriffe in die Mobiliarsicherheiten hat der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) Vorbehalte angemeldet. Die Kreditversorgung der Wirtschaft dürfe nicht gefährdet werden, heißt es in einer ersten Stellungnahme. Der BDI warnte vor allzu großen Erwartungen an die Insolvenzrechtsreform. Neue Verfahrensordnungen könnten die hohe Zahl von Firmenzusammenbrüchen kaum vermindern.

SIEMENS

Weltpremiere mit „Hicom"

DANKWARD SEITZ, **München**

Mit dem neuen Kommunikationssystem „Hicom" feierte die Siemens AG, Berlin/München, gestern Weltpremiere. Als erstem Hersteller weltweit ist es dem deutschen Elektro-Konzern gelungen, ein ISDN-Universalsystem marktreif zu machen, das gleichzeitig Telefongespräche, Texte, Bilder und Daten unter einer Rufnummer und über eine Leitung vermitteln kann. Nach den Worten von Vorstandsmitglied Claus Kessler, Leiter des Siemens-Unternehmensbereichs Kommunikations- und Datentechnik, hat es bisher bei privaten Telefon- und Fernschreibvermittlungsanlagen „noch keinen, auch nur annähernd vergleichbaren großen Innovationsschritt gegeben".

Für Siemens bedeuet die Hicom-Entwicklung, die ohne Grundlagenforschung rund 0,5 Mrd. DM kostete, daß man die schon bisher führende Position auf dem Weltmarkt für Telefon- und Fernschreib-Vermittlungen (Volumen 1983: rund 30 Mrd. DM) weiter festigen und den Abstand gegenüber den Wettbewerbern noch ausbauen kann. Nach Schätzungen von Kessler werden andere Hersteller ein ähnlich leistungsfähiges System nämlich erst in zwei bis drei Jahren anbieten können. Bei Siemens rechnet man sich daher recht gute Absatzchancen mit zweistelligen Wachstumsraten in den nächsten fünf Jahren aus.

Zunächst sollen Anlagen für 100 bis 600 Teilnehmer installiert werden. Die Lieferzeit wird zwölf Monate betragen. Über den Preis konnten wegen der verschiedensten Anschluß- und Variationsmöglichkeiten keine genauen Angaben gemacht werden. Wirtschaftlichkeitsberechnungen hätten aber ergeben, so Kessler, daß die Amortisationszeit zwei bis vier Jahre betrage. Zudem sei Hicom zukunftssicher, da das System allen wesentlichen Kommunikationsanforderungen auf viele Jahre hinaus gerecht werde.

Seite 3: Schreiben und Lesen gelernt

HANDELSGESPRÄCHE USA–EG / Amerikaner wehren sich weiterhin gegen mischfinanzierte Exportkredite

Probleme mit Subventionen für Agrarausfuhren

H.-A. SIEBERT, **Washington**

Die USA liegen mit nahezu zwei Dutzend Ländern im handelspolitischen Streit. Entweder sollen sie – wie im Stahlbereich – ihre Lieferungen drosseln oder Kaufbarrieren für amerikanische Waren beseitigen. Von der EG verlangt Washington auch den Verzicht auf aggressives Marketing in Drittmärkten. Verstärkt wird der Druck durch das US-Handelsbilanzdefizit, das in diesem Jahr 130 Mrd. Dollar erreicht.

Woher der Wind weht, hat die Reagan-Administration schon Anfang dieser Woche in den Sitzungen der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) in Paris signalisiert. Dort lautete das Schlagwort Reziprozität. Morgen trifft sich eine hochrangige amerikanische Delegation in Brüssel mit EG-Präsident Thorn und Mitgliedern der Kommisison. Am 2. Januar empfängt Ronald Reagan den japanischen Ministerpräsidenten Nakasone im Weißen Haus.

Das inzwischen traditionelle handelspolitische Gespräch zwischen den USA und der EG am Rande der NATO-Konferenz unterscheidet sich schon deshalb von den bisherigen Begegnungen, weil die USA einseitig die europäischen Stahlrohr-Lieferungen gestoppt haben. Immerhin will die Gemeinschaft am Montag das Allgemeine Zoll- und Handelsabkommen (Gatt) in Genf anrufen. Im günstigsten Fall, so heißt es am Potomac, wird man sich auf Verhandlungen über eine EG-Röhrenquote einigen, wobei der Japan erlaubte Lieferanteil von 5,8 Prozent am US-Verbrauch zugrunde gelegt wird.

Angeführt wird die amerikanische Delegation von Außenminister Shultz; außer dem Handelsbevollmächtigten Brock gehören ihr die Minister Baldrige (Handel) und Block (Landwirtschaft) an. Finanzminister Regan läßt sich durch einen hohen Beamten der Treasury verteten. Im Missionsgepäck befindet sich ein langer Themenkatalog, der sich so zusammenfassen läßt:

1. Nicht angetastet werden soll das im Herbst 1982 mit der EG geschlossene fünfjährige Abkommen für Massenstahl, das den europäischen Lieferanteil am US-Markt auf 5,76 Prozent begrenzt. Diese auch von der US-Stahlindustrie gewünschte Vorbedingung zwingt die Amerikaner zu einer gewissen Flexibilität in der Röhrenfrage. Zulassen würde Washington unter Umständen deutsche Zulieferungen zum Beispiel für das Hoesch-Zweigwerk in Texas außerhalb der Röhrenquote.

2. Unternommen wird ein neuer Anlauf, um die Exportförderung in die Dritte Welt durch Mischkredite, die aus kommerziellen und staatlichen Entwicklungshilfe-Darlehen bestehen, zu unterbinden. Aus US-Sicht verzerren sie den Wettbewerb und belasten unnötig die Haushalte. Im Gespräch sind in Washington Kontermaßnahmen. So sollen die amerikanische Entwicklungsbehörde AID und die Export-Import Bank mehr als 14 Mrd. Dollar bereitstellen, damit US-Firmen ebenfalls billigere Mischkredite anbieten können.

3. Ein Kernproblem bleiben für die USA die Agrarexport-Subventionen der EG. Vor allem im Nahen und Mittleren Osten führen die Partner inzwischen einen Preiskrieg beim Absatz von Geflügel sowie Getreide- und Molkereierzeugnissen, der die US-Steuerzahler viel Geld kostet. Washington möchte diese Subventionen angesichts der riesigen Haushaltssdefizite streichen, kann es jedoch nicht, wenn die EG diese Praxis aufrechterhält. Als Drohung empfinden es die USA, daß die Europäer zwei Millionen Tonnen Weizen auf Drittmärkten unterbringen wollen.

Auf der Agenda in Brüssel stehen außerdem die Vergrößerung der Gemeinschaft, die Ursprungsregeln für Textilien und eine Analyse der weltwirtschaftlichen Situation. In der Reagan-Administration vertritt man die Ansicht, daß sich Brüssel mit Gegenforderungen zurückhalten muß, da die EG in den ersten sieben Monaten dieses Jahres ihre Exporte nach Amerika um 44 Prozent erhöht hat und 1984 zum ersten Mal seit den sechziger Jahren einen Überschuß im gegenseitigen Warenaustausch erzielen wird. Ein weiterer kritischer Punkt ist indes der im Oktober vom Kongreß verabschiedete Trade and Tariff Act, der Eingriffe gegen europäische Weinlieferungen ermöglicht.

Ein Trost mag für die EG sein, daß die Handelsbeziehungen zwischen den USA und Japan noch viel schwieriger sind. So steigt der japanische Überschuß in diesem Jahr auf 35 (1983: 20,5) Mrd. Dollar. Noch längst nicht unter Dach sind überdies die im September angekündigten Lieferbeschränkungsabkommen für Stahl mit den meisten Schwellenländern sowie Spanien, Finnland und Australien. Amerikas Marktführer, die U. S. Steel Corp., will kommende Woche Importklage gegen Österreich, Schweden und Venezuela sowie die „DDR", Tschechoslowakei, Polen, Ungarn und Rumänien erheben. Es ist noch weit bis zum Ziel der US-Regierung, den Auslandsanteil am US-Stahlmarkt auf 18,5 Prozent ohne Halbzeug zu begrenzen.

CONTIGAS / Eine Dividende von acht Mark im Visier

Profitable Energieholding

J. GEHLHOFF, **Düsseldorf**

Das Ergebnis von 1983/84 (30. 9.) werde eine „an die Vorjahre anknüpfende Dividende für das (volle) Geschäftsjahr" und zudem eine „angemessene" Rücklagenstärkung ermöglichen. Mit diesem Tenor kündigt die Düsseldorfer Contigas Deutsche Energie-AG ihren 9000 Aktionären ziemlich deutlich an, daß nach den für das neunmonatige Rumpfjahr 1983 gezahlten 6 DM nun 8 DM Dividende (für das letzte volle Jahr 7,50 DM) winken (HV am 15. Mai 1985). Wesentlichste Basis dafür sind die im Berichtsjahr gegenüber der neunmonatigen Vorjahresperiode auf 41 (40,2) Mill. DM gestiegenen Beteiligungserträge nebst Körperschaftssteuergutschrift.

Günstig und mit zum Teil noch verbesserten Erträgen haben sich auch die Contigas-Eigenbetriebe entwickelt. Daraus und vor allem aus den (anteilig gerechneten Umsätzen ihrer vornehmlich energiewirtschaftlichen Beteiligungen rechnet Contigas für das Berichtsjahr einen um 13 Prozent auf 2,61 Mrd. DM gestiegenen Gruppenumsatz zusammen, darin 259 (225) Mill. DM bei den Eigenbetrieben.

Die Stromabgabe der Gruppe stieg in der Berichtszeit um 7 Prozent auf 7,7 Mrd. kWh, die Gasabgabe um 21 Prozent auf 5,32 Mrd. kWh. In letzterem Bereich bleibt Contigas besonders auch mit dem Ausbau der Eigenbetriebe kräftig auf Expansionskurs; deren Gasabgabe stieg nun um 43 Prozent auf 1,68 Mrd. kWh. Der Wachstumsschwerpunkt liegt da in Süddeutschland, insbesondere mit dem Abschluß zusätzlicher Konzessionsverträge für bestehende Betriebe. Großaktionäre der Holding (140 Mill. DM Aktienkapital) sind mit 50,3 Prozent die Bayernwerk AG, München, und mit 25 Prozent die Ruhrkohle AG, Essen.

AMK BERLIN / Congress Centrum gut ausgelastet

Mit Messejahr zufrieden

tb. **Berlin**

Zu einem Juwel hat sich das Internationale Congress Centrum (ICC) Berlin entwickelt. Mit fast 251 000 Teilnehmern auf 505 Tagungen wurde 1984 ein neuer Rekord erreicht, erklärte Geschäftsführer Manfred Busche von der AMK Berlin (Ausstellungs-Messe-Kongreß-GmbH). Die Auslastung des ICC erreichte nach seinen Angaben 75 Prozent.

Für 1985 wird mit einer ähnlich guten Auslastung gerechnet. Schon jetzt sind 298 Kongresse und Tagungen fest gebucht. Und bis 1990 hat die AMK schon den Zuschlag für eine Reihe von Großveranstaltungen erhalten. Größter Kongreß wird die Jahrestagung der Weltbank und des Internationalen Währungsfonds (IWF) 1988 in Berlin sein. Zu dieser Mammutveranstaltung werden 8000 bis 10 000 Teilnehmer erwartet.

Auch mit dem Messejahr 1984 ist die AMK Berlin zufrieden. Die Erwartungen wurden nach Angaben von Busche im allgemeinen übertroffen. An den 29 Messen und Ausstellungen beteiligten sich 5622 Firmen gegenüber 4698 vor zwei Jahren. Es wurden fast eine Million Besucher gezählt. Für das nächste Jahr ist die AMK optimistisch. Unter den 20 Messen und Ausstellungen werden, so Busche, vier Weltmessen sein: die 50. Grüne Woche, die Internationale Tourismus-Börse (ITB), die Funkausstellung und die Übersee-Import-Messe „Partner des Fortschritts".

In diesem Jahr wird die AMK den Haushalt von Berlin weniger stark belasten als geplant – von den im Etat angesetzten 36,2 Mill. DM würden etwa 30 (Vorjahr 28,4) Mill. DM benötigt, sagte AMK-Geschäftsführer Wolfgang Wegmann. Für 1985 liegt der Planansatz des Berliner Senats für die AMK bei 30 Mill. DM.

NAMEN

Cäsar Rohlfs, seit 1979 Vorstand der Hessischen Brandversicherungsanstalt und der Kommunalen Versorgungskassen, wird am 14. Dezember 65 Jahre und geht zum Jahresende in den Ruhestand. Nachfolger wird **Klaus Bechmann**.

Werner Trassl, Vorstandsmitglied der Kraftwerk Union AG, Mülheim/-Ruhr, feiert am 14. Dezember den 60. Geburtstag.

Hans Kalwar, seit 1976 Vorstandsvorsitzender der Alte Leipziger Versicherungsgruppe, Oberursel, tritt zum Jahresende aus gesundheitlichen Gründen in den Ruhestand. Vom 1. Januar 1985 an wird der bisherige stellvertretende Vorstandsvorsitzende **Josef Osberg** den Vorsitz übernehmen. Dr. **Hanns-Jürgen Weigel** wurde vom stellvertretenden zum ordentlichen Vorstandsmitglied bestellt.

Dr. **Helmuth Adam** (44), Mitglied der Geschäftsleitung der Fürstlichen Brauerei Thurn und Taxis Regensburg GmbH, scheidet zum 31. Dezember 1984 aus und wird die Position des Alleinvorstandes der Innstadt-Brauerei AG in Passau übernehmen.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Aachen: W. Stradt GmbH; **Arolsen:** Anneliese van der Mark, Kauffrau, Diemelstadt-Wethen; **Beckum:** BHN Bauelemente GmbH & Co. KG; BHN Bauelemente GmbH; **Berlin Charlottenburg:** Klaus Raddatz; Wehner GmbH; Sekura-Kunststoff-Fassaden-Ges. mbH & Co. Vertriebs KG; Spreemoden GmbH in Gründung; **Cloppenburg:** Meyer u. Landwehr OHG Bauunternehmen, Oldenburg; Josef Meyer, Hemmelte; Josef Landwehr, Essen; **Düsseldorf:** Otto Feld Bodenbelag u. Estriche GmbH; Peter Kroll GmbH & Co. KG; Eleonore Zacharowski geb. Duda; **Elmshorn:** Doris von Jagemann zu Hardegsen und Göttingen; Harald Allner-von Jagemann zu Hardegsen und Göttingen, Diplom-Ingenieur, Heist; **Flensburg:** Maschinenfabrik Gubisch GmbH & Co. KG; Dr. Dr. Hoffmann GmbH; **Köln:** Hans und Otto Theviot Spediteure KG & Co., Pulheim; Herbert G. Schwantes, Pulheim; **Neuwied:** a) Jacob Roos GmbH & Co. b) JARO Verwaltungs- u. Beteiligungsges. mbH; **Reutlingen:** Wittke + Resch Fuhrunternehmen GmbH; **Wolfratshausen:** Nachl. d. Minna Elise Mignon Ehreke geb. Proek, Bad Wiessee.

Anschlußkonkurs eröffnet: Berlin Charlottenburg: Klaus Beinhoff.

Vergleich beantragt: Essen: Eisenhoch- u. Brückenbau Storp GmbH u. Co. KG; Stahlbau Storp Ges. mbH.

Lage am Bau wird deutlich schlechter

hg. **Bonn**

Entlassungen und Kurzarbeit „in erheblichem Umfang" haben die Unternehmen der Bauwirtschaft für die Zeit um die Jahreswende angekündigt. Wie der Zentralverband des Deutschen Baugewerbes in Bonn mitteilt, habe sich die Lage der Branche im November deutlich verschlechtert. Auch die Nachfrage nach Bauleistungen sei „ganz überwiegend" zurückgegangen. Lediglich beim Tiefbau und im Straßenbau seien geringfügige Verbesserungen zu verzeichnen.

Die Reichweiten der Aufträge seien im November auf „erschreckende" Tiefstmarken gefallen, teilt der Verband weiter mit. Sie betragen im Hochbau nur noch 1,7 Monate (Vormonat 2,0), im Tiefbau 1,6 (1,8) und im Straßenbau 1,4 (1,6) Monate. Damit seien die Auftragsbestände um fast ein Fünftel unter den Stand des Vorjahres gesunken. Entsprechend habe sich auch der Auslastungsgrad vermindert: Im Hochbau betrug er 46 Prozent, im Tiefbau 45 Prozent. Darum hätten die Bauunternehmen nur Ersatzinvestitionen mit dem Ziel der Rationalisierung vorgenommen.

THYSSEN STAHL / Beträchtlicher Ertragsumschwung ins Positive – Warnung vor neuen EG-Subventionen

Der Branchenprimus zeigt seine Muskeln

J. GEHLHOFF, **Duisburg**

Heinz Kriwet, Vorstandsvorsitzender der Duisburger Thyssen Stahl AG und Chef im deutschen Stahlproduzentenverband, legt die Sache mit Bedacht auf das Relativieren an. Da verdiene man endlich ein paar Mark je Walzstahltonne. Und werde schon wieder mit neuen Zusatzsubventionsplänen aus anderen EG-Ländern konfrontiert. Die machen bei den Begünstigten einige hundert Mark je Tonne aus. Dies wird dann zum Teil als Futter für Preisaggressivität zumal auf Drittlandmärkten verwendet.

Thyssens Stahlchef, dessen Firma per 1. April 1983 von der Holding des Thyssenkonzerns in die rechtliche Selbständigkeit überführt wurde, hat zwei Hauptgründe für solchen relativierenden Kommentar zu den jetzt vorgelegten ersten Zahlen des Geschäftsjahres 1983/84 (30. 9.). Erster Grund: Der hier konzentrierte Thyssen-Massenstahlbereich, mit gut einem Viertel Anteil am gesamten deutschen Rohstahlausstoß weitaus größter Produzent, zeigt sich auch in der Ertragsentwicklung als Branchenprimus. Nach (geschätztem) Vorjahresverlust von gut 300 Mill. DM besserte sich der Ertrag, rechnet man 83 Mill. DM Einstellung in die Preissteigerungsrücklage und 93 Mill. DM (für Gewinnvortrag gedachten) Jahresüberschuß zusammen, um rund eine halbe Milliarde DM auf einen Gewinn von 176 Mill. DM oder 17 DM je Tonne Walzstahlabsatz.

Für Kriwet ein Beleg dafür, was in der subventionsverseuchten und weithin verstaatlichten EG-Stahlindustrie Privatunternehmertum, an „optimalem Produktionsstandort" angesiedelt, bei einigermaßen normalen (wenngleich durch das EG-Krisenkorsett abgestützten) Konkurrenzbedingungen noch vermag. „Wir brauchen uns daher das Schlagwort von der sterbenden Industrielandschaft an Rhein und Ruhr nicht anhängen zu lassen."

Vor allem drei Faktoren trugen zu dem beträchtlichen Ertragsumschwung bei, – dessen Gewinnresultat freilich, dank Verlustvortrag ohne Körperschaftsteuerlast, mit 1,9 Prozent von 9,2 (7,9) Mrd. DM Fremdumsatz gewiß nicht zum Totlachen ist. Erstens ein auch für den Vorstand unerwartet starker Produktionsanstieg um 22 Prozent auf 10,5 Mill. t Rohstahl mit entsprechender Kostendegression von circa 400 Mill. DM. Der allerdings kam mit rund 0,5 Mill. t aus Halbzeuglieferungen in Stranggußqualität für Autobleche an dafür noch nicht ausgerüstete US-Stahlhersteller, was nun (Kriwet: „Eine Absurdität") für 1984/85 gleichfalls von Protektionismus-Wünschen der US-Stahlindustrie bedroht ist.

Zweiter Faktor des Ertragsumschwungs: Der Walzstahl-Durchschnittserlös stieg wenigstens leicht auf 859 (854) DM/t. Dies mit der Aussicht, daß 1984/85 eine stärkere Verbesserung um bis zu 30 DM/t bringt, – zugleich übrigens die Ausicht auf weiteren (leichten) Produktionsanstieg auf etwa 10,8 Mill. t Rohstahl, womit Thyssen Stahl seine derzeit auf 900 000 Monatstonnen angelegte und reduzierte Kapazität („Konzept 900") voll nutzen könnte.

Dritter Faktor: Im Kapazitätsanspassungskonzept wurde die Belegschaft 1983/84 bereits auf 49 700 (54 300) mit erheblicher Kosteneinsparung reduziert; weitere 4000 Arbeitsplätze werden 1984/85 noch abgebaut.

Schwarze Zahlen erwartet Kriwet nach alledem auch für 1984/85. Sein zweiter Hauptgrund relativierenden Kommentierens des schönen Erfolgs auf 1983/84: Alle Chancen auf dem Weg zur Ertragsbesserung bis hin zum (dereinst) „angemessenen" Beitrag zu einer (1983/84 gewiß noch ausbleibenden) Dividende für die Aktionäre der Holding Thyssen AG gehen zum Teufel, „wenn wir im Wettbewerb gegen Finanzminister antreten müssen".

Die Bemühungen anderer EG-Länder, den mit Ende 1985 feierlich beschworenen Schluß des Subventionswahnsinns beim Stahl wieder aufzuweichen, schrecken da auch den Verbandspräsidenten Kriwet. Rechtzeitiger als zuweilen in früheren Jahren von der Branche geschehen, mahnt er die Bundesregierung: Wird in Europa weiter subventioniert, werden auch zum Bewahren deutschen Stahlpotentials enorme „Abwehrsubventionen" fällig.

TAYLORIX / Weitere Stärkung des Vertriebs

Mehr Anbieterdruck erwartet

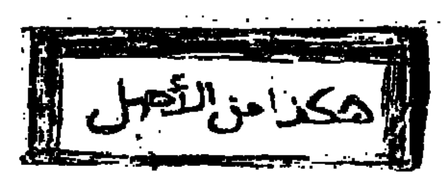
WERNER NEITZEL, **Stuttgart**

Auch in der Zukunft sieht die Taylorix Organisation Stiegler, Haußer GmbH & Co., Stuttgart, die sich in der Bundesrepublik als die „Nummer 1" der EDV-Anbieter für Klein- und Mittelbetriebe einstuft, ihre Markt- und Wachstumschancen bei dieser Zielgruppe. Geschäftsführender Gesellschafter Karl Lang, der sich altershalber zum kommenden Jahreswechsel aus dem aktiven Management zurückzieht, und dieses dem geschäftsführenden Mitgesellschafter Rainer Zwiesele und dem von Philips überwechselnden neuen Geschäftsführer Georg Hänsel überläßt, betrachtet darüber hinaus die Strategie der Unabhängigkeit von Produkten und der Konzentration auf die Dienstleistungen und die Stärkung des Vertriebs als das richtige Konzept für ein Unternehmen wie Taylorix. Gleichwohl gehe man davon aus, daß im Marktsegment des EDV-Angebots für den Mittelstand, wo die Japaner und IBM bisher wohl nicht den adäquaten Vertriebsweg gefunden hätten, mehr Anbieterdruck entstehen dürfte.

Für das laufende Geschäftsjahr 1983/84 (31. 8.) habe sich – so Zwiesele – Taylorix das Ziel eines Umsatzzuwachses zwischen 5 und 10 Prozent gesetzt. Bei Bürocomputern rechne man nicht mit einem Umsatzplus, für das Zubehörgeschäft sei von einem Rückgang von 6 bis 7 Prozent auszugehen. Wachsen werde dagegen der Bereich der Rechenzentrum-Dienstleistungen.

Im abgelaufenen Geschäftsjahr 1982/83 stieg der Umsatz der Taylorix Organisation um 4,8 Prozent auf knapp 152 Mill. DM. Der Gruppenumsatz erreichte bei ähnlicher Steigerungsrate einen Umfang von 220 Mill. DM. Jeweils rund ein Drittel des Umsatzes des Stammhauses entfielen auf die Sparten der Rechenzentrums-Dienstleistungen und der Bürocomputer.

Bei Bürocomputern verbuchte Taylorix vor allem mit (eigengefertigten) Mikrocomputern eine Umsatzsteigerung um 21 Prozent auf gut 33 Mill. DM. Das weitere Hardware-Angebot stammt von Triumph-Adler und Digital Equipment. Verringert hat sich die Umatzrendite (vor Steuern) von 4,2 auf 3,8 Prozent. Taylorix zählt etwa 1300 Mitarbeiter.



COLONIA VERSICHERUNGEN / Schadenquote sank

Kein Gewinn im Ausland

HARALD POSNY, Köln

Trotz der Hagel- und Sturmschäden, vom Juli dieses Jahres, für die (brutto wie netto) 40 Mill. DM an die Versicherten gezahlt werden mußten, hat ein insgesamt günstigerer Schadenverlauf das versicherungstechnische Brutto-Ergebnis der Colonia Versicherung AG, Köln, verbessert. Vorstandsvorsitzender Dieter Wendelstadt hob in einem ersten Überblick über das zu Ende gehende Geschäftsjahr jedoch hervor, daß das Ergebnis für eigene Rechnung einen höheren Verlust ausweisen wird, da die Verbesserung des technischen Brutto-Ergebnisses in erster Linie den Rückversicherern als Verlustausgleich für die vergangenen Jahre zugute kommt. Ferner werde zu dem verschlechterten Netto-Ergebnis das Rück- und das Auslandsgeschäft beitragen, in denen höhere Belastungen anfallen als 1983. Das Auslandsgeschäft wird nach den Worten Wendelstadts bei 200 Mill. DM Prämienvolumen entgegen früheren Jahren diesmal keinen Gewinn ausweisen.

Im Rück- und Auslandsgeschäft wurde die restriktive Zeichnungspolitik fortgesetzt. Nach Veränderung der Schwankungsrückstellung dürfte der Nettoverlust wie im Vorjahr bei 61 Mill. DM liegen. Das Wachstum der Kapitalanlagen um 4,3 Prozent auf 2,3 Mrd. DM (bis Oktober) und die Steigerung der Erträge daraus lassen jedoch eine Verstärkung der freien Rücklagen und die Zahlung einer „angemessenen Dividende" (1983: 5 DM je 50 DM-Aktie) zu.

Der Kompositversicherer rechnet für das Gesamtjahr mit einem Beitragsvolumen von knapp 2,1 Mrd. DM, von denen etwas mehr als 80 Prozent auf das direkte deutsche Geschäft entfallen. Die allgemeinen Sachversicherungszweige und die Unfallversicherung haben zum Wachstum besonders beigetragen. Der bedeutendste Zweig, die Kfz-Versicherung, hatte ein Prämienplus von vier Prozent.

Mit dem über der Zunahme des Schadenaufwands (plus 4,2 Prozent) liegenden Beitragsplus ging erneut die Schadenquote leicht zurück. Dazu hat nicht unerheblich die Industrie-Feuerversicherung beigetragen, wenn sich auch nichts an der Nettorechnung ändert, weil auch der Rückversicherungsschutz teurer geworden ist. Verbesserte Ergebnisse zeigten auch die Hausrat-, Transport- und die Einbruch/Diebstahl-Versicherung. Schlechter verliefen die technischen Versicherungen und die Kfz-Versicherung.

Die Colonia Lebensversicherung wird 1984 einen nochmals gesteigerten Brutto-Überschuß (1983: 350 Mill. DM) erzielen. Dieses Ergebnis wird durch Direktgutschrift und Zuführung zur Rückstellung für Beitragsrückerstattung einen verbesserten Überschuß für die Versicherten ermöglichen. Dafür sorgen die um 8 Prozent auf 511 Mill. DM steigenden Erträge aus Kapitalanlagen (plus 10 Prozent auf 6,8 Mrd. DM).

Die Verwaltungskosten dürften sich auf dem niedrigen Vorjahresniveau, die Abschlußkosten wegen des nicht zufriedenstellenden Neugeschäfts auf dem hohen Vorjahresniveau bewegen. Das schwache Baufinanzierungsgeschäft hat das Neugeschäft um 300 Mill. DM auf 3,1 Mrd. DM sinken lassen. Der Bestand wird zum Jahresende auf 27,6 Mrd. DM (plus vier Prozent) wachsen, während die Beitragseinnahmen mit etwa 940 Mill. DM (968) nicht die Vorjahreshöhe erreichen.

INTERPANE / Auslandsgeschäft wird forciert

Isolierglasmarkt schwierig

DOMINIK SCHMIDT, Hannover

Der von Überkapazitäten und Preiskämpfen geprägte Isolierglasmarkt in der Bundesrepublik hat auch bei der Interpane-Gruppe, Lauenförde, deutliche Spuren hinterlassen. Zwar rechnet das Unternehmen für 1984 erneut mit einem positiven Ergebnis. Georg Hesselbach, geschäftsführender Gesellschafter, macht aber aus der Verschlechterung der Ertragslage keinen Hehl. Lediglich die kräftige Ausweitung des Auslandsgeschäfts habe Schlimmeres verhütet, meinte Hesselbach, ohne konkrete Zahlen zu nennen.

Während Interpane den Glasabsatz 1984 um 5,1 Prozent auf gut 1,1 Mill. qm steigerte, ergab sich beim Umsatz lediglich ein Plus von zwei Prozent auf 83,6 (82) Mill. DM. In dieser Entwicklung schlage sich der Preisverfall nieder, der bei konventionellem Isolierglas gut fünf Prozent betrage. Neben der stärkeren Ausrichtung auf das Ausland – die Exportlieferungen erreichten 31,2 (23) Prozent – wirkte sich bei Interpane auch der gestiegene Anteil der höherwertigen beschichteten Wärmeschutzgläser (39,7 nach 38,6 Prozent) aus.

Auch 1985 erwartet Interpane im Inland keine Impulse. Deshalb, so Hesselbach, sollen durch „gezielte Auslandsaktivitäten" vorhandene Marktpotentiale erschlossen werden. Neben intensiverer Zusammenarbeit mit „Partnern", die beschichtetes Basisglas zur Weiterverarbeitung erhalten, werden Überlegungen angestellt, in den USA stärker Fuß zu fassen. Erwogen wird offenbar, eine eigene Produktion aufzubauen.

Zufrieden äußert sich Hesselbach über den Einstieg der Hannover Finanz GmbH, eine Tochter des Haftpflichtverbandes der Deutschen Industrie, in das Unternehmen. Die Eigenkapitalverhältnisse der gleichzeitig gegründeten Holding Interpane Glas Industrie Hesselbach KG, an der Hannover Finanz mit 25 Prozent und Hesselbach mit 75 Prozent beteiligt sind, seien „außerordentlich beruhigend". Ausgegliedert wurde im Rahmen der Neustrukturierung die Hegla Fahrzeug- und Maschinenbau, deren Umsatz 1983 bei zehn Mill. DM lag.

MAN / Hohe Belastungen durch Sozialpläne und Sanierungsaufwendungen entfallen im neuen Geschäftsjahr

Ein ausgeglichenes Ergebnis kommt in Sicht

DANKWARD SEITZ, Augsburg

Die schwierigste Wegstrecke der Nachkriegszeit scheint überstanden. Die Weichen für eine bessere Zukunft sind – bis auf wenige Korrekturen vielleicht – gestellt. So konzentrieren sich alle Erwartungen darauf, ob das Geschäftsjahr 1984/85 (30. 6.) für die MAN Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg AG, Augsburg, wirklich den erhofften Neubeginn bringt.

Vorstandsvorsitzender Otto Voisard und Finanzchef Gerd Wollburg dokumentieren jedenfalls Zuversicht. In einem Jahr hoffen sie, bei einem Umsatzplus von etwa fünf Prozent auf 6,6 Mrd. DM (AG einschließlich MAN-Roland) ein ausgeglichenes Ergebnis ohne Verkäufe aus dem Anlagevermögen präsentieren zu können. Die Frage nach einer Dividende werde sich allerdings erst 1985/86 stellen.

Derzeit stehen die Zeichen, aus der Verlustzone herauszukommen, nicht schlecht. Der Auftragseingang in den letzten fünf Monaten 1984/85 lag im Nutzfahrzeugbereich um zehn Prozent über dem entsprechenden Vorjahreswert. In den maschinen- und anlagenbauenden Sparten waren es sechs Prozent. Insgesamt ergibt sich damit eine Zunahme von acht Prozent auf 3,18 Mrd. DM. Der Schwerpunkt der Bestelltätigkeit hat sich dabei wieder zum Ausland hin verlagert, wo sich ein Plus von elf Prozent auf rund 1,2 Mrd. DM ergab.

Der Auftragsbestand ist zwar leicht um drei Prozent auf 6,3 Mrd. DM zurückgegangen, rechtfertigt nach Ansicht von Voisard aber die Erwartung, die verringerten Kapazitäten weitgehend auszulasten. Kurzarbeit sei kaum noch von Nöten. Von den großen Unternehmensbereichen wird nur der Dieselmotorenbau von Viertaktern rote Zahlen bringen. Hingegen soll der Nutzfahrzeugbau mit einem ausgeglichenen Ergebnis und der Maschinen- und Stahlbau (einschließlich Sterkrade) insgesamt mit schwarzen Zahlen arbeiten.

Eine entscheidende Bedeutung bei den Hoffnungen auf ein ausgeglichenes Unternehmensergebnis messen Voisard und Wollburg aber der Tatsache zu, daß in diesem Jahr die hohen Belastungen durch Sozialpläne und einmalige Sanierungsaufwendungen entfallen. Immerhin erforderte der Personalabbau von 44 330 auf 34 189 Mitarbeiter in den beiden letzten Geschäftsjahren 237 Mill. DM, wovon auf 1983/84 rund 104 Mill. DM entfielen. Bedenkt man, daß der Arbeitskampf in der Metallindustrie MAN mit weiteren 39 Mill. DM belastete, wäre ein Ausgleich des Jahresfehlbetrages ohne Rückgriff auf die Rücklagen möglich gewesen. Jetzt sei man, so Voisard, wegen der geringeren Personalkosten wieder so wettbewerbsfähig wie andere Konkurrenten.

Als „Ente" bezeichnete Voisard Meldungen, daß eine Fusion des Lkw-Bereichs mit Daimler-Benz geprüft würde. Man prüfe lediglich, weil man generell die Kooperationstätigkeit ausbauen wolle, wie die bestehende Zusammenarbeit bei Achsen und Motoren mit Daimler-Benz erweitert werden kann. In diesem Zusammenhang bestätigt Voisard, daß derzeit auch Gespräche mit dem britischen Lkw-Hersteller Bedford, einer General-Motors-Tochter, geführt werden.

Auszuschließen sei aber, daß es Ausgliederungen geben wird, um anderen eine Beteiligung zu ermöglichen. Sowohl bei MAN-Roland als auch bei MAN-B&W-Diesel sei die Ausgliederung aus sachlichen Überlegungen erfolgt, nachdem man das konkurrierende Unternehmen gekauft hatte. Generelle Überlegungen zur Unternehmensstruktur „gab und gibt es nicht". Sie könnten gegebenenfalls als Resultat aus sachlichen Einzelschritten entstehen, aber nicht als vorgefaßte prinzipielle Richtlinie.

Der doch deutlich verminderte Betriebsverlust 1983/84 von 225 (329) Mill. DM – klammert man die Sozialplankosten aus, ergibt sich ein operatives Ergebnis von minus 53 Mill. nach minus 225 mill. DM – wurde durch die Entnahme von 112 Mill. DM aus den Rücklagen und den Verkauf des Anlagevermögens des Unternehmensbereichs Dieselmotoren an die MAN-B&W Diesel GmbH (Buchgewinn 113 Mill.DM) ausgeglichen. Zu einer deutlichen Entlastung trug auch ein Abbau der Vorräte um insgesamt 566 Mill. DM. Auch die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sind um 118 Mill. DM zurückgegangen. Dies führte zu einem Abbau der Verschuldung und einem auf 103 (144) Mill.DM verminderten Zinsaufwand.

MAN	1983/84	±%
Gruppe [1]		
Umsatz (Mill. DM)	8820	+ 0,4
davon Ausland	4498	- 1,6
Auftragseingang	9196	+ 9,6
davon Ausland	4782	+ 23,9
Auftragsbestand	9792	+ 4,0
davon Ausland	6403	+ 4,0
Beschäftigte [2]	56 583	- 8,5
AG		
Umsatz	5536	+ 0,2
davon Ausland	2768	- 3,7
Auftragseingang	4967	- 8,9
davon Ausland	2384	+ 4,1
Auftragsbestand [3]	5476	- 9,4
davon Ausland	3943	- 8,1
Beschäftigte [2]	38 000	- 11,7
Sachinvestitionen	153,2	- 16,7
Abschreibungen	155,3	+ 3,5
Brutto-Cash-flow [4]	49,0	+ 2,1
Bilanzsumme	4795	- 11,7
Grundkapital	430	(430)
Rücklagen	452	- 19,9
Jahresfehlbetrag	- 112	(- 148)
Bilanzgewinn/-verlust	± 0	± 0
Verlust je Aktie [5]	-26,20	(-38,50)

[1] AG einschl. Inlandstochter mit 50 Prozent Beteiligung oder mehr; [2] im Jahresdurchschnitt; [3] Vorjahreswert wurde um stornierte Aufträge aus früheren Jahren korrigiert; [4] nach eigenen Angaben; [5] je 50-DM-Aktie einschl. Sozialplanaufwendungen, ohne diese - 10,70 (- 26,00) DM.

Eine Delle im Aluminium-Boom

J. G. Düsseldorf

Von einer „merklichen" Beruhigung der zuvor hektischen Nachfrage auf den Aluminiummärkten berichtet die Vereinigte Aluminium-Werke (VAW), Bonn/Berlin, für das dritte Quartal 1984. Der mit rund 50 Prozent Produktionsanteil führende deutsche Erzeuger von Hüttenaluminium fügt die Hoffnung hinzu, die neuerdings fast weltweit verstärkten Produktionskürzungen könnten das Marktgleichgewicht wieder herstellen und den im September auf „vorläufigen Jahrestiefststand" gesunkenen Metallpreis auf höherem Niveau stabilisieren.

Mehr als eine Delle im Boom ist das alles für VAW ohnehin noch nicht. Im dritten Quartal produzierte VAW mit 108 500 Tonnen Primärmetall noch 5,5 Prozent mehr als im zweiten Quartal und 13,1 Prozent mehr als vor Jahresfrist. Der Umsatz stieg vom zweiten auf das dritte Quartal noch um 4,5 Prozent auf 953 Mill. DM und lag für die ersten drei Quartale höher als im Vorjahr.

Der bis Jahresmitte hervorragende Ertrag schwächte sich zwar im dritten Quartal ab, blieb aber zufriedenstellend. Dürftiger ist er auch bei VAW im Bereich der ersten Verarbeitungsstufe, bei der alle deutschen Halbzeugwerke bis Ende September 7 Prozent weniger Aufträge als im Vorjahr buchten.

Schwäbisch Hall: Mehr Neuverträge

nl. Stuttgart

Die Bausparkasse Schwäbisch Hall AG, Schwäbisch Hall, die ihre Spitzenposition in der Branche auf die enge und gut funktionierende Zusammenarbeit mit den Volksbanken und Raiffeisenbanken zurückführt, liegt im bisherigen Verlauf des Jahres 1984 im Neugeschäft erneut über dem Durchschnitt der Branche. Das Institut holte in den ersten zehn Monaten des laufenden Geschäftsjahres rund 380 000 Neuverträge (plus 10 Prozent) über eine Bausparsumme von etwa 12 Mrd. DM (plus 4,5 Prozent) herein.

Mit zusätzlichen Impulsen für das Jahresschlußgeschäft rechnet die Kasse aufgrund der Verkürzung der Bindungsfrist für die staatliche Bausparförderung von zehn auf sieben Jahre. Eine noch größere Attraktivität des Bausparens durch diese Fristverkürzung sieht Schwäbisch Hall vor allem für jüngere Menschen.

Der Vorstand erwarte, wie es in einer Mitteilung heißt, daß sich die Bauspartätigkeit auch 1985 verstärken werde. Die Kasse hat in 1984 an ihre Bausparer 10,5 Mrd. DM (plus 11,4 Prozent) zugeteilt. Bis Ende November beteiligte sich das Institut an der Finanzierung von 79 000 Wohnungen (plus 3 Prozent). Die Zahl der mitfinanzierten Modernisierungsmaßnahmen stieg sogar weiter um 11,5 Prozent auf über 90 000 Einheiten.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Voith gut beschäftigt

Stuttgart (nl) – Der Auftragsbestand des Heidenheimer Voith-Konzerns lag am Ende des Geschäftsjahres 1983/84 (30. 9.) aufgrund des hohen Auftragseingangs im Papiermaschinenbau um 20 Prozent über dem Vorjahr. Eine gute Auslastung der Kapazitäten sei bis weit in das Jahr 1985 hinein gesichert. Der Umsatz des Voith-Konzerns stieg nach weiteren Angaben der Verwaltung in 1983/84 um sieben Prozent auf 1,12 Mrd. DM.

AVA im Plan

Bielefeld (hdt.) – Zu den wenigen Handelsunternehmen, die 1984 wieder ein zweistelliges Umsatzplus erzielen, wird die AVA Allgemeine Handelsgesellschaft der Verbraucher AG, Bielefeld, gehören. Bis einschließlich November erreichte sie einen Umsatz von 1,36 Mrd. DM, gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum ein Plus von 12,2 Prozent. Ihre größte Tochtergesellschaft, die Marktkauf GmbH, wird mit ihren SB-Warenhäusern 1984 erstmalig die Milliarden-Umsatz-Marke überschreiten.

Hapag-Lloyd zufrieden

Bremen (dpa/vwd) - Die Hapag-Lloyd Reisebüro GmbH, Bremen, ist mit dem Reisejahr 1984 zufrieden. Der Sprecher der Geschäftsführung der größten deutschen Reisebürokette, Wolfgang Matz, sieht in einem Abschlußbericht die Planzahlen erreicht oder gar „leicht übertroffen". Das Umsatzplus in der Touristik ist nach Angaben von Matz neben der Teilnehmersteigerung auch auf einen um 2 Prozent angehobenen Durchschnittspreis bei Urlaubsreisen zurückzuführen. Bei Geschäftsreisen verzeichnete der Flugsektor bis Ende November ein Umsatzplus von 10,2 Prozent gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres. Bis zum Jahresende will Hapag-Lloyd Reisebüro GmbH als umsatzstärkster Iata-Agent in der Bundesrepublik im Flugbereich erstmals mehr als 500 Mill. DM umsetzen. Die Aussichten für das neue Reisejahr wird „vorsichtig optimistisch" beurteilt.

VEW verkauft mehr Strom

Dortmund (dpa/vwd) - Die Vereinigte Elektrizitätswerke Westfalen AG (VEW), Dortmund, hat von Januar bis Oktober 1984 7,3 Prozent mhe Strom verkauft. Bei den Industriekunden stieg die Stromabnahme sogar um 9,5 Prozent. In einem Aktionärsbrief wird als Grund die „anhaltende konjunkturelle Belebung" besonders in der Eisen- und Stahlindustrie genannt. Gegenüber dem Vergleichszeitraum 1983 erhöhte sich der Absatz von Gas um 11,8 Prozent, von Fernwärme um 12,9 Prozent. Der VEW-Vorstand erwartet auf Grund der wirtschaftlichen Entwicklung in den ersten zehn Monaten 1984 einen Jahresabschluß, „der an das zufriedenstellende Vorjahresergebnis anknüpfen dürfte."

DESPA

Wieder guter Absatz

CLAUS DERTINGER, Frankfurt

Zu Unrecht sei die Öffentlichkeit wegen der Flaute am Wohnungsmarkt auch gegenüber offenen Immobilienfonds kritischer geworden, klagt Manfred Mathes, Geschäftsführer der Sparkassen-Immobilien-Anlagegesellschaft Despa. Denn die offenen Immobilienfonds hätten sich schon seit Jahren vom Wohnungsmarkt bewußt ferngehalten und ihre Anlagen auf ertragsstarke und ertragssichere gewerbliche Immobilien konzentriert.

Diese Politik hat der Sparkassen-Immobilienfonds Despa auch im Geschäftsjahr 1983/84 (30. 9.) fortgesetzt; durch den Verkauf von drei Wohnobjekten, deren Erlöse höher waren als die vom Sachverständigenausschuß ermittelten Verkehrswerte, wurde der Wohnbestand von 29 auf 20,5 Prozent der Nutzungsfläche von Fondsobjekten reduziert, während die Handelsflächen durch Neuengagements im Einzelhandel (SB-Märkte etc.) von 18 auf gut 23 Prozent erweitert wurden.

Nach dieser renditeorientierten Politik will der Despa künftig unter dem Aspekt Qualität und Sicherheit Einzelhandelsobjekte in besten Innenstadtlagen und Büroobjekte in Citylagen und guten Nebenzentren erwerben. Auch den Kauf von entwicklungsfähigen Wohn-Immobilien in guten Lagen schließt Geschäftsführer Klaus Waldmann nicht aus, der 1985 mit einer Preisstabilisierung an diesem Markt rechnet. Im Berichtsjahr brachte der Despa-Anteil einschließlich der Ausschüttung von 3,50 (3,40) DM eine Gesamtrendite von 7,8 Prozent vor Steuern.

Obwohl der Absatz der Branche um rund ein Drittel sank, erreichte der Despa mit 148 Mill. DM Nettomittelzufluß fast wieder das Vorjahresergebnis (154 Mill. DM), wodurch der Marktanteil beim Absatz von 10,8 auf 16,7 Prozent stieg. Der Marktanteil des von 719 auf 895 Mill. DM gestiegenen Fondsvermögen erhöhte sich von 11,3 auf 12 Prozent.

Aktien etwas freundlicher

Aber deutlicher Kursrückschlag bei Allianz

DW. – Da der deutsche Kapitalmarkt zur Zeit kaum Orientierungspunkte liefert, blicken die Börsianer wieder mehr in Richtung USA. Nachdem sich dort am Dienstag sowohl Aktien als auch Bonds etwas verbessert hatten, kam auf den deutschen Märkten eine freundlichere Tendenz auf. Eindeutig unter Druck lagen die Allianz-Aktien, die zeitweise um rund 40 DM niedriger lagen als am Vortag. Enttäuscht war man darüber, daß die Lösung zur Neuordnung des Konzerns keinen zusätzlichen Einblick in die stillen Reserven erlauben wird.

Begrenzte Meinungskäufe gab es bei den Autoaktien, wo der Daimler-Überblick über das abgelaufene Geschäftsjahr sowie der positive Ausblick auf 1985 dafür sorgten, daß dieses Marktgebiet – bisher belastet durch die Umweltschutzdebatte – jetzt wieder etwas hoffnungsvoller beurteilt wird. Der Thyssen-Bericht wurde als zufriedenstellend bezeichnet, löste aber bei den Thyssen-Aktien keine Kaufwelle aus. Immerhin trug er zur Stabilisierung der Stahlaktien bei. Im Elektrobereich konnten Siemens einige DM gewinnen. Auch Nixdorf, wo übrigens Kaufaufträge aus dem Ausland vorgelegen haben sollen, zogen leicht an. Von den Maschinenbaupapieren fielen Linde mit einem Anstieg um rund sieben DM aus dem Rahmen. Berthold-Aktien, wegen der prekären Situation der Gesellschaft zwei Tage lang ausgesetzt, wurden um rund 50 Punkte niedriger als am Wochenschluß gehandelt. Auf dieser Basis belebte sich die spekulative Nachfrage.

Düsseldorf: Dortmunder Ritter wurden um 10 DM höher taxiert, Heinrich Lehmann zogen um 8 DM an, und Aigner konnten sich um 2,50 DM befestigen. Scheidemandel sanken um 7 DM, Alexander verminderten sich um 4 DM, und Schiess gaben um 2 DM nach.

Frankfurt: Porsche stiegen um 28 DM, Heidelzement befestigten sich um 17,50 DM, und Linde AG erhöhten sich um 6,50 DM auf 389,50 DM. Allianz Vers. sanken um 17 DM auf 1003 DM, und Wella gaben um 8 DM auf 490 DM nach.

Hamburg: Markt- und Kühlhallen wurden weiter fester zu 388 DM plus 3 DM gehandelt. Reichelt vermochten sich bis auf 100 DM plus 2 DM erholen. Von Versorgungswerten begannen HEW mit 84 DM und lagen danach bei 83,50 DM plus 1 DM.

München: Aigner erhöhten sich um 2 DM auf 226 DM, Agrob St. verbeserten sich um 5 DM auf 392 DM und Otto Stumpf befestigten sich um 1,30 DM. Deckel AG verminderten sich um 1,80 DM, Dywidag gaben um 1 DM nach und Erlus sanken um 9 DM.

Berlin: Nachdem der Kurs für Berthold zwei Tage ausgesetzt war, notierte er heute mit 145 DM nach 191 DM am Freitag. Detewe erhöhten sich um 5 DM. Lehmann konnten sich um 1,30 DM erholen. Bekula lagen um 0,90 DM und Engelhardt um 0,50 DM freundlicher.

Nachbörse: Uneinheitlich

WELT-Aktienindex: 159,5 (158,8)

WELT-Umsatzindex: 1740 (1721)

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Inland

	12. 12.	11. 12.
H AachM Beteil. 9+2,5	980	989
H Aach. M. Vers. 7	350G	350G
D Aach. Rück. 9	1120	1115
D Aaeag *4	460T	470G
M Ack-Gögg 4	105bB	105,2
H Adca 0	126G	124G
D Adler 9	345G	345G
F Adt AG 0	69bB	68bG
F AEG-Telef. 0	102,8	102,7
D AEG-Kabel 8	290	290T
S Aesculap 8	372	375
F AGAB 5	117,8	117,5G

	12.12.	11.12.
H Br. H. Hypo 10	514G	314G
Hn Brach. Jute *0	97,5G	97,5G
H Breitenb.-C. *28	560G	560G
H Br. Straßb. *0	480T	480T
H Br. Vulcan 0	70	69,5
H Br. Wollk. o	131	132
F BBC 6	199,5	200,8
S BSU Textil %20	1290G	1290G
D Buckau-W. 4,1	135T	136bB
D Buderus *12	375G	370G
M Bgl. Br. Ing. *13+2	750G	750G
S Bgl. Brh. Rav. *0	355G	355G
S Cahr D. **30+18	720B	720bB

	12.12.	11.12.
M En. Oberfr. 4,5	264TG	259
M En. Ostb. 5+1	246	249,5
H Elkraft 0	44bG	45
B Engelhardt 7	209,5	209G
D Enka 6,67	185	185,5
M Erlus 12,5	486	475bG
M Erste Kulmb. 9	1090	1110
S esbi *0	10bG	10,1
S Essl. Masch. 6	261,5	261,5
M Esterer **16	540G	540G
D Farb. Liqu. RM 0	7,1	7,15
F Flachglas 8	219bG	215bG
D Ford *0	950T	950T

	12. 12.	11. 12.
H Holsten-Br. 6+1	265	265
F Holzmann 10+1	374	376,5
D Horten 6	180,5	180
B Hw. Kayser *12	256G	256G
D Hussel 8	284,5G	289
D Huta Heg. 0	65	65
M Hutschenr. 9	232	227bG
H Hypo Hbg. 12,5	410G	410G
D IKB 7,5	177G	177,1
S IWKA 0	223,2	223
M Isar-Amper 6,5+1	360	367
D Isenbeck 4,75	170T	171T

Ausland

Curtiss Wright	31	31,25
Deere	29	28,875
Delta Airlines	38,875	39
Digital Equipm.	103,75	102,875
Dow Chemical	22,75	27,875
Du Pont	46,75	46,875
Eastern Gas-Fuel	25,25	25,25
Eastman Kodak	70,125	69,75
Exxon	44,125	44,625
Firestone	16,50	16,625
Fluor	15,25	15,125
Ford	42,875	42,75
Forster Wheeler	10,875	11
Fruehauf	25	23,25
GAF Corp.	25	24,25
General Dynamics	65,75	63

Phibro	29,625	29,75
Phillips Petroleum	50,25	52,50
Philip Morris	78,50	78,375
Pittston	10,50	10,375
Polaroid	27,375	27,125
Prime Computer	15,75	15,75
Procter & Gamble	58,625	58,50
RCA	35,625	35,625
Revlon	34,625	34,625
Reynolds Ind.	68,50	68,50
Rockwell Int.	30	29,875
Rorer Group	26,75	27
Schlumberger	38,625	38,75
Sears, Roebuck	31,50	31,125
Shell Oil	55,75	55,50

Bluesky Oil	4,75	4,70
Bow Valley Ind	18,25	18,375
Brenda Mines	8,25	–
Brunswick M. & Sm.	14	13,75
Cdn. Imperial Bk.	28,125	27,875
Cdn. Pacific Ltd.	48,50	48
Cdn. Pacif. Enterpr.	24,25	23,625
Cominco	12,25	11,75
Coseka Res.	2,87	2,92
Denison Mines	15,75	13,50
Dome Petroleum	2,26	2,29
Domtar	31,875	32
Falconbridge Ltd.	81,25	81
Great Lakes Forest	81,50	80,50
Gulf Canada	16,50	16,375
Gulfstream Res.	0,67	0,60

Barclays Bank	534	529
Beecham	383	383
Bowater	195	189
B. A. T. Industries	316	313
Br. Leyland	39	40
British Petroleum	498	505
Burmah Oil	220	214
Cadbury Schweppes	160	158
Charter Cons.	183	178
Cons. Gold. Fields	484	487
Cons. Murchison	665	680
Courtaulds	117	115
De Beers $	4,48	4,45
Distillers	311	312
Driefontain $	27,18	27,37
Dunlop	–	–

Mailand		
Italgas	1180	1160
Magneti Marelli	1250	1265
Mediobanca	61400	61610
Mondadori	2000	2009
Montedison	1355	1315
Olivetti Vz.	4700	4900
dgl. St.	5770	5840
Pirelli SpA	1805	1789
Rinascente	497	497
RAS	54800	55300
S. A. I.	9540	9520
SIP	1784	1751
Snia Viscosa	2025	2031
STET	2020	2010
Index	–	–

Wien

Creditanstalt-Bkv.Vz.	226	226
Gösser-Brauerei	331	–
Länderbank Vz.	226	226
Österr. Brau AG	304	304
Perlmooser	359	359
Reininghaus	–	–
Schwechater-Br.	164	164
Semperit	–	–
Steyr-Daimler-P.	162	162
Universale Hoch Tief	–	210
Veitscher Magnesit	244	244
Index	58,84	58,78

Tokio		
Tokyo El. Power	1380	1350
Toray	420	421
Toyota Motor	1220	1270
Index	879,03	869,71

Kopenhagen

Den Danske Bank	279	281
Jyske Bank	500	505
Kopenh. Handelsbk.	279	281
Novo Industri	270	271
Privatbanken	745	746
Ostasiat. Komp.	163	163
Dan. Sukkerfabr.	510	510
For. Bryggerier St.	775	760
Kgl. Porc. Fabr.	215	275

Brüssel

Arbed	1610	1605
Brux. Lambert	2115	2140
Cockerill Ougrée	275	276
Ebes	2855	2860
Gevaert	3570	3550
Kreditbank	–	–
Pétrofina	7130	7150
Soc. Gén. d. Belg.	1820	1830
Sofina	7680	7600
Solvay	4170	4155
UCB	4970	5240
Index	158,31	158,42

Singapur

Cycle + Car.	2,77	2,80
Cold Storage	2,60	2,61
Dev. Bk. of Sing.	5,95	6,00
Fraser + Neave	5,10	5,15
Kl. Kepong	2,39	2,40
Mal. Banking	5,80	–
Nat. Iron	3,56	3,58
OCBC	9,00	9,00
Sime Darby	1,87	1,90
Singapur Land	2,80	2,84
Un. Overs. Bank	4,36	4,38

Sydney

Bridge Oil	2,30	2,38
Brok. Hill. Prop.	–	5,06
Coles	3,85	3,84
CRA	4,88	4,92
CSR (Theiss)	2,74	2,80
Metals Expl.	0,43	0,45
MIM-Holdings	2,32	2,39
Myer Emporium	1,67	1,68
North Broken Hill	2,06	2,06
Oakbridge	0,62	0,62
Peko Wallsend	4,85	4,85
Poseidon	2,95	3,00
Thomas Nat. Tr.	1,72	1,70
Waltons Bond	0,31	0,31
Western Mining	2,84	2,86
Woodside Petr.	1,03	1,04
Index	721,50	725,70

Optionshandel

Frankfurt: 12. 12. 84: 815 Optionen = 33 000 (42 250) Aktien, davon 93 Verkaufsoptionen = 5050 Aktien. **Kaufoptionen:** AEG 4-100/11,9, 4-110/5,8, 7-100/16, 7-110/9, 7-120/5,5, BASF 1-160/17,5, 1-163/14,6, 1-170/7,6, 1-180/2,4, 4-160/21,7, 4-170/15, 4-180/7,60, 4-190/4, 7-170/20, 7-180/15, 7-190/10, 7-200/5,4, Bayer 1-130/17,6, 1-190/2,4, 4-180/15,7, 4-190/9,4, 4-210/2,5, 7-190/14,9, 7-200/9,5, 7-210/7, Bay. Hypo 4-330/10, 7-330/17, Bekula 7-100/8, Bay. Vereinsbank 4-330/18, Commerzbank 1-150/18, 1-160/9, 1-170/3,6, 4-170/10, 4-180/6,8, 4-190/3,7, 7-170/15,4, 7-180/11, 7-190/6, 7-200/5, Dt. Babcock St. 4-170/4,6, Deutsche Bank 1-380/6, 4-420/3,5, Degussa 7-390/12, Dresdner Bank 1-160/27,3, 1-170/17,15, 1-190/3,5, 4-180/17, 4-200/5,2, 7-180/21,2, 7-200/11, 7-310/7,3, GHH St. 4-180/7,5, Hoechst 4-170/21,4, 4-180/12,5, 4-190/7,6, 4-200/3,05, 7-190/13, 7-200/8, Hoesch 1-100/3,5, 4-100/8, 4-110/3,9, 7-100/12, 7-120/3, 7-130/2,4, Kloeckner 1-60/9, 1-65/4, 1-70/2,9, 4-60/13, 4-70/6,45, 7-70/9,2, 7-80/5, 7-90/2,5, Mannesmann 1-140/7,5, 4-150/7,4, 4-160/3,9, 7-160/6,4, 7-170/4,5, Preussag 7-270/9, Schering 4-420/20, Kali + Salz 4-250/14,7, Siemens 1-400/54, 1-420/34,8, 1-480/5, 4-430/37,8, 4-470/14,4, 4-500/5,5, 7-480/20, 7-500/12, Thyssen 4-85/4, 4-90/2, 7-85/5,7, Veba 1-162,5/10, 1-170/3,7, 7-170/13, VW 1-180/20, 1-190/10,6, 1-200/4,2, 4-180/28, 4-190/20, 4-200/13, 4-210/7, 4-220/5,4, 4-230/2,8, 7-210/15, 7-220/5,4, Alcan 4-80/10,3, Chrysler 1-65/24, 1-80/10, IBM 4-400/16,55, 7-420/10, Norsk Hypo 4-40/2, 7-40/4,5, Philips 4-50/2,3, Sony 7-35/2,9, Sperry 1-100/19,5, 1-110/10, Xerox 1-110/4,5. **Verkaufsoptionen:** AEG 1-100/1,45, 1-110/7, 4-100/2,9, BASF 4-170/1, 7-170/2, Bayer 4-180/1,1, 7-180/2,5, Bekula 7-100/3,4, BMW 1-370/3, 4-360/5,2, Commerzbank 1-170/3, 4-160/2,1, 4-170/5, Conti 4-110/2,4, Dresdner Bank 4-180/2,4, Hoechst 7-180/2,4, Hoesch 4-100/4, Kloeckner 4-65/1, 4-70/3,05, 7-70/3,8, Linde 4-380/10,5, Mannesmann 1-150/5, 4-150/5,4, 7-160/7, Siemens 4-430/3,4, Thyssen 4-75/1,6, 4-80/2,5, VW 1-300/3,4, IBM 1-350/2,4, 1-380/3,45, 4-370/11, Norsk Hydro 7-40/4,8, Xerox 1-110/1,4. (1. Zahl Verfallsmonat (jeweils der 15.), 2. Zahl Basispreis, 3. Zahl Optionspreis).

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 12. 12.; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr
1 Monat	8⅞– 9⅛	5⅝–5⅞	5¼–5¾
3 Monate	9⅛– 9⅜	5⅝–5⅞	4⅞–5⅛
6 Monate	9½– 9¾	5⅝–5⅞	4⅞–5⅛
12 Monate	10¼–10½	5⅞–5⅞	5 –5¼

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxembourg.

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 12. Dezember folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*)	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1535,00	1898,10
10 US-Dollar (Indian)**)	1225,00	1476,60
5 US-Dollar (Liberty)	480,00	661,20
1 £ Sovereign alt	231,00	286,14
1 £ Sovereign Elizabeth II.	227,00	281,58
20 belgische Franken	178,00	230,28
10 Rubel Tscherwonez	240,00	300,96
2 südafrikanische Rand	227,00	281,58
Krüger Rand, neu	1026,00	1209,54
Maple Leaf	1026,00	1209,54
Platin Noble Man	1006,00	1175,34
Außer Kurs gesetzte Münzen*)		
20 Goldmark	241,00	302,10
20 schweiz. Franken „Vreneli"	182,00	231,42
20 franz. Franken „Napoléon"	185,00	234,84
100 österr. Kronen (Neuprägung)	947,00	1143,42
20 österr. Kronen (Neuprägung)	188,00	237,12
10 österr. Kronen (Neuprägung)	99,00	129,96
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	437,00	538,08
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	104,00	141,36

*) Verkauf inkl. 13 % Mehrwertsteuer
**) Verkauf inkl. 7 % Mehrwertsteuer

Devisen und Sorten

12. 12. 84	Frankfurt. Devisen Geld	Brief	Wechs.Frankfurt. Sorten*) Ankds.-Kurs⁴)	Ankauf	Verkauf
New York³)	3,0855	3,0935	3,0631	3,04	3,13
London¹)	3,692	3,706	3,687	3,64	3,79
Dublin¹)	3,113	3,127	3,051	2,19	2,29
Montreal³)	2,3378	2,3458	2,3130	2,29	2,39
Amsterd.	88,515	88,735	88,575	87,60	89,50
Zürich	120,755	120,955	120,88	119,50	122,25
Brüssel	4,961	4,981	4,911	4,85	5,05
Paris	32,550	32,710	32,22	31,75	33,50
Kopenh.	27,900	28,020	27,345	26,75	28,00
Oslo	34,550	34,670	33,985	33,75	38,50
Stockh.**)	34,940	35,100	34,52	34,25	36,00
Mailand²) **)	1,617	1,627	1,586	1,57	1,67
Wien	14,221	14,261	14,172	14,14	14,36
Madrid**)	1,797	1,807	1,77	1,76	1,88
Lissabon**)	1,870	1,890	1,744	1,63	2,26
Tokio	1,2490	1,2530	–	1,21	1,27
Helsinki	48,030	48,230	47,06	47,00	48,76
Buen. Air.	–	–	–	–	4,00
Rio	–	–	–	0,08	0,18
Athen*) **)	2,4095	2,4835	–	1,80	2,80
Frankf.	–	–	–	–	–
Sydney*)	2,6095	2,6285	–	2,57	2,67
Johannesbg.*)	1,6735	1,6925	–	1,55	1,80

Alles in Hundert; ¹) 1 Pfund; ²) 1000 Lire; ³) 1 Dollar.
⁴) Kurse für Tratten 60 bis 90 Tage; *) nicht amtlich notiert.
**) Einfuhr begrenzt gestattet.

Devisenmärkte

Erst am Nachmittag des 12. 12. kam für kurze Zeit etwas Bewegung in den Markt. Mit aufkommender Dollar-Nachfrage stieg der Dollar auf 3,0940 nachdem er am Vormittag bei weiterhin ruhigem Geschäft bei 3,09 genannt wurde. Neue wirtschaftliche Daten waren nicht vorhanden. Die Bundesbank glich heute bei 3,0865 die vorhandene Nachfrage von 15,56 Mill. Dollar aus. Die anderen Währungen entwickelten sich uneinheitlich. Den größten Tagesgewinn verbuchte mit 1,08 Prozent der Escudo. Bemerkenswert ist der derzeitige Stand der dänischen Krone, die mit 27,96 heute den höchsten Kurs seit Juni 1983 erzielte. Anscheinend besteht hier eine permanente Nachfrage nach einer höher verzinslichen Währung angesichts guter konjunktureller Prognosen für 1985. US-Dollar in: Amsterdam 3,4875; Brüssel 62,19; Paris 9,4720; Mailand 1906,70; Wien 21,6900; Zürich 2,5564; Ir. Pfund/DM 3,120; Pfund/Dollar 1,1973; Pfund/DM 3,699.

Die Europäische Währungseinheit (ECU) am 12. Dezember: In D-Mark 2,23343 (Parität 2,24184); in Dollar 0,721875 (12. März 1979: 1,35444).

Ostmarkkurs am 12. 12. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 19,00; Verkauf 22,00 DM West; Frankfurt: Ankauf 19,00; Verkauf 22,00 DM West.

Devisenterminmarkt

Bei kleinen Umsätzen wurden Dollar/D-Mark-Deports und Pfund/D-Mark-Deports am 12. Dezember höher genannt.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	0,90/0,80	2,72/2,62	5,95/5,75
Pfund/Dollar	0,07/0,05	0,12/0,10	0,06/0,02
Pfund/DM	1,90/0,50	4,20/2,70	7,80/6,40
FF/DM	22/06	48/32	92/76

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 12. 12.: Tagesgeld 5,45–5,5 Prozent; Monatsgeld 5,85–6,0 Prozent; Dreimonatsgeld 5,75–5,85 Prozent.

Privatdiskontsätze am 12. 12.: 10 bis 29 Tage 4,05 G–3,90 B Prozent; und 30 bis 90 Tage 4,05 G–3,90 B Prozent. Diskontsatz der Bundesbank am 12. 12.: 4,5 Prozent; Lombardsatz 5,5 Prozent.

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. Januar 1985 an) Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1985/1 (Typ A) 5,00 (5,00) – 6,50 (5,72) – 7,00 (6,13) – 7,25 (6,38) – 7,50 (6,56) – 8,00 (6,77). Ausgabe 1985/2 (Typ B) 5,00 (5,00) – 6,50 (5,75) – 7,00 (6,16) – 7,25 (6,43) – 7,50 (6,65) – 8,00 (6,87) – 8,00 (7,03) Finanzierungsschätze des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr 5,25, 2 Jahre 6,15. Bundesobligationen (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 6,75, Kurs 99,70, Rendite 6,82.

Warenpreise – Termine

Knapp behauptet, mit Ausnahme des bruchteilig festeren Kassa-Monats, schlossen am Dienstag die Goldnotierungen an der New York Comex. Etwas schwächer ging Silber aus dem Markt. In allen Sichten höher wurden Kaffee und Kakao bewertet.

Getreide und Getreideprodukte

Weizen Chicago (c/bush)	11. 12.	8. 12.
Dez.	342,25	347,00
März	341,75	345,75
Mai	337,00	341,00

Weizen Winnipeg (can. $/t) Wheat Board cif.	11. 12.	8. 12.
St. Lawrence 1 CW	235,29	235,09
Amber Durum	251,34	251,94

Roggen Winnipeg (can. $/t)		
Dez.	144,00	144,00
März	150,00	150,40
Mai	154,30	154,50

Hafer Winnipeg (can. $/t)		
Dez.	124,20	123,60
März	127,00	126,90
Mai	128,30	128,30

Hafer Chicago (c/bush)	11. 12.	8. 12.
Dez.	187,25	186,75
März	182,00	181,25
Mai	172,75	177,75

Mais Chicago (c/bush)		
Dez.	257,75	258,00
März	272,50	272,50
Mai	279,50	279,25

Gerste Winnipeg (can. $/t)	11. 12.	8. 12.
Dez.	139,30	137,70
März	137,00	136,60
Mai	137,30	137,10

Genußmittel

Kaffee New York (c/lb)	11. 12.	8. 12.
Terminkontr. Dez.	143,20	140,30
März	139,40	137,90
Mai	137,40	136,50

Kakao New York ($/t)	11. 12.	8. 12.
Terminkontr. Dez.	2330	2238
März	2118	2095
Mai	2118	2097
Umsatz	3150	1732

Zucker New York (c/lb)		
Kontrakt Nr. 11 Jan.	3,91	4,10
März	4,58	4,76
Mai	4,91	5,09
Juli	5,22	5,41
Sept.	5,45	5,67
Umsatz	11 950	13 925

Isa-Preis fob karibische Häfen (US-c/lb)	11. 12.	8. 12.
	3,72	3,96

Kaffee London (£/t) Robusta-	11. 12.	10. 12.
Kontrakt Jan.	2213–2215	2190–2200
März	2218–2220	2197–2199
Mai	2212–2215	2185–2187
Umsatz	2886	10 734

Kakao London (£/t)		
Terminkontrakt Dez.	1884–1886	1869–1870
März	1858–1859	1830–1831
Mai	1859–1861	1830–1832
Umsatz	5517	3594

Zucker London ($/t), Nr. 6		
März	129,40–129,60	136,40–138,60
Mai	136,40–136,60	143,60–143,80
Aug.	147,00–147,60	154,20–154,40
Umsatz	4760	3509

Pfeffer Singapur (Straits-Sing.-$/100 kg)	11. 12.	10. 12.
schw. Sarawak spez.	427,50	422,50
weißer Sarawak	657,50	657,50
weißer Muntok	665,00	665,00

Orangensaft New York (c/lb)	11. 12.	8. 12.
Jan.	161,90	–
März	164,00	–
Mai	164,30	–
Juli	164,80	–
Sept.	162,80	–
Umsatz	900	–

Öle, Fette, Tierprodukte

Erdnußöl New York (c/lb)	11. 12.	8. 12.
Südstaaten fob Werk	41,00	41,00

Maisöl New York (c/lb)		
US-Mittelweststaaten fob Werk	31,00	31,00

Sojaöl		
Chicago (c/lb) Dez.	27,15	27,30
Jan.	25,85	25,75
März	24,70	24,55
Mai	24,35	24,20
Juli	24,10	23,90
Aug.	23,80	23,50
Sept.	23,40	23,25

Baumwollsaatöl New York (c/lb)		
Mississippi-Tal fob Werk	29,00	29,00

Schmalz Chicago (c/lb)		
loco lose	29,00	29,00
Choise white hog 4% fr. F.	20,25	20,50

Talg New York (c/lb)		
top white	21,25	21,25
fancy	21,00	21,00
bleichfähig	19,25	19,25
yellow max. 10% fr. F.	17,75	17,75

Schweine Chicago (c/lb)		
Dez.	52,20	51,70
Febr.	51,90	51,10
März	47,80	47,05

Schweinebäuche Chicago (c/lb)		
Febr.	70,80	70,37
März	70,65	69,85
Mai	71,45	71,00

Häute Chicago (c/lb)	11. 12.	8. 12.
Ochsen einh. schwere River Northern	48,00	48,00
Kühe einh. schwere River Northern	47,00	47,00

Sojabohnen Chicago (c/bush)		
Jan.	592,00	594,00
März	605,00	607,50
Mai	618,25	620,00
Juli	629,00	631,50
Aug.	630,50	632,00
Sept.	619,50	620,50
Nov.	618,00	621,00

Sojaschrot Chicago ($/sht)		
Dez.	146,30	147,20
Jan.	148,50	149,20
März	154,50	155,10
Mai	160,00	160,30
Juli	165,00	165,30
Aug.	166,00	166,00
Sep.	167,00	167,00

Leinsaat Winnip. (can. $/t)	11. 12.	8. 12.
Dez.	352,50	353,50
März	363,00	364,10
Mai	369,60	370,50

Kokosöl New York (c/lb)	11. 12.	8. 12.
Westküste fob Werk	46,50	48,50

Erdnußöl Rotterdam ($/t)	12. 12.	11. 12.
jegl. Herk. cif	910,00	830,00

Leinöl Rotterdam ($/t)		
jegl. Herk. ex Tank	710,00	650,00

Palmöl Rotterdam ($/lgt)		
Sumatra cif	585,00	590,00

Sojaöl Rotterd. (hfl/100 kg)		
ab Niederl. fob Werk	225,50	227,00

Kokosöl Rotterdam ($/lgt)		
Philippinen cif	1000,0	1040,0

Leinsaat Rotterdam ($/t)		
Kanada Nr. 1 cif Rotterdam	301,00	301,00

Wolle, Fasern, Kautschuk

Baumwolle New York (c/lb) Kontrakt Nr. 2:	11. 12.	8. 12.
März	65,26	65,30
Mai	66,30	66,30
Juli	67,56	67,47
Okt.	68,09	68,16
Dez.	68,24	68,25
März	69,40	68,25

Kautschuk New York (c/lb); Händlerpreis		
loco RSS-1	42,25	42,25

Wolle Lond. (Neusl. c/kg) Kreuzz. Nr. 2:	11. 12.	10. 12.
Dez.	497–509	494–505
Jan.	504–509	504–507
März	515–576	514–517
Umsatz	133	69

Wolle Roubaix (F/kg) Kammzüge:	11. 12.	10. 12.
Dez.	52,45	52,45
März	53,50	53,50
Mai	53,50	53,50
Juli	53,50	53,50
Umsatz	0	9000

Tendenz: stetig

Wolle Sydney (austr. c/kg) Merino-Schweißwolle Standardtype	11. 12.	10. 12.
Dez.	571,0–572,0	570,0–574,0
März	582,0–584,0	–
Mai	–	–
Umsatz	16	8

Sisal London ($/t) cif eur. Haupthäfen	11. 12.	10. 12.
East African 3 long	680,00	680,00
undergraded	570,00	570,00

Seide Yokoh. (Y/kg) AAA, ab Lager	11. 12.	10. 12.
Dez.	12 528	12 511
Jan	12 486	12 510

Kautschuk London (p/kg)	11. 12.	10. 12.
Nr 1 RSS loco	61,00–65,00	61,00–65,00
Jan	60,50–64,00	61,50–64,50
März	62,50–66,00	62,50–65,50
April	63,50–67,50	63,50–66,50

Tendenz: sehr ruhig

Kautschuk Malaysia (mal. c/kg)	11. 12.	10. 12.
Jan.	192,75–193,50	193,75–194,25
J/Febr	198,00–198,50	198,75–199,00
Nr. 2 RSS Jan.	185,00–186,00	186,00–187,00
Nr. 3 RSS Jan.	181,50–182,50	182,50–183,50
Nr. 4 RSS Jan.	174,50–175,50	175,50–176,50

Tendenz: ruhig

Jute London (£/lgt)	11. 12.	10. 12.
BWC	–	–
BWD	–	–
BTC	–	–
BTD	–	–

Erläuterungen – Rohstoffpreise

Mengen-Angaben: 1 troyounce (Feinunze) = 31,1035 g, 1 lb = 0,4536 kg; 1 Fl. – 76 WD – (–); BTC – (–); BTD – (–)

Westdeutsche Metallnotierungen

(DM je 100 kg)

	12. 12.	11. 12.
Aluminium: Bas. London		
laufend. Monat	349,11–349,29	346,42–346,80
drittfolg. Monat	357,26–357,44	354,42–354,60
Blei: Basis London		
laufend. Monat	128,97–129,34	124,89–125,08
drittfolg. Monat	123,41–123,60	122,10–122,28
Nickel: Basis London		
laufend. Monat	1517,61–1519,46	1510,96–1512,82
drittfolg. Monat	1515,75–1517,61	1512,82–1513,56
Zink: Basis London		
laufend. Monat	252,01–252,38	249,78–250,15
drittfolg. Monat	248,30–248,67	147,55–247,92
Produz.-Preis	278,42	278,13
Reinzinn 99,9%	4095–4135	4103–4144

NE-Metalle

(DM je 100 kg)	12. 12.	11. 12.
Elektrolytkupfer für Leitzwecke (DEL-Notiz)*	418,04–418,89	415,56–417,42
Blei in Kabeln	136,75–137,75	132,50–133,50
Aluminium für Leitzwecke (VAW)		
Rundbarren	455,00–458,50	455,00–458,50
Vorziehdraht	464,00–464,50	464,00–464,50

*Auf der Grundlage der Meldungen über höchsten und niedrigsten Kaufpreise durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferbesteller.

Messingnotierungen

	12. 12.	11. 12.
MS 58, 1. Verarbeitungsstufe	398–400	395–398
MS 58, 2. Verarbeitungsstufe	438–441	436–439
MS 63	427–433	425–431

Zinn-Preis Penang

Straits-Zinn ab Werk prompt	11. 12.	10. 12.
(Ring./kg)	29,15	29,15

Deutsche Alu-Gußlegierungen

(DM je 100 kg)	12. 12.	11. 12.
Leg. 225	390–400	390–400
Leg. 226	392–402	392–402
Leg. 231	425–432	425–432
Leg. 233	435–442	435–442

Die Preise verstehen sich für Abnahmemengen von 1 bis 5 t frei Werk.

Edelmetalle

	12. 12.	11. 12.
Platin (DM je g)	33,80	33,80
Gold (DM je kg Feingold)		
Banken-Vkfpr.	33 000	32 950
Rücknahmepr.	32 250	32 200
Gold (DM je kg Feingold) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkfpr.	22 240	33 110
Rücknahmepr.	32 410	32 290
verarbeitet	34 870	34 730
Gold (Frankfurter Börsenkurs) (DM je kg)	32 640	32 530
Silber (DM je kg Feinsilber) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkfpr.	692,10	695,90
Rücknahmepr.	671,80	675,40
verarbeitet	722,50	726,40

Internationale Edelmetalle

Gold (US-$/Feinunze) London	12. 12.	11. 12.
10.30	327,60	326,65
15.00	334,50	326,75
Zürich mittags	325,50–326,00	326,90–327,40
Paris (F/1-kg-Barren) mittags	99 400	99 100
Silber (p/Feinunze)		
London Kasse	565,70	588,00
3 Monate	579,50	580,90
6 Monate	593,35	595,30
12 Monate	619,90	621,00

Platin (£-Feinunze) London	11. 12.	10. 12.
fr. Markt	261,75	263,10
Palladium (£-Feinunze) London		
f. Händlerpr.	114,80	115,25

New Yorker Preise	11. 12.	8. 12.
Gold H & H Ankauf	326,75	328,25
Silber H & H Ankauf	680,00	687,00
Platin fr. Händlerpr.	319,00–322,00	319,00–322,00
Produz.-Preis	475,00	475,00
Palladium fr. Händlerpr.	137,50–138,50	138,50–139,50
Produz.-Preis	150,00	150,00
Silber (c/Feinunze)		
Dez.	675,00	678,00
Jan.	678,50	681,50
Febr.	683,50	686,60
März	688,00	691,00
Mai	698,50	702,00
Juli	709,00	730,00
Sept.	723,00	728,80
Umsatz	19 000	14 000

New Yorker Metallbörse

Kupfer (c/lb)	11. 12.	8. 12.
Dez.	58,40	57,35
Jan.	58,55	57,60
März	59,30	58,40
Mai	60,10	59,15
Juli	61,65	59,90
Sept.	61,45	60,70
Dez.	62,50	61,80
Umsatz	9500	10 000

Londoner Metallbörse

	12. 12.	11. 12.
Aluminium (£/t)		
Kasse	942,00–942,50	935,00–936,00
3 Monate	964,00–964,50	957,00–957,50
Blei (£/t) Kasse	348,00–349,00	341,00–342,00
3 Monate	333,00–333,50	334,00–334,50
Kupfer Highergrade (£/t)		
mittags Kasse	1115,0–1116,0	1105,5–1106,0
3 Monate	1128,5–1129,0	1117,5–1118,0
abends Kasse	–	1108,0–1109,0
3 Monate	–	1118,5–1119,0
(Kupfer-Standard)		
Kasse	1124,0–1127,0	1115,0–1118,0
3 Monate	1136,0–1138,0	1127,0–1129,0
Zink (£/t) Kasse	680,00–681,00	679,00–680,00
3 Monate	670,00–671,00	670,00–671,00
Zinn (£/t) Kasse	9910–9915	9870–9875
3 Monate	9832–9834	9815–9820
Quecksilber ($/Fl.)	–	300–310
Wolfram-Erz ($/T-Einh.)	–	75–80

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden † Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Manfred Schell, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos, Klaus Bruns (stellv.)

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke, Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius, Klaus-J. Schwehn (stellv.), Klaus Jonas (stellv. für Tagesschau); Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Martin Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann, Dr. Leo Fischer (stellv.); Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Dr. Rainer Nolden; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Knut Teske (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Kluge-Lübke; WELT-Report Inland: Heinz-Rudolf Scheike (stellv.); WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Personalien: Ingo Urban; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Werner Kahl, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje; Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Thomas L. Kielinger (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Günther Bading, Stefan G. Heydeck, Peter Jentsch, Evi Keil, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps, Gisela Reiners

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Klare Warnecke MA; Hannover/Kiel: Christoph Graf Schwerin von Schwanenfeld (Politik); Hannover: Dominik Schmidt (Wirtschaft); München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Chefreporter: Horst Stein (zugleich Korrespondent für Europa), Walter H. Rueb

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Wilhelm Furler; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Stockholm: Reiner Gatermann; Washington: Fritz Wirth, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Bogotá: Prof. Dr. Günter Friedländer; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt, Bodo Radke; Jerusalem: Ephraim Lahav, Heinz Schewe; London: Helmut Voss, Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Mexico City: Werner Thomas; New York: Alfred von Krusenstiern, Gitta Bauer, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz; Zürich: Pierre Rothschild.

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714 Fernkopierer (02 28) 37 34 65

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 11, Telex 1 84 565, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 565

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104 Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919 Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09 Telex 9 230 106

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (0 69) 71 73 11, Telex 4 12 449 Fernkopierer (0 69) 72 79 17 Anzeigen: Tel. (0 69) 77 90 11-13 Telex 4 185 525

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966 Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813 Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39 Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 25,60 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 63 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 13 gültig ab 1. 7. 1984, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 49.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart. Der Verlag übernimmt keine Gewähr für sämtliche Kursnotierungen.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT. Anzeigenpreisliste Nr. 4, gültig ab 1. Januar 1984.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Reinhard Precht

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Hans Biehl

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 6.

Bundesanleihen

Bundespost

Länder – Städte

Bankschuldverschreib.

Bundesbahn

Renten leicht erholt

Als Folge des leichten Renditerückgangs der US-Bonds konnte sich bei den deutschen öffentlichen Anleihen ein Kursanstieg durchsetzen. Davon profitierte auch die jüngste siebenprozentige Bundesanleihe, die mit 99,80 Prozent um 0,05 Prozentpunkte über ihrem Emissionskurs gehandelt wird. Als Folge des Fortfalls der Couponsteuer liegen die Renditen bei den DM-Auslandsanleihen jetzt etwas höher als bei den Inlandsemissionen. So wurde die neue EIB-Anleihe mit einem Zinssatz von 7,25 Prozent bei einem Ausgabekurs von 100 Prozent aufgelegt.

	12. 12.	11. 12.
M 7 dgl. Pf 20	100G	100G
B 5 Berl. Pfandb. Pf 7	102,5G	102,5G
7 dgl. Pf 31	101G	101G
6 dgl. Pf 34	97,5	97,5
6½ dgl. Pf 37	99G	99G
8 dgl. Pf 51	100,25	100,15G
Ha5 Brітann. Hypo. Pf 1	118G	118G
7 dgl. Pf 80	95,75G	95,75G
7½ dgl. Pf 87	102G	102G
6 dgl. KS 29	87,25G	87,25G
7 dgl. KS 30	101,3G	101,3G

Industrieanleihen

Optionsscheine

Sonderinstitute

Optionsanleihen

	12. 12.	11. 12.
F 3½ Kansai Pain 84 mO	97	
3½ dgl. 84 oO	89,15	
3¼ Mitsubishi 84 mO	103,5bG	
3½ dgl. 84 oO	90,25	
3¾ Nippon Flour 84 mO	102,75G	
3½ dgl. 84 oO	89,5	
5¾ Rhythm Watch 84 mO	135G	
5¾ dgl. 84 oO	95,5	
3¾ dgl. 84 oO	89,5	
4 Veba 84 mO	125,5	
4 Veba 84 oO	84,05	
8½ BASF 74 oO	101,9bG	
3¼ Bayer 84 mO	135,75	
3¼ Bayer 84 oO	81,5bG	
5 Cont 84 mO	139	
5 Cont 84 oO	87,5	

Währungsanleihen

6¾ Kopenhagen 72

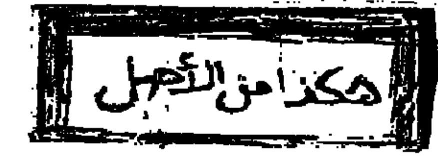
Wandelanleihen

Düsseldorf

DM-Auslandsanleihen

Wandelanleihen

Ausländische Aktien in DM

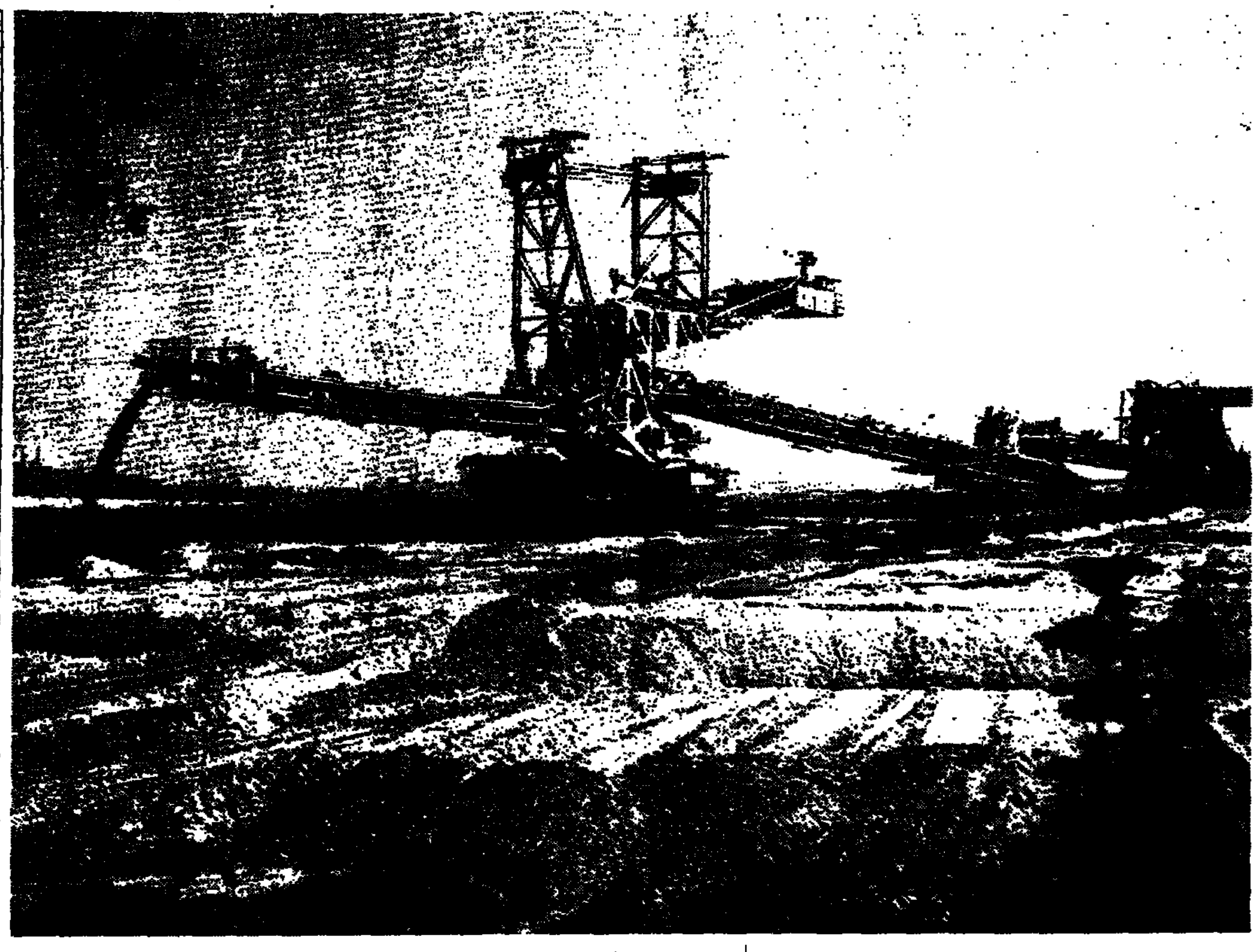


Keine Privilegien

Bm. – Aus der Wirtschaft und Politik wollen die *Forderungen* nicht enden, die Elektrizitätswirtschaft möge die stromintensiven Unternehmen mit besonderen Konditionen bedenken, um deren Wettbewerbsposition zu festigen. Ein Blick auf die Anteile der direkten Energiekosten bestimmter Produktionen zeigt, daß dort der Strompreisschuh *drückt* (Zement 35 Prozent vom Umsatz, Aluminium 40 Prozent der Gesamtkosten, Stahl 25 Prozent, Ammoniak 60 Prozent und anorganische Säuren zwischen 63 und 80 Prozent vom Bruttoproduktionswert). Aber kann die Kraftwirtschaft solche Privilegien gewähren?

Sie kann es nicht. Selbst wenn es Paragraph 26 des Kartellgesetzes nicht gäbe, der die Gleichbehandlung von Kunden gebietet, *müßten Privilegien in einem heil*losen Preis-Tohuwabohu enden. Denn wer wüßte nicht *gute* Gründe für eine Sonderbehandlung anzuführen? Der Versorger hat dem Prinzip der Gleichbehandlung zu dienen. Ausnahmen kann nur die Politik beschließen, die dann als Subventionen bezahlt werden müssen.

Ist diese Rechtsphilosophie richtig – und wer möchte daran zweifeln? –, dann widerspricht ihr auch der Import von kostengünstigem Kernkraftstrom aus Frankreich. *Hier* beschafft *sich* jemand Wettbewerbsvorteile auf Kosten *heimischer Konkurrenten, die zu* der Solidarleistung zugunsten der heimischen Steinkohle stehen – und dafür bezahlen, zum Nachteil ihrer Wettbewerbsposition gegenüber ausländischen Anbietern. Der Ausweg heißt: Investieren, um Strom rationeller einsetzen zu können. Privilegien beschädigen die Freiheit des Marktes.



Die neue Braunkohlengrube Hambach ist in Betrieb

Die rheinische Braunkohle ist eine der solidesten Säulen der deutschen Stromwirtschaft. Mit 80 Milliarden Kilowattstunden steuerte sie im vergangenen Jahr knapp ein Viertel zum bundesdeutschen Stromaufkommen bei. 11 400 Megawatt *Kraftwerkskapazität arbeiten für die Rheinische* Braunkohlenwerke AG, die zum RWE gehört. Die Entschwefelung dieser Kraftwerke bis 1988/89 wird rund drei Milliarden Mark verschlingen. Rechnet man die Neubauten hinzu, die alte Kraftwerke ersetzen werden, so sind es grob acht Milliarden Mark, die Rheinbraun investieren muß. Seit Anfang dieses Jahres wird auch im neu erschlossenen Braunkohlenfeld Hambach gefördert. Tiefe der *Fördergrube: 180 Meter. Die Abraumhalde* Sophienhöhe mißt 160 Meter über Boden. In Hambach lagern rund 2,5 Milliarden Tonnen Braunkohle, die bis etwa 2035 gefördert werden sollen. Der Aufschluß von Hambach kostet circa 3,7 Milliarden Mark. Im gesamten rheinischen Braunkohlenrevier lagern rund 55 Milliarden Tonnen Braunkohle, von denen bisher etwa 3,5 Milliarden Tonnen gefördert wurden. 1984 wird die Förderung von Rheinbraun *rund 120 Millionen Tonnen* betragen. Das Foto zeigt einen der riesigen Bagger im neuen Braunkohlenfeld Hambach, die eine Tagesleistung von 240 000 Kubikmeter haben. FOTO: RWE

DER MARKT / Selbst die beiden Ölpreisschocks des vergangenen Jahrzehnts konnten das Wachstum des Elektrizitätsbedarfs nicht stoppen

Strompreise künftig in „ruhigeren Wassern"

Von REINHARD BARTSCH

Der Anteil der öffentlichen Stromerzeugung und -verteilung am Primärenergieverbrauch in der Bundesrepublik ist in *den vergangenen Jahrzehnten* stetig gewachsen. Er erreichte im vergangenen Jahr genau 30 Prozent. Damit hat die deutsche Elektrizitätswirtschaft ihre Position bei der Energieversorgung der Bundesrepublik kontinuierlich verbessert. Heute stellt sich die Frage, welche Wachstumschancen die Elektrizität am Energiemarkt der Zukunft haben wird.

Erinnern wir uns: Selbst die beiden Ölpreiskrisen des vergangenen Jahrzehnts konnten das Wachstum des Stroms nicht stoppen. Im Gegenteil! Wie in anderen Industriestaaten nahm der Stromverbrauch – prozentual wie auch absolut gesehen – *zwi*schen 1973 und 1982 im Durchschnitt *um 2,2 Prozent* je Jahr zu.

Die Wettbewerbsfähigkeit des elektrischen Stroms blieb im letzten Jahrzehnt trotz starker Kostenlast erhalten. So stiegen die Strompreise in der Bundesrepublik von *1973* bis *1983* zwar um rund 90 Prozent, doch im *gleichen Zeitraum legte die deutsche* Steinkohle um etwa 180 Prozent, das Erdgas um rund 300 Prozent und das Heizöl gar um 370 Prozent zu. Die preisliche Situation des Stroms verbesserte sich damit im Vergleich zu *anderen Energieträgern nachhaltig.*

Zwar lassen die neuen Vorschriften zur Rauchgasentschwefelung von Kohlekraftwerken einen weiteren Kostenschub erwarten, doch dürften diese Kosten dank inzwischen günstigerer Erzeugungsstruktur insbesondere im norddeutschen Raum (derzeit 64 Prozent Kernenergiestrom) zumindest teilweise wieder *aufgefangen* werden. So steht zu erwarten, daß die Strompreisentwicklung in den nächsten Jahren in „ruhige Fahrwasser" gerät.

Chancen eröffnen sich für die Elektrizität auch dadurch, daß sie inzwischen weitgehend ein heimisches Produkt geworden ist. So wird sie – abgekoppelt von *Preissprüngen* und Risiken auf den Weltenergiemärkten – überwiegend aus inländischen Quellen erzeugt. 1983 stützte sich der Energieeinsatz für die öffentliche Elektrizitätsversorgung zu rund 63 Prozent auf deutsche Stein- und *Braunkohle. Lediglich 6,5 Millionen* Tonnen kamen aus Übersee.

Als heimische Energie ist guten Gewissens auch die Kernkraft zu nennen, die 1983 in der Bundesrepublik rund 20 Prozent zur öffentlichen Stromerzeugung beitrug. Schließlich macht der Preis für Rohuran nur einen kleinen Teil der Stromerzeugungskosten in einem Kernkraftwerk aus. *Außerdem lagert Kernbrennstoff* für mehrere Jahre in der Bundesrepublik, so daß der Wirtschaftszweig Marktentwicklungen für Uran gelassen beobachten kann. Von der Kostenseite her betrachtet wird Strom aus Kernenergie heute zu 91 Prozent im *Inland* erarbeitet.

Einschließlich der heimischen *Wasserkraft (Anteil immerhin 4,4 Pro*zent an der Stromerzeugung) läßt *sich damit unter dem Strich feststel*len, daß inzwischen fast 90 Prozent der in den Kraftwerken der öffentlichen Elektrizitätsversorgung eingesetzten Energieträger eindeutig heimischer Natur sind. *Auf dieser* sicheren Grundlage gewinnt der elektrische *Strom mit Blick auf Angebot* und Preis eine gerade für Industrie und Gewerbe zusätzliche Qualität: Er wird langfristig kalkulierbar und damit eine wichtige Hilfe bei künftigen Investitionsentscheidungen sein.

Wachstumschancen ergeben sich *dank* der Vorzüge, die dem elektrischen Strom eigen sind. Dazu zählen seine Vielseitigkeit beim Einsatz und die Anpassungsfähigkeit an Strukturveränderungen der Wirtschaft. So erscheint die elektrische Energie bestens geeignet, die zunehmende Mechanisierung und Automatisierung der Produktionsprozesse zu begleiten, den erhöhten Hilfsenergiebedarf *moderner Fertigungsanlagen für dort* installierte Regel- und Steuersysteme zu decken und so den zurückgehenden spezifischen Brennstoffeinsatz in der Industrie durch erhöhte Eigenlieferungen zu kompensieren.

Es besteht kein Zweifel, daß dieser Trend sich mit dem verstärkten Vordringen der Roboter- und Sensoren*technik sowie neuer Kommunika*tionssysteme fortsetzen dürfte.

Allerdings – dies sollte nicht verschwiegen werden – bauen sich im politischen Raum auch Probleme auf. So werden Stimmen laut, die den forcierten Aufbau einer dezentralen Stromversorgung mit Kleinstkraftwerken nach dem Prinzip der Kraft*wärmekopplung fordern, um große* Kernkraftwerke einzusparen. Die auf diese Weise erzeugte elektrische Energie würde aber bei weitem nicht den Strombedarf decken.

Heute werden aus der Kraftwärmekopplung zwar rund neun Prozent des Wärmebedarfs, aber nur drei Prozent des Strombedarfs gedeckt. Selbst bei *einer Verdreifachung der* Fernwärmekapazität könnten nur etwa zehn Prozent des Strombedarfs erzeugt werden. Überdies läuft die Forderung nach dezentraler Stromversorgung zwangsläufig darauf hinaus, erheblich mehr Mineralöl und Erdgas einzusetzen. Damit aber würde *die Umwelt deutlich stärker* belastet, würden heimische Energien zunehmend verdrängt. Vor einer solchen Politik kann nur gewarnt werden, sie liefe den Entwicklungen anderer Industrieländer zuwider. Das Nachsehen hätten alle Stromverbraucher, *hart träfe es aber die deutsche* Industrie. Ihre Wettbewerbsfähigkeit wäre weiter eingeschränkt.

Doch gibt es noch keinen Grund, so schwarz zu sehen. Fest steht, daß die Wachstumschancen des Stroms durch die Bevölkerungsentwicklung, das Wirtschaftswachstum, die Ausschöpfung von Energiesparpotentialen und die Energiepreisentwicklung bestimmt werden. Wenn auch die Bevölkerung in der Bundesrepublik zahlenmäßig bis zum Jahre 2000 zurückgeht, so werden doch in nächster Zeit durch Eheschließungen der geburtenstarken Jahrgänge zusätzlich neue Haushalte gegründet, die einen Mehrabsatz von Strom – auch im *Wärmemarkt – erwarten lassen.*

Die Elektrizität ist ein *diffiziles Wirtschaftsgut, das unser Leben sehr* stark verändert hat. Unseren Politikern sei angeraten, Elektrizitätswirtschaftspolitik durch Elektrizitätswirtschaftler mitgestalten zu lassen. Zu leicht könnten falsche Schlüsse langfristig fatale Folgen haben.

TECHNIK / Reaktoren mit Zukunft

Zwei Baureihen für hohe Temperaturen

lz, Düsseldorf

Das zufriedenstellende *Angebot* an bezahlbaren Primärenergieträgern läßt heute eine Reaktorentwicklung in der Warteposition ausharren, die nach wie vor große Hoffnungen in *sich* trägt. Der *Hoch*temperaturreaktor (HTR) könnte zum Beispiel die Prozeßwärme liefern, *mit deren Hilfe* die nukleare Kohlevergasung realisiert werden kann, bei geringerer Belastung der Umwelt und niedrigeren Kosten der Gaserzeugung als mit konventionellen Verfahren.

Kleinere HTR-Einheiten wären auch für *energieintensive Industrie*anlagen eine interessante Lösung der Prozeßwärmebereitstellung oder bieten Großkommunen eine zentrale Energieversorgung, die mit dem Hochtemperatur-Modul-Reaktor dem aktuellen Bedarf angepaßt werden könnte.

Hohe Sicherheit

Vor drei Jahren stellte der Minister *für Wirtschaft, Mittelstand und Ver*kehr des Landes Nordrhein-Westfalen, Reimut Jochimsen, die noch heute geltende Frage, was er von einer langjährigen Reaktorentwicklung halten solle, die zu großen Hoffnungen berechtige, aber noch keine kommerzielle Nutzung erfahren habe.

Da war ein mit interessanten Merkmalen *ausgestattetes Reaktorkonzept* entworfen worden, das wie keine andere Maschine Wärme auf einem hohen Temperaturniveau liefert, das mit einem Überschuß an Sicherheit ausgestattet werden kann wie kein anderes Reaktorsystem, das mit Brennelementen arbeitet, die jedem anderen System in der Handhabung überlegen sind und das eine Strahlenbelastung entwickelt, die um mehrere Größenordnungen kleiner ist, als die anderer Kernreaktoren.

Jochimsen stellte aber auch fest, das ein Merkmal fehlte – dieses Reaktor-Konzept war nie Teil einer militärischen Entwicklung – es fehlte ein großer Sponsor. Den Minister bewegte weiter die Frage, *ob es sich bei* diesem aus dem Reaktorbaukasten der 50er Jahre stammenden Konzept zwar doch um eine faszinierende, aber letztlich doch gigantisch irrige Angelegenheit handle, die vom Land mit öffentlichen Mitteln unterstützt wird. *Diese Frage kann auch heute* noch nicht beantwortet werden, es fehlt der großtechnische Beweis.

Der gasgekühlte Reaktor war am Anfang der friedlichen Kernenergienutzung der bevorzugte Typ, mit dem umfangreiche Betriebserfahrungen gesammelt werden konnten. Der heute konzipierte Hochtemperaturreak*tor ist die rund drei Jahrzehnte* währende Weiterentwicklung des gasgekühlten Reaktors mit einer hohen, im Versuchsreaktor in Jülich bewiesenen, HTR-spezifischen Sicherheit.

Der HTR hat einen heliumgekühlten, graphitmoderierten Reaktorkern, bei dem in der Bundesrepublik Deutschland kugelförmige (sechs *Zentimeter im Durchmesser) Brenne*lemente in einem Schüttbett, dem sogenannten Kugelhaufen, eingesetzt werden.

Das Projekt „Prototypanlage Nukleare Prozeßwärme" (PNP) soll den Nachweis der Einsatzfähigkeit zweier *unterschiedlicher* Verfahren *bei der* Verwendung der HTR-Wärme für die Kohleveredlung erbringen. Es sind dies die hydrierende Vergasung von Braunkohle und die Wasserdampfvergasung von Steinkohle.

Für die hydrierende Vergasung ist der sogenannte Röhrenspaltofen, in dem die Wasserdampfspaltung endotherm abläuft, die wärmetauschende Komponente zwischen Primär- und Sekundärkreis. Ein Zwischenwärmetauscher, der auf der Rohrseite vom Primärkühlmittel und auf der Mantelseite von nicht kontaminiertem Helium umströmt wird, ist aus verfahrenstechnischen Gründen bei der *Wasserdampfvergasung* vorgesehen (Wendelrohrwärmetauscher). Eine andere Bauweise, der Helium-Helium-U-Rohr-Wärmetauscher.

Das HTR-Modul-Kraftwerk basiert in der Konzeption auf einer Standardisierung des nuklearen Wärmeer*zeugersystems. Dadurch können zeit*aufwendige Genehmigungsschritte einmalig veranlaßt werden und für Folgeprojekte vorliegen. Die nachgeschalteten Anlagenteile werden in der erprobten konventionellen Technik errichtet.

*Aus den Vorteilen einer zu erwar*tenden Serienfertigung ergeben sich weiterhin als wünschenswerter Nebeneffekt geringere Bauzeiten und Einschränkung des Finanzierungsrisikos. Die standardisierten Reaktoreinheiten kleinerer Leistung lassen sich zu Anlagen in einem weiten Leistungsbereich zusammenschalten. *Die Leistung einer HTR-Modul*-Grundeinheit beträgt für die Prozeßwärmeerzeugung 170 MJ/s (Mega-Joule/Sekunde) und für die Dampferzeugung, bei etwas niedrigerer Gasaustrittstemperatur, 200 MJ/s. Der bei den Leichtwasserreaktoren erprobte Stahldruckbehälter wird als Druckgefäß vorgesehen.

Der *Hochtemeraturreaktoreinsatz* wird bestimmt von Faktoren wie dem Bedarf an Energie in einer bestimmten Darbietungsform (Wärme, Strom oder Gas) und an einem bestimmten Standort sowie Investitions- und Betriebskosten. Diese sind im wesentlichen abhängig von der Größe der Einheiten (Kostendegression mit zu*nehmender Leistung*), dem Stand der Technologie, den Brennstoffkosten, der Verfügbarkeit, den Unterhaltungskosten, der Genehmigungsfähigkeit (beeinflußt Bauart) und der bei den Nuklearanlagen wichtigen Frage der Entsorgung.

Sofortige Endlagerung

Bei Verzicht auf die Wiederaufarbeitung können die HTR-Brennelemente einer sofortigen Endlagerung zugeführt werden. Der eingesetzte *Brennstoff wird so hoch ausgenutzt,* daß hinsichtlich Ressourcenschonung eine Wiederaufarbeitung entfallen kann. Bei der direkten Endlagerung ist die Uraneinsparung vergleichbar der des Leichtwasserreaktors mit Wiederaufarbeitung. Für die fortschrittliche *Linie der HTR stellt* der 300-MW-Thorium-Hochtemperaturreaktor *(THTR-300) bei Hamm*-Uentrop den Ausgangspunkt dar.

Wesentlich auf dem THTR-300 baut der HTR-500 auf, bei dem weitgehend Konzeptänderungen vermieden und der besonders für Schwellenländer interessant werden dürfte. Der ge*plante HTR-500 hat* trotz seiner geringeren Leistung gegenüber dem 1300-MW-Konvoi-Druckwasserreaktor heutiger Bauart nur geringfügig höhere spezifische Anlagenkosten.

Noch ist dem Hochtemperaturreaktor der Durchbruch nicht gelungen. Trotz einiger klarer Vorteile wird weiter auf den ersten kommerziellen *Auftrag aus* der Industrie oder einer Großkommune gewartet. Da in der Bundesrepublik eine Referenzanlage fehlt, stellen sich auch international Probleme ein. Aus Ländern wie Japan und den USA wird Interesse gemeldet, aber kein Zuschlag.

KOHLEVERGASUNG

Neue Probephase bei HTR-Reaktoren

WR. Essen

Im Rahmen des Gesamtvorhabens „Kohleveredelung mittels nuklearer Prozeßwärme aus einem Hochtemperaturreaktor" hat die Komponenten-Erprobung besondere Bedeutung: Einer der wichtigsten Apparate in einem HTR-Reaktorsystem zur Steinkohlevergasung ist der Helium-Helium-Wärmetauscher. Er hat die Aufgabe, die erzeugte nukleare Wärme aus dem Reaktor heraus in den Sekundär-Heliumkreislauf zu übertragen, wo sie zur Wasserdampf-Vergasung von Steinkohle bei 900 Grad Celsius in einem Gasgenerator verwendet wird.

Für die Erprobung neuentwickelter Großkomponenten des Hochtemperaturreaktors zur Kohlevergasung wurde bei Interatom ein Hochtemperatur-Helium-Kreislauf (Temperatur bis 1000 Grad Celsius) mit der Bezeichnung KVK (Komponenten-Versuchs-Kreislauf) errichtet und 1982 in Betrieb genommen.

In der KVK-Anlage wurde jetzt der insgesamt 25 Meter hohe Helium-Helium-Wärmetauscher in U-Rohr-Bauweise mit einer Leistung von 10 MW und einem Gesamtgewicht von 110 Tonnen eingebaut (Entwicklung: Interatom GmbH; Detailplanung und Fertigung: Balcke-Dürr AG, Ratingen). Das 110 Tonnen schwere Rohrbündel des Wärmetauschers (Höhe rund 21 Meter) war einige Tage zuvor auf eine „Warteposition" in einer benachbarten Versuchsanlage abgesetzt worden.

Krupp lieferte den Testbehälter

Nach dem Einbau eines speziell hergestellten Testbehälters (Fertigung: Krupp Industrietechnik GmbH, Rheinhausen) in die KVK-Versuchsanlage wurde am 3. Dezember der Wärmetauscher in diesen Testbehälter eingehoben; er wird derzeit montiert. Der Wärmetauscher ist voll repräsentativ für das entsprechende Bauteil einer HTR-Anlage in Modulbauweise; lediglich die Leistung der Testkomponente (10 MW) entspricht etwa ein Zwanzigstel der Leistung des späteren Bauteils.

Im April 1985 beginnt das 12monatige Versuchsprogramm mit dieser Komponente. Daran anschließend wird ein zweiter Wärmetauscher gleicher Leistungsgröße, jedoch in Wendelrohr-Bauweise (Entwicklung: Interatom GmbH, Detailplanung und Fertigung: L. & C., Steinmüller GmbH, Gummersbach) in der KVK-Anlage erprobt.

Für die Umwandlung heimischer Braun- und Steinkohle in gasförmige und flüssige Produkte (zum Beispiel Treibstoffe) ist ein heliumgekühlter Hochtemperaturreaktor (HTR) mit kugelförmigen Brennelementen besonders geeignet, die für diesen Prozeß auf dem hohen Temperaturniveau von 800 bis 950 Grad Celsius benötigte Wärme bereitzustellen.

Stahlindustrie entwickelte neuartige Werkstoffe

Mit dem HTR-Modulreaktor entwickelt die Firmengruppe KWU/Interatom eine derartige Wärmequelle. Im Rahmen des Projektes „Prototypanlage Nukleare Prozeßwärme" (PNP) werden seit einigen Jahren die wärmetauschenden und wärmeführenden Bauteile einer solchen Reaktoranlage entwickelt sowie mit Hilfe von Testmodellen in großtechnischen Versuchsanlagen erprobt.

Wegen der extremen Materialanforderungen bei Temperaturen im Bereich von 950 Grad Celsius wird Apparaten wie dem Helium-Helium-Wärmetauscher als Teil der Reaktoranlage ein außerordentlich hohes Maß an Betriebssicherheit und Zuverlässigkeit abverlangt. Für diesen Anwendungsfall im Hochtemperaturbereich, bei dem technisches Neuland betreten wird, mußten von der deutschen Stahlindustrie neuartige Werkstoffe entwickelt und erprobt werden.

Darüber hinaus waren zum Beispiel neue oder weiterentwickelte Schweißverfahren nötig, um derartige Wärmetauscher herzustellen. Beides eröffnet der beteiligten Industrie erhebliche Möglichkeiten, das bei Nuklearprojekten gewonnene Know-how auch auf anderen Gebieten zu nutzen („Spin-off"-Effekt).

Hessen-Gesetz: Es soll kleinmachen, was längst klein ist

DW. Frankfurt

Im November noch konnten die hessischen Industrie- und Handelskammern mit der SPD-Landtagsfraktion und mit der Fraktion der Grünen diskutieren über den Regierungsentwurf für ein „Gesetz über sparsame, rationelle, sozial- und umweltverträgliche Energienutzung in Hessen". Enttäuscht konstatieren die Kammern: Eine Anhörung vor dem Landtag wird nicht stattfinden, „der Gesetzentwurf soll offenbar in größter Eile verabschiedet werden".

Die Kammern warnen davor, einer Industrielandschaft mit 250 Einwohnern pro Quadratkilometer den Lebensnerv einer wirtschaftlichen Energieversorgung zu durchschneiden. Kernpunkt des Gesetzentwurfes ist für die Kammern Paragraph 5, die beabsichtigte Förderung von „dezentralen Energienutzungsanlagen" – also kleiner Anlagen im Besitz von Gemeinden und Landkreisen.

Dazu unter anderem die Kammern: Die deutsche Stromversorgung ist vielschichtig gegliedert und weist längst eine an den konkreten Erfordernissen vor Ort orientierte dezentrale Organisationsform auf. 90 Prozent aller Kraftwerke haben eine Leistung von unter 100 bis 200 Megawatt, sie müsen also als klein bezeichnet werden.

Doch der Gesetzentwurf will das, was längst klein ist, nun noch kleiner machen, mit dem ausdrücklichen Hinweis, daß man dafür auch Subventionen vorsehen müsse.

Die Vereinigung Deutscher Elektrizitätswerke nimmt zu dem Hessen-Gesetz wie folgt Stellung:

1. Grundsätzliches

a) Der Gesetzenwurf zielt
– auf eine grundlegende Strukturänderung in der öffentlichen Energieversorgung,
– auf eine politische Lenkung der Unternehmen
– auf eine Bedarfssteuerung der Verbraucher

b) Der Gesetzenwurf bevorzugt unter der Bezeichnung „dezentral" bestimmte Techniken. Hierbei werden
– grundlegende Fragen der Marktwirtschaft und Wirtschaftlichkeit außer acht gelassen
– Subventionen zu Lasten von Verbraucher und Steuerzahler angeboten.

c) Der Gesetzentwurf verläßt die energiepolitische Zielsetzung einer sicheren Versorgung mit heimischer Energie, insbeondere die Verstromung deutscher Steinkohle.

d) Die Unternehmen der öffentlichen Elektrizitätsversorgung, und zwar alle Versorgungsstufen, lehnen den Gesetzesentwurf ab, weil er
– darauf abzielt, die unternehmenswirtschaftliche, pluralistische Struktur der anerkannt leistungsfähigen Elektrizitätsversorgung in der Bundesrepublik zu ändern
– die Erfüllung der öffentlichen Aufgaben der Elektrizitätsversorgung gefährdet
– der Energiepolitik des Bundes zuwiderläuft
– die Erfüllung des Jahrhundertvertrages gefährdet
– einseitig Importenergien bevorzugt
– elektrische Energie unberechtigt im Wettbewerb diskriminiert.

2. Dezentralisierung

Energie dezentral einzusetzen und den Ausbau der dezentralen Energieversorgung so schnell wie möglich voranzutreiben, ist erklärtes Ziel des Gesetzes.

Die Elektrizitätswirtschaft hält eine einseitige Vorabentscheidung zugunsten dezentraler Versorgungen, deren Wirtschaftlichkeit langfristig nur durch staatliche Subventionen erreichbar ist, für einen Verstoß gegen die Prinzipien der Marktwirtschaft. Dafür gibt es weder einen Zwang zum Handeln noch eine sachliche Begründung.

3. Kommunalisierung

Die Beachtung und Erfüllung der energie- und umweltpolitischen Ziele ist nicht davon abhängig, in wessen Eigentum die Unternehmen der öffentlichen Elektrizitätsversorgung stehen.

Die öffentliche Elektrizitätsversorgung in der Bundesrepublik hat eine pluralistische Struktur mit bereits ausgeprägt kommunaler Beteiligung. Über die Hälfte der Unternehmen der öffentlichen Elektrizitätsversorgung sind kommunale Einzelunternehmen der Orts- und Kreisstufe. Parallel dazu haben sich ebenso leistungsfähige Versorgungsunternehmen der Regional- und der Verbundstufe in der Flächenversorgung entwickelt. Auch an diesen Unternehmen ist eine Vielzahl von Kommunen beteiligt.

In Hessen wird der Strombedarf der Verbraucher überwiegend durch eine größere Zahl von kommunalen Unternehmen und von sechs Regionalunternehmen gedeckt, an deren Grundkapital die Kommunen mit 79 Prozent beteiligt sind. Die Stromerzeugung erfolgt zu einem großen Teil durch überregionale Verbundunternehmen mit ebenfalls hoher Kommunalbeteiligung.

Diese pluralistische Struktur mit weitgehender Beteiligung der Kommunen an den Unternehmen der öffentlichen Elektrizitätsversorgung hat sich bewährt und sollte erhalten bleiben. Sie sollte nicht durch nicht marktkonforme Maßnahmen gefährdet werden.

Eine Diskriminierung in Abhängigkeit von Größe und prozentualer Beteiligung der Kommunen würde auch die bisher gute Zusammenarbeit von Unternehmen der verschiedenen Versorgungsstufen belasten. Diese Kooperation kann aber gerade bei neuen Projekten von Kommunen mit anderen Versorgungsträgern zur Erschließung von Potentialen der Fernwärme nützlich sein.

4. Minimierung des Primärenergieverbrauchs

Das abstrakte Ziel Minimierung des Primärenergieverbrauchs wird weder energiepolitischen noch umweltpolitischen Zielen gerecht, noch ist es mit dem Ziel des Energiesparens sinnvoll vereinbar.

Die Subventionierung von Technologien, die die Stromerzeugung aus heimischer Kohle und Kernenergie verdrängen zugunsten importierter Energieträger, ist selbst dann nicht sinnvoll, wenn mit diesen importierten Energieträgern ein höherer Wirkungsgrad erzielt wird.

Die Stromerzeugung der Unternehmen der öffentlichen Elektrizitätsversorgung erfolgt zu mehr als 80 Prozent aus Kohle und Kernenergie. Auf den Produktionswert bezogen sind beide Energiearten als heimische Energie zu werten.

Der größte Teil der zur Stromerzeugung genutzten Energie – Braunkohle, Steinkohle, Kernenergie, Wasserkraft und Müll – kann derzeit überhaupt nur in Kraftwerken erschlossen werden. Soweit diese Energieträger nicht anderweitig nutzbar sind oder abgesetzt werden können, sind sie zusätzliche Energien, deren Wirkungsrad bis zu 40 Prozent bei Nutzung im Kraftwerk beträgt, während er bei Nichtnutzung Null ist.

Eine energiepolitische Wertung der Energietechnik nach ihrem physikalischen Wirkungsgrad ist daher alles andere als sinnvoll.

5. Gefährdung des Kohlevorrangs in der Stromversorgung

Auf die Gefährdung des Kohlevorrangs in der Stromerzeugung durch die Verdrängung von Steinkohle in der Stromerzeugung durch importierte Energieträger wurde bereits hingewiesen.

In die gleiche Richtung wirken auch alle Absichten des Gesetzentwurfes, die darauf abzielen, Strom durch direkte Maßnahmen (Umstellung von Elektroheizungen auf andere Energieträger) oder indirekte Maßnahmen (Subventionierung anderer Heizsysteme außer mit Strom betriebener Heizsysteme) aus dem Raumheizungssektor zu verdrängen.

Diese diskriminierenden Eingriffe in den Wettbewerb zwischen den Energieträgern müssen dazu führen, daß elektrische Energie überwiegend durch importierte Energieträger ersetzt würde. In gleichem Umfang würde Strom für den Wärmemarkt, der vorwiegend aus deutscher Steinkohle erzeugt wird, verdrängt.

Damit bedeutet das hessische Gesetz eine Abkehr von der Kohlevorrangpolitik, die sich im sogenannten Jahrhundertvertrag manifestiert, zugunsten importierter Energie. Eine Subventionierung der Stromerzeugung aus Öl und Erdgas bedeutet direkt eine Gefährdung von Arbeitsplätzen an Ruhr und Saar und des Vertrages zur Abnahme deutscher Steinkohle durch die Elektrizitätswirtschaft.

Gasreserve unterm Kessel

DW. Essen

Die deutsche Erdgaswirtschaft hat seit 1979 in der Kraftwirtschaft deutlich an Boden verloren. Die Einsatzkosten waren gegenüber der Steinkohle aus eigenem Boden zu hoch. Insgesamt verdrängte die Steinkohle rund zehn Millionen Tonnen Steinkohleeinheiten (SKE) aus der Stromerzeugung. In gleichem Maße nahm der Einsatz von Steinkohle in der Stromerzeugung zu.

Das Erdgas will jedoch eine gewisse Position im Kraftwerksbereich halten. Gedacht ist an eine Menge von wieder zehn Millionen Tonnen SKE. Der Grund: Erdgas läßt sich nur in relativ geringem Maße in Untertagespeichern lagern. Unterbrechbare Verträge mit der Kraftwirtschaft haben damit Vorsorgecharakter für den Fall, daß aus unvorhersehbaren Gründen mehr Erdgas gebraucht werden sollte als aus den zahlreichen Quellen im In- und Ausland angeliefert wird.

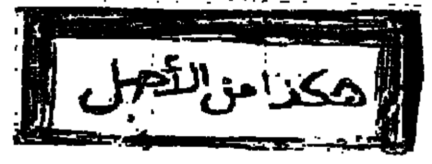
Strom größter Kohle-Kunde

sl. Frankfurt

Die Elektrizitätswirtschaft ist der größte Kunde heimischer Steinkohle: 1983 bezog sie mit rund 40 Millionen Tonnen Steinhkohleeinheiten (SKE) 48 Prozent der gesamten deutschen Förderung von 83 Millionen Tonnen SKE. Das meldet die Vereinigung Deutscher Elektrizitätswerke (VDEW, Frankfurt).

Im Vergleich zu 1978, dem Beginn der Abnahmevereinbarungen zwischen dem deutschen Steinkohlebergbau und der Elektrizitätswirtschaft, nahmen Kraftwerke damit 23 Prozent oder rund 7,5 Millionen Tonnen SKE heimische Kohle mehr ab als vor fünf Jahren: 1978 kaufte die Elektrizitätswirtschaft 32,5 Millionen Tonnen SKE deutsche Steinkohle. Das waren 38 Prozent der gesamten inländischen Förderung.

Den energiepolitischen Vorrang deutscher Kohle bei der Verstromung verwirklichten vor allem die Unternehmen der öffentlichen Versorgung. Sie erhöhten ihren Bezug von 1978 bis 1983 um rund 23 Prozent. Dieser Anstieg lag deutlich über dem Zuwachs des Stromverbrauchs aus dem Netz der öffentlichen Versorgung von rund neun Prozent.



VIK / Der Elektrizitätsbedarf der Industrie stieg im vergangenen Jahr um 3,4 Prozent

Mehr mit Strom geheizt

Die im zweiten Halbjahr 1983 einsetzende allgemeine Belebung der Wirtschaft, insbesondere in den Grundstoff- und Produktionsgüterbranchen, brachte nach mehr als drei Jahren mit stagnierendem oder rückläufigem Stromverbrauch erstmals wieder einen Anstieg. Die Stromerzeugung in der Bundesrepublik erhöhte sich in dieser Zeit auf rund 375 Milliarden kWh – eine Steigerung um knapp zwei Prozent. Der Stromabsatz erwies sich damit erneut als Konjunkturbarometer.

Dabei zeigte sich, daß die Stromerzeugung in Kraftwerken des Steinkohlebergbaus viel weniger konjunkturabhängig als in den übrigen Wirtschaftszweigen war, da es sich im Bergbau um fortlaufende, das heißt gesicherte Übergabeleistungen dieser Industrie handelt.

Die in den letzten Jahren steigenden Bezüge der Industrie aus dem öffentlichen Netz haben sich nach dem Tätigkeitsbericht der Vereinigung Industrieller Kraftwirtschaft (VIK) auch 1983 fortgesetzt. Mit fast 140 Milliarden kWh bezog die Industrie 3,4 Prozent mehr elektrische Energie als ein Jahr zuvor. Gleichzeitig war die Eigenversorgung der Industrie mit knapp 31 Milliarden kWh um rund zwei Prozent niedriger als 1982.

Über der Inflationsrate

Im Vergleich dazu steigerten die privaten Haushalte ihre Abnahme um 2,5 Prozent auf rund 90 Milliarden kWh. Zu dieser Entwicklung dürfte nicht unwesentlich der erhöhte Bedarf an Heizstrom beigetragen haben. Die privaten Haushalte hatten bis zu Beginn der 70er Jahre als Folge des großen Nachholbedarfs an Elektrogeräten überproportionale – zum Teil zweistellige – Zuwachsraten. Die Sättigung des Bedarfs hat inzwischen zu einem Bedarfsrückgang geführt. Der durchschnittliche Verbrauchszuwachs zwischen 1975 und 1983 lag daher nur noch bei etwa 3,5 Prozent pro Jahr.

Die mehrmalige Anhebung des Strompreises dürfte diese Entwicklung mit beeinflußt haben. 1983 stieg der Strompreis um 3,9 Prozent und lag damit über der Inflationsrate von 3,3 Prozent.

Im Bereich der Industrie hat der steigende Strombedarf seine Ursachen in Produktionsumstellungen wie Automatisierung und Ausweitung der elektronischen Datenverarbeitung. Setzt man den Stromverbrauch in Relation zu den geleisteten Arbeiterstunden, so ergibt sich nach VIK für den Zeitraum der letzen 13 Jahre für den Bergbau und für das verarbeitende Gewerbe insgesamt eine Zunahme auf das Vierfache, für besonders stromintensive Produktionen wie NE-Metalle auf das Fünfeinhalbfache, das heißt, die elektrische ersetzt menschliche Arbeitskraft.

Ende 1983 waren im Bundesgebiet Kraftwerke mit einer Leistung von fast 92 000 MW in Betrieb. Der Anteil der Industrie betrug dabei 12 966 MW oder 14,1 Prozent. Industrien mit Kraft-Wärme-Kopplung hatten 8600 MW oder 9,4 Prozent der Gesamtleistung installiert.

1983 betrug die Stromerzeugung 374 Milliarden kWh. Davon hatte die Industrie einen Anteil von 56 Milliarden kWh oder 15,1 Prozent, wobei Kraft-Wärme-Kopplungen mit 27,8 Milliarden kWh oder 7,4 Prozent beteiligt waren. Die im Vorjahr um rund 2000 MW aufgestockte Kapazität von 92 000 MW wurde reduziert durch Stillegungen veralteter oder unwirtschaftlicher Anlagen um 700 MW. Als Folge der Großfeuerungsanlagen-Verordnung ist in den nächsten Jahren mit weiteren Stillegungen von mindestens 1000 MW pro Jahr zu rechnen. Insgesamt werden bis 1993 rund 11 000 MW stillgelegt sein. Im wesentlichen sind solche Anlagen betroffen, die mit Steinkohle, Braunkohle und Heizöl betrieben werden. Durch Neubau leistungsfähiger Kohlekraftwerke wird ausreichend Vorsorge für die Elektrizitätsgewinnung getroffen sein.

Nicht nur aus energiepolitischen Erwägungen, sondern auch wegen der hohen Brennstoffkosten werden in der öffentlichen Versorgung Heizöl- und Erdgaskraftwerke (insgesamt rund 23 000 MW) zur Zeit nur noch in Spitzenzeiten eingesetzt. Heute befinden sich Steinkohlekraftwerke mit insgesamt 8275 MW im Bau, mit deren Inbetriebnahme bis Ende dieses Jahrzehnts gerechnet wird. Hinzu kommen Erweiterungsbauten in einer Größenordnung von 2000 MW.

In der Bundesrepublik arbeiteten Ende vorigen Jahres 16 Kernkraftwerke (Forschungsreaktoren eingeschlossen) mit einer Leistung von 11 700 MW. Die Stromerzeugung aus Kernenergie erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um gut 2 Milliarden kWh oder um 3,5 Prozent auf knapp 66 Milliarden kWh. Damit war die Kernenergie im vergangenen Jahr an der Gesamtstromerzeugung mit 17,6 Prozent beteiligt.

Bald auf Rang drei

In den nächsten Jahren wird die Kernenergie nach Stein- und Braunkohle unter den für die Stromerzeugung eingesetzten Brennstoffen an dritter Stelle stehen, wobei nach Inbetriebnahme der jetzt im Bau befindlichen zehn Anlagen (Fertigstellung bis 1989) mit einem steigenden Anteil an der Deckung des Strombedarfs zu rechnen ist. Bis Ende des Jahrzehnts sind rund 24 000 MW Kernkraftwerkskapazität am Netz.

Das Vorjahresergebnis hätte sicher noch höher ausfallen können, wären die Altanlagen Würgassen und Brunsbüttel nicht erst im August wieder in Betrieb genommen worden. Auch das Kernkraftwerk Krümmel kam erst im September wieder ans Netz. „Weltmeister" mit der höchsten Stromproduktion eines Kraftwerksblocks war 1983 das Kernkraftwerk Grafenrheinfeld mit fast 10 Milliarden kWh und einem Nutzungsgrad von 98 Prozent.

Zu den in Betrieb und im Bau befindlichen Kernkraftwerken gibt es eine Reihe von Planungen wie etwa das Projekt Wyhl, deren Realisierung allerdings nicht nur von Gerichten und Politikern bestimmt wird, sondern auch von der weiteren Entwicklung des Stromverbrauchs abhängt.

Nach 25 Betriebsjahren wird 1985 das Versuchskernkraftwerk Kahl mit einer Leistung von 16 MW endgültig stillgelegt. Was danach mit der Anlage geschieht, ist derzeit noch offen. Erörtert wird der Abriß oder aber auch der Umbau zum Museum.

MANFRED GRUNOW

UMWELTSCHUTZ / Der nächste Schritt wird eine Reduzierung der Stickoxide bringen

60 Katalysatoren werden erprobt

Im Wärmemarkt steht Strom insbesondere mit Heizöl, Erdgas und Kohle im Wettbewerb. Beim Vergleich dieser Energieträger spielt der Umweltschutz eine entscheidende Rolle.

Bei der Anwendung vor Ort ist Strom die umweltfreundlichste Energie, da keinerlei Rauchgasemissionen entstehen. Bei der Stromerzeugung selbst wird eine große Palette von Einsatzenergien genutzt: Kernenergie, Wasserkraft, Stein- und Braunkohle, Erdgas, Heizöl.

Kernenergie und Wasserkraft zeichnen sich durch ihre besonders hohe Umweltfreundlichkeit aus, da keinerlei Rauchgasemissionen entstehen. Die Entsorgung der radioaktiven Abfälle aus Kernkraftwerken ist gesichert. Die radiologischen Auswirkungen sind im Vergleich zur natürlichen Strahlenbelastung von untergeordneter Bedeutung.

Der Anteil des Kernenergiestroms in der öffentlichen Stromversorgung betrug 1983 21 Prozent. Er wird bis Ende der 80er Jahre auf voraussichtlich mehr als 35 Prozent ansteigen. Der Anteil der Wasserkraft beträgt fünf Prozent und wird in etwa konstant bleiben, so daß in wenigen Jahren rund 40 Prozent des Stroms rauchgasfrei erzeugt werden.

1983 wurden 62 Prozent des Stroms in der öffentlichen Elektrizitätswirtschaft aus Kohle erzeugt, und zwar 33 Prozent aus Stein- und 29 Prozent aus Braunkohle. Im Gegensatz zur Kernenergie und zur Wasserkraft ist die Kohleverfeuerung insbesondere mit SO_2, NOx- und Staubemissionen verbunden.

Der grundsätzliche Vorteil bei der Kohleverstromung gegenüber individuellen Heizungen besteht darin, daß in Kraftwerken aufwendige und hochwirksame Emissionsminderungstechniken, wie zum Beispiel NOx-arme Brenner, Rauchgasentschwefelungsanlagen, Elektrofilter für die Staubrückhaltung und NOx-Katalysatoren eingesetzt werden können.

Wesentlich ist auch die hochwertige Meßtechnik und die ständige Überwachung bei den Kraftwerken. Außerdem wirken sich die zahlreichen Hausheizungen mit ihren niedrigen Emissionen mit punktuell höheren Konzentrationen auf die Umwelt aus. 1983 waren 15 Prozent der Stein- und Braunkohlekraftwerke mit Rauchgasentschwefelungsanlagen ausgerüstet. Bis spätestens Juli 1988 werden 80 Prozent der Altanlagen entsprechend den scharfen Anforderungen der Großfeuerungsanlagen-Verordnung mit Rauchgasentschwefelungsanlagen nachgerüstet.

Die übrigen 20 Prozent werden nach begrenzter Restnutzungsdauer stillgelegt und dürfen zwischenzeitlich nur noch mit 13 Prozent beziehungsweise 40 Prozent der maximal möglichen Betriebsstunden gefahren werden. Die SO_2-Emissionen der öffentlichen Kraftwerke werden sich hierdurch von 1,55 Millionen Tonnen (100 Prozent) in 1982 auf 0,52 Millionen Tonnen (34 Prozent) in 1988 und 0,34 Millionen Tonnen (22 Prozent) in 1993 vermindern.

Zur Stickoxidminderung werden die Kohlekraftwerke in großem Umfang auf NOx-arme Brenner umgerüstet. Darüber hinaus werden aufwendige Techniken, wie etwa Katalysatorverfahren vorbereitet, um den Stickstoffoxidgehalt in den Rauchgasen der Kraftwerke noch weiter zu vermindern.

Mehr als 60 Erprobungsanlagen mit Katalysatoren für unterschiedliche technische Verfahren, Betriebsweisen und Brennstoffe sind in Bau oder fortgeschrittener Planung: etwa 20 gehen in diesem Jahr noch in Betrieb, 20 weitere Anfang 1985. Sobald die notwendigen Erfahrungen mit den NOx-Katalysatoren vorliegen, werden die Kraftwerke hiermit ausgerüstet, wobei ein Wert von 200 mg NOx/m^3 Abgas angestrebt wird.

Index 1970=100

RWE-Stromabgabe

Gesamtstromverbrauch

reales Bruttosozialprodukt

Primärenergieverbrauch

Strom überproportional gefragt

Mit hohem Kostenaufwand wird in wenigen Jahren das umweltfreundliche Kohlekraftwerk realisiert. Es verbleiben dann lediglich geringfügige Restemissionen, die nicht mehr umweltrelevant sind. Die Einhaltung der vom Gesetzgeber vorgegebenen Grenzwerte bedeutet Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen.

1983 wurden neun Prozent des Stroms in der öffentlichen Elektrizitätsversorgung aus Erdgas erzeugt. Bei der Erdgasverbrennung entstehen bis auf Stickoxid und Kohlenmonoxide keine wesentlichen Emissionen luftfremder Stoffe. Im Vergleich zur Kohle hat das Erdgas damit insgesamt zwar weniger Umweltprobleme, die Kohle liegt aber für Jahrhunderte im eigenen Lande und ist wesentlich wirtschaftlicher als Gas.

Der Anteil des Öls an der öffentlichen Stromversorgung wurde auf weniger als zwei Prozent vermindert. Demgegenüber wird der Raumwärmemarkt noch zu rund 50 Prozent vom Öl beherrscht. Bei der Ölverbrennung entstehen im wesentlichen SO_3 Nox und Kohlenwasserstoffe. Eine besondere Bedeutung kommt aber den im Vergleich zur Kohleverbrennung höheren Kohlenwasserstoffemissionen zu. Die neuen Theorien der Waldschadensforschung weisen den Kohlenwasserstoffen eine dominierende Rolle bei der Entstehung von Ozon zu, wodurch die Ölheizung besonders belastet wird.

Durch den wachsenden Anteil der Kernenergie sowie die drastische Emissionsminderung bei den Kohlekraftwerken gehört die Wärmeanwendung mit elektrischer Energie zu den umweltfreundlich, zukunftsorientierten Systemen der Energieanwendung. Im Gegensatz zu den Kraftwerken bestehen für die brennstoffgefeuerten Einzelheizungen jedoch keine vorgeschriebenen Emissionsgrenzwerte.

Hier fehlt auch die fachliche Emissionskontrolle sowie der Nachweis der Grenzwerteinhaltung durch kontinuierliche Messungen. Die Einhaltung der im Neuzustand gemessenen Emissionen über lange Jahre ist damit keineswegs gesichert.

Neben den Emissionen haben die Immissionen für den Umweltschutz große Bedeutung. Unter Immissionen versteht man die tatsächlichen Einwirkungen der luftfremden Stoffe auf Menschen, Tiere, Pflanzen und Sachgüter. Bei der Elektroheizung sind gegenüber brennstoffgefeuerten Einzelheizungen deutlich geringere Immissionen zu verzeichnen.

Die Ausbreitungsrechnungen kommen zu dem Ergebnis, daß Strom gegenüber der individuellen Ölheizung bei allen wesentlichen luftfremden Stoffen (SO_2 NOx, CO und Staub) zu einer deutlichen Immissionsentlastung führt.

Abschließend ist festzustellen, daß Strom mit Kohle und Kernenergie umweltfreundlich bereitgestellt werden kann und wird. Damit kommen seine energiepolitisch entscheidenden Vorzüge der Versorgungssicherheit, der Abkopplung von den Energiepreisrisiken der Weltmärkte und der Sicherung heimischer Arbeitsplätze voll zum Tragen.

HORST MAGERL

Wir betrauern den Tod unseres Verlegers

Dr. Anton Betz

**Träger des Großen Verdienstkreuzes mit Stern
des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland
sowie Inhaber anderer hoher kirchlicher, staatlicher
und städtischer Auszeichnungen**

Er war Mitbegründer unserer Verlagsgesellschaft und Herausgeber der Rheinischen Post. Er erkannte von Anfang an, daß sich eine große Tageszeitung nur in Freiheit, getragen von der Überzeugung der Herausgeber und der Redaktion, entwickeln könne. Sein Wissen um politische und wirtschaftliche Notwendigkeiten, sein Handeln aus christlicher Verantwortung und sein soziales Gewissen prägten unser Verlagshaus. Aus tiefer Überzeugung diente er in hervorragender Weise seiner Zeitung.

Wir verlieren in Anton Betz einen Freund, einen Mann, der tief mit uns verbunden war.

**Rheinisch-Bergische Druckerei- und Verlagsgesellschaft m.b.H.
Verlag der Rheinischen Post**

Für die Gesellschafter und Mitarbeiter:

**Gottfried Arnold Erich Wenderoth Manfred Droste
Joseph Schaffrath Joachim Sobotta Gerhard Lehmann**

Düsseldorf, den 11. Dezember 1984

Das Seelenamt wird Montag, den 17. Dezember 1984, um 11.00 Uhr in der Pfarrkirche St.-Franziskus-Xaverius, Düsseldorf, Mörsenbroicher Weg, gehalten.
Die Beerdigung findet anschließend um 12.45 Uhr von der Kapelle des Nordfriedhofes, Düsseldorf, statt.

Wir trauern um unseren Kollegen

Dr. Anton Betz

**Träger des Großen Verdienstkreuzes mit Stern
des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland,
des Bayerischen Verdienstordens,
der Goldenen Feder der Freiheit des Internationalen Zeitungsverleger-Verbandes
und vieler anderer hoher Auszeichnungen**

der am 11. Dezember 1984 im Alter von 91 Jahren verstorben ist.

Dr. Anton Betz zählt zu den herausragenden Persönlichkeiten des deutschen Pressewesens, dessen Entwicklung er mitgeprägt hat.

Mit beispielhafter publizistischer Verantwortung setzte er sich für Freiheit und Demokratie ein. Die Unabhängigkeit der Presse zu wahren, war immer sein Ziel, das er auch in der Zeit des Nationalsozialismus unter hohen Risiken zu verteidigen suchte.

Der Wiederaufbau einer freien Presse nach dem Krieg und einer funktionsfähigen Vertretung des Berufsstandes der Zeitungsverleger und -herausgeber bleibt mit seinem Namen verbunden. Dr. Anton Betz war maßgeblich an der Gründung des Verbandes Rheinisch-Westfälischer Zeitungsverleger und des Bundesverbandes Deutscher Zeitungsverleger beteiligt, dem er von 1963 bis 1967 als Präsident und danach als Ehrenmitglied des Präsidiums wichtige Impulse gab.

Mit Anton Betz verlieren wir einen Freund – erhalten bleibt uns sein Vorbild. Wir nehmen Abschied in Dankbarkeit.

Für die deutschen Zeitungsverleger und -herausgeber

Bundesverband Deutscher Zeitungsverleger e. V.
Rolf Terheyden
– Präsident –

Verband Rheinisch-Westfälischer Zeitungsverleger e. V.
Dr. Joseph Schaffrath
– Vorsitzender –

Bonn und Düsseldorf, den 11. Dezember 1984

Am 6. Dezember 1984 verstarb im Alter von 76 Jahren Herr

Dr. jur. Max Schröder-Etzdorf

langjähriger Geschäftsführer der Verbindungsstelle Landwirtschaft – Industrie e. V., Essen.

Herr Dr. Schröder-Etzdorf, Jurist und praktischer Landwirt, galt vor dem zweiten Weltkrieg als einer der fortschrittlichsten Betriebsleiter Deutschlands. Nach seiner Flucht in den Westen betrauten ihn führende Landwirte und Industrielle mit dem Aufbau und der Leitung der Verbindungsstelle. In den 22 Jahren seiner Tätigkeit suchte er den Konsens und fand tragfähige Kompromisse zwischen Landwirtschaft und Industrie.

Wir werden dem Verstorbenen ein ehrendes Andenken bewahren.

Verbindungsstelle Landwirtschaft – Industrie e. V.

Essen, den 11. Dezember 1984

Die Beerdigung hat in aller Stille stattgefunden.

Erschüttert geben wir Kenntnis vom Tode unseres langjährigen Geschäftsführers

Willi Steinert

3. 4. 1909 10. 12. 1984

Als kaufmännischer Geschäftsführer hat er den Weg unseres Unternehmens von seiner Gründung an maßgeblich mitbestimmt. Wir verdanken seiner unermüdlichen Tatkraft und seinem engagierten Einsatz viel auf dem Wege unseres Hauses zur heutigen Weltgeltung. Bis zuletzt fühlte er sich dem Unternehmen verbunden.

Er bleibt bei allen seinen Mitarbeitern unvergessen.

AEG-Elotherm GmbH
Geschäftsleitung
Betriebsrat und Mitarbeiter

Die Beisetzung wird im engsten Familienkreis erfolgen.

MORS PORTA VITAE

Meinem geliebten Mann, unserem guten Vater und Großvater, meinem lieben Bruder wurde ein sanfter Tod beschieden.

Theobald Keyser

Oberbergrat a. D.

* 12. 7. 1901 † 11. 12. 1984

Unerschütterliche Charakterstärke, Furchtlosigkeit und tiefe Religiosität bestimmten sein Leben und Handeln.

Annemarie Keyser geb. Brandi
Klemens Keyser
Dorothee Keyser geb. Horster
Barbara, Felix, Christian
Annemarie Plassmann geb. Keyser
Engelbert Plassmann
Engelbert, Henrike, Bernhard, Friedrich
Curt Keyser
Liselotte Keyser geb. Reints

4300 Essen-Bredeney, Voßbusch 14c

Das Seelenamt findet statt am Samstag, 15. Dezember 1984, 9.15 Uhr, in der Sankt-Markus-Kirche, Essen-Bredeney, Frankenstraße 370. Daran schließt sich die Beisetzung auf dem Pfarrfriedhof Sankt Markus an.
Anstelle zugedachter Kranz- oder Blumenspenden sei der Deutsche Kinderschutzbund, Essen e. V. (Postgiro Essen Konto 91 177 - 431) oder das Liebeswerk Kirche in Not/Ostpriesterhilfe e. V. in München (Postgiro München, Konto 3481 45 - 809) empfohlen.

Wir trauern um

Oberbergrat a. D.

Theobald Keyser

Streben und Wirken des Verstorbenen galten in selbstloser Weise dem Bergbau. Er war tief durchdrungen vom Berufsethos des Bergmanns und seiner Verantwortung für das Gemeinwohl. Nach leitender Tätigkeit bei der westfälischen Berggewerkschaftskasse und der Deutschen Kohlenbergbau-Leitung stellte er seinen Sachverstand und seine Erfahrung in den Dienst der Wirtschaftsvereinigung Bergbau und des Unternehmensverbandes Ruhrbergbau.

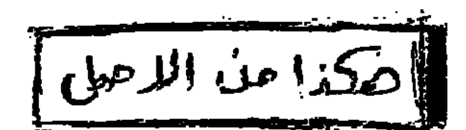
In schweren Zeiten hat er sich um den gesamten Bergbau und die Energiewirtschaft unseres Landes verdient gemacht.

Der deutsche Bergbau gedenkt in Dankbarkeit und Ehrerbietung eines großen Mannes.

Wirtschaftsvereinigung Bergbau
Unternehmensverband Ruhrbergbau

Bonn und Essen, den 13. Dezember 1984

Die Trauerfeier findet statt am Sonnabend, dem 15. Dezember 1984, 9.15 Uhr, St.-Markus-Kirche, Essen-Bredeney, Frankenstraße 370.



STADTSANIERUNG

Neues Viertel mitten in der Stadt

Wiesloch hat in den letzten zehn Jahren rund 110 Millionen Mark in die Altstadtsanierung gesteckt. Was dabei herausgekommen ist, kann sich sehen lassen. Rund um den Marktplatz haben sich die alten Gebäude dieser Großen Kreisstadt zu neuem Glanz herausgeputzt. „Es spricht für die Bürgerschaft in dieser Stadt, daß keinerlei Zwangsmaßnahmen ergriffen werden mußten", lobt Oberbürgermeister Wolfgang Fürniß seine Mitbürger. Die auf dem Wege der Freiwilligkeit zustandegekommene Zusammenarbeit gehe sogar so weit, daß Bürger mit der Frage ins Rathaus kämen, wann sie denn mit dem Sanieren an der Reihe wären. Die Planungen der Stadt sind, nachdem der Kernbereich Altstadt saniert sei, darauf ausgerichtet, die Randzonen, und hier zunächst den südlichen Teil der Altstadt, anzugehen.

Die Stadt Wiesloch ist dabei, die ihr vom Landesentwicklungsplan zugewiesene Rolle als Mittelzentrum auszufüllen. In dieser Rolle als Drehscheibe für einen Einzugsbereich von rund 70 000 Einwohnern nimmt Wiesloch über die rein gewerblichen Funktionen hinaus eine Reihe anderer Aufgaben insbesondere im Dienstleistungsbereich wahr, als da zum Beispiel wären ärztliche Versorgung, Anwälte, Notariat, Gericht, Zollamt.

Dazu gehört auch die Rolle als zentraler Schulstandort. Die Palette ist umfassend: Gymnasium, Wirtschaftsgymnasium, Realschule, Berufs-, Berufsfach-, Wirtschafts- und kaufmännische Berufsschulen, neben Grund- und Hauptschulen eine Volkshochschule mit Abendrealschule, Abendgymnasium, Musik- und Sonderschulen. Es werden Aufbaustufen und Berufskollegs angeboten, es gibt eine Technische Ober- und eine Ingenieurschule.

Wo Schulen sind, wo man Kinder abholt, da wird auch eingekauft. Die Geschäftswelt hat sich angepaßt. Zwar ging die Zahl der Geschäfte in den letzten 20 Jahren um die Hälfte zurück, doch verdreifachte sich der Umsatz in dieser Zeitspanne. Wiesloch ist insbesondere auch durch seine Geschäfte für den gehobeneren Bedarf eine interessante Einkaufsstadt geworden.

Im kulturellen Angebot und für den Freizeitbereich ist nahezu alles vorhanden: Kulturhaus, Stadt-Bibliothek, Jugendmusikschule. Sportlich Ambitionierte finden Schwimmbad, Sporthalle, Stadion, Eislaufhalle und 18-Loch-Golfanlage. Insgesamt 150 Vereine dokumentieren das intensive Vereinsleben. Auf der Wunschliste steht der Bau einer Stadthalle; dieses Projekt soll demnächst in eine konkrete Phase treten.

Auch im Hinblick auf die Verkehrslage bestehen praktisch keine Probleme mehr. Vor wenigen Tagen wurde die neutrassierte B 3, die früher durch die Stadt führte, eröffnet. In einem Jahr wird auch die Ost-West-Verbindung, nämlich die B 39, so weit sein, daß sie als Umgehungsstraße in Betrieb gehen kann. Damit wird dann ein Großteil des Verkehrs aus Wiesloch herausgehalten werden. Dann will man sich in Wiesloch um eine „vernünftige innerstädtische Verkehrsführung" (so Oberbürgermeister Fürniß) kümmern, wobei an eine S-Bahn gedacht wird.

Ein bemerkenswertes Projekt reift im Wohnungsbau heran: Praktisch mitten in der Stadt wurde ein ehemaliges Industriegelände aufgekauft, das so bebaut werden soll, daß etwa 250 bis 300 Wohneinheiten entstehen, also ein Stadtteil mit etwa 1000 Einwohnern. Der Oberbürgermeister sieht hier die einmalige Chance für die Entwicklung einer Stadt, auf diese Weise attraktives stadtnahes Wohnen zu ermöglichen. Um dieses Projekt durchzuziehen, wurde eine Marketing-Strategie entwickelt und ein „Produkttest" durchgeführt. Die Resonanz sei „hervorragend". Der Gedanke, Industriegelände zu erschließen und gleichzeitig auch für ein entsprechendes Angebot stadtnaher Wohnungen zu sorgen, habe sich als Volltreffer erwiesen. In der Kombination von geeignetem Industriegelände für aussiedlungswillige Handwerker, Klein- und Mittelbetriebe und der Bereitstellung von Wohngebieten sieht der Oberbürgermeister einen wichtigen Schlüssel, der weiteren Entwicklung der Stadt Wiesloch die richtigen Impulse zu geben. WERNER NEITZEL

INDUSTRIEANSIEDLUNG / „Kurswechsel" vollzogen: Offensiv auf den Markt

Die Standortqualität dieser Stadt hat viele Facetten

Von WERNER NEITZEL

Dem Autobahn-Vielfahrer im Rhein-Neckar-Raum sind die Hinweisschilder auf die Stadt Wiesloch sicherlich bekannt. Die Abfahrt einmal zielbewußt zu befahren und diese Stadt in Augenschein zu nehmen – das kommt nur wenigen in den Sinn. Dabei präsentiert sich diese geopraphisch im Gebiet der südlichen Bergstraße, an den Ausläufern des Odenwaldes und am Rande des Kraichgaus gelegene 22 000-Einwohner-Stadt Wiesloch geradezu als eine Perle von Kommune. Hier steckt mehr dahinter, als man auf den ersten Blick hin vermutet.

Von der Wirtschaft wurden die Standortvorteile erkannt. Die stabile und überdurchschnittlich günstige Arbeitsmarktlage dürfte hierfür ein Indiktator sein. Ein Geflecht kleiner, mittlerer und großer Betriebe der verschiedensten Branchen gibt das wirtschaftliche Gepräge. Eine besondere Note ergibt sich die Präsenz der größten Druckmaschinenfabrik der Welt, die Wiesloch wertvolle und sichere Arbeitsplätze sowie einen üppig sprudelnden Steuerquell beschert hat. Und gerade die hierin zum Ausdruck kommende strukturelle Unausgewogenheit ist es, die von den Stadtoberen als Aufgabe betrachtet wird, auf dem Felde der Industrieansiedlung und der Gewerbeförderung aktiv zu bleiben, die Hände nicht in den Schoß zu legen.

Der seit April dieses Jahres amtierende agile Wieslocher Oberbürgermeister Wolfgang Fürniß (40) umreißt dies in einem Gespräch mit der WELT so: „Man kann nicht auf einem Bein stehen, wir bemühen uns deshalb um eine Auflockerung der Monostruktur." Jener Großbetrieb bringt rund drei Viertel der Gewerbesteuereinnahmen und trägt ganz wesentlich zur äußerst gesunden Finanzsituation der Stadt bei. Für den Oberbürgermeister ist die Gewerbesteuer, die praktisch ein Drittel des gut 60 Millionen Mark umfassenden Gesamthaushaltsvolumens darstellt. Indes ein Aspekt, den er bei aller Wichtigkeit erst an zweiter Stelle einordnet. Priorität hat für ihn, Arbeitsplätze und vor allem auch Ausbildungsplätze zu sichern. „Wir haben hier sehr viele junge Leute, die Schwierigkeiten haben, einen Arbeitsplatz zu bekommen. Wenn es kein besonderes Kriterium gibt, ob ein Betrieb hier aufgenommen wird oder nicht, dann hat einer, der Ausbildungsplätze zur Verfügung stellt, den Vorrang."

Neben der alles überragenden Druckmaschinenfabrik beherbergt Wiesloch Betriebe unter anderem aus den Bereichen der Wellpappenherstellung, des Lebensmittelsektors, der Bau- und Schuhindustrie, zahlreiche Handwerksbetriebe, Handels- und Dienstleistungsfirmen. Zu den größeren Betrieben zählen die Firma Wellpappe Wiesloch (480 Beschäftigte), ein Zentrallager der Handelsgruppe Rewe/Leibbrand (450 Beschäftigte), eine Bezirksniederlassung mit Baubetrieb der Badenwerk AG (290 Beschäftigte), ein Betrieb der zur co-op-Gruppe gehörenden TIKO Tiefkühlkost (200 Beschäftigte), die Firma Schlutius mit 150, die Tonwarenindustrie Wiesloch mit etwa 140 Beschäftigten.

Nach Fürniß' Überzeugung ist es bei der Standortwahl eines ansiedlungswilligen Unternehmens weniger der preiswerte Bodenpreis für das Industriegelände als vielmehr eine gute Infrastruktur, die den Ausschlag für eine positive Entscheidung gibt. Und im Bereich der Infrastruktur habe Wiesloch praktisch alles zu bieten, angefangen von der hervorragenden Anbindung an die Fernverkehrsstraßen. So bestehen Anschlüsse an die Autobahnen A 5 (Hamburg–Frankfurt–Basel) und A 6 (Mannheim–Stuttgart–München).

Des weiteren wird die Stadt in Nord-Süd-Richtung von der Bundesstraße 3 (Bergstraße) und in Ost-West-Richtung von der Bundesstraße 39 berührt. Großstädte wie Heidelberg (15 Kilometer entfernt), Mannheim (35 Kilometer) und Karlsruhe (45 Kilometer) liegen gleichsam in Reichweite. Wiesloch liegt schienenmäßig (mit Eilzughalt) an der Strecke Heidelberg/Karlsruhe/Stuttgart, darüber hinaus besteht ein Vorortverkehr nach Heidelberg. Ein breites kulturelles, schulisches und Freizeit-Angebot, beste Einkaufsmöglichkeiten und eine umfassende Dienstleistungspalette geben eine Standortqualität, die man hinter dieser Stadt nicht vermuten würde.

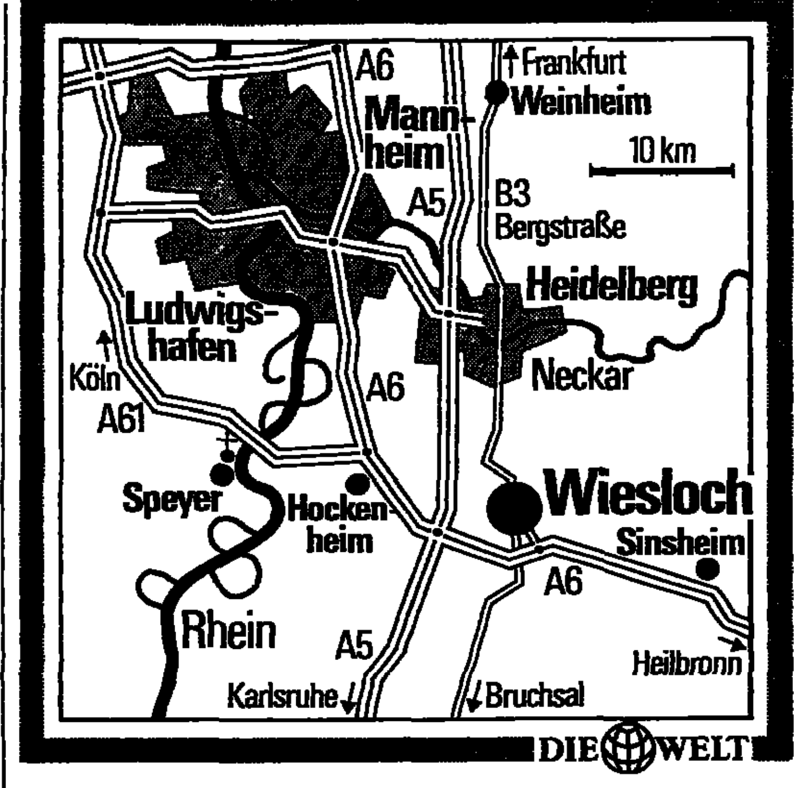
In unmittelbarer Nähe der Autobahn weist Wiesloch ein neues, 35 Hektar großes Industriegelände aus, das neben Anbindung an die Fernstraßen und mit günstiger Verbindung zur Innenstadt auch mit Gleisanschluß ausgestattet ist. Hier wird wohl 1985 der erste Betrieb starten. Gleichzeitig ist man dabei, zusätzliches Gewerbemischgebiet mit einer Fläche von etwa zehn Hektar (am Kreuz der B 3 und der B 39) auszubauen, das – kombiniert – Betriebs- und Wohnmöglichkeiten für mittelständische Firmen und für Handwerker vorgesehen ist.

Ein wesentlicher Faktor für Wiesloch sind die günstigen Gebührensätze; der Gewerbesteuer-Hebesatz beträgt lediglich 330 Prozent. Die Grundsteuer A lautet auf 210, die Grundsteuer B auf 200 Prozent. Für Wasser (von sehr guter Qualität) und Abwasser wird zusammen 2,50 Mark pro Kubikmeter verlangt.

Die Wirtschaftskraft der Stadt und ihre Attraktivität werden auch darin deutlich, daß es in Wiesloch mehr Einpendler als Auspendler gibt. Nach der letzten Erhebung (Stand 1970) stehen 3506 Auspendlern 6078 Einpendlern gegenüber, also eine Berufspendler-Relation von ungefähr 1:2. Hierin kommt auch die Funktion der Stadt als Dienstleistungs-Mittelzentrum für einen Einzugsbereich von etwa 70 000 Einwohnern zur Geltung.

Welche neuen Betriebe wünscht sich Oberbürgermeister Fürniß für Wiesloch? „Das, was jeder will – einen Betrieb der möglichst hohe Gewerbesteuer bringt und keinen Dreck macht", sagt er augenzwinkernd. Der Branchenmix sei recht gut. Unterrepräsentiert sei man beispielsweise keineswegs im Sektor der Lebensmittel. Anfragen lägen vor – und man sei auch sehr interessiert – aus dem Bereich des elektronischen Werkzeugbaus. Fürniß: „Da gehen wir ein bißchen auf die Spur, dort tut sich wohl auch einiges."

Früher seien Betriebe weggegangen, weil die Stadt Wiesloch ihnen nicht genügend Industriefläche habe anbieten können. Inzwischen wurde in der Bereitstellung von Industrie- und Gewerbefläche ein Kurswechsel vollzogen. Fürniß: „Wir müssen niemanden mehr wegschicken, jetzt können wir offensiv auf den Markt gehen."



Von Wezzinlohe bis Wiesloch

Bis in die Zeit um 2500 v. Chr. reichen die Spuren der ersten Besiedlung auf der Wieslocher Gemarkung zurück. Später dann, bekannt seit dem 1. Jahrhundert n. Chr., also zur Römerzeit, kreuzten zwei wichtige Fernstraßen im Westen der Gemarkung. Aus der Zeit der Alemannen und Franken stammen zahlreiche Funde. Um das Jahr 700 war der Wieslocher Raum schon dicht besiedelt. Ein erstes schriftliches Zeugnis über die „Wezzinlohe" genannte Ansiedlung gibt es aus dem Jahre 801. Kaiser Otto der Große verlieh im Jahre 965 der Reichsabtei Lorsch das Marktrecht in Wiesloch, in den folgenden Jahrzehnten von Kaiser Otto III. und Heinrich IV. bestätigt.

Um das Jahr 1100 finden sich erste Hinweise auf den Wieslocher Ortsadel, dessen bekannteste Vertreter der Minnesänger Konrad von Wissenloh war. In den Jahren 1200 bis 1250 entwickelt sich Wiesloch zur privilegierten Stadt unter der Oberhoheit der Pfalzgrafen by Rhein, den späteren Kurfürsten von der Pfalz. Im Jahre 1526 kommt die Siedlung Frauenweiler zu Wiesloch. Der 30jährige Krieg (1618–1648) nimmt die Stadt schwer mit. Es fanden Schlachten bei Wiesloch statt zwischen den kaiserlichen, pfälzischen und schwedischen Truppen. Zur völligen Zerstörung der Stadt kommt es im orleanischen Krieg im Jahre 1689. 1803 wird Wiesloch dem Großherzogtum Baden zugeschlagen und wird Amtsstadt.

In der Zeit nach 1870 setzt die Industrialisierung Wieslochs ein. 1908 wird der Stadtteil Alt-Wiesloch eingemeindet; 1972 folgt die Eingemeindung der Nachbarorte Baiertal und Schatthausen. Ein Jahr später wird Wiesloch zur Großen Kreisstadt des Rhein-Neckar-Kreises erhoben.

Der Landesentwicklungsplan weist Wiesloch als auszubauendes Mittelzentrum aus. Die Markungsfläche beträgt 3026 Hektar, davon entfallen 1732 Hektar auf die Kernstadt, 725 Hektar auf Baiertal und 569 Hektar auf Schatthausen. (WR.)

Eine Firma ist Welt-Meister /

Alle Heidelberger kommen aus Wiesloch

Ihren größten Gewerbesteuerzahler und Arbeitgeber verdanken die Stadtväter von Wiesloch der Unentschlossenheit ihrer Kollegen im nur zwei Autobahnabfahrten entfernten Heidelberg: Die Produktionsstätte der Heidelberger Druckmaschinen AG. Als nämlich die Stadt Heidelberg Mitte der fünfziger Jahre ihren Hauptbahnhof aus dem Zentrum mehr an die Peripherie verlegte, wollte das Unternehmen eine dabei freigewordene Bahntrasse für die eigene Expansion nutzen.

Nachdem er über ein Jahr verhandelt und von der Stadt neben immer neuen Einwänden nur einen einzigen und dann auch noch unbrauchbaren Alternativvorschlag zu hören bekommen hatte, wurde es dem Vorstand zu bunt. Quasi übers Wochenende reiste sein Vorsitzender ins Nachbarstädtchen, das damals erst mit der Industrieansiedlung begonnen hatte und machte dort im ersten Anlauf den Kauf eines Firmengeländes auf der grünen Wiese perfekt.

Für Heidelberg muß der Auszug seines Renommierunternehmens, das den Namen der Stadt schon damals weltweit verbreitet hatte, bitter gewesen sein. Bereits 1957, im Jahr der Einweihung, zählte das Werk Wiesloch 1300 Mitarbeiter; am Stammsitz blieben noch 950. Doch die anfangs nur geringe Zahl von hundert Angestellten in Wiesloch ließ schon ahnen, daß der Prozeß noch nicht abgeschlossen war.

Hatten anfangs nur die ausgesprochen produktionsorientierten Angestellten den Wechsel mitgemacht, so folgten in den nächsten Jahren auch die zugehörigen kaufmännischen Abteiungen. Ende 1960 waren in Wiesloch 2350 Mitarbeiter – davon 250 Angestellte –, in Heidelberg nur noch 620. Und weil die Unternehmensleitungen auch jener Jahre bereits darauf bedacht waren, daß die Verwaltung nicht aufblähte, bekam die Hauptverwaltung von der ansehnlichen Expansion der nächsten Jahrzehnte vergleichsweise wenig mit.

Obwohl der Druckmaschinen-Spezialist seinen Umsatz von 1958, dem ersten vollen Jahr in Wiesloch, bis 1953 von 100 auf 1100 Millionen Mark verelffachte, saßen in Heidelberg Ende 1983 nur 913 Mitarbeiter – weniger als 1957. Erst das etwas hektische Wachstum 1984 sorgte dafür, daß Ende Oktober die Marke von 950 wieder erreicht wurde.

Ganz anders in Wiesloch. Aus den 1300 Beschäftigten des Startjahres waren Ende 1983/84 knapp 4440 geworden, im Oktober 1984 sogar 4640. Ihnen sind zudem noch die etwa 1360 Mitarbeiter in der Großgießerei Geislingen hinzuzurechnen, die ja ebenfalls zur Fertigung zählt. Auch dieser Betrieb, schon 1928 von der „Schnellpressenfabrik AG Heidelberg" – so der damalige Firmenname – übernommen, ist gerade im Begriff, umzuziehen ins benachbarte Amstetten. Grund: Expansionsprobleme.

Die etwas trockenen Zahlen – elffacher Umsatz bei dreieinhalbfacher Produktionsbelegschaft – lassen die sehr rasche technische Entwicklung nur ahnen, die sich in der Wieslocher Druckmaschinenproduktion abgespielt hat: Immerhin ist es dem Unternehmen gelungen, einen Anspruch aufrechtzuerhalten, den es schon 1957 geltend gemacht hatte: In Wiesloch „die größte und modernste Fabrikationsstätte im internationalen Druckmaschinenbau" aufgezogen zu haben. Weil der Maschinenbau häufig noch nicht ganz so weit war, die Wünsche und Ansprüche der Heidelberg-Techniker zu erfüllen, stehen in den Wieslocher Werkhallen viele Produktionsmaschinen aus eigener Konstruktion, vielfach sogar aus der eigenen Werkstatt. Unnachgiebig verfolgt der vierköpfige Vorstand – in seiner jetzigen Zusammensetzung schon seit zehn Jahren im Amt – das Ziel, technisch die Nase vorn zu behalten, bei den Produkten wie in der eigenen Fertigungstechnik. Computergesteuerte Bearbeitungszentren, fahrerlose Transportsysteme, rechnerverwaltetes Hochregallager – der Automationsgrad in Wiesloch dürfte in der Branche kein zweites Mal zu finden sein.



Präzisionsarbeit sichert die Spitzenstellung auf dem Weltmarkt
FOTO: LOSSEN

Wenn alle 13 Minuten eine Druckmaschine vom Band laufen kann (Fließbandfertigung wurde in Heidelberg schon 1928 eingeführt), dann bedeutet das nicht zwangsläufig eine hohe Belastung für die Belegschaft. „Unsere Devise heißt ‚Effizienz ohne Hektik'", betont Vorstandsmitglied Hilmar Dosch, „denn die Mitarbeiter sind unser wichtigstes Aktivum."

Die wissen diese Einstellung auch zu schätzen. Fast die Hälfte der 6700 Mitarbeiter an den drei Standorten waren Ende 1983 länger als zehn Jahre im Unternehmen. 1500 brachten es auf mehr als 20 Jahre, und rund 300 hatten schon mehr als 30 Jahre auf dem Buckel. Auch das erklärt die hohe Produktivität – bei geringer Fluktuation entstehen auch weniger „Reibungsverluste" beim Anlernen neuer Mitarbeiter.

Ohnehin paßt das Wort „Verlust" zu keinem Unternehmen weniger als zu diesem. Trotz permanent hoher Investitionen (oder gerade deswegen) – allein Wiesloch brachte es nach dem relativ „bescheidenen" Starteinsatz von 33 Millionen Mark inzwischen auf 900 Millionen – verdient „Heideldruck" (so der Börsenname) seit Jahren etwa eine von zehn Mark Umsatz, netto, notabene. Wer die AG deswegen als „Mercedes der Druckmaschinenbranche" einstufen möchte, könnte auf Widerstand stoßen. Es gibt auch Stimmen, die es umgekehrt sehen: Daimler-Benz sei der Heidelberger der Autoindustrie.

Wie auch immer, das Unternehmen gehört zu den Spitzenverdienern der deutschen Wirtschaft. Auch für den Wieslocher Stadtkämmerer sicherlich ein Grund, ruhig zu schlafen (wenn sich auch sein Walldorfer Kollege neuerdings zunehmend als „Mitesser" betätigen möchte, denn die immer mehr genutzte Wachstumsreserve des Heidelberg-Werks liegt auf der Gemarkung der Nachbarstadt).

Die gute Einkommenslage scheint auch vorerst von keiner Seite gefährdet. Zum einen verkaufen die Heidelberger ihre Maschinen buchstäblich auf der ganzen Welt, in Afrika wie in China oder Südamerika, sind also wenig vom Wohlergehen einzelner Märkte abhängig. Größte Einzelmärkte sind die USA und die Bundesrepublik mit jeweils etwa einem Umsatz-Fünftel.

Zum anderen fürchtet das Unternehmen auch keinen Konkurrenten, nicht einmal die Japaner, in deren strategisches Konzept – gleichartige Maschinen in hohen Stückzahlen in allen großen Märkten zu verkaufen – die Druckmaschinen sehr wohl passen würden. Nur: Genau dieses Konzept mit allen Produktionsvorteilen – Wiesloch fertigt zentral für die ganze Welt – wird von den Heidelbergern, die eigentlich keine mehr sind, verfolgt.

So haben die Japaner den Marktführer wohl oder übel akzeptiert. Japan lag 1983 mit 77 Millionen Mark auf Platz vier in der Rangliste der Kundenländer. Und nicht nur das: „Die japanische Konkurrenz hat ihre Marketingabteilungen dichtgemacht oder nie welche gehabt", spöttelt Vertriebschef Wolfgang Zimmermann; „die machen einfach das nach, was Heidelberg vormacht." Den Wieslochern kann's nur recht sein.

JOACHIM WEBER

Für Wiesloch: Stadthalle zum Stelldichein

nl. **Wiesloch**

Als eine Stadt des Fremdenverkehrs versteht sich die Weinstadt Wiesloch nicht, wohl aber als lohnenswertes Ziel von Ausflugsfahrten. Nicht nur die berühmte Nachbarstadt Heidelberg ist in rund zehn Minuten zu erreichen, in einer knappen Stunde kann man auch bereits im Elsaß oder im Schwarzwald sein. Praktisch das einzige, was Wiesloch noch fehlt, ist eine Stadthalle samt dazugehörigem Hotel. In diesen Tagen wird eine Entscheidung über ein derartiges Stadthallen-Projekt getroffen. Man stellt sich eine Hallenkonzeption vor, die von den Räumlichkeiten her Veranstaltungen in der Bandbreite von zehn bis 800 Personen zuläßt. Unterste Preisvorstellung für diesen Bau sollen acht Millionen Mark sein, die oberste Grenze wird bei 15 Millionen Mark gesehen. Außerdem soll der Bau eines Hotels mit einer Kapazität zwischen 100 und 150 Betten ins Auge gefaßt werden.

Klare Linie über weitere Entwicklung

W. N. **Wiesloch**

Das kommunale Leben in der Stadt ist offenbar von weitgehender Harmonie gekennzeichnet. Wirklich tiefgreifende Konflikte, die eine Stadt in zwei Lager spalten können, habe es nicht gegeben, versichert Oberbürgermeister Wolfgang Fürniß. Auch die politischen Parteien, wie sie im Gemeinderat verteten sind, seien sich im großen und ganzen über die Entwicklung der Stadt einig. Insgesamt 35 Stadträte zählt das Gemeindeparlament. Davon gehören 15 der CDU an, neun stellt die SPD, fünf Räte sind von den Freien Wählern, drei Mandate haben die Grünen, zwei eine Wählergemeinschaft, und ein Mandat entfällt auf die FDP. Der Oberbürgermeister (CDU) spricht von einem allgemeinen Grundkonsens.

Wo Geld und Weinverstand miteinander verheiratet sind

Die Wieslocher Weinberge, die Lagen „Bergwäldle" beispielsweise oder „Hägenich", sind – die Wieslocher mögen es verzeihen – über die Grenzen der Region hinaus nur wenigen bekannt. Und doch ist Wiesloch ein Zentrum der Weinwirtschaft, wie es in der Bundesrepublik nur ganz wenige gibt. Hier steht mit dem bekannten „Winzerkeller", der nördlichen Bezirkskellerei der Badischen Winzergenossenschaften, die älteste derartige Genossenschaftseinrichtung Deutschlands.

Kerniger, frischer Wein

Im nächsten Jahr wird der „Winzerkeller" 50 Jahre alt. Der Zweck: Für die vielen kleinen und kleinsten Winzer den Wein zu keltern, auszubauen und zu verkaufen. Angeschlossen sind dem Wieslocher Großunternehmen 3800 Winzer in 21 Genossenschaften mit insgesamt 1380 Hektar Rebland. Die Bedeutung der Kellerei kann man schon daran ermessen, daß ihr Geschäftsführer Peter Schüttler zugleich Präsident des Badischen Weinbauverbandes ist.

Wiesloch selbst besitzt mit 52 Hektar relativ wenig Weinbergland. Viel ist durch Bebauung und Industrialisierung verlorengegangen. Hinzu kam Ende der fünfziger Jahre eine inzwischen fast wieder verflogene Obstbegeisterung. Aber immer noch liegt Wiesloch mitten zwischen der Badischen Bergstraße und dem sogenannten Kraichgau, die beide zusammen einen der sieben Bereiche des Weinbaugebiets Baden bilden. Es ist jene Region, von der Kaiser Joseph II. schwärmte: „Hier fängt Deutschland an, Italien zu werden".

Die Weine hier sind im Schnitt etwas kerniger und frischer als im übrigen Baden. Auch die Verteilung der Rebsorten erinnert an die benachbarte Hessische Bergstraße: Hinter dem Müller-Thurgau (45 Prozent) kommt schon der elegante Riesling (20 Prozent), dann allerdings die typisch badischen Burgundersorten Ruländer und Weißburgunder mit je zwölf Prozent; etwa fünf Prozent sind Rotweine.

Stärker noch als die südlicheren deutschen Regionen hat dieser Bereich unter den wetterbedingten Ernteschwankungen zu leiden. So lieferten die an den Wieslocher „Winzerkeller" angeschlossenen Genossenschaftswinzer 1980 ganze 1,8 Millionen Liter Weinmost an die 20 über die Region verteilten Kelterstationen ab. Zwei Jahre später waren es 20,6 Millionen Liter, also mehr als zehnmal soviel. In diesem Jahr werden es sechs, sieben Millionen Liter sein. Da hat es seinen guten Sinn, daß der „Winzerkeller" seine Lagerkapazität auf 15,5 Millionen Liter, mehr als eine gute Durchschnittsernte, ausgebaut hat.

Mit dem Absatz seiner Weine hat der „Winzerkeller" zur Zeit weniger Probleme als vielleicht andere deutsche Weinerzeuger. Ein Viertel des gekelterten Weinmostes geht per Tankwagen sofort nach Breisach zur Zentralkellerei der Badischen Winzergenossenschaften, im wesentlichen zuständig für den überregionalen Absatz der badischen Weine

Für den großen Rest ist Wiesloch selbst verantwortlich. Rund 80 Prozent davon werden im Umkreis von 100 Kilometer verkauft, an Groß- und Einzelhandel, an die Gastronomie und immerhin zu 15 Prozent an Privatkunden. Zu seinem Verbrauchergebiet sagt Peter Schüttler, es sei in Deutschland wohl die glücklichste Verbindung aus Weinverstand und Einkommenshöhe, die es überhaupt gibt: Im Norden Mannheim–Ludwigshafen–Heidelberg, sogar bis hinauf in den Frankfurter Raum, in Südosten Stuttgart, im Süden Karlsruhe. Hier dürfte der Pro-Kopf-Verbrauch an Wein (im Bundesdurchschnitt ohne Sekt etwa 24 Liter) ähnlich hoch wie in Frankreich liegen, an die 90 Liter. Etwa 20 Prozent der Weine gehen nach alter Tradition in die bayerischen Feriengebiete.

Einen eigenen Ausschank hat der „Winzerkeller" nicht. Schüttler: „Es reicht uns, wenn alle Gaststätten der Gegend unsere Weine führen." Auf der Preisliste der Kellerei stehen insgesamt 84 verschiedene Weine, darunter 61 allein vom guten Jahrgang 1983 (davon zehn trockene und acht halbtrockene). Man trinkt hier nicht „blind" in sich beinein, man schätzt Vielfalt und auch mal das Besondere.

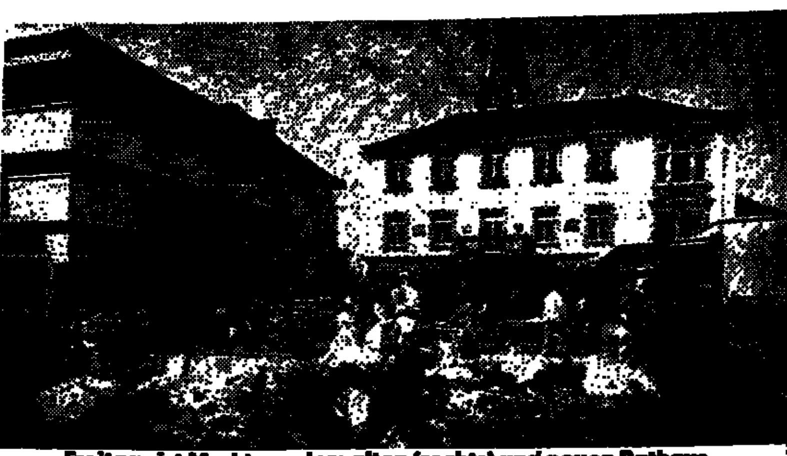
Weiteres Wachstum wird dem „Winzerkeller" freilich kaum beschert sein. Die Begrenzung der Anbaufläche und des Mengenertrags pro Hektar (gesetzlich noch nicht verankert, aber bei den Badischen Genossenschaften in diesem Jahr bereits freiwillig praktiziert) wird für Maßhalten sorgen.

Auch die Zahl der Genossenschaftswinzer ist in den letzten Jahren zurückgegangen. Teilweise zieht die jüngere Generation nach Tagesarbeit in den Städten die geruhsame oder unterhaltsame Freizeit der mühseligen Schufterei als Nebenerwerbswinzer vor.

Ehre für 76er Spätlese

Dennoch werden die Wieslocher dafür sorgen, daß die ausgeprägte Individualität ihrer Weine nicht verlorengeht. Zwar sind die Kreszenzen im Norden des 400 Kilometer langgestreckten Anbaugebiets Baden vielleicht nicht ganz so berühmt wie weiter im Süden etwa Ortenau, Kaiserstuhl oder Markgräflerland. Aber Ehre, wem Ehre gebührt: Unter den zwölf badischen Parade-Weinen, die der bekannte Schriftsteller Stefan Andres in seinem neuaufgelegten Klassiker „Deutsche Weinreise" zu einer Probe zusammenstellt, ist auch einer vom Wieslocher „Winzerkeller" – 1976er Obergrombacher Burgwingert Weißburgunder Spätlese.

JOACHIM NEANDER



Freitags ist Markt vor dem alten (rechts) und neuen Rathaus
FOTO: ROBERT HÄUSSER

Auf bunten Ornamenten zur Parade der Fachgeschäfte

Einkaufserlebnis wird in Wiesloch großgeschrieben, nachdem die Altstadt zur Fußgängerzone gemacht worden ist. Einem Bummel durch die Obere Hauptstraße (aus der seitdem Autos verbannt sind), vorbei an den vielen Schaufenstern, mag sogar mancher Kaufmuffel etwas abgewinnen. Die rund 400 Meter lange Fußgängerzone, die leicht ansteigt und sich bogenartig in die Altstadt windet, bietet ein breites Spektrum an Geschäften, die insbesondere auch Produkte des gehobeneren Bedarfs offerieren. Die Zone beginnt beim Kaufhaus Woolworth, an das sich eine Reihe von Boutiquen, Schuhgeschäften, Feinkostläden, Geschäfte der Bereiche Uhren, Schmuck, Foto, Optik, Gartenbedarf, Bekleidung anschließt, um dann beim Kaufhaus Dannheimer zu enden.

Rund eine Million Mark wurde in die Fußgängerzone investiert. Die Straße wurde mit einem Granitpflaster belegt, das durch farblich aufeinander abgestimmte Ornamente aufgelockert ist. Mit der durchgehenden Baumbepflanzung wird eine zusätzliche grüne Note in die Innenstadt gebracht. Auf dem freien Platz vor dem Kaufhaus Bihl soll ein von Otmar Alt gestalteter Brunnen erstellt werden – für das städtebauliche Bild eine weitere Bereicherung.

Bewußt hat man sich in Wiesloch, um dem mittelständisch strukturierten Facheinzelhandel den erforderlichen Entfaltungsspielraum zu geben, davon zurückgehalten, den einen oder anderen Kaufhaus-Konzern zusätzlich in die Stadt zu holen, was auch für das Thema „Einkaufszentrum auf grüner Wiese" gilt. Mit dem bestehenden mittelgroßen Markt der Rewe-Leibbrand-Gruppe will man es gut sein lassen.

Dabei verfährt man in Wiesloch nach dem Motto: Wenn die Leute wirklich den Einkauf in einem großen Kaufhaus planen, dann fahren sie nach Mannheim oder in eine andere, in kurzer Reichweite liegende Großstadt. Damit – so meint man im Rathaus – wolle man in Wiesloch nicht konkurrieren. Vielmehr sollte der Markt insoweit realistisch eingeschätzt werden. Es sei dort anzusetzen, wo sich die gewachsene Attraktivität der Stadt vielleicht noch steigern lasse. Mit zum Angenehmsten gehört daß man in Wiesloch beste Parkmöglichkeiten ganz in der Nähe der Fußgängerzone vorfindet. Übrigens: Es gibt mehr Stellplätze, als nachgewiesen werden muß. (WR.)

Finanzsituation ist solide und zugleich robust

W. N. **Wiesloch**

Solide und robust zugleich ist die Finanzsituation der Stadt Wiesloch. Bei einem für 1985 veranschlagten Haushaltsvolumen von 67,9 Millionen Mark entfallen 49,5 Millionen Mark auf den Vewaltungshaushalt und 18,4 Millionen Mark auf den Vermögenshaushalt. Allein die Gewerbesteuern tragen mit 24 Millionen Mark zu 48 Prozent zum Verwaltungshaushalt bei. Dieser Anteil war in den letzten Jahren ziemlich stabil und zeigt somit auch die doch recht gesunde Wirtschaftsstruktur dieser Stadt, die mit ihrer Arbeitslosenquote besser dasteht als der Landesdurchschnitt. Mit einer Steuerkraft je Einwohner von 974 Mark nimmt Wiesloch unter den Großen Kreisstädten des Regierungsbezirks Karlsruhe einen guten Mittelplatz ein. In der Verschuldung weist die Stadthauptkasse Ende dieses Jahres ein Volumen von 14 Millionen Mark aus; umgerechnet auf den Kopf der Einwohnerschaft ergibt sich daraus ein Betrag von 630 Mark, womit man ebenfalls günstig abschneidet.

Spaziergang durch die Geschichte

nl. **Wiesloch**

Der mittelalterliche Ursprung der Stadt Wiesloch ist nicht zu übersehen. Einige markante Punkte sollte der Besucher, der den Spuren der Geschichte folgen will, aufsuchen. Erhalten ist beispielsweise die südliche Stadtmauer mit drei Wehrtürmen. Die ehemalige Burganlage (vermutlich aus der Stauferzeit) ist eine Besichtigung wert wie der aus dem 13. Jahrhundert stammende Freihof, ältestes funktionsfähiges Gebäude der Stadt. Sehenswert ist vor allem die Evangelische Stadtkirche mit gotischem Chor sowie die Katholische Stadtkirche St. Laurentius, in barokkem Stil in der Zeit von 1745 bis 1750 gebaut.

Der Stich ins Auge

vl.– Im Zusammenhang mit der UNO-Resolution gegen die Folter brachten die ARD-„Tagesthemen" eine Bilderfolge mit Menschen, die Opfer von Mißhandlungen geworden waren. Es waren erschütternde Bilder; besonders grausig war der Anblick von Indern, denen Polizeibeamte die Augen ausgestochen hatten, weil sie sie für Räuber hielten. In der Abmoderation vermerkte der Sprecher, daß auch Israel zu den Staaten gehöre, in denen gefoltert werde.

Das ist eine grobe Unwahrheit. Zwar haben arabische Agitatoren die Behauptung immer wieder lanciert, aber niemals ist ein Beweis für Folter in Israel erbracht worden. (Auf die Sorte von *Denunzianten*, die auch die Bundesrepublik Deutschland zu den Folterstaaten wegen angeblicher „Isolierfolter" von Terroristen zählen, braucht nicht eingegangen zu werden). Die schnodderige Selbstverständlichkeit, mit der hier wieder einmal im deutschen Funkwesen antisemitische Propaganda getrieben wird – nur mühsam als „*antiisraelisch*" getarnt –, ist mehr als eine pseudojournalistische Entgleisung. Sie ist ein Politikum ersten Ranges.

Wenn Außenseiter in Szenenblättchen das betreiben, was auch enttäuschte Marxisten als den „neuen linken Antisemitismus" bezeichnen, so mag die Regierung sich damit herausreden, daß in der Bundesrepublik Meinungsfreiheit herrsche und man nicht jeder Hetze nachgehen könne. Funk und Fernsehen dagegen sind ein Staatsmonopol, neuerdings erst wieder von den Regierungschefs der beiden großen Parteien feierlich durch „Bestands- und Entwicklungsgarantie" bestätigt. Dies wird damit begründet, daß der Staatsmonopolfunk besonders ausgewogen und *kulturell hochstehend sei.*

Die Praxis erleben wir tausendfach anders. Israel in einem Atem *mit Leuten zu nennen, die anderen* die Augen ausstechen, ist faktisch, leider, nur ein Beispiel von vielen dafür. Aber es ist ein besonders scheußliches – und ein quasiamtliches Beispiel. Hier ist der jüdische Staat von staatlich garantierter deutscher Seite verleumdet worden. Man wartet gespannt auf die Konsequenzen.

Theater in Italien: Pirandello und Lindsay Kemp

Frau Borbonis Triumph

Pirandello ist der meistgespielte Autor dieser Spielzeit in Italien. Das ist gefährlich. Denn wenn seine Stücke nicht exzellent aufgeführt werden, vergißt das Publikum, wie beunruhigend die Gratwanderung zwischen Sein und Schein ist. So erwartete man gespannt Franco Zeffirellis erste Inszenierung eines von Pirandellos größten, wenn auch selten gespielten Werken. „So ist es – ist es so?" Der Applaus in Pratos feinem alten Teatro Metastasio bei der Premiere galt vor allem Zeffirellis bestem Einfall: der fast 85jährigen Paola Borboni die Rolle der Signora Frola *zu geben.*

Das ist eine alte Mutter, die ihren Schwiegersohn Ponza für verrückt erklärt, weil er behauptet, ihre Tochter sei gestorben und er wolle sie nicht damit betrüben, ihr seine zweite Frau vorzustellen. Der Schwiegersohn hingegen erklärt sie für wahnsinnig, weil sie seine Frau, die sie jeden Tag verschleiert im Fenster ge*genübersieht, für ihre* Tochter hält. Das Drama dieser beiden ist für die klatschsüchtige, neugierige Kleinstadtgesellschaft eine Detektivstory, die sie mit Listen und Intrigen zu klären versucht. Aber das Rätsel bleibt ungelöst. Keiner weiß, wer von den beiden nun verrückt ist, als am Schluß der Schwiegersohn die Signora Frola behutsam fortführt, fort von der penetranten Neugier und der unerfüllten Sensationslust der Nachbarn. Sein und Schein bleiben verschlungen.

Die gebrechliche alte Dame auf Krücken (den echten Krücken, die sie seit einem Autounfall vor acht Jahren trägt) beherrscht die Bühne mit ihrer festen Stimme, ihren Blicken, ihrer leidenden Zärtlichkeit und disziplinierten Kunst. Paola Borboni läßt vergessen, daß Zeffirelli, der auch das Bühnenbild entworfen hat, die neugierigen Nachbarn so exaltiert chargieren läßt, als stünden sie auf einer neapolitanischen Vorstadtbühne.

Und noch ein Clou ist dem Regisseur *eingefallen. Er plaziert einige* der Zuschauer auf der Bühne. Da hocken sie nun neben den Schauspielern, sind kaum von ihnen zu unterscheiden und werden mit Blicken, Gesten und Flüstern in die Handlung einbezogen. Geniert zunächst, dann amüsiert werden sie und mit ihnen das ganze *Publikum zu jener* Provinzgesellschaft, die Pirandellos psychoanalytisches Rätselspiel zu lösen versucht.

Zwei Aufführungen in Mailand haben den Film zum Thema. „Il Genio" (Das Genie) heißt das eine Stück, in Szene gesetzt von Damiano Damiani, das den Konflikt zweier Filmgrößen behandelt. Aber es enttäuscht.

Auch Lindsay Kemp (er kommt mit seiner Gruppe Anfang Januar ins Frankfurter Theater am Turm) bewegt sich *im Filmmilieu.* Er beschwört im Teatro Nuovo mit seinem jüngsten Stück „The Big Parade" die Gespenster. Das sind die Diven des Stummfilms und dessen Ende im dröhnenden Triumph des Tonfilms.

Die Gestalt, die mit einem Kandelaber auf der dunklen Bühne umherirrt, bis sie sich erhellt und als staubiges Filmstudio der zwanziger Jahre entpuppt, ist der Regisseur. Ein martialischer Riese in Schwarz, der an Eric von Stroheim erinnert. Mit sei*nem Megaphon gibt er* lautlose Befehle, die als Leuchtschrift erscheinen: Licht! Aktion! Stopp! Rodolfo Valentino tanzt Tango, Greta Garbo und Marlene Dietrich, Mary Pickford und Charlot, Douglas Fairbanks, und wie sie alle heißen, mimen, von glänzend aufgelegten Interpreten dargestellt, die rührenden, lächerlichen Szenen von Liebe, Haß und Abenteuern aus der großen Zeit des stummen Kintopps.

Lindsay Kemps ganzes Arsenal von Rauch und Schminke, Schattenspielen und stroboskopischen Lichteffekten wird aufgefahren. „The Big Parade" ist eine einzige magische Veranstaltung von beeindruckender Verführungsmacht, wenn sie auch nicht die Kraft der Farben und Gesten von Kemps früheren Stücken erreicht. MONIKA v. ZITZEWITZ

Aachen: Neuer Start mit Wagners „Holländer"

Zwei Lebensperspektiven

Das Stadttheater Aachen hat sich vornehmlich einen Namen erworben als Sprungbrett für talentierte Dirigenten vom Schlage eines Herbert von Karajan, eines Wolfgang Sawallisch oder wie jüngst eines Gabriel Chmura. Der neue Generalintendant Klaus Schultz will sein Haus nun auch szenisch an die Qualitätsstandards größerer Opernhäuser heranführen. Er geht dabei umsichtig vor und nimmt Rücksicht auf ein Publikum, das in den letzten Jahrzehnten nicht gerade an kühne Neudeutungen gewöhnt worden ist.

Mit Wagners „ Fliegendem Holländer" präsentiert Aachen eine Inszenierung, die andernorts bereits erfolgreich war und sowohl in ihrer szenischen Ästhetik als auch in der dramaturgischen Konzeption durchaus in *Hamburg,* Berlin oder München bestehen könnte. Der belgische Regisseur Gilbert Deflo, der das Werk vor Jahresfrist an der Brüsseler Nationaloper in Szene setzte, ist ein Mann der behutsamen Umdeutung, der präzis charakterisierenden Personenfüh*rung mit* einem großen Faible für die deutsche Romantik, wie seine Brüsseler „Freischütz"-Inszenierung zeigte.

Mit dem „Holländer" hat Aachen zwar nicht Deflos überzeugendste Inszenierung eingekauft, aber für ein *Haus mit* beschränkten finanziellen und personellen Möglichkeiten ist es wohl das Musikdrama Wagners, das noch am ehesten angemessen zu realisieren ist. Deflo und der Ausstatter Carlo Tommasi zeigen eine entschlackte romantische Oper, die ihre szenischen Wirkungen eher aus der raffinierten Beleuchtung zieht als aus dem abstrahierenden Bühnenbild, das Naturholz und Lackfolie im Übermaß verwendet.

Entschlackt wirkt auch die Personenführung. *Nicht* an dem Aufeinandertreffen von Geister- und Bürgerwelt, sondern an der Innenwelt der Hauptakteure sollte sich der dramatische Funken entzünden. Der Holländer (Brian Kempf) ist endlich einmal nicht als der finster Geheimnisvolle gezeichnet, sondern als ein unsicher umherirrender Mensch, der das Weib sucht, das erlöst; Senta (Luana De Vol) einmal nicht das hysterisierte, von schwärmerischen Visionen geschüttelte Mädchen, sondern eine junge Frau, die sich zwischen zwei unterschiedliche Lebensperspektiven verkörpernden Männern entscheiden will. Dementsprechend ist die Figur des Naturburschen Erik (Seppo Ruohonen) und auch des Vaters Daland (Roberto Nalerio-Frachia) vielschichtiger, ja sympathischer angelegt als in anderen „Holländer"-Produktionen.

Während Deflo ein Märchen von Anno dazumal in der Sprache von heute erzählen will, gibt der junge Dirigent Yoram David – übrigens ein weiteres Aachener Sprungbrett-Talent – der Partitur eine saftige romantische Lesart, die geradezu nach grellen Effekten sucht und die schönsten Gelegenheiten dazu in den Chorszenen findet, die das kleine Aachener Theater in den Grundfesten zu erschüttern drohen. Dazu passend wurde am Premierenabend im Foyer eine Gedenkausstellung für Wilhelm Pitz eröffnet, den langjährigen Bayreuther Chordirektor, der in Aachen zu Hause war. ALBIN HÄNSEROTH

Späte Ehrung für Ludwig Meidner, den großen Theoretiker und Praktiker des Expressionismus

Feurige Apokalypse, doch mit Melodie

Ludwig Meidner wäre heuer hundert *Jahre alt geworden. Er starb,* 82jährig, hochgeehrt und vergessen, 1966 in Darmstadt. Kein deutsches Museum, keine Kunsthalle sah sich veranlaßt, an diesen Geburtstag mit einer Gedenkausstellung zu erinnern. Freunde des Künstlers und Kenner *seines* Werks *wittern in diesem* Versäumnis Methode. Denn man sollte meinen, gerade in unseren Tagen mit ihrer großzügig gepflegten Katastrophenstimmung stünden für diesen „apokalyptischen" Wilden aus der Frühzeit dieses Jahrhunderts die Zeichen besonders günstig. Aber offenkundig hat Ludwig Meidner im derzeitigen Kunstbetrieb keine Lobby.

Die Gründe dafür werden deutlich, wenn man jetzt sein Werk – bei weitem nicht umfassend genug – im Zusammenhang sieht. Dazu gibt nun *doch noch am Ende des Jahres eine* Ausstellung Gelegenheit. Der Darmstädter Saalbau-Galerie blieb diese „private" Meidner-Ehrung vorbehalten.

Mit einer bemerkenswert umfangreichen, wenn auch spürbar zufälligen Auswahl des greifbaren Œuvres ist Claus K. Netuschil dieser Verpflichtung weithin gerecht geworden. Er zeigt *immerhin* 20 Ölbilder, 80 Zeichnungen und 120 Radierungen aus allen Schaffensperioden und Themenbereichen des Künstlers – der außerdem auch bedeutende Dichtungen und Prosaschriften hinterließ –, Bildnisse, Landschaften, Genrebilder *und* Stilleben. Das *malerische und* zeichnerische Werk, soweit es dem Zugriff der Nationalsozialisten und den Zerstörungen des Krieges entging, befindet sich weit verstreut.

In der Ausstellung sieht man Bilder sehr unterschiedlichen, ja gegensätzlichen Charakters, frühe Bilder des damals „expressionistischsten aller expressionistischen Maler", Bilder des *visionären Gottsuchers* – Meidner war Schlesier wie Jakob Böhme, Stehr und die Brüder Hauptmann –, Bilder barocker Inbrunst aus den elenden Londoner Exiljahren und aus dem Spätwerk eine Reihe von weithin unbekannten Bildern von unverminderter malerischer Qualität, Sicherheit und Kraft, die in einem jüdischen Altersheim in Frankfurt, im Taunus und in Darmstadt entstanden sind.

Diese späten Bilder eines eher statischen als ekstatischen Realismus, aus denen künstlerische Reife und – nach Meidners eigenem „Glaubensbekenntnis" – „Ehrfurcht vor dem Formenreichtum der Natur und Demut vor ihrer Schönheit" sprechen, fügen sich nicht mehr dem Vorurteil vieler Kunstkritiker und Museumsleute, für die die Kunst nur aus Protest und formaler Zügellosigkeit besteht und der Rang eines Künstlers sich allein in einem lebenslänglichen Avantgardismus manifestiert.



In Selbstbildnissen fand er innere Ruhe: Ludwig Meidner in seinem Atelier FOTO: DPA

Doch dies erklärt allenfalls, warum in früheren Ausstellungen und Aufsätzen diese Bilder weitgehend benachteiligt wurden zugunsten des expressionistischen, explosiven und – das Wort kehrt immer wieder – „apokalyptischen" Frühwerks, dem Meidner selber leidenschaftlich abgeschworen hat. Bereits 1923 konnte er „nur noch mit tiefer Schamröte" an seine expressionistische Zeit zurückdenken, und er verurteilte seine frühen Prosaschriften als „häßliche demagogische Pamphlete", die er „weit, weit hinter sich gelassen" habe.

Ganz gewiß braucht ihm die Kunstwissenschaft darin nicht zu folgen, sie darf es nicht einmal; denn die historische Leistung des jungen Meidner bleibt für die moderne Kunstentwicklung und ihre Deutung unverzichtbar. Sie war prägend und mitreißend, nicht nur formal; sie machte ihn zum „Jeremias" der Jahre vor dem Ersten Weltkrieg *und zum vehementen* Ankläger des Krieges und der Nachkriegszeit. „Zeuge und Opfer einer unheilvollen Zeit", geriet er, nach eigenem Bekunden, „in das Gären einer Kunstepoche, die sich damals vermaß, die Welt einzureißen mit ihren lärmenden Programmen, und die ihre Adepten in eine chaotische Geistesverfassung hineinriß".

Aber *obwohl* das Chaotische, wie er später schrieb, ihn „ärger anpackte und ihm schlimmer zusetzte als anderen", es gewann keine Macht über sein Künstlertum. Bereits 1911 malte er einen „Schützengraben" in visionärer Vorahnung und seit 1912 prophetisch immer wieder die Schrecken des Krieges: Brennende Städte, auseinanderberstende, übereinanderstürzende Häuser, taumelnde Straßen, aufgerissene Himmel, zerwühlte Erde, Menschen in panischer Angst und Verzweiflung.

Diese Malerei war – besser als mit seinen eigenen Worten läßt es sich nicht ausdrücken – „Flamme und Feuerstrom, aber nicht romantisch zerfahren und zügellos, sondern voll Strenge, Straffheit und Melodie". Und hier liegt vermutlich auch die *Lösung des Rätsels, warum Meidner,* trotz vorgeblicher Parallelitäten zu dem heute verbreiteten „wilden" Kunstgebaren, im herrschenden Kunstbetrieb keine Lobby hat. Er war alles andere als ein Pinselprotz und dilettantischer Palettenpunker, kein rüder Opportunist, der nach der Devise „Happy Chaos" aus dem Katastrophengefühl der Zeit billige Münze *schlug. In seiner Malerei verband sich* nicht nur die Empörung des Gefühls mit formaler Klarheit, sondern ebenso die Kritik an der Zeit mit einer Idee, die über diese Zeit hinauswies, der Protest mit dem Glauben, die emotionale Aggressivität mit insistierender Hoffnung, Visionen des Weltendes mit der Vision des Paradieses, das Menetekel mit einem Erlösungsbewußtsein; den Aufruhr der Sinne verwandelte er in geistige Leidenschaft.

Aus dem „Partisan eines kämpferischen Atheismus" wurde nach seinen eigenen Worten über Nacht ein tief religiöser Jude, aus dem pathetischen Expressionismus seiner Kriegs- und Großstadtbilder, seiner Bildnisse und Selbstbildnisse ein fanatischer, inbrünstiger Realismus. „Ich kann nicht mehr taumelig, verstiegen und begeistert rasen wie einst ... die Erkenntnisse der religiösen Wahrheiten und die Erfahrungen eines langen Lebens haben mich unheimlich ernüchtert", schrieb er nach seiner Rückkehr aus dem englischen Exil und malte, wie er in den zwanziger Jahren begonnen, Bilder von „ehrfurchtsvollem" Respekt vor Mensch und Natur, *Landschaften,* Stilleben, Propheten, Heilige, Büßer und Beter, vor allem Porträts und Selbstbildnisse.

In acht dieser Selbstbildnisse – nur mit Corinth, Kokoschka und Beckmann zu vergleichen – macht die Darmstädter Ausstellung den Lebens- und Schaffensweg Meidners anschaulich, läßt uns miterleben, wie ein ungewöhnlicher Revolutionär sei*ne innere Ruhe fand. Die äußere Ru*he freilich war dem jüdischen Künstler noch lange nicht vergönnt. Meidner mußte nach England fliehen, wurde interniert und fristete ein elendes Leben als Leichenwächter. Als er 1952 nach Deutschland zurückkam, war der früh Berühmte so gut wie vergessen. Kurz vor seinem Tod wurde der Achtzigjährige wiederentdeckt und mit Ausstellungen, Orden und Auszeichnungen geehrt. Dann geriet er wieder in Vergessenheit. So hatte er sich seinen „Gang in die Stille" (Berlin, 1929) gewiß nicht vorgestellt (bis 22. 12.) EO PLUNIEN

Film: Louis Malles Gangsterkomödie „Crackers"

Rififi beim Pfandleiher

Louis Malle, der französische Filmemacher, ist für thematische Bocksprünge überraschender Art immer wieder gut. Er begann ehrenvoll als Dokumentarist. Er lernte bei Jacques Cousteau, dem Tiefseefilmer. Malles erster Film, „Die Lieben*den" mit Jeanne Moreau, war durch* seinen erotischen Freimut und seine romantischen Schwelgereien auch anti-sensationell.

Malle wechselte die Filmsprache abrupt. Er drehte den ersten, sozusagen „dadaistischen" Lachfilm, „Zazie in der Metro", wechselte dann gleich wieder Thema und Tonart und ergründete im „Irrlicht" die letzten 48 *Stunden im Leben* eines Selbstmörders; ein tiefschwarzer Film voll psychologisch genauer Bohrungen.

Bald aber ließ er in seiner mexikanischen Revolutionsparodie, „Viva Maria", alle Filmpuppen (besonders die Moreau und Brigitte Bardot) tanzen, drehte mit Belmondo die erste gelungene schwarz umränderte Abenteuerposse; gleich darauf wie*der den erotisch hochheiklen Kinder*film (Knabe liebt Mutter!) „Herzflimmern", stellte dann gleich wieder eine Reihe genauer Dokumentarfilme in Indien her. Malle kommt zurück nach Frankreich und erleidet mit dem symbolüberladenen „Black Moon" ei*ne Totalniederlage.*

Louis Malle geht, enttäuscht, nach Amerika. Er dreht „Pretty Baby", nun wieder erfolgreich; dann gleich das gespenstisch-komische, traurige Gangsterstück „Atlantic City" – sehr erfolgreich. Dann wechselt er wieder Genre und Thema: Er setzt nur zwei alte Freunde plaudernd an einen New Yorker Kneipentisch. Sie reden miteinander freundschaftlich, lässig-sokratisch. Bisher Louis Malles Meisterstück: „Mein Essen mit André".

Und wieder ändert Malle mit seinem neuesten Filmthema Tempo und Temperament total. Sein neues, kleines Meisterstück spielt unter armselig tolpatschigen Galgenvögeln im gemütlich-korrupten Stadtkern von San Francisco. Sie hängen bei einem miesen, liebenswürdigen, alten *Pfandleiher herum. Als der, um den* Geburtstag seiner Mutter zu feiern, einen dicken Edellachs unter dem Arm, seine Räuber- und Trödelbude verläßt, machen sie bei ihm Rififi.

Sie versuchen mit tolpatschiger Strategie seinen Geldschrank zu knacken. Sie sind, diese hanebüchene Kollektion schräger Vögel, unfähig, das komplizierte Bubenstück zu vollbringen. Sie zertrümmern nur immer die falschen Wände. Sie lösen *Wassernot aus. Sie brechen Liebesne*ster auf. Sie veranstalten totales Tohuwabohu in des unseligen Pfandleihers Bruchbude. An sein Geld kommen sie nicht heran.

Louis Malle orchestriert ein kleines, armseliges Chaos mit ganz leichter, griffiger Hand. Er läßt, bei allem deutlich ausgekosteten Krawall, immer menschliches Mitgefühl walten. Über den trübseligen *Kleingangstern* und komischen Knallköpfen aus der Großstadt blitzt und donnert es ständig überraschend komisch. Am Ende hat man einem sozusagen sanften Krawallfilm ganz neuer, frischer und hochintelligenter Machart beigewohnt, einem ständig schier absurden, aber eben auch dauernd rührenden Schelmenfilm: „Crackers".

*Louis Malle, so intern Amerikani*sches er scheinbar nutzt und parodiert – er hat seine gallisch kühle Handschrift und seinen Stil ganz sicher behalten. Er hat wieder gesiegt. FRIEDRICH LUFT



Absurdes Schelmenstück: Jack Warden (li.) und Donald Sutherland in „Crackers" FOTO: TOBIS

ZEITSCHRIFTENKRITIK: Wolkenkratzer

Ansicht eines Krokodils

Unseren Lesern wird schon ein Stern aufgehen, wenn sie folgenden Anfang einer Erzählung lesen: „An gewissen Tagen kommen mir die Flure der Hamburger-Illustrierten-Zeitung länger vor. Ich bin nicht der einzige, der dieses Phänomen wahr*nimmt. Jeden Morgen betreten 328* Mitarbeiter ihren Arbeitsplatz bei unserer Zeitung, der größten Illustrierten des Landes. Die Angestellten, besonders die Redakteure, kommen gewöhnlich spät und in einer auffallenden Gangart. Sie ist lässig, etwas müde, selbstsicher. Ich bilde mir ein, daß diese Selbstsicherheit durch die Unkündbarkeit unserer Angestellten erzeugt wird. Daß *Sicherheit* das Hauptbedürfnis der Bundesbürger ist, betrachte ich ohnehin als eine Tatsache. Sicherheit ist unsere stärkste Industriebranche."

Die Flure spielen die Hauptrolle in dieser Erzählung: „Manchmal bekomme ich den Eindruck, daß das Hauptanliegen der Mitarbeiter nicht etwa die Veröffentlichung von Nachrichten ist, sondern deren Eigenproduktion. Diese findet hauptsächlich im Flur statt." Dann ist die Rede vom Sohn eines bekannten deutschen Schriftstellers, der in England in das Haus eines verstorbenen deutschen Schriftstellers einbricht, um sich Sensationsmaterial zu verschaffen. Was über die „Antriebe" dieses Sohnes gesagt wird, läßt den eben erschienenen Roman Franz Schönhubers über ein anderes Großmedium, eine Fernsehanstalt, geradezu als ein Muster an Diskretion erscheinen.

Jene Liebenswürdigkeiten finden sich in Nr. 4 des seit einem Jahr erscheinenden Zweimonatsmagazins „Wolkenkratzer / Art Journal" und stammen vom Enzensberger-Spezi Gaston Salvatore. Dieses Glanzstück der schicken Linken sucht offensichtlich einen Ersatz für den von ihm mitbegründeten, aber anscheinend untergehenden „Trans-Atlantik". *Auch der neue Dampfer hat,* wie schon der Titel „Wolkenkratzer" zeigt, Kurs auf Manhattans Galerien, wo die Malerei der deutschen „Wilden" blüht.

Durch alle „Wolkenkratzer"-Hefte zieht sich das Streben, um Himmels willen nicht altmodisch zu sein. Man leistet sich sogar einen sehr positiven Nachruf auf Hans Sedlmayr, dessen Gegner als „*Gestrige und Abrechnenmüssende*" qualifiziert werden. Das bis vor kurzem häufigste Utensilium neudeutscher Weltoffenheit, die Klo-Schüssel, fanden wir nur einmal, in Nr. 5: Unter dem Titel „Spitzwegdusche" macht dort ein Mann einen Kopfstand in besagtem Gegenstand.

Am besten verhält man sich wohl wie Hamburgs First Lady: Sie lächelt tapfer in die Linse, als sie zusammen mit dem Superbusen der z. Zt. berühmtesten Insassin der Herbertstraße für den „Wolkenkratzer" fotografiert wird. Typisch ist diese Fülle jedoch nicht für das Magazin, sondern eher der asketische Popo, der sich uns aus einer Krokodilattrappe entgegenstreckt. Wir werden ehrfüchtig darauf hingewiesen, daß es derjenige von Frau Pina Bausch sei. Daß es sich da um Kunst handelt, läßt sich daran erkennen, daß die berühmte Choreographin sich so von einem der inter*national* berühmtesten *Fotografen,* Helmut Newton, knipsen ließ. ANTON MADLER

KULTURNOTIZEN

Karin Gündisch, deutsch-rumänische Autorin, die vor kurzem in die Bundesrepublik übergesiedelt ist, erhält den erstmals vergebenen Peter-Härtling-Preis für Kinderliteratur.

Einen Kompositionsauftrag über „*Lieder für Orchester und eine Singstimme*" hat der Dresdener Udo Zimmermann von der rheinland-pfälzischen Landesregierung erhalten.

Federigo Tozzis Roman „Das Gehöft" ist von der Darmstädter Jury zum Buch des Monats Dezember 1984 gewählt worden.

Die Herzog-August-Bibliothek in Wolfenbüttel zeigt bis 24. Februar die Ausstellung „Erhart Kästner 1904-1974. *Werkmanuskripte*".

Die Stadt Dortmund hat jetzt – als „Schlußlicht" unter den deutschen Großstädten – einen Kunstverein eröffnet.

JOURNAL

Eduard-Rhein-Ring für Herbert von Karajan

dpa, Berlin

Herbert von Karajan wurde in Berlin mit dem Eduard-Rhein-Ring geehrt. Der Ring, von dem inzwischen 84jährigen Gründer und langjährigen Chefredakteur der Zeitschrift „Hör zu", Eduard Rhein, gestiftet, wird an Persönlichkeiten verliehen, die sich um die Entwicklung des Rundfunks und des Fernsehens verdient gemacht haben. Aus Anlaß der Verleihung überreichte Rhein einen Scheck über 100 000 Mark zu Gunsten der von Karajan initiierten Orchesterakademie des Berliner Philharmonischen Orchesters. Karajan wurde für seinen Einsatz bei der „Durchsetzung des Stereotonfernsehens im ZDF" und für sein „*konsequentes* Engagement für die Einführung der digitalen Tontechnik" geehrt. Eduard Rhein meinte bei der Verleihung in Berlin, es sei „ganz und gar ungewöhnlich, manche Techniker sagen sogar ungebührlich", daß sich ein noch so *begabter Dirigent* um die technischen Einzelheiten der ihnen anvertrauten Elektromaschinerie kümmere und daß „ein so Unberufener sogar Forderungen stellt und letztlich durchdrückt".

Gemeinsam für das Concertgebouw

SAD, Amsterdam

Die Amsterdamer Niederlassungen der Auktionshäuser Sotheby's und Christie's werden im kommenden Frühjahr eine gemeinsame Versteigerung ganz besonderer Art veranstalten: Der Gesamterlös soll der *Mitfinanzierung* der Restaurierungsarbeiten am weltberühmten Amsterdamer Concertgebouw dienen. Da die dafür benötigten Millionenbeträge nur zu einem Teil aus öffentlichen Mitteln genommen werden können, ist bereits seit längerem eine rege Werbeaktion für Spenden angelaufen. Die beiden Auktionshäuser haben ihre Kunden aufgefordert, für die Versteigerung geeignete Gegenstände einzuliefern.

Frankreich versöhnt sich mit Graham Greene

AP, Paris

Dem Schriftsteller Graham Greene ist der Titel eines Commandeur des Arts et des Lettres, eine der höchsten Auszeichnungen Frankreichs im Bereich der schönen Künste, verliehen worden. Der 80jährige Greene lebt seit zehn Jahren in Antibes. Bei der Überreichung der Auszeichnung würdigte der *französische Kulturminister* Jack Lang das Werk Greenes. „Wir sind tief bewegt, daß Sie sich entschlossen haben, bei uns zu leben", sagte Lang. In einem 1982 erschienenen Pamphlet hatte Greene das angebliche organisierte Verbrechen an der *Riviera* gegeißelt. Er mußte sich wegen Verleumdung vor Gericht verantworten, die Schrift wurde beschlagnahmt und er erhielt später Schadenersatz in Höhe von umgerechnet rund 12 000 Mark.

Sixtinische Kapelle in neuem Glanz

AP, Vatikanstadt

Nach vierjährigen Restaurierungsarbeiten erstrahlen die Lünetten, die kreissegmentförmigen Fresken Michelangelos, und die Porträts von 28 Päpsten, die die oberen Wände der Sixtinischen Kapelle zieren, wieder in neuem Glanz. Der Vatikan hatte 1980 ein auf zwölf Jahre angelegtes Restau*rierungsprogramm eingeleitet.* Nach dem ersten, soeben abgeschlossenen Abschnitt gehen die Arbeiten an der vollständig mit Michelangelo-Fresken versehenen Decke weiter.

Gutachten in der „Planeten-Affäre"

dpa, Bonn

Das Bundesinnenministerium hat das Deutsche Institut für Filmkunde in Wiesbaden um ein Gutachten über den in der Förderung umstrittenen Film des Freiburger Filmemachers Peter Krieg „Bericht *von einem verlassenen Planeten*" gebeten. Nach dessen Stellungnahme, ob es sich bei dem umweltkritischen Streifen um einen Dokumentar- oder einen Spielfilm handele, werde über die von Krieg durch Mahnbescheid angeforderte letzte *Förderungsrate in Höhe* von 87 500 Mark entschieden.

Psalmenkalligraphien für das Jahr 1985

blu. Bonn

Eine Rarität in der Kalenderschau 1985 stellen die „Psalmenkalligraphien" des Aachener Professors Werner Eikel dar. 1981 erstmalig herausgekommen, sind sie inzwischen ein Geheimtip für Sammler und Liebhaber der Kalligraphie geworden. *Jedes Blatt* ist mehrfarbig gedruckt und mit kunstvollen Initialen versehen. Dem hebräischen Originaltext wurde eine deutsche Fassung nach der Übersetzung von Martin Buber an die Seite gestellt (Scriba Verlag, Köln, 85 Mark).

Nun stehen auch Richter auf den Fahndungslisten

Dritte Verhaftungswelle gegen Mitglieder der Mafia

KLAUS RÜHLE, Rom

Ein junger Mafia-Killer namens Salvatore Parisi brachte den Stein ins Rollen. Er hat eine dritte Verhaftungswelle gegen das organisierte Verbrechertum in Italien ausgelöst. Parisi, 30 Jahre alt, der für Rechnung des Catania-Clans insgesamt 16 mißliebige oder widerspenstige Personen umgebracht haben soll, wurde kurz nach seiner jüngsten Tat am 28. September in Turin geschnappt.

In der Untersuchungshaft plauderte er kräftig aus der Schule und setzte so den Turiner Oberstaatsanwalt Francesco Scardulla instand, eine Liste von 380 Namen zusammenzustellen, gegen die daraufhin Haftbefehle erlassen wurden. Sie betreffen zum Teil namhafte Persönlichkeiten des sizilianischen Richterstands und der dortigen Ordnungshüter, die vorwiegend in Catania ihren Sitz haben und dort ihre zwielichtige Tätigkeit ausübten. Bisher konnten erst knapp 100 der Haftbefehle ausgeführt werden. Die übrigen Gesuchten sind untergetaucht oder geflohen.

Unter den bereits Verhafteten befindet sich der Vorsitzende des Schwurgerichts von Catania, Pietro Perracchio, der direkt aus einer Gerichtssitzung heraus festgenommen und mit Handschellen abgeführt wurde. Sensationell ist auch die Verhaftung des Carabinieri-Oberstleutnants Serafino Licata in Catania und des angesehenen Turiner Anwalts Francesco Gilardoni, 60 Jahre alt, dessen Büro seit Jahren auf die Verteidigung von Mafia-Bossen spezialisiert ist.

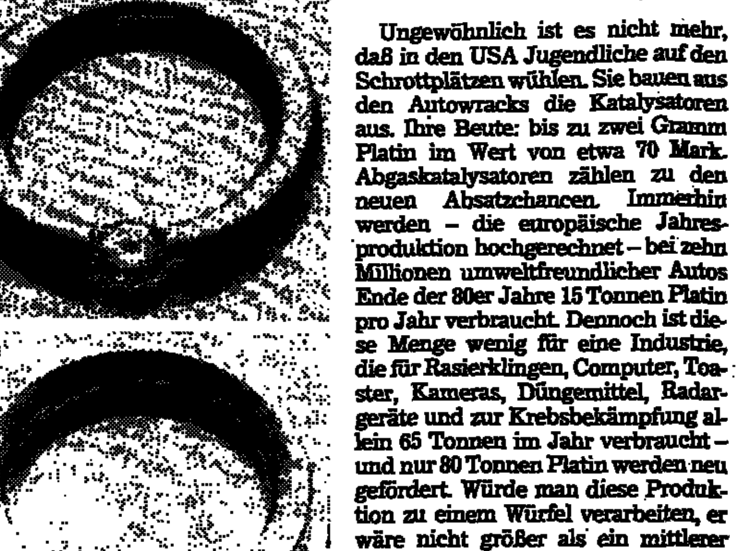
Unter den 51 Verhafteten von Catania befinden sich auch mehrere Offiziere, Unteroffiziere, Wachtmeister und Gefängniswärter der Carabinieri beziehungsweise der örtlichen Strafanstalt. Vieles spricht dafür, daß es sich nicht um bestochene Uniformträger handelt, sondern um Männer, die zur Mafia gehören und von dieser in die staatlichen Schutzorganisationen eingeschleust wurden.

Gerade dieser Aspekt ist besonders bedrohlich und wirft ein neues Schlaglicht auf die Unterwanderung des Staatsapparates in Sizilien durch die Mafia. Wenn die beiden vorausgegangenen Großfahndungen und Verhaftungswellen im wesentlichen korrupte Politiker und Richter betrafen, geht es diesmal auch um Uniformträger aller Grade, die als „fünfte Kolonne" der sizilianischen Verbrecherorganisation jahrelang ihr Unwesen trieben. Jetzt scheint es den Behörden endlich gelungen zu sein, eine Bresche in die Mafia-Front zu schlagen.

Die wichtigen Ergebnisse, zu denen man den im Grunde kerngesunden Richterstand Italiens nur beglückwünschen kann, wären kaum möglich gewesen, wenn nicht einige der verhafteten Mafia-Bosse und Mafia-Mithelfer Reue gezeigt und umfassende Geständnisse abgelegt hätten, um als Gegenleistung für ihre Mitarbeit erhebliche Strafnachlässe zu erwirken. Tommaso Buscetta und jetzt der mutmaßliche Killer Salvatore Parisi sind die wichtigsten unter diesen Kollaborateuren, von denen bereits einige ihre Zusammenarbeit mit der Polizei mit dem Leben bezahlen mußten, wie vor wenigen Tagen Leonardo Vitale.

Der jüngste Schlag gegen die Mafia und das organisierte Verbrechertum im allgemeinen ging von Turin aus. Oberstaatsanwalt Scardulla und zehn weitere Staatsanwälte sind dabei, Verbrechen aufzuklären, die bereits zehn und mehr Jahre zurückliegen. Sie sollen bereits 30 bisher unbekannte Mörderfiguren, meist Mafia-Killer, aufs Korn genommen haben. Wenn nicht alles trügt, scheint es Mafia, Camorra und ähnlichen Krebsgeschwüren im italienischen Volkskörper nun tatsächlich an den Kragen zu gehen.

Die Garbo rauchte nur mit Platinspitze



Variationen in Platin und Diamant
FOTO: DIE WELT

WILM HERLYN, Krefeld

Ungewöhnlich ist es nicht mehr, daß in den USA Jugendliche auf den Schrottplätzen wühlen. Sie bauen aus den Autowracks die Katalysatoren aus. Ihre Beute: bis zu zwei Gramm Platin im Wert von etwa 70 Mark. Abgaskatalysatoren zählen zu den neuen Absatzchancen. Immerhin werden – die europäische Jahresproduktion hochgerechnet – bei zehn Millionen umweltfreundlicher Autos Ende der 80er Jahre 15 Tonnen Platin pro Jahr verbraucht. Dennoch ist diese Menge wenig für eine Industrie, die für Rasierklingen, Computer, Toaster, Kameras, Düngemittel, Radargeräte und zur Krebsbekämpfung allein 65 Tonnen im Jahr verbraucht – und nur 80 Tonnen Platin werden neu gefördert. Würde man diese Produktion zu einem Würfel verarbeiten, er wäre nicht größer als ein mittlerer Arbeitstisch.

Wechselvoll ist die Geschichte dieses edlen Metalls, das in Deutschland einen Boom erlebt. Magere 40 Kilogramm wurden noch vor acht Jahren auf dem Schmuckmarkt abgesetzt, heute sind es mehr als 2000 Kilogramm. Wesentlichen Anteil an diesem Erfolg hat die offensive Marketingstrategie der Frankfurter Platin Gilde International, die im Auftrag der südafrikanischen Rustenburg Platinum Holding, des weltweit größten Platinerzeugers, die Deutschen seit 1976 umwirbt. Ihr Slogan „Zu wissen, es ist Platin" – mit der Betonung auf wissen, denn sehen kann man es ja nicht auf den ersten Blick – weist auf Superlative: Platin – chemisches Zeichen Pt – ist mit einem Feingehalt von 950/000 das reinste aller Schmuckmetalle. Es ist das seltenste und mit einem spezifischen Gewicht von 21,45 g/ccm das schwerste.

Schon die Ägypter verstanden es, mit Platin umzugehen. Auch Indios der vorkolumbianischen Kulturen verarbeiteten das unscheinbare Metall. Die Spanier meinten, sie hätten es mit einer widerspenstigen Abart von Silber zu tun und erfanden – abschätzig – den Namen: „Platina", das heißt kleines Silber. Sein Wert wurde falsch eingeschätzt, und erst der schwedische Forscher H. T. Scheffer entdeckte, daß dies „siebente Metall", wie er es nannte, sich nur in „Königswasser" schmelzen lasse. Eine Erkenntnis übrigens, die auch Casanova mitteilt. Nach einem Besuch bei der bekannten Alchimistin Gräfin d'Urfe 1758 schrieb er: „Sie ließ mich das gleiche Platin in vier verschiedenen Gefäßen sehen, in dreien lag es unversehrt, aber im vierten, das mit Königswasser gefüllt war, hatte das Platin nicht standhalten können."

Die erste „Platinwelle" kreierte am Hof von Versailles der Juwelier Janety. Plötzlich tauchten – doppelt so schwer wie Blei – Frackknöpfe und Uhrenketten, Kaffeekannen und Schmuckdosen auf. Aber auch die chemischen und physikalischen Eigenschaften wurden gewürdigt. Janety goß aus Platin Urmeter und Urkilogramm. Etwa 50 Jahre später erkannte die Industrie den Wert des widerstandsfähigen Metalls. Samuel Morse ließ 1837 seinen ersten Telegraphen patentieren, der Batterie-Elektroden aus Platin besaß. Cartier, Tiffany und van Cleef & Arpie verhalfen Platin zu neuem Ruhm. Sie wählten das Edelmetall, wenn es das Feinste vom Feinen sein sollte. Jugendstil und Art Nouveau schwelgten gerdezu in Platin, und in den Zwanzigern erfand Howard Hughes für den Filmstar Jean Harlow das Wort „Platin-Blondine". Greta Garbo rauchte aus einer Platin-Zigarettenspitze, und Cole Porter benutzte ein Platin-Zigarette-netui. Der Amerika-Korrespondent der „Vossischen Zeitung" berichtete aus New York: „Wenn man die Auslagen der hiesigen Juweliere sieht, glaubt man, es gebe hier nur ein einziges Schmuckmetall: Platin."

Mit dem weltwirtschaftlichen Aufschwung der 60er und frühen 70er Jahre erlebte auch Platin den seinen. Die Zuwachsraten bis heute gerade auf dem deutschen Markt widersprechen allen anderen Trends. So ist der Fachhandelsabsatz für Uhren und Schmuck rückläufig, der Verbrauch von Gold für die Schmuckherstellung schrumpft seit 1976.

Gilde-Geschäftsführer Dietrich von Loe erklärt den Platin-Erfolg mit „Gegentrend". Denn „wenn die Masse der Käufer bei Schmuck nach ‚billig' tendiert, dann gibt es mit Sicherheit eine kleine Gruppe, die um so energischer auf hochwertigem Schmuck besteht, um sich so von der Masse abzuheben." Seine Botschaft „Platin ist das seltenste, das schwerste, das reinste – und daher auch das kostbarste (und teuerste) der Schmuckmetalle" setzten die Gilde-Manager mit mühseliger Überzeugungsarbeit bei Juwelieren, Schmuckherstellern, Scheideanstalten und Designern durch. Und nachdem eine finanzkräftige jugendliche Zielgruppe erreicht wurde – 1976 lag die Zahl der verkauften Schmuckstücke bei 17 000, heute aber bei 105 000 –, peilt die Gilde nun den schmuckbewußten Mann als Käufer an. Devise: Gold ist weich und weiblich, Platin hart und männlich.

Landtagsausschuß fordert Senkung der Promille-Grenze

dpa, Düsseldorf

Im nordrhein-westfälischen Landtag ist die Forderung laut geworden, die 0,8-Promille-Grenze für Autofahrer auf 0,0 zu senken. Im Halbjahresbericht des Petitionsausschusses wird darauf verwiesen, daß die Zahl der Alkohol-Täter ist dieser Darstellung nach seit 1975 um 100 Prozent gestiegen. Die Grenze suggeriere Fahrtüchtigkeit mit wenig Alkohol. Außerdem bestünden aus Sicht des Ausschusses bei der Bevölkerung noch abenteuerliche Vorstellungen über verträgliche Mengen und über „nötige Mittelchen, um unbeschadet durch eine Verkehrskontrolle zu schlüpfen".

Hafturlaub für Parteitag

dpa, München

Für die Bundesversammlung der Grünen am vergangenen Wochenende in Hamburg hat der 39jährige Günter Goronzi aus der Vollzugsanstalt Amberg Sonderurlaub erhalten. Ein Landgericht gab einer entsprechenden Forderung der Grünen für den wegen Hehlerei und Betrug verurteilten Häftling nach.

Sand statt Flugzeugteile

SAD, Denver

Statt dringend benötigter, aber in den USA verbotener Ersatzteil-Lieferungen hat die iranische Luftwaffe eine halbe Tonne Sand aus Amerika bekommen. Sie wurde von US-Zöllnern in Denver in einen Flugcontainer geschüttet, der ursprünglich eine solche illegale Ladung für Flugzeuge vom Typ Phantom enthielt. Gegen zwei Exportfirmen im Bundesstaat Utah, die 65 solcher Container verschickt haben sollen, laufen Ermittlungen.

Kinder in Lebensgefahr

AP, Prüm/Bitburg

Von den 31 Schulkindern, die bei einem Busunglück bei Prüm in der Eifel am Dienstag mittag schwer verletzt worden sind, schwebten gestern morgen noch sechs in Lebensgefahr. Das Unglück aus ungeklärter Ursache, bei dem der Busfahrer und ein Kind starben, hatte sich an einem unbeschrankten Bahnübergang ereignet.

Herzliga-Benefizplatte

DW. Bonn

Eine über den Zeitschriftenhandel vertriebene Wohltätigkeits-LP mit der Sopranistin Deborah Sasson und dem Tenor Peter Hoffmann hat die Berliner Herzliga herausgebracht. Die von vielen Prominenten unterstützte Gesellschaft hat sich die außer- und nachklinische Betreuung von Familien herzkranker Kinder zum Ziel gesetzt.

Elektrischer Stuhl versagte

SAD, Jackson

Die 20. Hinrichtung dieses Jahres in den USA mußte wiederholt werden. Der erste Stromstoß war nicht tödlich, so daß der Verurteilte erst nach acht Minuten den Tod fand.

Auf Fußballplatz bestattet

SAD, Le Havre

Michel Boisgard, ehemaliges Mitglied des „Havre-Athletic-Club", hatte testamentarisch bestimmt, seine Asche sei auf einem Fußballplatz zu verstreuen. Als der Fußballfan jetzt mit 80 Jahren starb, ging sein Wunsch in Erfüllung.

ZU GUTER LETZT

In seinem Festvortrag: „Das Puerperalsyndrom der Sau in klassischer und zeitgenössischer Sicht" wird sich Prof. Dr. med. vet. Wilhelm Bollwahn in seiner Eigenschaft als neuer Vorsteher der Klinik für kleine Klauentiere der TiHo Hannover der Öffentlichkeit vorstellen. (Pressemitteilung der Tierärztlichen Hochschule Hannover)

Ausbrecherkönig Lecki nach einem Jahr wieder in Haft

DW. Bonn

Der wegen Bankraubes und Polizistenmordes zu lebenslanger Haft verurteilte Alfred Lecki, im Oktober vergangenen Jahres während eines Haftausganges aus der Justizvollzugsanstalt Rheinbach in der Bonner Innenstadt geflohen, wurde am Dienstag abend in Köln wieder gefaßt. Der 46jährige leistete nach Angaben der Kriminalpolizei Köln bei der Festnahme durch uniformierte Polizeibeamte keinen Widerstand, obwohl er eine geladene Waffe bei sich trug. In die Polizei-Haftanstalt Köln-Ossendorf verbracht, verweigerte er bisher jede Aussage. Über seine Rücklieferung an die Justizvollzugsanstalt Rheinbach wurde bis gestern noch nicht entschieden.

Lecki wurde gegen 20 Uhr von einem früheren Mithäftling im Vorraum eines Kinos der Kölner Hohenzollernstraße erkannt. Der Zeuge alarmierte eine Fußstreife in Zivil aus der nahegelegenen Polizeiwache Bismarckstraße, die den Ausbrecher bis zu seinem abgestellten Fahrrad verfolgte und ihn anschließend durch hinzugezogene Beamte festnehmen ließen. Wegen einer Beinverletzung war Lecki auf Krücken angewiesen. In einem Holster fanden die Beamten einen geladenen 45er Colt und einen gefälschten Reisepaß. Der Name lautet auf eine nicht im Raum Köln lebende Person; die Identität des Fotos konnte noch nicht ermittelt werden. Die weitere Untersuchung des Falles hat die Kriminalpolizei Bonn übernommen.

Lecki hatte 1969 in Berlin eine Bank überfallen und auf der Flucht in Bottrop bei einer Fahrzeugkontrolle einen Polizisten erschossen. Noch im gleichen Jahr gelang ihm zweimal die Flucht aus der Untersuchungshaft. Nach einem Überfall auf ein Geldinstitut in Offenbach, 1970 in Spanien gefaßt, wurde er 1972 zu lebenslanger haft verurteilt. Im Gefängnis erlitt er später einen Herzinfarkt.

Alles Käse mit „Frau Antje"?

Holländisches TV-Meisje verhaftet / Hat sie vom Drogenhandel ihres Mannes gewußt?

ELFRUN JACOB, Den Haag

Das bekannte holländische Fotomodell Ellen Soeters (28), vor kurzem noch „Frau Antje" und damit blondes, wohlgeformtes Werbesymbol für den Verkauf von Holland-Käse in der Bundesrepublik Deutschland, also „Frau Antje" sitzt in Untersuchungshaft im Zusammenhang mit Rauschgifthandel. Gestern wurde sie dem Untersuchungsrichter des Oberlandesgerichts in 's-Hertogenbosch vorgeführt.

Ellens Ehemann, der 38jährige Israeli I. R., wird verdächtigt, jahrelang Boß eines internationalen Rauschgift-Rings gewesen zu sein. Die heiße Ware soll vor allem nach Zürich gegangen sein. Vorige Woche stand die Kripo vor der Tür von Ellens Haus in Eindhoven mit mehreren Haussuchungsbefehlen. „Würden Sie bitte mitkommen?" hieß dann mehrfach der Refrain vom Ende des Liedes.

„Nach sechsmonatiger Vorbereitung konnten wir den Drogenring platzen lassen", freut sich Polizeisprecher Dick de Geus. Insgesamt wurden vier Frauen und vier Männer in Amsterdam und Eindhoven verhaftet. Dabei fielen der Kripo eine halbe Million Gulden und etliche Kilo Heroin, Kokain und Hasch in die Hände.

Geus: „Jahrelang funktionierte der Schmuggelring. Die Bande muß Millionen gemacht, Hunderte Kilo Hasch und Dutzende Kilo Kokain und Heroin umgesetzt haben." Wo die Ware herstammt, verriet der Experte nicht, um laufende Untersuchungen nicht zu gefährden.

Die Arbeit konzentriert sich vor allem auf den Raum Zürich, wo nach einem Tip zwei Züricher Dealer und zwei Kuriere aus Holland mit 47 Kilo Hasch hochgingen.

Die hochblonde, bildhübsche Ellen, noch kurz vor der Verhaftung auf dem Bildschirm zu sehen, legte sofort ein Geständnis ab. Sie habe von den Machenschaften ihres Mannes gewußt, sich aber nie am Schmuggel beteiligt.



Zweimal „Frau Antje": Links, wie sie jeder kennt. Rechts, wie sie sich selber gern gesehen hat.
FOTOS: DIE WELT/INTERPRESS

Dennoch kann sie ihr jahrelanges Wissen um die Großdealer-Aktivitäten ihres Mannes teuer zu stehen kommen, zumal die holländische Justiz dabei ist, gerade den Großhandel schärfer anzupacken. Ehemann I. R. engagierte sich denn auch gleich Hollands Staranwalt, Max Moszkowicz, der schon mit der Verteidigung der mutmaßlichen Heineken-Entführer ausgelastet ist.

Noch hat ganz Holland das Hochzeitsfoto von „Frau Antje" auf den Titelbildern der Illustrierten vor Augen, wie der glückliche Gatte die blonde Braut mit den Idealmaßen über die Türschwelle hob. Mit der Schwelle zur Ungesetzlichkeit, die die hübsche Frau nun wohl überschritten haben dürfte, sind alle Filmpläne ausgeträumt. Dabei sollte sie die Hauptrolle in einem Streifen über den Felix Krull von Holland, Meisterschwindler Arie Olivier, übernehmen.

Schon vor wenigen Wochen erhielt ihr Image erste Kratzer, als Nacktfotos in einem „Herren-Magazin" bekannt wurden. Schlimmer noch, kam eine erfolgreiche Werbeidee ins Gerede: die Reklame des holländischen Käse. Das bildsaubere Fotomodell ist bei 90 Prozent der deutschen Fernsehkonsumenten bekannt – eben als Frau Antje.

Das erfolgreiche Werbebüro für niederländische Molkereiprodukte (Sitz Aachen) hatte Ellen engagiert, als man die Käsewerbung umstellte. Nach dem Motto: Die dicke Antje mit den Trompeterbacken ist tot – die schlanke Antje mit den Mannequinmaßen lebe hoch. Käse wurde von da ab als Schlankmacher vorgestellt – *mit Ellen-Antje als Idealfigur.*

So küßte Ellen als „Super-Käsemeisje" im kleidsamen Spitzenhäubchen und hochgeschlossener Folkloretracht Minister bei der Grünen Woche in Berlin, war bei Holland-Wochen und Werbeaktionen aktiv, erschien in Werbespots des deutschen Fernsehens. Mit Ellen-Antje verkaufte sich das Käsekochbuch des rührigen Molkerei-Büros.

Das Büro in Aachen distanzierte sich schon seit Ellens paradiesischem Auftritt im „Playboy": „Ellen ist bei uns nicht mehr im Dienst."

Träume und Realitäten – beides waren seine Welt

Der Raketeningenieur Krafft Ehricke starb mit 67 Jahren

dpa/A. B., La Jolla/Hamburg

Ideen zu haben, war sein kostbarster Schatz. Schon 1958, als die Sowjets mit ihren schweren Sputnik-Satelliten die Welt schockierten, präsentierte der 1917 in Berlin gebürtige Raketenforscher Krafft Ehricke in Washington eine seiner kühnsten Ideen: Im Rahmen der Anstrengungen der USA, den Russen wissenschaftlich und militärisch ebenbürtig zu bleiben, schlug er als dringlichstes und wichtigstes Projekt vor, einen Menschen mit den damals zur Verfügung stehenden Raketen in den Weltraum zu schießen.

Ehricke wollte dazu die gerade einsatzbereite Interkontinentalrakete „Atlas" verwenden. Schon 1964 sollte das Projekt stehen. Knapp zehn Jahre nach dem Start der ersten amerikanischen Weltraumstation ist Ehricke nun am Dienstag in La Jolla/Kalifornien verstorben.

Während des Zweiten Weltkrieges an der Entwicklung der V-2 in Peenemünde beteiligt, war Ehricke von 1956 bis 1965 Programmdirektor für die Entwicklung des Träger-Projektils „Centaur" für Raumsonden. Nebenher richtete sich sein Augenmerk immer wieder auf phantastisch anmutende Zukunftsvisionen, die nicht immer mit den Realitäten seiner Konstrukteurstätigkeit in Zusammenhang standen. Bereits in den fünfziger Jahren träumte Ehricke von Industriebetrieben auf dem Mond.

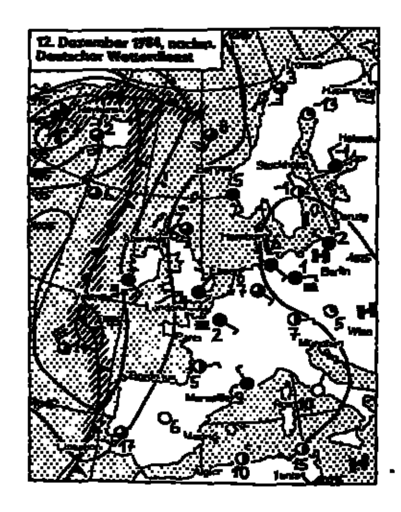
Den Ehricke-Plan einer „Atlas-Raumstation" erzählte er deutschen Korrespondenten schon zu Sputnik-Zeiten in der Bar des Washingtoner Presseclubs: Der Tank einer abgeänderten „Atlas"-Rakete sei in eine Kreisbahn von rund 700 Kilometern zu schießen, zwei Lastraketen und zwei Passagierraketen würden folgen. Eine letzte Frachtrakete bringe dann einen Atomreaktor. Hilfsraketen versetzten die Station in eine rotierende Bewegung und erzeugten künstliche Schwerkraft. In abgeänderter Form hat Ehricke die Verwirklichung dieser Ideen in Gestalt des Weltraum-Labors „Spacelab" erlebt.

Krafft Ehricke (1917 - 1984)
FOTO: AP

Ehricke kannte aber nicht nur Höhenflüge. Nach einer zeitweiligen Tätigkeit als Taxifahrer in La Jolla, die ihm freilich nichts von seinem Elan nahm, kehrte er im vergangenen Jahr wieder in das Rampenlicht zurück. Die Amerikanische Gesellschaft für Luft- und Raumfahrt verlieh ihm den renommierten Goddard-Astronautics-Preis.

WETTER: Hochdruckwetter

Wetterlage: Deutschland verbleibt auf der Westflanke eines sich abschwächenden Hochdruckgebietes im Bereich trockener Festlandsluft mit Morgennebeln und weiter absinkenden Temperaturen.



Vorhersage für Donnerstag:
Im Norden anfangs noch neblig-trüb, später wolkig und niederschlagsfrei. Tagestemperaturen 4 Grad, nächtliche Tiefstwerte in Gefrierpunktnähe.
In Westdeutschland heiter bis wolkig, niederschlagsfrei. Tagestemperaturen um 7 Grad, nachts nahe null Grad.
In Süddeutschland zum Teil lang anhaltender Nebel, oberhalb 700 Meter sonnig. Tagestemperaturen um 6 Grad, nachts null bis minus 4 Grad.

Weitere Aussichten:
Trocken, Temperaturen leicht zurückgehend.

Temperaturen am Mittwoch, 13 Uhr:

Ort	°C	Ort	°C
Berlin	1°	Kairo	17°
Bonn	9°	Kopenh.	4°
Dresden	4°	Las Palmas	21°
Essen	7°	London	4°
Frankfurt	7°	Madrid	6°
Hamburg	6°	Mailand	7°
List/Sylt	6°	Mallorca	13°
München	7°	Moskau	-7°
Stuttgart	5°	Nizza	12°
Algier	10°	Oslo	-1°
Amsterdam	6°	Paris	2°
Athen	12°	Prag	5°
Barcelona	9°	Rom	10°
Brüssel	4°	Stockholm	-1°
Budapest	6°	Tel Aviv	17°
Bukarest	6°	Tunis	15°
Helsinki	-1°	Wien	5°
Istanbul	3°	Zürich	2°

Sonnenaufgang* am Freitag: 8.20 Uhr, Untergang: 16.13 Uhr; **Mondaufgang:** 22.59 Uhr, Untergang: 12.42 Uhr
*in MEZ, zentraler Ort Kassel

Erster sein im Zeichen der Versöhnung

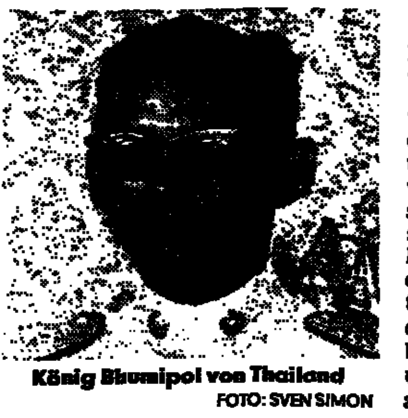
CHRISTEL PILZ, Bangkok

Im alten Palast des Königs von Thailand entschwindet die Wirklichkeit des 20. Jahrhunderts in einer buntglitzernden Märchenwelt verspielter Tempeltürme, safranfarben gekleideter Mönche und lächelnder Menschen. Im Jahre 1238 begann mit der Gründung des Königreichs von Sukothai die Geschichte Thailands. Damals legten Regenten erstmals das Gelöbnis ab, mit Aufrichtigkeit zum Nutzen und zum Glück des Volkes zu dienen. Dieses Gelöbnis macht König Bhumipol zum Hort politischer Versöhnung, zum Garanten nationaler Unabhängigkeit und Einheit.

Das Vorbild dazu haben ihm seine Eltern gegeben. Prophetisch vielleicht, daß sie dem Jungen den Namen Bhumipol – „Stärke des Landes" – gaben. In Lausanne, wo der Prinz aufwuchs, Jura und politische Wissenschaft studierte, lernte er die Geisteswelt des Westens kennen. Von hier stammt seine Liebe zur klassischen Musik und zum Jazz. Er lernte, mehrere Instrumente zu spielen, darunter Klavier, Klarinette und Saxophon. Er spricht heute nicht weniger als sieben Sprachen.

Neunzehn Jahre war er alt, als 1946 sein älterer Bruder, der König war, unerwartet starb. Die Thronfolge ging an ihn. Aber erst wollte der neue König weiter studieren, bis er 1950 nach Bangkok kam. Er heiratete Prinzessin Sirikit und bemühte sich, als „König Rama der Neunte" ein würdiger Erbe der Dynastie der Chakris zu werden, die seit 202 Jahren ununterbrochen regiert.

König Bhumipol hatte es anfangs nicht leicht. 1932 hatte eine Gruppe gegen die absolute Macht des Königs geputscht und Thailand zur konstitutionellen Monarchie proklamiert. König Bhumipol akzeptierte die Reformen. Nie hat er versucht, den Rahmen seiner zeremoniellen Macht zu sprengen, über seine Ämter als Staatsoberhaupt, als Oberhirte der buddhistischen Kirche und Oberkommandeur der Streitkräfte politischen Einfluß zu nehmen. Als König wollte er Vater sein für alle Thais.



König Bhumipol von Thailand
FOTO: SVEN SIMON

Unermüdlich reist der schlanke, jungenhaft wirkende Regent, der in sein 35. Regentenjahr geht, durch die Provinzen. Er spricht mit der Bevölkerung, den Ärmsten wie den Reichen, fragt nach ihren Nöten und Wünschen. Jeder Thai, so sagt er, soll zumindest einmal in seinem Leben die Möglichkeit haben, seinen König persönlich zu sehen. Aus diesen Reisen ergeben sich unzählige Hilfs- und Entwicklungsprojekte. Kein Wunder, daß in jeder Hütte, in jedem Haus das Bild des Königs hängt.

Daß das Ausland relativ wenig über diesen Monarchen weiß, liegt daran, daß er Publizität nicht mag und sein Land seit 1967 nicht mehr verlassen hat. Er will bei seinem Volk sein zu jeder Zeit, stets bereit, schlichtend und versöhnend zu wirken, wenn politische Turbulenzen den Frieden und das Lächeln der Nation gefährden. Das erklärt, warum die Thais bis heute ihren König haben, während die Monarchien rings um Thailand längst der Geschichte angehören.

„Hallo, Herr Gehörnter, ich bin der Liebhaber Ihrer Frau"

Das traurige Leben mit einem „lustigen" Familiennamen

AFP, Paris

Rund 100 Familien aus Frankreich atmen dankbar auf. Sie haben nach langen Behördengängen das Recht erhalten, sich einen neuen Namen zuzulegen. Vorbei die Zeiten, da anonyme Anrufe kamen, wie: „Hallo, Herr Gehörnter, ich bin der Liebhaber Ihrer Frau. Es tut mir wirklich leid, aber sie bleibt heute noch eine Weile bei mir."

Solche und ähnliche Scherze führen Jahr um Jahr zu entsprechenden Anträgen auf Namensänderungen. Die meisten Antragsteller sind völlig entnervt. Sie geben Feste, wenn es endlich amtlich ist, daß sie nicht länger Cocu, Saloppe, Lacrotte, Moncu, zu deutsch: Gehörnter, Schlampe, Kot oder schlimmer heißen.

Doch der Weg ist lang, teuer und bürokratisch kompliziert. Es dauert mindestens zwei Jahre und kostet 2000 Franc (rund 640 Mark) für diverse Stempelgebühren. Das Recht, einen unwürdigen Namen abändern zu können, gibt den Franzosen ein Gesetz aus der Zeit der Französischen Revolution.

Mindestens drei Stellen sind mit einem solchen Vorgang befaßt: Der Justizminister, der den Wunsch an den örtlichen Staatsanwalt weitergibt. Der prüft und gibt den Fall weiter an den Staatsrat. Dieser prüft und gibt den Fall weiter. Endlich kommt es zur Beschlußfassung in Form eines Regierungsdekrets, das im hochoffiziellen Amtsblatt zu erscheinen hat.

Der neue Name beendet Qualen. Die Hölle begann meist schon im Kindergarten, wo kindliche Grausamkeit dem kleinen „Gehörnten" oder der kleinen „Schlampe" keine auch noch so gemeine Hänselei erspart. Die Folgen lassen nicht auf sich warten. Ein „Gehörnter" oder eine „Schlampe" bringen es selten bis zur Oberschule, geschweige denn zum Generaldirektor. Oder der Staatschef mit dem Namen „Kot"?

Madame Cocu (Gehörnte) aus Paris beispielsweise erzählt, daß sie seinerzeit zögerte, ihren Mann zu heiraten. „Es brauchte Mut", sagt sie. Ihre Schwiegertochter heiratete ihren Sohn denn auch erst nach dessen Versprechen, den Namen sofort ändern zu lassen.